

Amazonien



Fluss



Stadt



Land

Amazonien: Stadt, Land, Fluss

Das größte zusammenhängende Regenwaldgebiet
der Erde zwischen Schutz und Nutzung | Berlin (2009)

IMPRESSUM

FDCL, Berlin 2009

Herausgegeben von:
Forschungs- und Dokumentationszentrum
Chile-Lateinamerika – FDCL e.V.
Gneisenaustraße 2a
D-10961 Berlin
Fon: +49-(0)30-694 61 01
Fax: +49-(0)30-692 65 90
eMail: info@fdcl.org
Internet: <http://www.fdcl.org>

Verlag: FDCL-Verlag, Berlin
Umschlagfotos: Kim Weidenberg (Titel)
Valter Campanato/Agência Brasil (Rückseite)
Layout: Mathias Hohmann
Druck: agit Druck, Berlin

ISBN-13: 978-3-923020-45-4

Diese Publikation wurde gefördert von InWent mit
Mitteln des BMZ und durch die Stiftung Umverteilen!
Die Verantwortung für die hier vertretenen Positionen
liegt ausschließlich bei den AutorInnen.

inWent
Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH

InWent gGmbH aus
Mitteln des BMZ



Amazonien Stadt Land Fluss

**Das größte zusammenhängende Regenwaldgebiet
der Erde zwischen Schutz und Nutzung**

Herausgegeben von:

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e. V. (ASW)

Fórum da Amazônia Oriental (FAOR)

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL)

Berlin, 2009

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Amazonien: Stadt, Land, Fluss	6
Das größte zusammenhängende Regenwaldgebiet der Erde zwischen Schutz und Nutzung	

Kapitel 1: Leben in Amazonien	9
--------------------------------------	----------

Amazonien ist nicht nur Wald!	10
Urbanität und Zivilgesellschaft <i>Guilherme Carvalho, Aldebaran Moura, João Gomes, Catia Magalhães</i>	

Wie´s in den Wald hinein ruft, so schallt´s auch heraus?	14
Kommunikation in Amazonien <i>Janina Budi</i>	

Sammelgebiete für Amazoniens Flussanwohner: archaisch oder zukunftsweisend?	18
<i>Tina Kleiber</i>	

„Babaçu ist unser Leben!“	23
Die Bewegung der <i>Babaçu</i> -Nussknackerinnen fordert wirtschaftliches und ökologisches Umdenken <i>Tina Kleiber</i>	

„Dieser Kampf ist nicht einfach, aber er muß sein!“	27
Im Gespräch: Maria Adelina de Sousa Chagas, Koordinatorin der Bewegung der <i>Babaçu</i> -Nussknackerinnen MIQCB <i>Hermann Klinger</i>	

Chico Mendes – Kautschukzapfer, Widerstandskämpfer, Umweltschützer	29
Ein Portrait <i>Cindy Völler, Verena Ramos</i>	

Vom Sklaven zum Umweltschützer	31
Veränderte Wirtschaftsweisen der Kautschukzapfer Amazoniens <i>Cindy Völler</i>	

COICA	34
Koordination der indigenen Organisationen des Amazonas-Beckens <i>Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder</i>	
Erklärung vom Weltsozialforum 2009 in Belém (Brasilien)	36
<i>COICA</i>	
„Wir wollen politische Autonomie“	38
Interview mit Almir Suruí, Direktor der Umweltausstellung der Indigenen Organisationen des brasilianischen Amazonasgebiets (COIAB) <i>Dominik Zimmer</i>	
„Das ist denen zu politisch“	40
Der Anthropologe Mac Chapin über die schwierige Beziehung zwischen großen Naturschutzorganisationen und indigenen Gruppen <i>Christian Russau</i>	
Entscheidung zu „Raposa Serra do Sol“	42
Indigenes Gebiet in Nordbrasilien an der Grenze zu Venezuela und Guyana anerkannt <i>Kurt Damm</i>	
Militärs im Wald	45
Amazonien wird in Brasilien zunehmend als Frage der nationalen Sicherheit betrachtet <i>Anne Schnieders, Thomas Fatheuer</i>	
Kapitel 2: Land und Recht	49
Auf dem reichen Auge blind	50
Landkonflikte, Rechtsstaatlichkeit und der Fall Dorothy Stang <i>Benjamin Bunk</i>	
Modernes Mittelalter	53
Im brasilianischen Teil Amazoniens gab es noch nie ein öffentliches Gewaltmonopol <i>Thilo F. Papacek</i>	
Die Dynamik der Landfrage im Bundesstaat Pará	56
Landkonflikte in Amazonien <i>Justica Global (Hrsg.)</i>	
Terra do Meio	59
Das Elend der Modernisierung <i>Justica Global (Hrsg.)</i>	
Überleben durch Anpassung	63
Kautschukzapfer im amazonischen Regenwald <i>Verena Ramos</i>	

Kapitel 3: Konflikte um Inwertsetzung	67
Infrastruktur im Dienste des Großkapitals	68
Wie mit internationalen Programmen Amazonien in die Weltwirtschaft integriert werden soll <i>Igor Fuser</i>	
Rindviecher essen Regenwald auf	73
Die Viehwirtschaft als Verursacherin der Regenwaldzerstörung rückt wieder stärker in den Blickpunkt <i>Thomas Fatheuer</i>	
Soja in Santarém	77
Vom traditionellen Landbau zum Profit von US-Firmen <i>Kim Weidenberg, Kirsten Bredenbeck</i>	
„Die Sojabauern müssen sich grün waschen“	81
Interview mit Brenda Baletti zur Sojaproduktion in der Region um Santarém <i>Kim Weidenberg</i>	
Kein Zuckerrohr in Amazonien?	84
Die Debatte um Regenwaldrodung und Zuckerrohr geht weiter - die Regierung leugnet Tatsachen <i>Christian Russau</i>	
Auf der Suche nach „Eldorado“ - der Goldenen Stadt	86
Bergbau in Amazonien <i>Angélica Kuhn, Marcelo Netto Rodrigues</i>	
„Bei uns bleibt der Dreck“	88
Aluminium vom Amazonas <i>Cornelia Girndt</i>	
Viel Land, viel Streit	90
Über die Front der fossilen Rohstoffindustrie im Amazonasgebiet von Peru <i>Mathias Hohmann</i>	
„Diese Havarie war vorhersehbar – und die WestLB schweigt“	95
Interview mitz Klaus Schenk von »Rettet den Regenwald e.V.« <i>Michael Schulze von Glaßer</i>	
„Wir müssen Belo Monte unbedingt verhindern“	97
Ein Interview mit Antonia Melo von der Stiftung Leben, Produzieren und Schützen <i>Tina Kleiber</i>	
Wasser am Amazonas	101
Die Privatisierung der Wasserversorgung ist auch in Manaus ein Spiegel sozialer Ungerechtigkeit <i>Kim Weidenberg</i>	

„Frauen leben täglich mit dem Mangel an Wasser“	104
Interview mit Graciela Rodriguez vom Instituto EQÜIT <i>Kim Weidenberg</i>	
„Wir brauchen ein anderes, neues Entwicklungsmodell“	106
Der Soziologe Luís Fernando Novoa Garzon im Gespräch <i>Kim Weidenberg</i>	
Kapitel 4: Wald, Umwelt, Klima – und Solidarität	108
Brasilien: Regierungsmaßnahme MP 458 bestätigt Landräuber	109
Regierungsmaßnahmen und Inwertsetzung Amazoniens <i>Kirsten Bredenbeck</i>	
Rettet der Markt den Wald?	113
Die Debatte um Klimaschutz durch Waldschutz soll in einem neuen System festgelegt werden <i>Thomas Fatheuer</i>	
Wird das Klima in Amazonien gerettet?	117
Tropenwälder in den internationalen Klimaverhandlungen <i>Thomas Fatheuer</i>	
Möglichkeiten des Klimabündnisses als Projekt kommunaler Nachhaltigkeit	120
<i>Clarita Müller-Plantenberg</i>	
Rückgewinnung des gesellschaftlichen Naturbezuges	126
Deklaration des Internationalen Seminars von Imshausen, Februar 2009	
„Es geht darum, den Erdölverbrauch zu reduzieren“	128
Esperanza Martínez von Oilwatch über die Aussichten, Ecuadors größtes Erdölvorkommen unberührt zu lassen <i>Ines Thomssen</i>	
Das Wassereinzugsgebiet des Amazonas (Übersichtskarte)	132
Fotonachweise	133

Amazonien: Stadt, Land, Fluss

Das größte zusammenhängende Regenwaldgebiet der Erde zwischen Schutz und Nutzung

Das Amazonasgebiet, das größte zusammenhängende Waldgebiet der Erde, muss geschützt und erhalten werden – darüber besteht zumindest den Worten nach Einigkeit. (Fast) alle wollen die Biodiversität der Region, den Wald als „Lunge der Welt“ oder das riesige Flusssystem als größtes Süßwasserreservoir erhalten. Doch wie sieht die Handlungspraxis der verschiedenen das Amazonasgebiet nutzenden Akteure aus? Wer sind diese Akteure, was sind ihre Interessen?

Das acht Millionen Quadratkilometer große Gebiet verteilt sich über neun Staaten: Brasilien, Französisch-Guayana, Surinam, Guyana,

in Brasilien wurden in den letzten 40 Jahren schätzungsweise 17 Prozent des Amazonasregenwaldes vernichtet. Schätzungsweise, denn ganz genau weiß das niemand - trotz aller moderner Satellitentechnik.

Bis Ende dieses Jahres sollen die internationalen Verhandlungen über Klimaschutz abgeschlossen werden: Im Dezember soll in Kopenhagen ein Nachfolge-Abkommen getroffen werden für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll. Einer der dort verhandelten Punkte ist die Frage von Klimaschutz durch Waldschutz - und die Bewahrung Amazoniens und seiner Wälder wird dabei stets und nicht zuletzt wegen seiner

Vozes da Amazônia



Was wolltest Du der Welt schon immer mal über Amazonien sagen?

„Lass Dich von dem verzaubern, was wir sind – ohne uns als exotisch zu verstehen. Wisse, dass in den Widerstandskämpfen auf unseren Flüssen und auf unseren Strassen Blut vergossen wurde. Und dann lass Dein Gepäck da liegen wo's steht, und iss ein Açaí mit mir!“

Daltro Paiva, Koordinator der NRO Associação Paraense de Apoio às Comunidades Carentes (APACC), Belém/Pará

Stimmen aus Amazonien

Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien. Den größten Anteil an Amazonien hat Brasilien, deshalb liegt in dieser Broschüre der Schwerpunkt auch auf diesem Land. Und wenn von ‚Amazonien‘ die Rede ist, sollte nicht übersehen werden, dass es weniger ein Amazonien, als vielmehr *viele Amazonien* gibt. Dies aufzuzeigen, ist eines der Hauptanliegen dieser Broschüre.

Hierzulande erscheint Amazonien in den Medien eigentlich immer nur dann, wenn es um die neuesten Daten zur Abholzung des Waldes geht. Diese sind in der Tat erschreckend: Allein

schieren Größe betont. In den Diskussionen wird gestritten um CO₂-Speicher und Tropenwaldschutzfinanzierung, um Fonds- oder Steuerlösung, es wird debattiert um Finanzierung und Kontrolle, um Souveränität und Einmischung. Doch bei aller Einsicht in die Notwendigkeit, Amazonien zu schützen, gilt auch: Anrainernstaaten wollen die Region wirtschaftlich entwickeln. Entwicklung ist unbestritten ein legitimes Interesse – doch diese Entwicklung gerät oft genug in Konflikt mit den angestammten BewohnerInnen Amazoniens, die auf das intakte Ökosystem angewiesen sind. Amazonien



In der *Reserva Extrativista (Resex) Iriri* im Bundesstaat Pará

nutzen – das wollen viele: Viehfarmer wollen Weideland für die Viehzucht, und Sojabarone lassen die Sojafront in Amazonien immer weiter voranschreiten. Nicht selten werden dabei Landkonflikte mit der Waffe ausgetragen - die angeheuerten *pistoleiros* bleiben ebenso wie die Auftraggeber meist strafflos.

Das staatliche Gewaltmonopol scheint brüchig, wenn in einigen Regionen überhaupt existent. UnternehmerInnen und Staat drängen auf den Ausbau der Infrastruktur, auf vermehrten Rohstoffabbau und setzen vielerorts in Amazonien massiv auf Staudammbau zur Energiegewinnung. Kleinbäuerinnen und -bauern wollen ihre Landparzellen behalten, Indigene, Nuss- und GummisammlerInnen wünschen den Erhalt des Waldes, um davon zu leben. Last but not least planen Industrienationen, den Wald zu schützen, um dafür selbst weniger Kohlendioxid einsparen zu müssen.

Nicht zuletzt leben und arbeiten in dem über acht Millionen Quadratkilometer großen Gebiet rund 22 Millionen Menschen, die unterschiedlicher kaum sein könnten: Indigene und StadtbewohnerInnen, HolzfällerInnen und FlussanwohnerInnen, KautschukzapferInnen

und Konzernangestellte, KleinbäuerInnen und GroßgrundbesitzerInnen, ebenso wie Tagelöhner und in Schuldknechtschaft gehaltene LandarbeiterInnen. Wer hat welche Ideen und Vorstellungen von Amazonien? Welche Interessen geraten miteinander in Konflikt? Wie

werden diese ausgetragen? Welche politischen Strukturen gibt es, und wie verhalten sich diese zueinander – lokal, regional und international? Welche Entwicklungswege und -optionen stellt sich die dort lebende Bevölkerung vor, was erwarten und erhoffen sich die BewohnerInnen der Region? Kann der Markt den Wald retten – oder bewirkt er das genaue Gegenteil? Welche Konsequenzen zeitigt die Nutzung

Amazoniens im Hinblick auf Respekt, Schutz und Gewährleistung der Menschenrechte der lokalen BewohnerInnen? - Kurzum: Steckt Amazonien in der Klemme zwischen Schutz und Nutzung? Und: Welche sind die oftmals ganz eigenen Möglichkeiten und Strategien der in Amazonien lebenden Menschen, um den Schutz, die Nutzung und Entwicklung ihres Lebensraums zu verbinden?

**Christian Russau, Claudia Fix,
Janina Budi, Tina Kleiber**

*Entwicklung ist
unbestritten
ein legitimes
Interesse – doch
diese Entwicklung
gerät oft genug in
Konflikt mit den
angestammten
BewohnerInnen
Amazoniens.*

Kapitel 1

Leben in Amazonien

**„Ich persönlich spreche von
Amazonien lieber im Plural.“**

Daltro Paiva

Amazonien ist nicht nur Wald!

Urbanität und Zivilgesellschaft

Wenn man das Wort ‚Amazonien‘ hört, was kommt einem da als erstes in den Kopf? Aller Wahrscheinlichkeit nach Bilder von unendlich großem Regenwald mitsamt seiner reichhaltigen Flora und Fauna, Indigene und Flussbewohner und riesige abgeholzte Flächen. Tatsächlich ist Amazonien all das - und noch viel mehr. Als erstes gilt es festzustellen, dass es nicht nur ein Amazonien gibt. Viel korrekter wäre es, von vielen Amazonien zu sprechen. Denn außer dem Regenwald gibt es in Amazonien auch die *Cerrado*-Savanne, es gibt Hochebenen und Berge. Das brasilianische Amazonien unterscheidet sich zudem von den Amazonien der Andenländer und denen der guyanischen Hochebenen. In der Region leben Indigene, Nachkommen

von *quilombolas* (Nachfahren ehemaliger Sklaven, die oftmals aus der Sklaverei in die Freiheit flohen) sowie *ribeirinhos* (Flussanwohner), und an den Flussufern reihen sich Städte: Städte, die aufgrund des Holzeinschlags oder des Erzabbaus entstanden sind, Städte entlang der Bundes-

straßen und dann gibt es noch die, die schon zu Kolonialzeiten gegründet wurden.

Leider ist weder in Brasilien noch im Ausland über dieses kulturell diverse Amazonien voller Kontraste und Konflikte sowie spannender Erfahrungen, die von der Zivilgesellschaft entwickelt wurden, um ein anderes Entwicklungsmodell für die Region zu schaffen, viel bekannt.

Der vorliegende Artikel will den Lesern und Leserinnen dieser Broschüre das urbane Gesicht von Amazonien vorstellen. Richtig gehört! Allein das brasilianische Amazonien wird von ungefähr 13 Millionen Einwohnern bewohnt und in seiner Landkarte sind Städte unterschiedlicher Größe und Ausmaßes verzeichnet.

Städte, die überraschen

Während der zweiten nationalen Städtekonferenz in Brasília im Jahr 2005 sammelten anwesende Vertreter von sozialen Bewegungen und Nicht-regierungsorganisationen (NRO) aus Amazonien Unterschriften, um einem Antrag Nachdruck zu verleihen, in dem sie forderten, die spezifischen Charakteristika amazonischer Städte in der nationalen Stadtentwicklungspolitik zu berücksichtigen. Oder anders ausgedrückt: Gefordert wurde, dass die öffentliche Stadtpolitik den Forderungen und Bedürfnissen der amazonischen Bevölkerung angepasst wird. Einige Konferenzteilnehmer aus anderen Teilen Brasiliens weigerten sich, den Antrag zu unterstützen, weil sie der Meinung waren,

dass damit noch mehr Entwaldung provoziert werden könnte. Wie sie denken Millionen anderer Menschen, die nicht in Amazonien leben: Dass es hier nur Wald gebe und einige sehr wenige, sehr kleine Stadtkerne. Dabei übersehen sie die Existenz großer Metropolen in der Region, wie Belém und Manaus mit jeweils über 1,5 Millionen Einwohnern. Belém wird als einzige Metropole Nordbrasilens als Großraum (*área metropolitana*) definiert, ein Gebiet, das immerhin fünf Munizipien umfasst. Und sie übersehen, dass Belém und Manaus während des Übergangs vom 19. ins 20. Jahrhundert als einzige Städte Brasiliens bereits über elektrisches Licht verfügten. Rio de Janeiro und São Paulo waren damals noch lange nicht so weit.

In Amazonien stieg die urbane Bevölkerungsdichte ab den 1970er Jahren rapide an. Dies ist der Amazonaspolitik der Militärdiktatoren geschuldet, die sich 1964 mittels eines Militärcoups an die Macht geputscht hatten. Ihre Politik begünstigte die Konzentration von Ländereien zugunsten nationaler und ausländischer Wirtschaftseliten wie bei-

*Das urbane Gesicht
Amazoniens:
Belém und
Manaus haben
heute jeweils
über 1,5 Millionen
Einwohner.*



Amazonische Favela: Holzhütten auf Stelzen über Wasser

spielsweise Volkswagen, was zu Abholzung, sklavenvähnlichen Arbeitsverhältnissen auf den großen Fazendas sowie zum Anstieg von Gewalt gegenüber kleinbäuerlichen Familien, Indigenen und Menschen, die von der Sammelwirtschaft leben, führte.

Diese und andere Faktoren haben zur Entvölkerung des ländlichen Raums und zur ungeordneten Verstädterung beigetragen. Allein im Bundesstaat Amazonas, mit seinen 1,5 Millionen Quadratkilometern der größte Bundesstaat Brasiliens, leben 50 Prozent der Bevölkerung in der Hauptstadt Manaus. Aktuell leben circa 70 Prozent der amazonischen Bevölkerung in Städten, also annähernd neun Millionen Menschen. Der größte Teil davon lebt in kleinen und mittelgroßen Städten. Traditionell bedient die Städtepolitik Brasiliens jedoch lediglich die großen Städte und Stadteinzugsgebiete der Region. Die kleinen und mittelgroßen Städte wurden in die zweite Liga abgeschoben: Dort fehlt ihnen die öffentliche Finanzierung für ihre Entwicklung und eine spezifische Sozialpolitik für Be-

lange wie Abwasser, Flächennutzung und Transport. Die Folgen dieser Situation für die Region, in der die Metropolen immer noch den Großteil der Finanzressourcen zugesprochen bekommen, während die Mehrheit der Städte unzureichende Mittel erhalten um die Bedürfnisse ihrer Bewohner zu befriedigen, sind unschwer vorstellbar.

Hervorgehoben werden muss die enge Beziehung zwischen ländlichem und städtischem Raum in Amazonien. Diese Dimension ist selbst und gerade in den Metropolen der Region präsent. Die Berücksichtigung dieser Land-Stadt-Dynamiken ist unerlässlich für jegliche Analyse dessen, was Urbanität in Amazonien bedeutet, sowie für die Ausführung von staatlicher Politik, die für die Ursachen der Probleme dieser Region Brasiliens verantwortlich ist.

Amazonische Besonderheiten und aktuelle Herausforderungen

740 Kilometer landeinwärts von Belém, im Bun-

desstaat Pará, liegt eine Gemeinde (*município*) namens Altamira. Mit einer Fläche von 160.000 Quadratkilometern und 92.000-Einwohnern ist sie größer als die Hälfte Italiens. Die Nachbargemeinde Santarém ist größer als das zentralamerikanische Land El Salvador. Diese Größenordnungen gelten für viele amazonische Gemeinden.

Die Mobilität der Bevölkerung innerhalb und zwischen diesen Bezirken ist aufgrund der mangelhaften öffentlichen Transportsysteme eingeschränkt. Reisen von einem Ort zum anderen - insbesondere entlang der Hauptstraße *Transamazônica* und auf den Flussläufen - können Tage dauern. Vor diesem Hintergrund sind medizinische Versorgung, Bildung und die Einrichtung sämtlicher Infrastruktur in abgelegenen Gemein-

Viehproduzenten verursacht Konflikte. Zusätzlich haben große Infrastrukturprojekte im Bereich Wasserkraft, Straßenbau, Erdgasabbau, Hafen- und Flughafenkonstruktion großen Einfluss auf die amazonischen Gemeinden. Beide resultieren in der Migration von Personen in Gebiete, in denen solche Unternehmungen durchgeführt werden. Dies geschieht zum Beispiel in Porto Velho, Hauptstadt des Bundesstaats Rondonia, wo aktuell die Wasserkraftwerke Santo Antonio und Jirau zur Stauung des Madeira-Flusses errichtet werden. Die große Anzahl von Migranten auf Arbeitssuche verschlechtert die an sich schon prekäre Situation des öffentlichen Gesundheits- und Bildungswesens, und erhöht den Druck auf noch

Vozes da Amazônia



Was ist für Dich Amazonien? Was ist charakteristisch für die Region?

„Ich persönlich spreche von Amazonien lieber im Plural – die Amazonien. Denn wenn man Amazonien nur im Singular versteht, grenzt man das aus, was sie am stärksten und auf herausfordernde Weise charakterisiert: ihre Diversität und ihre Fähigkeit, diese Diversität kontinuierlich aufs Neue zu erschaffen, ohne dass dies mit einem Identitätsverlust einher geht. Die Bewohner Amazoniens verfügen über eine mehrgesichtige Identität. Eine Identität, in der das Ländliche und

das Städtische, das Kosmopolitische und das Provinzielle, das Modernisierende und das Vor-Moderne miteinander koexistieren. Dies ist Teil der Geschichte und Kultur unserer Region. “

Daltro Paiva

Koordinator der NRO Associação Paraense de Apoio às Comunidades Carentes (APACC), Belém/Pará

Stimmen aus Amazonien

den weitab der Bezirkszentren großen Herausforderungen ausgesetzt. Die Durchsetzung von Politiken der öffentlichen Hand ist mit erheblichen Hindernissen konfrontiert. Dennoch kann die Geographie Amazoniens nicht als Hauptursache für die Vernachlässigung herhalten, die Tausende von Menschen der Region erleben.

So gibt es beispielsweise im Transportsektor keine einzige Maßnahme, die diese spezifische Realität berücksichtigt. Die Regierung richtet alle Aufmerksamkeit auf den Ausbau von Straßen, während der alternative Flussverkehr unbeachtet bleibt.

Die Landrechtsfrage ist ein schwerwiegendes Problem Amazoniens. Die illegale Besetzung weiter Landstriche durch Holzfällerfirmen und

geschützte Gebiete und natürliche Ressourcen aufgrund der ungeordneten Besiedlung. Hierzu trägt auch die Abwesenheit einer Besiedlungs- und Wohnpolitik für Familien niedriger Einkommensschichten bei. Stattdessen ist die Ausdehnung geschlossener, bewachter Wohneinheiten (so genannte *condomínios*) und eine Explosion im Bau von Hochhäusern für die neuen Reichen dieses Bundesstaats zu beobachten, was zur Privatisierung der besten Gegenden Porto Velhos führt. Noch dazu verfügen amazonische Municipien über schwache Verwaltungsstrukturen. Ein Gutteil der Lokalregierungen hat kein qualifiziertes Verwaltungspersonal zur Verfügung, tut sich im Planen schwer und hängt fi-



Amazonas Shopping Mall in Manaus: Größtes Einkaufszentrum im Bundesstaat Amazonas

nanziell komplett von den Überweisungen des Bundes und der Bundesstaaten ab.

Zusammen gerechnet fördern Großunternehmen die De-Strukturierung der Lebensweise traditioneller Bevölkerungsgruppen. Dies spiegelt sich in der Zuspitzung sozialer Problematiken wider, wie zum Beispiel die Verbreitung sexuell übertragbarer Krankheiten, Alkoholismus und Prostitution. Frauen- und Kinderhandel ist inzwischen an mehreren Grenzorten des brasilianischen Amazonas eine traurige Realität. Gerade Bezirke, die entlang der Grenzgebiete liegen, werden von der öffentlichen Verwaltung ignoriert. Obgleich es sich um wirtschaftlich dynamische Regionen handelt, fehlt eine öffentliche Politik, die eine lokal nachhaltige Entwicklung und Partnerschaften mit den Nachbarländern fördert.

Die Gesellschaft organisiert sich

Die Bemühungen um eine Stadtreform, deren Prinzipien auf dem „Recht auf Stadt“, demokratischen Verwaltungsformen und einem Verständnis der sozialen Funktion von Stadt und Besitz beruhen, hat eine lange Geschichte in Brasilien. Unzählige NRO und soziale Bewegungen Brasiliens organisieren sich für die Schaffung demokratischer und nachhaltiger Städte. In Amazonien ist das nicht anders. Abgesehen von den klassischen Anwohnervereinigungen, die sich für die Stadtreform einsetzen, artikulieren sich hier jedoch auch Landarbeitergewerkschaften,

Indigene, Flussanwohner, Nachkommen von *quilombolas* sowie Frauenbewegungen, Jugendgruppen, Lesben und Schwule.

Aktuell sind all diese Bewegungen und Organisationen in eine intensive Mobilisierung zum Aufbau der „Urbanen sozio-ökologischen Plattform Amazoniens“ involviert. Deren oberstes Ziel ist es, ein Bündel von Vorschlägen in die nationale städtische Entwicklungspolitik zu integrieren, welche die spezifische regionale Dimension Amazoniens berücksichtigen. Die Plattform hat eine multidimensionale Perspektive, insofern ihre Vorschläge ökologische, generationelle, ethnische und geschlechtliche Dimensionen mit einbeziehen. Auch die WSK-Menschenrechte (wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, Anm. d.Red.) sowie feministische Prinzipien werden berücksichtigt. Wir glauben, dass dies die beste Art ist, demokratische, nachhaltige und sozial integrative Städte für alle zu denken und betrachten dies als den amazonischen Beitrag zum brasilianischen Stadtentwicklungsprozess.

**Guilherme Carvalho, Aldebaran Moura,
João Gomes, Catia Magalhães**

Die AutorInnen sind MitarbeiterInnen der brasilianischen NRO FASE/Amazonienprogramm und BeraterInnen der Bewegung für Stadtentwicklungsreform.

Übersetzung: Janina Budi

Wie´s in den Wald hinein ruft, so schallt´s auch heraus?

Kommunikation in Amazonien

In Amazonien ringen Sojabarone und Kleinbauern, Energiefirmen und Indigene, Wirtschaftsstrategen und Umweltaktivisten miteinander um die Art und Weise, wie der Regenwald geschützt und zugleich genutzt werden kann. Die Einrichtung zahlreicher Schutzgebiete, in denen nachhaltige Nutzung erlaubt ist, zeigt: Dem Menschen wird beim Waldschutz eine zentrale Rolle zugesprochen. Doch wie erfahren die Menschen im Wald – Indigene, *ribeirinhos* (traditionelle Flussanwohner Amazoniens), *extrativistas* (Waldbewohner, die ihr monetäres Einkommen hauptsächlich aus der Sammelwirtschaft beziehen) und *quilombolas* (Nachkommen afrikanischer Sklaven, häufig zu Kolonialzeiten aus der Plantagenwirtschaft geflohen) von der Einrichtung partizipativ ausgerichteter Schutzgebietsräte und neuen Absatzmärkten für ihre Sammelprodukte? Wie erfahren Kleinbauern und Landlose von günstigen Kreditlinien und schonenden Anbaumethoden? Wie erhalten sie alle nicht nur Pro-, sondern auch Kontra-Argumente in Sachen Staudammbau? Wie erfahren sie von neuen Leistungen öffentlicher Gesundheits- und Bildungseinrichtungen?

Kommunikationsmittel und –strukturen spielen in der Aushandlung der Zukunft des Regenwalds eine zentrale, jedoch häufig wenig beachtete Rolle. Sie fördern durch den Transport nicht nur von Informationen, sondern auch von Ideen und Werten, die gesellschaftliche Auseinandersetzung über mögliche Entwicklungsmodelle für die Region und soziale Inklusion. Gerade Themen wie Inklusion und Partizipation stellen in Amazonien mit nur einem Einwohner pro Quadratkilometer und einer stetig anwachsenden

urbanen Armenbevölkerung bei gleichzeitig im Landesvergleich niedrigen Indexwerten menschlicher Entwicklung eine besondere Herausforderung dar. Bürgerradios, öffentliche Fernsehsender und das Internet eröffnen hier spannende Perspektiven. Ihnen wohnt das Potenzial inne, denjenigen eine Stimme zu geben, die bislang eher passive Empfänger von Nachrichten waren: Sie ermöglichen den Dialog in und zwischen ländlichen Gemeinden, zwischen Land und Stadt und tragen damit zur lokalen Gemeindeentwicklung bei. Trotz guter Initiativen der öffentlichen Hand mangelt es jedoch an Infrastruktur und einer demokratischeren Kommunikations-

landschaft.

Der Mediensektor Brasiliens ist für seine oligopole Struktur bekannt: Es gibt zwar viel Nachfrage, aber nur wenige Anbieter. Neun Familien dominieren circa 85 Prozent der nationalen Nachrichten-zirkulation. Der erste öffentliche Fernsehsender TV Brasil entstand erst 2005, wird jedoch für den starken Einfluss der Regierung auf seine Informationspolitik kritisiert.

Brasilien hat keine ausgeprägte Lesekultur, große Teile der Bevölkerung müssen als funktionale Analphabeten begriffen werden. 90% aller Brazilianer beziehen ihre Informationen daher aus dem Fernsehen, das gleichzeitig auch den größten gesellschaftlichen Unterhaltungswert hat. Im ländlichen Raum spielt außerdem das Radio eine wichtige Rolle. Häufig sendet es als einziges Medium Lokalnachrichten, während im Fernsehen über die letzten Zusammenstöße von Polizei und Drogenhändlern in den Favelas Rio de Janeiros und über Regierungsbeschlüsse in der Hauptstadt Brasília berichtet wird.

Das regionale Ungleichgewicht in der Nach-

90 Prozent aller Brazilianer beziehen ihre Informationen daher aus dem Fernsehen, das gleichzeitig auch den größten gesellschaftlichen Unterhaltungswert hat.



“Für das Menschenrecht auf Kommunikation!” – Auf dem Weltsozialforum 2005 in Porto Alegre

richtenproduktion, die ihr Zentrum im Süden und Südosten des Landes hat, spiegelt sich in Amazonien wieder. Hier ist die Zahl der Familien in Besitz regionaler Medien noch kleiner – im Bundesstaat Pará teilen sich traditionell zwei Familien den kommerziellen Fernseh- und Zeitungsmarkt. Wer im ländlichen Raum Betreiber einer Radiostation ist, hat häufig das lokale Informationsmonopol inne. Dies haben auch einige Großgrundbesitzer und Unternehmer erkannt. Viele Lokalradios fungieren daher als Tribüne für Wahlkämpfe und für Sendungen zu nicht nachhaltigen Entwicklungsmodellen, wenn dafür zwischen Werbung und amazonischem Techno-Brega überhaupt Raum gelassen wird.

Hinzu kommt, dass seit der Besiedlungspolitik der Militärdiktatur in den 1970er Jahren in der Region eine Migrantengesellschaft entstanden

ist, die von kulturellen Werten aus dem Nordosten und Süden geprägt ist. Wer von dort nach Amazonien kam, hatte vor allem ein Motiv: Ein Auskommen zu finden unter Ausbeutung der vorhandenen natürlichen Ressourcen. Der Kommunikation mit der ansässigen Bevölkerung über gemeinsame Zukunftsmodelle wurde und wird wenig Bedeutung eingeräumt. Noch heute wird Amazonien von Idealen aus den Herkunftsregionen der Zugezogenen gespeist: „Was wir sehen, ist die Dominanz von Diskursen aus Südbrasilien. Dort denkt man scheinbar, dass die Menschen hier nicht zu arbeiten wissen.“

Also sendet man globalisiertes Wissen in der Annahme, dass dann hier besser produziert würde. Die hiesige Bevölkerung assimiliert die transportierten Werte und passt sich so an eine weit entfernte Realität an. Für eine Auseinandersetzung mit lokaler Kultur und

„Was wir sehen, ist die Dominanz von Diskursen aus Südbrasilien. Dort denkt man scheinbar, dass die Menschen hier nicht zu arbeiten wissen.“

Identität hingegen gibt es kaum geeignete Kommunikationsmedien“, resümiert Alex Pamplona, Kommunikationstrainer der Nichtregierungsorganisation *UNIPOP* in Belém.

Die organisierte Zivilgesellschaft setzt daher auf populäre Kommunikationsformen und – medien, die sie als entscheidende Strategie zur sozialen Inklusion versteht. Hierzu zählen insbesondere Bürgerradios, da sie der oralen Kultur Amazoniens und den großen geographischen Distanzen entgegen kommen. Hinzu kommen eigene Sendezeiten im öffentlichen Fernsehen, womöglich selbst produzierte Journale und das Web 2.0. Die Anwendung all dieser Medien sieht sich jedoch großen finanziellen, rechtlichen und infrastrukturellen Schwierigkeiten ausgesetzt.

Vor allem die Bürgerradios sind betroffen. Sie empfinden die aktuelle Konzessionspolitik der brasilianischen Telekommunikationsbehörde *ANATEL* als repressiv und sehen sich in ihrer Folge zu Unrecht kriminalisiert. Seit der Einführung des Gesetzes 9612 im Jahr 2000

bzw. in weit größeren Stadtvierteln lebt. Wie viele bürokratische Abläufe in Brasilien handelt es sich beim Lizenzvergabeprozess um einen zeitraubenden Prozess, der eine Anzahl formeller und zahlungspflichtiger Registrierungsdokumente erfordert, über die nur

wenige ehrenamtliche Bürgerradios verfügen. Und selbst wenn die Dokumente vollständig und fristgerecht eingereicht werden, heißt das noch lange nicht, dass die Probleme dann gelöst sind: „Einige Bürgerradios warten seit Jahren auf ihre Sendelizenz! Weil es für kritische Stimmen keinen Platz in den kommerziellen Medien gibt, senden viele Bürgerradios

auch ohne Lizenz. In den letzten Jahren kam es aber vermehrt zu Beschlagnahmungen von Radioausrüstungen durch *ANATEL* und zur Verklagung von Radiomachern in der Region. Deshalb haben wir im Jahr 2008 das Forum zur Verteidigung der Bürgerradios (*Fórum em Defesa das Rádios Comunitários*) gegründet“, berichtet Enilson Nonato. Aktuell begleitet das Forum im Bundesstaat Pará zehn Fälle, in

Wi-Fi umsonst und für alle – an einigen Flusspromenaden in mittelgroßen Städten Amazoniens ist dies bereits Realität.

Vozes da Amazônia



Was wolltest Du der Welt schon immer einmal über Amazonien sagen?

„Amazonien ist Leben, es ist unsere Heimat, unsere Geschichte, unsere Gegenwart und unsere Zukunft. Wir sind weder rückständig, noch exotisch, weder dumme caboclos noch blutrünstige Indigene. Wir haben der Welt mit unserem traditionellen Wissen über unsere Wälder, Fische, Pflanzen, über die hiesige Biodiversität viel zu bieten. Doch unser Wissen und unsere Menschenrechte stehen nur an zweiter Stelle – an erster Stelle steht das Agrobusiness, der Bau von Staudämmen und das Geschäftsinteresse der Holzmafia. Wir brauchen eine wirksame Umweltpolitik, die Lösung der Landkonflikte und eine Politik, die nachhaltiges Wirtschaften unterstützt.“

Almenes Martins Machado Guarani

Mitglied der Associação Guarani Mbya Jepya Arondu und des Forums traditioneller Völker in Pará

Stimmen aus Amazonien

ist die Senderlaubnis aller Radios an eine Autorisierung durch *ANATEL* gebunden. Außerdem wurde der Senderadius auf drei Kilometer begrenzt, was den Betrieb vieler Bürgerradios in Amazonien unsinnig macht, da ihr Zielpublikum verstreut in riesigen Sammelreservaten

denen Radiomacher zu hohen Strafen wegen illegaler Sendepaxis verurteilt wurden. Außerdem nimmt das Forum beratende Funktion ein, indem es über Konzessionsausschreibungen und die dafür notwendige Dokumentation informiert.

Gemeinsam mit anderen NRO und sozialen Bewegungen setzt sich das *Fórum em Defesa das Rádios Comunitários* für eine rechtliche Neuregelung des brasilianischen Kommunikationssektors ein, um die bisherige Dominanz kommerzieller Privatsender aufzubrechen. Sie fordern das Menschenrecht auf Kommunikation zur Förderung von persönlicher Ausdrucksfreiheit und gesellschaftlicher Pluralität – für sie unerlässliche Voraussetzungen einer stabilen Demokratisierung. In der Praxis bedeutet das: Digitale Inklusion unter Förderung freier Software, vereinfachte Zulassungsverfahren für Bürgerradios und demokratischere Entscheidungsstrukturen in den Behörden zur Vergabe von Sendelizenzen. Nach vielen Jahren ungehörter Forderungen scheint das Kommunikationsministerium unter Präsident Lula nun kooperativ zu sein: Ende 2009 soll die erste nationale Kommunikationskonferenz stattfinden, auf der Bürgerrechtler, Journalistenverbände, staatliche Vertreter und Repräsentanten von Privatsendern den Auftakt machen werden zu einer breiten Diskussion über eine neue Kommunikationspolitik und –gesetzgebung.

Digitale Inklusion und hier insbesondere die Möglichkeiten, die sich durch das Web 2.0 eröffnen, spielen gerade in spärlich besiedelten, großen geographischen Räumen wie Amazonien eine Rolle. Wo Landflucht und städtische Armut herrschen, sind häufig Jugendliche am stärksten betroffen. Angezogen von den globalen Konsumkulturen, fühlen sie sich ausgegrenzt durch den fehlenden Zugang zu Informationen und Jobgelegenheiten, die sich aus ihrer Wohnsituation ergeben. Aktuell haben nur drei Prozent der Bevölkerung regelmäßig Zugang zum Internet. Hindernisse sind die hohen Kosten für den Zugang über Satellitensignale und die nur spärlich vorhandenen Breitbandanschlüsse. Erste Besserungen sind zu spüren: Im Bundesstaat Pará investiert die Regierung mit dem *Programa NavegaPará* in den Ausbau der Infrastruktur. Landkreise sollen schrittweise mit In-

focentros versorgt werden, Schulen von neuen Unterrichtsmöglichkeiten mittels Fernstudium profitieren. WI-FI umsonst und für alle – an einigen Flusspromenaden in mittelgroßen Städten Amazoniens ist dies bereits Realität.

Doch wie sieht es im ländlichen Raum aus? Die Möglichkeit, sich durch die Produktion eigener Nachrichten eine Stimme zu verschaffen, ist für viele Jugendliche Mittel zur sozialen Integration. Häufig qualifizieren sie sich mit ihrem in Kommunikationskursen angehäuften technischen Wissen für spätere Jobs. NRO wie *Projeto Saúde e Alegria* mit Sitz in Santarém/ Pará setzen auf die Förderung einer positiven lokalen, ländlichen

Identität. Mittels der digitalen Inklusion wollen sie den mit drastischen Widersprüchen lebenden jugendlichen Flussanwohnern neue Wege eröffnen. Im Zuflussgebiet der Flüsse Tapajós und Arapiuns in den Amazonas bildet die NRO Jugendliche in 37 Flussgemeinden mittels des Konzepts der *Educomunicação* (Kommunikationserziehung) zu Dorfreportern aus. Dabei gewähren örtliche *Telecentros* den Zugang zu Internet via Satellit über Solarmodule. Geschult werden die Jugendlichen in der Produktion von Radio- und Videobeiträgen, von Zeitungsartikeln für die Netzwerkzeitschrift *O Mocarongo* zur Vernetzung der Flussgemeinschaften und von Beiträgen in den eigenen Blog (im In-

ternet: <http://redemocoronga.org.br>). Dort kommunizieren sie mit der Welt auf Web 2.0-Niveau über die lokale Einschätzung der diesjährigen Hochwasserkatastrophe in der Region, diskutieren über die Gewalt an Kindern und Jugendlichen und berichten über ihre Teilnahme an der nationalen Umweltwoche. Ohne ihre regionalen Identitätsbezüge zu verlieren haben sie damit im Gegensatz zu vielen die Möglichkeit, sich einzureihen in das Konzert des vielstimmigen Chors an Meinungen und Ansichten über die Gegenwart und Zukunft Amazoniens, sowie Perspektiven für eine zeitgenössische Co-Existenz mit der Natur zu schaffen.

„Menschenrecht auf Kommunikation“ in der Praxis bedeutet: Digitale Inklusion unter Förderung freier Software, vereinfachte Zulassungsverfahren für Bürgerradios und demokratischere Entscheidungsstrukturen in den Behörden zur Vergabe von Sendelizenzen.

Sammelgebiete für Amazoniens Flussanwohner: archaisch oder zukunftsweisend?

„Hindernisse für den Fortschritt“ nannte Präsident Lula die traditionelle Bevölkerung Amazoniens: Seien es Flussanwohner (*ribeirinhos*), *quilombolas* oder Indigene. Diesen Vorwurf erhob der Präsident im November 2006 in einer Ansprache vor Unternehmern. Für die Co-Direktorin der FVPP [Fundação Viver, Preservar e Produzir] Antonia Melo, im 80.000 Einwohner starken Altamira in der Region Terra do Meio, ist die Antwort ebenso eindeutig: Die Zukunft Amazoniens und insbesondere der Terra do Meio, liegt in der nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung der Ressourcen des Waldes, wie sie *ribeirinhos* und Indigene vormachen. Damit stellt sich Antonia gegen den weit verbreiteten Vorwurf an traditionelle Bevölkerungsgruppen, die angeblich viel zu viel Land beanspruchen, aber mit ihrer Sammelwirtschaft, Jagd

und Fischerei nichts produzieren. Waldschutz gemeinsam mit seinen Bewohnern zu betreiben – hierfür setzt sich die FVPP ein, wobei sie auch bei internationalem Publikum nicht immer auf Begeisterung stößt, das in Sachen Regenwalderhaltung häufig nur an Flora und Fauna denkt.

Die vom Wald lebenden *ribeirinhos* sind in den letzten Jahren durch das Vordringen von Holzfirmen, Viehzüchtern und Sojaanbau extrem unter Druck geraten. Einzige Hoffnung für sie, ihren Lebensstil aufrecht erhalten zu können und nicht vertrieben zu werden, ist die offizielle Anerkennung ihrer Gebiete als *Reserva Extrativista* (Resex). Die acht Millionen Hektar große und mit Edelhölzern wie Mahagoni und Paranuss-Kastanie bewaldete Terra do Meio setzt sich aus einem Mosaik aus Schutzgebieten zusammen, darunter drei Resex, acht Indigenengebiete und acht so

Fundação Viver, Preservar e Produzir (FVPP): Arbeiten mit *ribeirinhos*

Die Stiftung FVPP ist eine besondere Institution: Sie ist eine Art Dachverband für soziale Bewegungen der Region zwischen *Transamazônica* und Xingu, Ort für Forschung und Praxis alternativer Entwicklungsmodelle sowie Anlaufstelle für verzweifelte MigrantInnen wie die *ribeirinhos*, welche bei der Stiftung ein- und ausgehen. Die FVPP machte es erst möglich, dass *ribeirinhos* in den brasilianischen Medien auf den Kampf um ihre Existenz aufmerksam machen konnten. Die Arbeit mit den *ribeirinhos* umfasst drei Bereiche: Das Ausstellen von Papieren, Alphabetisierung und die Weiterentwicklung ökonomischer Perspektiven. Sie ist besonderen Herausforderungen ausgesetzt, denn der Lebensalltag der *ribeirinhos* ist noch immer von einer Form der Schuldknechtschaft bestimmt, das *Sistema de aviamento*. Vor allem vom Fischfang, mit Pflichtfangquoten von 150 kg alle drei Tage, hängt die Existenz der Familien ab. Durch ihre Isolation sind die *ribeirinhos* auf die Versorgung durch die *regatões* angewiesen, Händler, die per Boot die Siedlungen ansteuern und mit Altamira verbinden. Diese „verkaufen“ den *ribeirinhos* Waren des täglichen Bedarfs wie Gummisandalen zum fünf bis siebenfachen Preis. Hingegen wird die Ware der *ribeirinhos* nicht bezahlt, sondern nur als Tauschware zu einem niedrigen Wert abgenommen. „Eine Dose Öl kostet beim Händler 7,50 R\$, für den Preis bekomme ich in der Stadt eine Kiste mit einem halben Dutzend Dosen.“ empört sich Seu Bernaldo. Auf diese Weise bleiben die *ribeirinhos* dauerhaft in der Schuld der Händler.

Die FVPP arbeitet an Strategien für den Verkauf der Naturprodukte der *ribeirinhos* statt des bisherigen ungleichen Tauschhandels. Ausserdem setzt sie sich dafür ein, dass die fünf bis acht



Herculano bei der Unterzeichnung zur Einrichtung der Resex Médio Xingu mit Präsident Lula (2.v.l.)

genannte *Unidades de Conservação* (UCs). Das Riesenareal gehört wiederum zu einem 28 Mio. Hektar großen Korridor zum Schutz der Biodiversität, der bis an die Nachbarländer Brasiliens heranreichen soll. Kaum mehr als diese Fläche bliebe erhalten, wenn die wirtschaftliche Nutzung tropischer Regenwaldgebiete, einschließlich des Baus von Staudämmen und dem Abbau von Gold, Bauxit, Eisenerz und anderen Bodenschätzen, in Amazonien weiter voranschreitet.

Die Resex Médio Xingu ist mit ihren 303.000 Hektar das kleinste Schutzgebiet der Terra do Meio und wurde erst 2008 von der Bundesregierung eingerichtet. Voraussetzung für die Einrichtung einer

Resex ist die Existenz eines Nutzungsplans, sogenannte *planos de manejo*, den die in Anwohnervereinen organisierten Bewohner erstellen müssen. Dieser legt fest, was zu welchen Zeiten und in welchen Mengen gejagt werden darf. Er legt die landwirtschaftlichen Aktivitäten fest und bestimmt die Maximalgröße gerodeter Flächen zum Anbau von Subsistenzkulturen wie Maniok, Bohnen und Mais, sowie Kakao, Ananas und Bananen.

In den Jahren vor der Einrichtung der Resex Médio Xingu hatte sich die Situation der dort ansässigen *ribeirinhos* dramatisch verschlechtert: Im Jahr 2006 berichteten die Waldbewohner Herculano, Rodrigo und Edmilson der FVPP

Tagesreisen entfernten *ribeirinho*-Siedlungen überhaupt von staatlichen Organen besucht werden. Die mangelnde ärztliche Versorgung hat schon viele Tote in Riozinho gefordert. Im Krankheitsfall ebenso wie bei Bedrohungssituationen ist der Amateurfunk das einzige Mittel, um Hilfe zu bekommen. Wie prekär die Situation ist, illustriert der Fall einer Frau, die nach der Geburt ihres Kindes dringend ärztliche Hilfe brauchte. Eine Tagesreise brauchte sie bis zum nächsten Dorf Cachoeira Seca, das über CB-Funk verfügt. Das von der FVPP geschickte Schnellboot konnte wegen der vielen Stromschnellen und Felsen die Strecke nur bei Tageslicht fahren, und so dauerte die gesamte Rettungsaktion bis ins Krankenhaus von Altamira sieben Tage. Dass die Frau aus Riozinho diese Tortur überleben würde, damit hatte eigentlich schon niemand mehr gerechnet. "Jegliche staatliche Versorgung, die wir erreicht haben, mussten wir per Gericht durchsetzen.", so Antonia. Dazu gehören vor allem Besuche medizinischer Teams, die per Schiff Malariabehandlungen, Impfungen und minimale Gesundheitsvorsorge durchführen. Auch die Auslieferung von Grundnahrungsmitteln, auf die die *ribeirinhos* Anspruch haben, gehören dazu. All das bedeutet für die FVPP stets ein Ringen mit den lokalen Mächten: Denn die Haltung der Bürgermeisterin von Altamira, Edinilda Sampaio, erschöpft sich in der Aufforderung, die *ribeirinhos* sollten doch einfach kommen, wenn sie was bräuchten. Umso erleichterter waren die HelferInnen zu hören, dass Riozinho und sieben andere Siedlungen inzwischen aus ASW-Spenden ein eigenes Funksystem bekommen haben, das schnellere Hilfsgesuche ermöglicht. Ebenfalls angeschafft wurde ein Gemeinschaftsboot.



Bernaldo da Silva röstet Maniokmehl, Grundnahrungsmittel in der Resex, das auch verkauft wird

von *grileiros* (illegalen Landaneignern), welche sie von Gebieten fortjagen, die sie seit Jahrzehnten in Sammelwirtschaft nutzen. Bis um die Jahrtausendwende lebten diese *ribeirinhos* in friedvoller Isolation, niemand kümmerte sich um sie. Ab 2001 transformierte sich ihre direkte Lebensumwelt in Privatbesitz und Handelsobjekt, ausgelöst durch Arbeiter der Immobilienfirma Incenxil des Großgrundbesitzers und bekannten *grileiros* C.R. Almeida. In einer Region wie der Terra do Meio gilt das Recht des Stärkeren. Polizei und staatliche Organe treten nicht in Erscheinung, weder um Menschen- und Bürgerrechte zu garantieren, noch um Umweltschutz zu gewährleisten. Holz wird hier am helllichten Tag und mitten im Schutzgebiet auf dem Xingu Fluss am neuen Posten der Umweltbehörde *IBAMA* vorbei abtransportiert.

Seit der Invasion durch Incenxil berichten die

ribeirinhos vom Médio Xingu von nieder gebrannten Häusern und abgeholzten Paranusssbäumen – einer Nuss, deren Tausch ihren Lebensunterhalt garantiert. Sie schildern die Drohungen gegen sie durch die *grileiros*, und das verängstigte Abwandern von Familien in die Slums von Altamira. Über die Hälfte der offiziell in der Resex Médio Xingu registrierten 59 Familien ist zwischenzeitlich nach Altamira geflohen, wo sie als Tagelöhner in ärmlichen und sozial unsicheren Verhältnissen leben.

Man könnte meinen, mit der Einrichtung der Resex Médio Xingu im Juni 2008 wäre alles wieder gut geworden. Herculano jedoch äußerte sich anlässlich der Feierlichkeiten zur Einrichtung des Sammelreservats besorgt: „Das Waldgebiet ist meine Familie und mit der heutigen Ausrufung der Resex sehe ich, dass mein Einsatz dafür nicht umsonst war. Meine Sorge



Creuza Miranda Silva

Associação de Mulheres Mãe Venina do Quilombo do Curiaú (Amapá)

**Was bedeutet für Dich Amazonien?
Was ist charakteristisch für die Region?**

„Für mich ist Amazonien der größte Reichtum dieses Planeten. Seine herausragendste Eigenschaft sind die ribeirinhos und ihre bewundernswerte Art mit den natürlichen Ressourcen dieser Region zu leben. Für mich sind die ribeirinhos der größte Widerstand Amazoniens gegenüber dem kapitalistisch-ausbeuterischen Entwicklungsmodell.“



Die Flussanwohner haben bisher nur kleine Boote – das verschafft den Zwischenhändlern sehr viel Macht

ist aber, dass sich die Drohungen seitens der *grileiros* noch verstärken werden, solange der Regierung der Abzug der illegalen Landnehmer nicht gelingt.“ Und tatsächlich ist inzwischen seit einem Jahr die Frist verstrichen, die den örtlichen *fazendeiros* zum Rückzug aus der Resex gegeben worden war – doch von Abzug ist wenig zu bemerken: Im Gegenteil, erst kürzlich wurde in dem Sammelgebiet der *ribeirinhos* erneut gerodet.

Doch die derzeit größte Herausforderung besteht in neuen sozialen und politischen Organisationsformen, die den *ribeirinhos* abverlangt werden, um das Sammelschutzgebiet überhaupt einrichten zu können. Schwierig ist auch das Zusammentreffen zwischen den besser informierten und unterstützten *ribeirinhos*, die aus Altamira auf ihr altes Gebiet in der Resex zurückkehren wollen, und den in der Isolation gebliebenen Be-

wohnern des Gebiets, denen solche Hilfe fehlt.

Wesentlicher Grund für die anhaltende Abwanderung aus dem Waldgebiet in die Stadt ist die Suche nach medizinischer Versorgung beziehungsweise nach Schulen für die Kinder. Wenn die Resex und das Leben von den Produkten des Waldes zukunftsweisend sein soll, dann muss diesen Grundbedürfnissen zwingend Rechnung getragen werden. „Oberste Priorität ist die Gesundheitsversorgung, ferner Schulunterricht und Kredite aus Mitteln der Landreform über die zuständige Behörde INCRA. Bislang geht es der Regierung aber lediglich um die Erstellung von Nutzungsplänen“, kritisiert die FVPP. „Diese Pläne sollen mit einer Frist von 40 Tagen von Flussanwohnern erstellt werden, die sich in den letzten 40 Jahren höchstens zwei Mal versammelt haben. Das ist absurd.“

Tina Kleiber

Vozes da Amazônia



Gilson Dias
Student und Trainer für Umweltbildung im Bundesstaat Pará

Welche Bilder oder Vorurteile über Amazonien möchtest Du gern dekonstruieren?

„In der Berichterstattung über Amazonien werden Flussanwohner und Indigene häufig als dumm und rückständig dargestellt. Dabei verfügen genau diese traditionellen Bevölkerungsgruppen über das größte Wissen über die Region – ein populäres Wissen, das keine Universität der Welt einem Brazilianer oder Ausländer über den Regenwald und seine Bewohner vermitteln kann.“

Stimmen aus Amazonien



Umweltaktivist und ASW-Projektpartner seit Jahren mit dem Tod bedroht

Herculano Costa Silva, Präsident der Anwohnervereinigung der Resex Médio Xingu, wird seit der Einrichtung des Sammelreservats im Juni 2008 erneut mit dem Tod bedroht. Im Februar 2008 war Herculano bereits entführt worden. In Folge musste er sein Landstück verlassen und vorübergehend nach Altamira ziehen. Um die Jahreswende erhielten er, seine Frau und sein ältester Sohn dort zahlreiche anonyme Drohanrufe. Am 12. Januar 2009 schließlich wurde Herculano von zwei Männern auf der Straße verbal angegriffen, einer von ihnen trug ein Messer. Daraufhin tauchte Herculano für einige Wochen unter, doch auch an seinem neuen Aufenthaltsort gingen die Drohungen weiter. Zuletzt suchten *pistoleiros* seine Familie auf; Herculano versteckt sich seitdem außerhalb von Altamira.

Herculano Costa Silva setzt sich seit 2001 für die Einrichtung der Resex Médio Xingu ein. Sein Haus befindet sich zwischen zwei großen *fazendas*, die in das Schutzgebiet eingedrungen sind und dort inzwischen über 2.000 Rinder züchten, sowie die Abholzung der Paranuss-Sammelgebiete fortsetzen – die Paranuss ist eine der Haupteinkommensquellen von Herculano und anderen *ribeirinhos* der Region.

Am 5. Juni 2008 hatte Präsident Lula das Dekret zur Einrichtung des Sammelschutzgebiets Xingu-Fluss erteilt, dessen Einrichtung ASW-Partnerorganisationen seit Jahren gefordert hatten. Die Resex Médio Xingu gehört mit seinen 303.800 Hektar zu den kleineren Schutzgebieten, stellt aber ein wichtiges Puzzelteil in einem insgesamt 28 Millionen Hektar großen Korridor von zusammen hängenden Reservaten dar. Mit der Einrichtung des Dekrets wurde der Abzug der *Fazendas* beschlossen. Die endgültige Frist für den Abzug der *fazendeiros* ist seit über einem Jahr abgelaufen, doch die *fazendas* bestehen weiterhin. Gleichzeitig wird der im Rahmen des Erlasses zur Einrichtung des Sammelreservats in der Hauptstadt Brasília verhandelte Polizeischutz für Herculano von den lokalen Behörden nicht gewährt. Nicht nur Herculano ist bedroht, auch der Vizepräsident der Anwohnervereinigung, Lauro, ist massiv gefährdet. Die ASW ist äußerst besorgt um die Sicherheit ihrer Partner.

Die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. (ASW) unterstützt seit 2003 die Organisation von *ribeirinhos* und die Einrichtung von insgesamt vier Resex in der Terra do Meio. Außerdem förderte die ASW die Installation von Solar-CB-Funkstationen, die Anschaffung von Gemeinschaftsbooten sowie Maniokmehl-Röstöfen zur Ernährungssicherung. Weitere Informationen unter:

<http://www.solidarische-welt.de/lateinamerika/tarcisio.shtml>

<http://www.solidarische-welt.de/lateinamerika/meio.shtml>

„*Babaçu* ist unser Leben!“

Die Bewegung der *Babaçu*-Nussknackerinnen fordert wirtschaftliches und ökologisches Umdenken

In den vier amazonischen Bundesstaaten Maranhão, Piauí, Pará und Tocantins wächst eine ganz besondere Palme: *Babaçu*. In rund 180.000 km² tropischen Regenwaldes gehört die *Babaçu*-Palme zur natürlichen Vegetation, sie sät sich selbst aus und wächst überall dort, wo die Bedingungen für sie günstig sind. Die Palmen werden bis zu 15 Meter hoch und tragen bei jeder Ernte rund 500 kokosnussähnliche, zehn Zentimeter große Nüsse. Traditionellerweise werden die *Babaçu*-Nüsse in ländlichen Gemeinden von Frauen in Gemeinschaftsarbeit gesammelt, in die Dörfer transportiert, aufgeschlagen und verarbeitet oder verkauft.

„Die Palme und die vielen Produkte aus ihrer Nuss gehören zu unserem Alltag: Im Topf ist *Babaçu*-Speiseöl, wenn wir unseren täglichen Bohneneintopf kochen. Die Kokosmilch, mit der wir den Fisch zubereiten, ist aus *Babaçu* und die Holzkohle, mit der wir den Herd anfeuern, gewinnen wir aus den Schalen der Nuss. Unsere Seife und das Waschpulver stellen wir aus *Babaçu*-Öl her, unser Haus hat ein Dach aus Palmwedeln, der Teppich ist aus geflochtenen *Babaçu*-Blättern, die Körbe aus *Babaçu*-Fasern – diese Pflanze ist unser Leben“, stellte Maria Alaídes Alves de Souza aus dem brasilianischen Bundesstaat Maranhão fest.

Da die Schalen der *Babaçu*-Nuss extrem hart sind, ist das Aufbrechen der Nüsse mit Hilfe von Handbeil und Schlagholz ein echtes „Handwerk“. Bisher kann die anstrengende Tätigkeit nicht von Maschinen verrichtet werden, da sie die kostbaren Kerne beschädigen, aus denen sehr hochwertiges Öl gewonnen wird. Das Aufbrechen der Nüsse übernehmen fast ausschließlich Frauen: die sogenannten *Quebradeiras de Coco Babaçu* – *Babaçu*-Nussknackerinnen.

Eine Pflanze – mindestens zehn Produkte

Aus dem Kern gepresst: hochwertiges Speiseöl (1) und Kosmetiköl (2). Aus dem Öl hergestellt: Seife (3) und Waschpulver (4). Aus der Schale: nahrhaftes kakaoähnliches Pulver aus dem Mark (5), das als Brei gegessen wird. Aus den Blättern: Dächer und Hauswände (6), Matten, Taschen und Körbe (7) geflochten sowie Papier (8) geschöpft. Aus den Nusschalen gewonnen: Holzkohle (9). Aus den Abfällen der ausgepressten Nüsse: Tierfutter (10).

Überleben mit *Babaçu*

Schätzungsweise 300.000 Familien sichern im östlichen Amazonasgebiet ihr Überleben mit den Produkten der *Babaçu*-Palme. Doch um diese sammelwirtschaftliche Tradition fortzuführen, brauchen die Nussknackerinnen den ungehinderten Zugang zu den Palmen – möglichst in den Regenwaldgebieten am Rande ihrer Dörfer. Mit der fortschreitenden Privatisierung immer größerer Gebiete von bisher gemeinschaftlich genutztem, staatlichem Land wird das Sammeln der Nüsse für die *Quebradeiras* jedoch erschwert oder ganz unmöglich. Rinderzüchter zäunen große Landflächen ein und verwehren den *Babaçu*-Nussknackerinnen den Zutritt. Andernorts werden sie von Milizen gezwungen, ihre Tagesammlung abzugeben, oder vom Großbauern der Region wie im Mittelalter verpflichtet, „den Halben zu zahlen“.

Die Palmen selbst sind durch Metallindustrie und extensive Viehwirtschaft bedroht: Rinderzüchter vergiften gezielt die Schößlinge oder brennen die Palmen auf ihrem Land großflächig ab. Um Holzkohle für die Verhüttung zu gewinnen, lässt die Metallindustrie *Babaçu*-Nüsse von Tagelöhnern massenhaft zu Holzkohle brennen. Anders als die *Quebradeiras* beschränken sie sich

dabei nicht auf das Sammeln der Nüsse am Boden, sondern holzen die Zweige an der Palme ab, so dass diese keine weiteren Nüsse mehr tragen kann.

„Wir wissen, dass im Amazonasgebiet jedes Jahr Tausende Quadratkilometer *Babaçu*-Palmwald vernichtet werden. Das ist nicht nur ein Umweltverbrechen, es zerstört auch unsere Lebensgrundlage“, kritisiert Maria Adelina de Sousa Chagas, Präsidentin des Netzwerks der Nussknackerinnen.

MIQCB – die Bewegung der *Babaçu*-Nussknackerinnen

Als sich die Situation in den achtziger Jahren immer mehr verschärfte, begannen sich die *Babaçu*-Nussknackerinnen 1990 zu organisieren. Heute gehören dem Movimento das *Quebradeiras de Coco Babaçu* (MIQCB) über 300.000 Frauen an, die in den vier Bundesstaaten Maranhão, Pará, Tocantins und Piauí mit sechs Regionalvertretungen aktiv sind. Ihnen geht es um die Anerkennung ihrer kollektiven Land- und Sammelrechte, auch dann, wenn die Palmen auf Privatland wachsen.

Galt den Nussknackerinnen lange als arme Bäuerinnen, die eine rückständige Tätigkeit verrichten, so hat sich das MIQCB inzwischen

einen Namen als Akteurin für den Umweltschutz gemacht. Die *Babaçu*-Sammelwirtschaft gilt als positives Beispiel, wie von den natürlichen Ressourcen Amazoniens gelebt werden kann, ohne sie zu zerstören. Zusätzlich experimentieren die Familien der *Quebradeiras* mit gemeinschaftlichem ökologischem Anbau von Gemüse, bei dem sie versuchen, die Auswahl des angebauten Obst und Gemüses auszuweiten.

Auch die Vereinten Nationen sind auf diese Form der kollektiven Einkommenssicherung aufmerksam geworden. Im Dezember 2005 wurde das MIQCB ausgezeichnet für eigene Aktivitäten zur Erreichung der MDG, der *Millennium Development Goals*, zur Reduzierung von Armut und Hunger, Gleichstellung und Selbstbestimmung der Frauen, ökologisch nachhaltige Entwicklung, Verbesserung der Frauengesundheit und Reduzierung der Kindersterblichkeit.

In dieser Hinsicht könnten die Sammlerinnen des MIQCB noch viel mehr erreichen, sofern ihr Zugang zu Land gesichert wäre. Die Einrichtung von Reservaten, die die Sammelwirtschaft erlauben, sowie die Durchsetzung des „*Lei do Babaçu Livre*“, das die kollektiven Land- und Sammelrechte anerkennt, wären dafür wichtige Schritte.



Die *Babaçu*-Nüsse werden nach dem gemeinschaftlichen Sammeln zusammen aufgeschlagen

Die Sammelwirtschaft ist eine typische Überlebensgrundlage in Amazonien: *Babaçu*, *Açaí*, *Buriti*, *Carnaúba*, Paranüsse (*Castanha do Pará* oder *Castanha do Brasil*), *Andiroba* und *Copaíba* – werden allesamt in Form des *extrativismo*, also nachwachsend und nachhaltig, gesammelt und genutzt. Diese Nüsse, Beeren und Öle sind wesentlicher Bestandteil der Ernährungsweise der lokalen Bevölkerung und zunehmend auch von wirtschaftlichem Interesse, zum Beispiel in der Kosmetik. Meist für den Eigenbedarf bzw. als Tauschware genutzt, sind diese Waldprodukte wichtiger Bestandteil einer gesunden Ernährung.

Bairro Novo – Erfolge und soziale Konflikte

Die Siedlung Bairro Novo ist ein gutes Beispiel für das Potential, das hinter der Sammelwirtschaft steckt. Der 20 Jahre alte Ort Bairro Novo gehört zur Gemeinde Penalva und liegt knapp 200 km südlich von São Luis, der Hauptstadt des Bundesstaates Maranhão. Die Frauen der 600 Familien, die dort leben, sind fast aus-

der gemeinschaftlichen Erzeugung des *Babaçu*-Öls sowie weiterer Produkte. Das Engagement von 150 *Quebradeiras* hat in den letzten Jahren auch eine Öl-, Seifen- und Waschpulverproduktionsstätte geschaffen.

Doch die Auseinandersetzung um den Zugang zu der Ressource *Babaçu* sorgt auch in Bairro Novo für soziale und ökologische Konflikte und bedroht das bereits Erreichte. Die Siedlung wurde am Rand des 12.000 ha großen Sammelgebietes *Enseada da Mata* gegründet, auf das heute Viehzüchter Anspruch erheben. Am Rand der Siedlung wurde bereits ein großes Stück Land eingezäunt, abgebrannt und in eine Viehweide umgewandelt. Schon mehrmals – zuletzt im August 2008 – haben die *Quebradeiras* und ihre Familien durch ihren Protest die Arbeiter der Rinderfarmer daran gehindert, auch den noch verbliebenen Regenwald in Ortsnähe abzubrennen.

Das MIQCB hat hier die Einrichtung der *Resex Quilombola Enseada da Mata* in Penalva beantragt. Zwar mangelt es nicht an zwingenden Gründen, das Sumpf- und Waldgebiet unter



Welche Bilder oder Vorurteile über Amazonien möchtest Du gern dekonstruieren?

„Amazonien ist kein unbewohntes Land – es ist nicht nur Wald!“

Jorge Coutinho

Federação das Associações de Moradores e
Organizações Comunitárias de Santarém

nahmslos *Babaçu*-Nussknackerinnen. Bis vor kurzem verkauften sie die von ihnen gesammelten Nüsse an einen Zwischenhändler und erhielten kaum Geld für ihre Arbeit. Mit Hilfe des MIQCB gelang es den gemeinschaftlich organisierten Frauen, selbst Öl aus den *Babaçu*-Kernen zu produzieren, das sie jetzt zum Verkauf anbieten. Für die meisten Frauen bedeutet das zum ersten Mal ein eigenes Einkommen. „Über die Selbstorganisation und den Aufbau einer eigenen Produktion sind aus den Analphabetinnen jetzt Multiplikatorinnen geworden“, beschreibt Zulmira de Jesus Santos den Prozess

Schutz zu stellen. Doch die offizielle Anerkennung dauert. Nice Machado Aires vom MIQCB ist darüber sehr besorgt „Diese *Resex* ist für uns ungeheuer wichtig. Seit den jüngsten Auseinandersetzungen zwischen *Quebradeiras* und Angestellten des *fazendeiros* wird es brenzlig. Dabei ist das hier Trinkwasserschutzgebiet, *Babaçu*-Sammelgebiet und sogar traditionell afro-brasilianischer Kollektivbesitz, *Terra de Quilombo*. Jedes für sich ein Grund das Gebiet zu schützen. Aber die Einrichtung der *Resex* zieht sich und zieht sich.“



Aus *Babaçu*-Nüssen wird ein sehr hochwertiges Öl gewonnen, doch die Vermarktung ist schwierig

Sammelwirtschaft vermarktet sich nicht von allein

Gemeinsames Sammeln und kollektives Nüsse knacken für die Produktion ist Voraussetzung für das Funktionieren der kleinen Seifenfabrik in Bairro Novo und anderer Produktionsgruppen des MIQCB. Ebenfalls Voraussetzung für das Wirtschaften mit Sammelprodukten sind eine umfangreiche technische Beratung sowie finanzielle Unterstützung, um ein solches Vorhaben überhaupt erreichen zu können. Denn abgesehen von allem Material, von technischen Zeichnungen zum Bau einer Produktionshalle, chemischen Tests zur Herstellung der Seife und gesundheitsamtlicher Prüfung, was alles bezahlt werden muss, bedarf es der Ausbildung und Schulung der formal kaum gebildeten Sammlerinnen.

Im Falle des MIQCB sind die Voraussetzungen denkbar günstig: Eine solide, breit gefächerte basisdemokratische Organisation der Produzentinnen, fachliche Unterstützung durch BeraterInnen mit Mitteln aus Europa, die wiederum das Knowhow haben, um die komplizierte Antragstellung für Schulungskurse für das MIQCB durchführen zu können. Und trotzdem stellt die fehlende staatliche Unterstützung für die Vermarktung von Sammelprodukten auch die BeraterInnen vor enorme Schwierigkeiten. Wirtschaft in Maranhão oder Pará wird noch immer entlang der Produkte „Rindfleisch“ und „Soja“ gedacht, nicht in Bio-Seife oder Bio-Speiseöl.

Dennoch gibt es erste Erfolge auf dem „freien Markt“ zu verzeichnen. Bei allen Schwierigkeiten, die hochwertigen Naturprodukte des MIQCB zu vermarkten: Jüngst ist es einer Kooperative erstmals gelungen einen Drei-Jahres-Vertrag mit der brasilianischen Kosmetikfirma NATURA abzuschließen, die für die Nutzung des traditionellen Wissens der *Quebradeiras* in einen Fonds zur Förderung der *Babaçu*-Sammelwirtschaft einzahlt.

Bei aller Bedeutung, die der wirtschaftlichen Integration der *Babaçu*-Sammelwirtschaft in die freie Marktwirtschaft zugesprochen werden muss, damit sich den Sammelfamilien Perspektiven für eine spürbare Verbesserung ihres Lebensstandards eröffnen, darf eines nicht übersehen werden: Anders als in der freien Marktwirtschaft ist in der Sammelwirtschaft nicht Profitmaximierung das Ziel dieser Tätigkeit, sondern Ernährungssouveränität beziehungsweise das Schaffen eines Einkommens für möglichst viele Sammlerinnen und ihre Familien. So gibt es unter den *Quebradeiras* klare solidarische Regeln, dass etwa für die Nachbarin, die ausfällt, weil sie ihren kranken Mann versorgt, so lange mitgesammelt wird, bis die Familie wieder auf den Beinen ist. Damit leben die *Quebradeiras* einen inspirierenden Mittelweg zwischen marktwirtschaftlicher Integration und gleichzeitiger Förderung der auf das kollektive Wohlergehen fokussierten Lebensführung.

Tina Kleiber

Die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. (ASW) unterstützt die Organisation der *Babaçu*-Nussknackerinnen und die politische Arbeit des MIQCB. Außerdem förderte die ASW den Aufbau einer Produktionsstätte für Öl, Seife und Waschpulver in Bairro Novo, die Ende 2008 ihren Betrieb aufgenommen hat. Weitere Informationen unter:

<http://www.aswnet.de/umwelt/miqcbumwelt.html>

<http://www.solidarische-welt.de/lateinamerika/miqcb2.shtml>

„Dieser Kampf ist nicht einfach, aber er muß sein!“

Gespräch mit Maria Adelina „Dada“ de Sousa Chagas, Koordinatorin der Bewegung der *Babaçu*-Nussknackerinnen MIQCB

Wann und wieso habt ihr MIQCB gegründet?

Wir sind *Babaçu*-Nußknackerinnen, so wie schon unsere Mütter und Großmütter. Aber seit 1980 bekamen wir immer mehr Schwierigkeiten, erlitten Repressionen und es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen um den freien Zugang zu den *Babaçu*-Palmen. Teilweise wurden Riesengebiete eingezäunt: Die *grileiros*, das sind professionelle Fälscher von Landtiteln, beanspruchten das Land für sich, Viehbarone nutzen das Land für ihre Herden und die Unternehmen der Agroindustrie breiteten sich aus. All dies wurde von Landespolitikern wohlwollend im Namen der sogenannten landwirtschaftlichen Entwicklung unterstützt.

Auf die illegale Enteignung und die Bedrohung unserer Lebensgrundlage haben wir reagiert, indem wir uns als soziale Bewegung organisierten. Gemeinsam machten wir Widerstandsaktionen, um den freien Zugang zu den *Babaçu*-Palmen und die gemeinschaftliche, nachhaltige Nutzung des Waldes zu erhalten.

Wie seid ihr dabei vorgegangen?

Ab 1990 haben wir *Babaçu*-Nussknackerinnen aus den vier Bundesstaaten Maranhão, Piauí, Pará und Tocantins angefangen uns zu treffen, um über unsere Probleme zu diskutieren und Strategien gegen unsere Entrechtung und für bessere Arbeitsbedingungen zu entwickeln. Von 1991 bis 1995 waren wir nur ein loser Zusammenschluss und nannten uns „Vereinigung der *Babaçu*-Nussknackerinnen“. Beim dritten regionalen Treffen haben wir uns dann zum MIQCB zusammengeschlossen und unsere Aktivitäten ausgeweitet. Die Bewegung der *Babaçu*-Nussknackerinnen hat ihre Wurzeln in den Alltagserfahrungen von über 300.000 Sammlerinnen und repräsentiert die verschiedenen Aspekte der Erhaltung des Waldes und des freien Zugangs zu den *Babaçu*-Palmen.

Was hat sich durch das MIQCB verändert?

Seit den 1990er Jahren versuchen unsere Familien in den Dörfern durch die Nutzung von allen Teilen der von uns gesammelten *Babaçu*-Nuss – also von Kern, Schale, Blättern, Stiel und durch die Gewinnung von Kompost – mehr zu erwirtschaften. Auf dem Land, das wir ohne Einsatz von Chemie bewirtschaften, machen wir den Ertrag durch den Anbau von Bohnen, Mais, Maniok und Bananen vielfältiger. So sichern wir unser Überleben einerseits mit Produkten aus der Sammelwirtschaft und andererseits durch die Landwirtschaft – und das nachhaltig und umweltverträglich.

Habt ihr auch versucht, auf den Gesetzgeber einzuwirken?

Es gibt eine Gesetzesvorlage vom 10. Juli 2007. Wir haben damals eine Demo nach Brasília gemacht und die Öffentlichkeit über unsere Situation informiert. Wir waren mit über 300 Nussknackerinnen dort, haben demonstriert und im Abgeordnetenhaus einen Brief mit unseren Forderungen und der Schilderung unserer Lage übergeben. Die Bewegung fordert von Präsident Lula, den Abgeordneten und anderen öffentlichen Organen, dass in einem ersten Schritt ein provisorisches Dekret den freien Zugang zu den *Babaçu*-Palmen erlaubt und die Zerstörung der *Babaçu*-Palmen verbietet. Im zweiten Schritt soll das Gesetz verabschiedet werden, das den freien Zugang zu *Babaçu*-Nüssen sowohl bei öffentlichem wie bei privatem Land sichert, das Verbrennen der *Babaçu*-Palmen verbietet und den Einsatz von *agrotóxicos*, also Pestiziden und Herbiziden, auf Land mit *Babaçu*-Palmen untersagt.

Wie sieht die rechtliche Lage derzeit aus?

Die rasant zunehmende Privatisierung von Land in unserer Region macht es für uns, die wir seit



Babaçu-Nußknackerinnen beim Aufschlagen der Nüsse

Dekaden vom Sammeln der *Babaçu*-Nuss leben, immer schwieriger, die 18 Millionen Hektar *Babaçu*-Wald zu nutzen. Rechtlich sieht es heute so aus, dass der Gesetzesvorschlag auf nationaler Ebene im Umweltausschuss und im Justizausschuss befürwortet wurde. Jetzt haben sie sich einfallen lassen, dass das Gesetz auch durch den neugeschaffenen Agrarausschuss muss, der sich aus Parlamentariern mit engen Verbindungen zu Großgrundbesitzern und Agrobusiness zusammensetzt. Inzwischen wurde das Gesetz für freien Zugang zu den *Babaçu*-Palmen in insgesamt 14 Gemeinden auf lokaler Ebene durchgesetzt, also verabschiedet und in Kraft gesetzt, dies in der Region, wo MIQCB aktiv ist.

Wir haben bisher fast ausschließlich über *Babaçu*-Politik gesprochen, was ist euch in der Bewegung sonst noch wichtig?

Nun vor allem sind wir eine soziale Frauenbewegung, die für die Würde der Frauen kämpft. *Babaçu*-Nussknackerinnen galten als zurückgeblieben. Wir kämpfen für Frauenrechte und unsere Anerkennung und Respektierung als Frauen und Mütter vom Land, die für eine bessere gesundheitliche Versorgung, Schulbildung, Alphabetisierung und Geschlechtergleichheit eintreten. Unser Kampf hat uns selbstbewusst gemacht und uns eine kollektive Identität gegeben: Wir sind *Babaçu*-Nussknackerinnen und Landfrauen und unser besonderes Selbstbewusstsein beziehen wir daraus, dass wir den *Babaçu*-Wald er-

halten wollen und um die Anerkennung unserer Landrechte kämpfen.

In der Stadt São Luis in Maranhão hattet Ihr einen kleinen Laden, in dem ihr eure Produkte verkauft habt. Wann und warum wurde dieser Laden geschlossen?

Im Mai 2008 mussten wir den Laden schließen, weil die finanziellen Mittel, um das Geschäft zu erhalten, nicht da waren. Es wurden viele Produkte verkauft: Seifen, Speiseöl, Kosmetiköl, Farinha (eine Art Grießmehl aus *Babaçu*, sehr schmackhaft und nahrhaft, als Nahrungsmittelergänzung einsetzbar, Anm.d.Red), Schmuck, Kunsthandwerkprodukte, Körbe und andere Dinge. Aber die Einnahmen reichten nicht aus, um auf Dauer Miete, Strom und Angestellte zu bezahlen. Wir *Babaçu*-Nussknackerinnen kämpfen aber weiter für die Wiedereröffnung.

Wie macht ihr weiter?

Wir überlegen konkret, neben der politischen Bewegung auch eine rechtlich anerkannte Organisation zu etablieren, die professionell kommerziell aktiv sein kann, Rechnungen mit Mehrwertsteuer ausstellen kann und so weiter. Wir denken dabei an eine genossenschaftliche Form der Organisation. Das werden wir auf unseren regionalen und überregionalen Treffen diskutieren, um etwas zu etablieren, was uns und den Konsumenten, der Umwelt und dem ganzen Planeten nützt.

Interview: Hermann Klinger

Chico Mendes – Kautschukzapfer, Widerstandskämpfer, Umweltschützer

Ein Portrait

Chico Mendes' Leben wurde bestimmt durch den Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Kautschukzapfer. Er verschrieb sich dieser Vision bis zu seinem Lebensende. Die Problematik der Kautschukzapfer wurde durch ihn als zentrale Person international bekannt. Für sein Engagement erhielt er zahlreiche nationale und internationale Preise, unter anderem den Global 500 Award und die Auszeichnung der „Gesellschaft für eine bessere Welt“. Am Abend des 22. Dezember 1988 wurde Chico Mendes ermordet.

Chico Mendes wurde am 15.12.1944 als Francisco Alves Mendes Filho im *Seringal* Cachoeira im Bundesstaat Acre als Sohn eines Kautschukzapfers geboren. Sein Vater kam im Zuge des Kautschukbooms Ende des 19. Jahrhunderts aus dem Nordosten nach Amazonien. Statt einer Schulausbildung erlernte Chico, wie alle Kinder aus Kautschukzapferfamilien, mit neun Jahren das Bezapfen der Bäume. Prägend für sein Leben war 1962 die Begegnung mit dem Kautschukzapfer Euclides Fernandes Távora. Dieser wurde zu seinem Mentor. Er brachte Chico mit Hilfe von Zeitungsartikeln das Lesen und Schreiben bei und beeinflusste ihn wesentlich.

Politische Zeitungsartikel und das Hören internationaler Radiosender weckten Chicos kritisches Denken und überzeugten ihn davon, sich gegen das bestehende unterdrückerische System zu wenden. Die Ratschläge und Erfahrungen des Klassenkämpfers Távora gaben Chico eine Idee für die Organisation der Arbeiter und seinen persönlichen Werdegang als späterer Gewerkschaftsführer.

Chico Mendes' Leben wurde bestimmt durch den Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Kautschukzapfer

Chico Mendes' politische Arbeit begann 1975 mit dem Eintritt in die Landarbeitergewerkschaft von Brasília (*Sindicato dos Trabalhadores Rurais de Brasília*).

Erste Aktionen innerhalb der gewerkschaftlichen Basisarbeit waren friedliche Blockaden, die so genannten *empates*, gegen die Abholzung des Waldes. Hierbei bildeten die Zapfer Menschenketten, um den Einsatz der Bulldozer der Rodungsfirmen zu verhindern. Dadurch zogen sie den Hass der Großgrundbesitzer und (inter-)nationalen Unternehmen auf sich, wodurch die Führungskräfte auf die Todesliste der nationalen Eliten (Holzindustrielle, Rinderzüchter etc.) gesetzt wurden. Eines ihrer Opfer wurde 1980 Wilson Pinheira, langjähriger Gewerkschaftsführer und enger Vertrauter Chicos. Trotz des starken Widerstands der lokalen Opposition aus Kirche, Mittelstand und Behörden nahm 1977 die Gewerkschaft in

Xapurí ihre Arbeit auf. Chico wurde 1981 zu deren Vorsitzenden ernannt. Dieses Amt führte er bis zu seinem Tod aus.

Parallel dazu engagierte er sich auf nationaler Ebene. Mit der Gründung der Arbeiterpartei (PT) wurde Chico zu deren zentralen Vertreter in Acre. Hier arbeitet er eng mit dem gegenwärtigen brasi-

lianischen Präsidenten Luiz Inacio Lula da Silva zusammen. Trotzdem galt Chicos volles Engagement weiterhin der Gewerkschaftsarbeit.

Entscheidend für die Zukunft der *seringueiros* war der erste Nationalkongress der Kautschukzapfer 1985 in Brasília, der von Chico Mendes und seiner späteren Wegbegleiterin Mary Alegretti angeregt wurde. Ein Ergebnis des Kongresses war die Gründung des Nationalrates der Kautschukzapfer (CNS). Der bedeutendste Vorschlag war die Einrichtung von Schutzgebieten,



In einem Dorf nahe Xapurí: Alte Frau vor Familienbildern und Poster mit Chico Mendes beim Fernsehen

die als wirtschaftspolitische Alternative gegen die Waldrodungen eingerichtet werden sollten. Nach den Vorstellungen der Zapfer sollten diese Gebiete in öffentliche Hand übergehen und ihnen sowie anderen Landarbeitern das Nutzungsrecht gewährt werden. Es sollte 15 Jahre dauern bis diese Forderung im nationalen Recht verankert wurde. Mary Allegretti war am Ende dieses Prozesses die treibende Kraft. Chico

durfte die gesetzliche Etablierung der Reserva Extrativista jedoch nicht mehr miterleben. Am Abend des 22. Dezember 1988 wurde Chico Mendes vor seinem Haus in Xapurí erschossen. Drahtzieher des kaltblütigen Mordes war der Großgrundbesitzer Darli Alves da Silva, der einen seiner Söhne mit der Ausführung der Tat beauftragt hatte.

Cindy Völler, Verena Ramos



Maria das Dores do Rosário Almeda
Instituto de Mulheres Negras do Amapá

**Was bedeutet für Dich Amazonien?
Was ist charakteristisch für die Region?**

„In Amazonien lebt eine Vielfalt von Menschen mit unterschiedlichen Identitäten umgeben von einer großen Biodiversität. Das herausstechendste Merkmal amazonischen Lebens ist das intime Verhältnis von Mensch und Natur, oder anders gesagt: In allem, was wir tun, hängen wir von der Natur ab. Wollen wir wissen, wie es um das Wetter steht, schauen wir zum Himmel. Die Gezeiten bestimmen den Zeitpunkt der Fahrt der Fischer aufs Wasser. Die Zeit des Regens wird respektiert, wir sagen hier, das ist seine Zeit...“

Vom Sklaven zum Umweltschützer

Veränderte Wirtschaftsweisen der Kautschukzapfer Amazoniens

Kautschukzapfen stellt heutzutage eine der schonenden Methoden dar, den Wald nachhaltig zu nutzen, ohne ihm zu schaden. Dabei greifen die Kautschukzapfer auch auf traditionelle Wirtschaftsweisen der indigenen Bevölkerung zurück und arbeiten oft gemeinschaftlich in solidarischer Ökonomie.

Kautschukzapfen

Das Zapfen des milchigen Saftes der verschiedenen Baumarten, wie dem 'Kautschukbaum' (*Hevea brasiliensis*) oder dem 'Echten Kautschuk' (*Castilloa elastica*), erfordert fundierte Kenntnisse und viel Feingefühl. Zu Beginn des Kautschukbooms wendeten die damals noch umherziehenden Zapfer (*Coucheiros*) die so genannte *Machadinho*-Methode an, die zwar schnell eine hohe Ausbeute versprach, aber gleichzeitig wichtige Versorgungsgefäße der Pflanze schädigte. Nach einem Zapfgang benötigte der Baum ein halbes Jahr zur Regenerierung. Zu dieser Zeit standen die größtmögliche Ausbeute sowie die schnelle Verfügbarkeit des Rohkautschuks im Vordergrund, was die *Coucheiros* häufig veranlasste die Bäume gleich zu fällen oder diesen die notwendige Regenerationszeit nicht zu gewähren. Das wiederum führte zum langsamen Absterben der Pflanze.

Mit dem drastischen Schwund der Bestände und der Entstehung des Großseringals änderte sich das zerstörerische Vorgehen. Die schonendere Fischgräten-Zapftechnik wurde eingeführt. Für die Zapfer bedeutete dies einen langen Arbeitstag, an dem sie Fußmärsche von rund 50 Kilometern zurücklegen mussten. Jeder Zapfer hatte zwei bis drei Zapfstraßen (*estradas*) zu

bedienen. Die Arbeit begann gegen 3.00 Uhr morgens mit dem Bezapfen der ersten Straße. Nachdem diese Runde beendet war, wurde die ausgetretene Latexmilch eingesammelt. Dann begann der gleiche Rundgang auf der zweiten Straße. Den Bäumen blieb eine Regenerationsphase von zwei bis drei Tagen. Die Zapfer kehrten meist erst spät in der Nacht von ihren Rundgängen zurück. Nun begann die Weiterverarbeitung des Kautschuks, die so genannte Defumation.

Mit dem Fortgang des *Patraõ* löste sich der klassische *Seringal* auf. Die Besitzflächen verkleinerten sich und die Zapfaktivitäten der nun mehr selbständigen Zapfer wurden reduziert. Sie bezapften zwar immer noch die gleichen Straßen, aber die *Colocações* wurden aufgeteilt. Eine weitere Zeitersparnis verschafften sie sich, indem sie die gesundheitsschädigende Defumation aufgaben. Bei dieser Methode der Kau-

Den Bäumen blieb eine Regenerationsphase von zwei bis drei Tagen. Die Zapfer kehrten meist erst spät in der Nacht von ihren Rundgängen zurück.

tschuk-Koagulation wurde der flüssige Latex über stark rauchendem Feuer aus Harz- oder Ölreichen Hölzern zu so genannten Bolas (Bällen) zusammengeballt. Die Defumation erforderte das tägliche Einsammeln der Latexmilch, welches durch die Bisquitmethode nicht mehr notwendig war. Bei dieser Methode wird die Milch im Zapftopf am Baum gelassen und erst nach zwei Tagen,

wenn der Saft vollständig koaguliert ist, eingesammelt. Dabei nehmen die Zapfer die schlechteste Qualität des Kautschuks in Kauf, können sich aber anderen Tätigkeiten widmen und ihre Gesundheit schonen. In einem *Seringal* in der Nähe von Xapuri planten die *seringueiros* Ende der 1980er Jahre die maschinelle Defumation des Kautschuks. Sie gründeten eine Koopera-

tive, in der sich jeder durch die Produktion an der Finanzierung des Kleindefumators beteiligen sollte. Dadurch wollte man eine bessere Qualität erreichen und höhere Preise erzielen. Gleichzeitig sollte die gezapfte Menge zurückgefahren werden. Das bedeutete zwar das erneute Einsammeln der Milch, aber durch ein Antikoagulat konnte diese bis zur gemeinsamen Verarbeitung am Wochenende in flüssigem Zustand gehalten werden. Diese Kooperative entwickelte auch Pläne zur gemeinsamen Vermarktung des Rohkautschuks.

Die Zapfer begannen im Laufe der Zeit, ein Leben nicht nur im Wald, sondern auch mit dem Wald zu führen. Das zeigt sich besonders in der Art und Weise der Subsistenzwirtschaft. Die gewonnene Zeit nutzten sie, um Gärten und Felder (*roças*), die denen der indigenen Bevölkerung gleichen, anzulegen und die Jagd auszuüben. So waren sie nicht mehr gezwungen, alle Nahrungsmittel zu kaufen und konnten sich

ausgewogener und gesünder ernähren sowie Überschüsse verkaufen.

In vielen *Seringais* dehnten die Kautschukzapfer ihre Sammelaktivitäten auch auf andere Produkte des Waldes, wie die Paranuss, die *Babaçu*, *Tucmã*, *Copaíba* und *Pataná* aus. Durch den Verkauf der Früchte konnten sie sich ein breiteres Einkommens- und Tätigkeitsfeld öffnen.

Solidarische Ökonomie - Gemeinschaftlich wirtschaften

Die Gründung der *Resex* förderte nicht nur den Schutz der Umwelt und die Unabhängigkeit der Zapfer, sondern unbeabsichtigt auch ein System des nachhaltigen und gemeinschaftlichen Wirtschaftens, das als Solidarische Ökonomie bezeichnet wird. Hier steht nicht die Maximierung des Gewinns im Vordergrund, sondern die Befriedigung der Bedürfnisse aller Beteiligten. Im *Resex Rio Ouro Preto* zum Beispiel wurde 2005 das Projekt *O Babaçu* initiiert. Ziel war die Ver-

Babaçu, Açaí, Tucumã, Pataná, Copaíba und Paranuss

Die *Babaçu* ist eine Palmfrucht, aus der eine Vielzahl von Produkten gewonnen werden kann. Neben Seife oder Schmuck können aus den faserigen Blättern der Bäume auch Hüte und Körbe geflochten werden. Im *Resex Rio Ouro Preto* in Rondônia wird aus der *Babaçu* Öl gewonnen, mit welchem die Menschen einen Dieselmotor betreiben. Aus *Açaí*, der Frucht einer bis zu 25 Meter hohen Palme, werden Fruchtsäfte hergestellt, die in Brasilien und inzwischen auch über die Landesgrenzen hinaus sehr beliebt sind. Die Fasern von *Tucumã* und *Pataná* werden zur Herstellung von Fischernetzen, Seilen, Hängematten beziehungsweise Bürsten genutzt. *Copaíba* dient neben der Nutzung des Holzes für bauliche Zwecke auch der Gewinnung von medizinischem Öl.

Die Zapfer lernten, sich an den Wald anzupassen und ihn auf schonende Weise zu nutzen. Doch für alle diese Früchte gilt: Werden zu viele aus dem Ökosystem entfernt, erleidet dieses Schaden. Besonders deutlich wird das am Beispiel der Paranuss: Die Paranuss reift vor allem in der Regenzeit. In dieser Zeit lohnt sich das Kautschukzapfen nicht, weil die Qualität der Latexmilch dann durch den hohen Wasseranteil sehr gering ist. Die Paranuss ist die Frucht des *Castanheira*-Baumes, der seit 1998 auf der Roten Liste der bedrohten Arten der *IUCN* (*International Union for Conservation of Nature and Natural Resources*) steht. Da die Pflanze sich nur vermehrt, wenn das Ökosystem intakt ist, stellen Rodungen die größte Gefahr für die Bestände dar. Über die Bestäubung des Paranussbaumes ist wenig bekannt. Ein fehlgeschlagener Versuch zur plantagenmäßigen Nutzung der Frucht lässt vermuten, dass bestimmte Arten von Bienen und Orchideen dazu vorhanden sein müssen. Als Einzelbaum auf Weiden kann er lediglich als Schattenspende dienen. Deshalb betrachtet die *IUCN* die nachhaltige Nutzung in Sammelreservaten als den sinnvollsten Schutz der Pflanze. Eine solche kann aber nur gewährleistet sein, wenn nicht zu viele Früchte aus dem Ökosystem entfernt werden, da sonst nicht mehr genügend Bäume aufwachsen und die Bestände trotzdem in Gefahr sind.

Die große Nachfrage nach Paranüssen in Europa hat diese Entwicklung gefördert. Problematisch ist, dass eine Lobby von gut verdienenden Großhändlern schlecht bezahlten Sammlern gegenübersteht. So scheinen die einzigen Lösungen im Moment der Kauf aus fair gehandelten Früchten und die Einschränkung des Konsums in den Industriestaaten zu sein.



Acre: Nilson Mendes (Cousin von Chico Mendes) zeigt, wie früher Kautschuk gezapft wurde

besserung des Lebensstandards durch alternative Energiegewinnung. Hier untersuchten Wissenschaftler der Universität Porto Velho verschiedene Bäume des Waldes auf ihre Verwendbarkeit für die Herstellung von Treibstoff. Das Ergebnis war die Gründung einer Sammlergemeinschaft, die aus der Babaçu-Nuss Pflanzenöl für Treibstoff,

des gemeinschaftlichen Einkaufes von Waren des täglichen Bedarfs.

Eine Vielzahl ähnlicher Projekte entstanden in Amazonien. Diese Solidarsiche Ökonomie, also die gemeinschaftliche Form des Wirtschaftens, ist bei allen indigenen Völkern verbreitet. Sie dient nicht nur dem Erhalt der Gemeinschaften,

Vozes da Amazônia



Was wolltest Du der Welt schon immer mal über Amazonien mitteilen?

„Es ist wichtig, dass endlich unser Zeitverständnis, unser Rhythmus, unsere amazonische Art und Weise zu sein und unsere Angelegenheiten zu regeln, berücksichtigt wird.“

Jorge Coutinho

Federação das Associações de Moradores e Organizações Comunitárias de Santarém

Stimmen aus Amazonien

aber auch andere Produkte gewinnt. Die Einwohner sammeln und verarbeiten die Frucht gemeinschaftlich. Etwa 30 Prozent des Treibstoffes verbleiben für den Betrieb des Dieselmotors, der die gemeinsame Presse antreibt. Der Rest wird unter den Familien der Gemeinschaft aufgeteilt. Diese verkaufen den Treibstoff, sofern sie ihn nicht selbst nutzen. Auch im *Projeto Seringueiro* standen neben den Bildungs- und Gesundheitsmaßnahmen die Gründung einer Gemeinschaft beziehungsweise Kooperative im Vordergrund. Deren oberstes Ziel war die Organisation des gemeinschaftlichen Verkaufs von Kautschuk und

sondern gleichzeitig auch dem Erhalt des Waldes. So passten die *seringueiros* sich nicht nur den Methoden der Indigenen an, sondern – dies wohl mehr unbewusst – auch der Organisation dieser Völker. Die Gefahr des Übersammelns einzelner Früchte ist dennoch nach wie vor existent. Hier gilt es Lösungen zu finden, um dieses, im ursprünglichen Sinne nachhaltige System, weiterhin nachhaltig zu gestalten.

Cindy Völler

Mehr Informationen über die *seringueiros* unter: www.kasseler-austausch-entwicklungsprojekte.de



COICA

Koordination der indigenen Organisationen des Amazonas-Beckens

Das Amazonasbecken in Südamerika umfasst ein Gebiet von über acht Millionen Quadratkilometern. Dort leben auch geschätzt 1,5 Millionen Indigene aus über 400 verschiedenen Völkern. Trotz jeweils unterschiedlicher Sprachen und Kulturen ist ihnen gemeinsam, dass ihre Lebensweise **mit** der Natur und nicht in erster Linie **durch** die Natur erfolgt.

Im Amazonasgebiet haben sich zahlreiche indigene Organisationen gegründet, deren Anliegen sowohl im Erhalt und Schutz des Regenwaldes, der Lebensgrundlage indigener Völker in Amazonien, als auch in der Stärkung ihrer Kultur und politischen Organisierung liegt. So hat sich im Jahre 1984 die *COICA* (*Coodinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica*) als Dachverband aller indigener Organisationen des Amazonastieflandes gegründet.

Die Geschichte der *COICA*

Am 16. März 1984 kamen Vertreter fünf nationaler Organisationen der Amazonasindianer aus Peru (*AIDSEP*), Brasilien (*UNI*), Ecuador (*CONFENIAE*), Bolivien (*CIDOB*) und Kolumbien (*ONIC*) in Lima zusammen, um über die Menschenrechtssituation indigener Völker und die schwerwiegenden Probleme der Übereignung von indigenen Ländereien an agro-industrielle Unternehmen, Holzfirmen, Erdöl- und Bergbaugesellschaften durch die jeweiligen Regierungen zu diskutieren.

Man entschied, sich gegenseitig im Kampf um die Anerkennung indigener Landrechte und das Überleben der eigenen Kulturen zu unterstützen, und rief die *COICA* ins Leben. Evaristo Nungkuag Ikanan, Vertreter der peruanischen nationalen Organisation *AIDSEP* und Angehöriger des indigenen Volkes Aguaruna, wurde zum ersten Präsidenten des neugegründeten Dachverbandes gewählt und übernahm dieses Amt im Zeitraum zwischen 1984-1992.

Der Gründung der *COICA* war bereits ein längerer Organisationsprozess der indigenen Gemeinschaften auf nationaler, lokaler und regionaler Ebene vorausgegangen. Die indigenen Völker bedienten sich unterschiedlicher Organisationsformen, um ihrem Protest gegen diese Entwicklung Ausdruck zu verleihen. In Föderationen, Indianerräten und Vereinigungen begannen sie, ihre Territorien und ihre Lebensweise gegenüber fremden Zugriffen zu verteidigen. Den Anfang machte die Föderation der Shuar-Zentren (*FICSH*), die 1965 im östlichen Tiefland Ecuadors gegründet wurde und bald Vorbild für eine ganze Reihe ähnlicher Basisorganisationen war, die sich Anfang der siebziger Jahre im Amazonasgebiet bildeten. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre entstanden in den einzelnen Ländern Zusammenschlüsse von solchen Basisorganisationen. Es handelt sich um Zusammenschlüsse von



Abendstimmung im Regenwald am Ufer des Rio Negro

lokalen und regionalen Basisorganisationen, die meist von staatlicher Seite als Rechtsperson anerkannt sind und sich als autonom im Sinne einer parteipolitischen Unabhängigkeit verstehen. Darüber hinaus verfolgen sie die gleichen politischen Ziele: Landsicherung, Selbstbestimmung, den Aufbau eigener Erziehungs- und Bildungsprogramme sowie die Förderung einer selbstbestimmten wirtschaftlichen Entwicklung. Die *COICA* ist somit ein weiterer, wichtiger Schritt im Prozess der Selbstorganisation der indigenen Völker Amazoniens. Ihr Wirkungsfeld liegt vor allem auf der internationalen Ebene. Nach ihrem Selbstverständnis ist die *COICA* die internationale Koordinierungsinstanz für ihre Mitgliedsorganisationen, deren Tätigkeit allen indigenen Völker Amazoniens zugute kommen soll. Seit dem IV. Kongress in Manaus/Brasilien im Jahre 1992 gehören der *COICA* folgende nationale Indigenenorganisationen aller 9 Amazonasstaaten an:

- Vereinigung der amerindianischen Völker Guyanas (*APA*)
- Organisation der Indianervölker Surinams (*OIS*)
- Föderation der Amerindianischen Organisationen von Französisch Guayana (*FOAG*)
- Nationale Indianerrat Venezuelas (*CONIVE*)
- Koordination der Indigenenorganisationen des brasilianischen Amazonasgebietes (*COIAB*)
- Interethnische Vereinigung zur Entwicklung des peruanischen Waldes (*AIDASEP*)
- Konföderation der indigenen Nationalitäten des ecuadorianischen Amazonasgebietes (*CONFENIAE*)
- Organisation der indigenen Völker des kolumbianischen Amazonasgebietes (*OPIAC*)
- Konföderation der indigenen Völker Boliviens (*CIDOB*)

Quelle: Klimabündnis. http://www.indigene.de/coica_geschichte.html

Das Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder (Alianza del Clima e.V.) ist Europas größtes Städtenetzwerk zum Klimaschutz und hat sich den Erhalt des globalen Klimas als Ziel gesetzt. Hierzu gehören die Verringerung der klimaschädlichen Emissionen in den Industriestaaten auf der Nordhalbkugel und der Schutz des Regenwaldes in der südlichen Hemisphäre. Weitere Informationen zum Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder / Alianza del Clima e.V.

www.klimabuendnis.org



Manaus am Rio Negro – wenige Kilometer vor der Mündung in den Amazonas

**Erklärung der Koordinierungsstelle der indigenen Organisationen des Amazonasgebiets COICA
Ende Januar 2009, Weltsozialforum in Belém/Brasilien.**

Auf dem Weltsozialforum 2009 in Belem do Para, Brasilien, waren VertreterInnen der insgesamt 390 indigenen Völker des Amazonasgebietes (*COICA*), zu denen fast drei Millionen Menschen gehören, versammelt. In unseren intensiven Debatten und Analysen ging es um die Realität der indigenen Völker im Amazonasraum. Unsere Grundlage sind die Vorschläge und Prinzipien der Erklärung der Vereinten Nationen zu den Rechten indigener Völker (*UNDRIP*). (...) Die indigenen Völker haben das Recht auf freie Selbstbestimmung ihrer politischen Situation und sollen frei über ihre wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung entscheiden dürfen. Deshalb:

Wir fordern die unverzügliche Festlegung und Ausweisung unserer ursprünglichen Gebiete, die seit jeher von ihren legitimen Bewohnern genutzt werden. Wir verurteilen die gewalttätigen Einschüchterungsversuche, die tödlich endeten, weil unsere Führer unser Gebiet und die Rechte der indigenen Völker verteidigten.

Wir klagen die Nichtberücksichtigung der Grenzen für Landwirtschaft und Fischfang an. Hierdurch wird unser Territorium verletzt und abgewertet, Wälder und Weideflächen werden verbrannt, Boden und Flüsse verseucht; chemische und genetisch veränderte Mittel werden eingesetzt, um Monokulturen zu fördern, es finden Biopiraterie, Holzschmuggel, illegale Entsorgung von Haus- und Industriemüll statt. Alle diese Faktoren stellen eine Gefährdung für unsere Ernährungssouveränität dar und führen zum Verfall von Ökosystemen und schließlich auch zum Verlust unserer Identität und Kultur. Außerdem erhöhen diese Einflüsse die Verletzlichkeit der indigenen Völker, die in selbst gewählter Isolierung leben und bislang noch nicht oder kaum mit der Außenwelt in Kontakt waren: Wir fordern für sie eine vollständige Garantie ihrer Gebiete durch die betroffenen Staaten.

Wir möchten die Welt darüber in Kenntnis setzen, dass Megaprojekte wie *IIRSA* (Regionale Infrastrukturinitiative Südamerikas) und das Programm des beschleunigten Wachstums *PAC* (von Staaten und Regierungen durchgeführt), für den Genozid an indigenen Völkern und die Zerstörung des amazonischen Regenwaldes verantwortlich sind: Wir fordern den sofortigen Stopp dieser Projekte!



Wir wehren uns gegen politische Entscheidungen und Prozesse, welche die Beteiligung der indigenen Völker bei der Diskussion um den Klimawandel behindern oder verfälschen: Wir fordern eine bessere Informationsverbreitung und eine kritische Debatte zwischen den indigenen Völkern über die Verfahren und die laufenden Verhandlungen hinsichtlich der Reduzierung und Vermarktung von Kohlenstoff auf indigenen Gebieten.

Jede Vereinbarung über Finanzierungssysteme für den Schutz des Regenwaldes (z.B. REDD) auf unserem Gebiet muss uneingeschränkt die Rechte der indigenen Völker gemäß der Erklärung der Vereinten Nationen (UNDRIP) anerkennen. Unsere Rechte sind nicht verhandelbar.

Wir wehren uns gegen Bergbau, Erdöl- und Brennstoffförderung und klagen die immer größere Produktion von Agrokraftstoffen im Amazonasgebiet (Palmöl, Zuckerrohr, Soja) an, welche unser Ökosystem hochgradig zerstören. Wir weisen das Produktionsmodell unserer Staaten für den Konsum der "entwickelten" Länder und der Eliten der "Entwicklungsländer" zurück.

Wir fordern von den Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (NRO), die sich für die Bewahrung unseres Lebensraums und unserer Kultur einsetzen, dass sie von ihren Aktivitäten absehen; wir setzen uns vielmehr dafür ein, dass unsere eigenen indigenen Organisationen im Rahmen ihrer legitimen und institutionalisierten Vertretung tätig werden.

Unterzeichnet von den anwesenden Mitgliedern der Koordination der Organisationen der Indigenen Völker des Amazonasbeckens (COICA) am 1. Februar 2009 in Belém, Brasilien.

A.d.R.: Dieser Text ist eine leicht gekürzte Version des Originals; die sieben Forderungskategorien wurden ganz, die Forderungsinhalte ganz oder im Kern beibehalten. Der Originaltext findet sich im Internet unter: <http://www.coica.org.ec>. Zum Thema Amazonien an dieser Stelle noch der Verweis auf die Lateinamerika Nachrichten, Ausgabe Nr. 414, Dezember 2008, mit dem Schwerpunkt 'Amazonien in der Klemme'.

Übersetzung: Katharina Wieland

Erschienen in den Lateinamerika Nachrichten
Ausgabe Nummer 417 - März 2009

„Wir wollen politische Autonomie“

Interview mit Almir Suruí, Direktor der Umweltabteilung der Indigenen Organisationen des brasilianischen Amazonasgebiets (COIAB)

Am Rande der Amazonien-Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung (26.-29. Februar 2008) hatten die LN die Gelegenheit, Almir Suruí zu interviewen. Im Gespräch stellt er dar, mit welchen Problemen insbesondere isolierte indigene Völker zu kämpfen haben und welche Schritte notwendig sind, um ihnen das Überleben zu sichern.

Im Januar 2008 hat die brasilianische Regierung Polizeiaktionen gegen die illegale Rodung des Regenwalds im Amazonasgebiet durchgeführt. Die Holzindustrie antwortete mit Straßenblockaden, Drohungen und Entführungen. Waren Sie davon auch betroffen?

Nein, von den Entführungen waren wir nicht betroffen, sondern hauptsächlich Mitarbeiter der Regierung, die die Aktionen durchgeführt hat. Die Aufgabe der COIAB war es, der Regierung ihre Operation überhaupt erst zu ermöglichen. Hauptsächlich haben wir ihr dabei geholfen, indem wir die Vergehen, die im Regenwald geschehen, angezeigt haben. Was den Kampf für die COIAB betrifft, wurde ich noch nicht bedroht. Aber ich bin auch in leitender Funktion als Generalkoordinator für die Organisation des indigenen Volkes der Suruí tätig. In dieser Funktion habe ich mehrere illegale Abholzungen im Gebiet der Terra Indígena 7 de Setembro (Indigenengebiet 7. September) angezeigt. Im Zuge dessen gab es 2006 und 2007 schwere Drohungen gegen mich. Um mein Leben zu schützen, hat mich die COIAB dann nach Manaus versetzt, von dort habe ich so gut wie möglich weiter die Aktionen der COIAB unterstützt. Zusätzlich hatte ich die Möglichkeit, meinen Fall vor die Menschenrechtskommissionen der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) und des Staates Brasilien zu bringen, bislang wurden jedoch keine weiteren Maßnahmen ergriffen, die zu meinem Schutz beitragen könnten.

Was sind aktuelle Ziele und Schwerpunkte der Arbeit der COIAB?

Das Ziel der Bewegung ist es, die indigenen Völker zur Verteidigung ihrer Rechte zu vereinen. Als die COIAB gegründet wurde, war eines der Ziele, für das Recht auf indigene Territorien zu kämpfen und diese Territorien zu demarkieren. Davon ausgehend war und ist es unsere Absicht, auf nachhaltige Entwicklung zu achten, bei den Territorien die bereits demarkiert sind, um die Bevölkerung des Regenwalds und die indigenen Kulturen finanziell und politisch autonom zu erhalten. Dies geschieht mit Hilfe der COIAB angeschlossenen Organisationen.

In Ihrer Arbeit für die COIAB kämpfen Sie gegenwärtig gegen ein Staudammprojekt am Rio Madeira in der Nähe der Stadt Porto Velho im Bundesstaat Rondônia. Warum ist es für Sie wichtig, dieses Projekt zu verhindern?

Angrenzend an den Rio Madeira liegen mehrere Indigenengebiete. Wir warnen, dass in der Region, in der das Wasserkraftwerk am Rio Madeira gebaut werden soll, die Menschenrechte der Bevölkerung verletzt werden. Das betrifft nicht nur die Indigenen, sondern auch Flussbewohner und die Stadtbevölkerung, die großen sozialen Veränderungen negativer Art ausgesetzt sein werden. Wenn der Staat Brasilien wirklich vorhat, ein Entwicklungsprojekt durchzuführen, sollte es zum Wohle der Bevölkerung sein, die in dieser Region lebt und diese nicht zerstören. Deswegen kämpfen wir, zusammen mit anderen sozialen Bewegungen in Rondônia, gegen die Bewilligung des Staudammprojektes am Rio Madeira und wollen auf die brasilianische Regierung Druck ausüben.

Wie werden die Auswirkungen auf die Bevölkerung aussehen?

Sehr viele Flussbewohner werden ihre Woh-



Almir Suruí ist Sprecher der 350 Suruí-Indianer im brasilianischen Bundesstaat Rondônia und Vorsitzender ihrer Organisation Metareilá. Außerdem ist er Direktor der Umweltabteilung der Indigenen Organisationen des brasilianischen Amazonasgebiets (COIAB).

Sechs Jahre vor seiner Geburt hatte seine Ethnie Paiter (vom Stamm der Suruí) erstmals Kontakt mit der Außenwelt. In der Folge wurde sein Volk durch Krankheiten von 5.000 auf 250 Personen reduziert. Mit 15 Jahren entschloss sich Almir Suruí, ohne Portugiesisch zu sprechen, sein Dorf zu verlassen und in Goiás Angewandte Biologie zu studieren.

nungen verlassen müssen. Außerdem wird das Projekt soziale Auswirkungen für die Gemeinde Porto Velho nach sich ziehen. Die Prostitution und die Kriminalitätsrate werden erheblich steigen, da auf Grund der dort entstehenden Arbeitsplätze viele Menschen aus anderen Regionen Brasiliens angezogen werden. Langfristig gesehen können jedoch nur wenige beschäftigt werden, bis der Bau des Kraftwerks fertig gestellt ist. Und was passiert dann? Das Projekt wird große Auswirkungen auf die Umwelt haben, wenn man bedenkt wieviel Hektar Wald vernichtet werden. Weiterhin leben in diesem Gebiet zwei indigene Gruppen, die noch nie Kontakt zur Außenwelt hatten. Falls dieses Kraftwerk gebaut werden würde, gäbe es für sie keine Rettung, da ihre Territorien durch dieses Projekt völlig überschwemmt werden würden. Die COIAB will daher Staats- und Landesregierung auf die Gefahren, die sich für die Bevölkerung dieser Region ergeben, aufmerksam machen.

In den Reservaten ist Abholzung illegal, dennoch findet sie statt. Welche Maßnahmen kann die COIAB dagegen ergreifen?

Wie schon gesagt, dies liegt nicht in der Macht der COIAB, die Regierung hat die Aufgabe die Abholzung zu stoppen. Wir von der COIAB müssen hauptsächlich dazu beitragen, eine andere Lösung für den Nutzungskonflikt zu finden. Das heißt eine Politik zu kreieren, die eine wirtschaftliche Alternative zum Holzhandel darstellt, für die Region und für die indigenen Völker, die von diesem Wirtschaftssystem betroffen sind und dadurch unter Druck stehen. Eine Alternative, welche die COIAB vorschlägt, ist, dass der Staat jedes indigene Volk zur Handlungssouveränität über sein Territorium ermächtigt. Dann können wir dazu beitragen, das Wirtschaftssystem der Region zu verbessern und die Polizeihochheit für die Indigenen zu schaffen, damit sie ihre Gebiete verteidigen können. Bis jetzt ist das nicht möglich. Wir versuchen momentan, Maßnahmen festzulegen, welche der Regierung ermöglichen, erfolgreicher gegen Eindringlinge in indigene Gebiete vorgehen zu können.

Was könnten alternative Einkommensmöglichkeiten für die ReservatsbewohnerInnen sein?

Das hängt von der Region ab, weil Amazonien sehr vielfältig ist. In Amazonien gibt es mehr als 200 verschiedene indigene Völker, einige davon haben noch nie Kontakt mit der Außenwelt gehabt. Doch kann man insgesamt sagen, dass versucht werden muss, nachhaltiges Wirtschaften zu fördern und für Produkte, die in den indigenen Gemeinschaften hergestellt werden, einen Marktzugang zu finden.

Wie wichtig ist für Ihre Organisation die internationale Vernetzung und die Präsenz auf Foren wie diesem?

Für uns von COIAB ist die Präsenz auf internationalen Konferenzen essentiell, um unsere Anliegen einer größeren Öffentlichkeit mitzuteilen. Neben der Arbeit auf nationaler und lokaler Ebene, ist ebenfalls die Zusammenarbeit mit internationalen NRO bedeutsam. Wir wollen in einen Dialog mit der globalen Gemeinschaft treten, so dass die Stimme der indigenen Völker gehört wird.

Interview: Dominik Zimmer

Erschienen in: Lateinamerika Nachrichten
Nr. 406, April 2008

„Das ist denen zu politisch“

Der Anthropologe Mac Chapin über die schwierige Beziehung zwischen großen Naturschutzorganisationen und indigenen Gruppen

Naturschutzorganisationen und indigene Interessen überschneiden sich, wenn es um den Schutz des Tropenwaldes geht – scheinbar. Tatsächlich sind den großen Nichtregierungsorganisationen die Interessen der lokalen Bevölkerung oft herzlich egal. Ein Interview mit dem Anthropologen Mac Chapin vom Center for the Support of Native Lands, Washington, D.C.

Ende 2004 haben Sie in einem Artikel im World Watch Magazin die großen Naturschutzorganisationen – The Nature Conservancy TNC, Conservation International CI und World Wildlife Fund WWF – scharf kritisiert. Was bewog Sie zu dieser Kritik?

Ich arbeite schon seit vielen Jahren mit Indigenen zusammen. Wir hatten immer versucht, diese Naturschutzorganisationen dazu zu bewegen, das auch zu tun. Wir sahen das immer als gute Möglichkeit an, da sowohl Indigene wie auch die Naturschutzorganisationen am Schutz der Umwelt interessiert waren. Also warum sollten sie sich nicht zusammentun? Ich denke, dieser Ansatz der Zusammenarbeit wurde sehr gut zusammengefasst in der Erklärung, die der Dachverband der Indigenen Organisationen des Amazonasbeckens, COICA, im Jahr 1989 lancierte. Sie stellte im Grunde, grob zusammengefasst, fest: „Ihr Naturschutzorganisationen versucht seit Jahren den Tropenwald zu retten, und es klappt nicht. All eure Ansätze sind gescheitert. Wir aber leben dort. Wir kennen diese Ökosysteme und wir wollen sie erhalten. Deshalb meinen wir, dass wir Euch helfen können.“ Diese Idee klang sehr gut, und ich meine, dass viele Naturschutzorganisationen – vor allem die großen Organisationen – damals dachten, dies sei ein neuer, erfolgversprechender Ansatz, an den sie zuvor nicht gedacht hatten: Dass die Indigenen Verbündete sein könnten. Und so wurde eine Zu-

sammenarbeit beschlossen. Dazu kam es auf dem Treffen im peruanischen Iquitos im Jahre 1990. Auf dem Treffen wurde die Erklärung von Iquitos verabschiedet und unterzeichnet.

Wie lief danach die Zusammenarbeit?

Das Problem war die Vorstellung, die die Naturschutzorganisationen von einer Partnerschaft mit den Indigenen hatten: Sie würden die Pläne entwerfen und dann die Indigenen zur Teilnahme einladen. Die großen Naturschutzorganisationen dachten nicht daran, mit den Indigenen die Pläne gemeinsam zu entwickeln. Sie wollten alleine ihre Pläne entwerfen und die Indigenen sollten diese dann umsetzen, so als wären sie die Angestellten, die Arbeiter, die Untergebenen. Dann aber fanden die Naturschutzorganisationen heraus, dass die Indigenen dies schlichtweg nicht machen würden, sondern ihre eigene Agenda haben und dass diese Agenda sehr verschieden von der Agenda der Naturschutzorganisationen ist, sogar oft dieser zuwiderläuft.

Worin unterscheiden sich die Agenda der Naturschützer und der Indigenen?

Indigene sind zuallererst an Landbesitz und Landtiteln interessiert. Dies ist ein sehr politisches Thema, weil es dabei auch immer Kämpfe mit Großgrundbesitzern und der Politik gibt. Doch die Naturschutzorganisationen sagten „No, no, no, daran können wir nicht arbeiten. Das ist zu politisch“. Außerdem sind die Indigenen auf die Stärkung ihrer Organisationen bedacht. Denn selbst wenn du einen Landtitel erhältst, aber über keine ausreichend starke Organisation verfügst, wie kannst du dein Land dann verteidigen? Und die Naturschutzorganisationen sagten, dass sie sich daran nicht beteiligen könnten, weil dies – wiederum – zu politisch sei. Schließlich ist für die Indigenen die Frage ihres Überlebens zentral.



Mac Chapin ist Anthropologe beim Center for the Support of Native Lands, in Washington, D.C. und arbeitet seit über 40 Jahren in verschiedenen Teilen der Welt mit Indigenen zusammen. Ende 2004 publizierte er den Artikel „A Challenge to Conservationists“, in dem er die großen Naturschutzorganisationen – *The Nature Conservancy*, *Conservation International* und *World Wildlife Fund WWF* – scharf kritisierte. Nach Bekanntwerden der Vorabdrucke übten diverse der im Text genannten NRO Druck auf die Herausgeber des Magazins aus, so dass der Präsident der herausgebenden Institution die Anweisung erteilte, die gerade gedruckten 30.000 Exemplare der Ausgabe zu vernichten. Der Chefredakteur erteilte aber eine Gegenanweisung, so dass die Exemplare publiziert wurden. Dies war die größte verkaufte Ausgabe, die das Magazin je herausbrachte.

Dies aber war für die Naturschutzorganisationen etwas Neues, mit dem sie nicht klar kamen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet eben auch, dass ein paar Bäume gefällt werden, ein wenig Jagd stattfindet und auch Tiere getötet werden – dies aber passt nicht in die Naturschutzkonzepte der großen Organisationen. Grob gesagt kann man feststellen: Die Naturschutzorganisationen wollten vor allem den Schutz der Biodiversität – und die Indigenen wollten mit den politischen Themen anfangen. Über diesen Gegensatz sind sie nie hinaus gekommen. Eine Sache scheint mir noch wichtig anzumerken: In den USA reden alle privaten Stiftungen und Naturschutzorganisationen, die solche Projekte unterstützen, vom Schutz der Biodiversität. Das ist „Umwelt“ für sie. Das zeigen auch die Richtlinien von *USAID*. Der Grund dafür liegt darin, dass die großen Naturschutzorganisationen über Jahre eine

massive Lobbyarbeit bei *USAID* für den Schutz der Biodiversität gemacht haben. In Europa hingegen – so mein Eindruck – sehen viele Nichtregierungsorganisationen dies etwas anders: Sie sehen „Umwelt“ nicht in erster Linie als reinen Naturschutz, sondern ihnen geht es viel mehr um „nachhaltige Entwicklung“. Wenn man sich die Positionspapiere vieler Organisationen in Europa durchliest, dann ist dort viel von „nachhaltiger Entwicklung“, weniger von reinem Naturschutz die Rede.

Und ich denke, man kann sagen, dass Indigene sehr viel mehr an „nachhaltiger Entwicklung“ interessiert sind und sauberes Wasser, ihr Land und solche Dinge gesichert haben wollen. Sie haben kein Interesse, die ‚reine‘ Naturschutzagenda der NRO zu leben.

In Ihrem Aufsatz stellten Sie die Frage, wie es sein kann, dass einerseits Ölkonzerne die Natur im Amazonasbecken zerstören, die großen Naturschutzorganisationen aber gleichzeitig Spenden von eben diesen Firmen annehmen.

Ja, im Jahr 2003 unterstützte Oxfam Amerika Indigene in ihrem Kampf gegen die Umweltzerstörungen durch Chevron Texaco, gleichzeitig statteten aber die anderen, die großen Naturschutzorganisationen die gleiche Firma mit einem grünen Feigenblatt aus und erhielten Spenden von ihr. Es ist so, dass die großen Naturschutzorganisationen an Geld interessiert sind.

Und je mehr ich mitbekomme, desto zynischer betrachte ich diese Organisationen. Sie nehmen einfach Geld von jedem, egal wem! Selbst wenn der Teufel daherkäme, sie würden Geld von ihm nehmen. Und dies verwirrt die Indigenen. Wissen Sie, da kommen die Organisationen aus den USA, die Geld von den Ölkonzernen bekommen, und gleichzeitig ist dort Oxfam, auch aus den USA, die die Indigenen in ihrem Kampf gegen die Ölkonzerne unterstützen. Nun ist Oxfam viel kleiner als die großen Naturschutzorganisationen, aber dies alles ist für die Indigenen nicht einfach zu überschauen.

Interview: Christian Russau

Erschienen in: Lateinamerika Nachrichten
Nr 419 - Mai 2009

Lesetipp: Mac Chapin, *A Challenge to Conservationists*, Zeitschrift *World Watch*, Ausgabe Nov/Dez 2004

Entscheidung zu „*Raposa Serra do Sol*“

Indigenes Gebiet in Nordbrasilien an der Grenze zu Venezuela und Guyana anerkannt

Das 1,7 Millionen Hektar große Gebiet der *Raposa Serra do Sol* liegt im Norden des Bundesstaates Roraima und bildet in seinem nördlichen Teil auch die Landesgrenze Brasiliens zu Venezuela und Guyana. Die circa 20.000 Indigenen, die in 135 Dörfern leben, gehören überwiegend zum Volk der Macuxi, aber auch zu den Ingarakó, Taurepang, Patamona und Wapixana. Mit zehn zu einer Stimme hat das oberste Bundesgericht (STF) Brasiliens am 20. März 2009 festgestellt, dass die Demarkierung des Indigenengebiets „*Raposa Serra do Sol*“ verfassungsgemäß ist und fortgeführt werden soll. Illegal dort siedelnde Reisfarmer haben das Gebiet zu verlassen. Zweifelsohne ein Erfolg, zugleich aber auch ein Rückschlag.

Das Gericht verfügte auch, dass sich alle Menschen, die nicht einem der indigenen Völker dieses Schutzgebietes angehören, unverzüglich das Gebiet zu verlassen haben. Dieses Urteil setzt einen Schlusspunkt unter einen seit fast 30 Jahren anhaltenden Disput um das Gebiet der *Raposa Serra do Sol*. Die Demarkierung der *Raposa Serra do Sol* hatten Farmer, lokale Politiker, die Landesregierung von Roraima und Teile des Militärs immer wieder in Frage gestellt. In den letzten Jahren kam es auch immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Entscheidung des Gerichts umfasst des Weiteren auch neunzehn Einschränkungen der Nutzung dieses Gebietes wie beispielsweise das Verbot der Goldsuche und der Nutzung der Wasserkraft und legt fest, dass die Bundesbehörden das Gebiet jederzeit betreten dürfen, um die Landesgrenzen Brasiliens zu schützen, oder um Schulen, Krankenhäuser und andere öffentliche Einrichtungen bauen zu können.

Obwohl die derzeitige Regierung bereits mehr als 60 Indigenenreservate anerkannt hat, kommt es immer wieder zu Konflikten.

Bereits 1917 legte ein Gesetz des Bundesstaates Amazonas fest, dass das Gebiet zwischen den Flüssen Surumu und Cotingo den dort ansässigen Indianervölkern zur freien Nutzung überlassen werde. Zu Beginn der 1970er Jahre begann die Regierung mit der genaueren Identifizierung und Markierung dieses Gebiets, was im Jahre 2005 durch die Beglaubigung durch Präsidenten Lula abgeschlossen wurde. Die Ausweisung der Nicht-Indigenen geriet jedoch ins Stocken, als sich eine Gruppe großer Reisfarmer, die Flächen im für den Anbau nutzen, weigerte das Gebiet zu verlassen und gegen die Demarkierung des Indigenenlandes klagte.

Seit 2005, als Präsident Lula das Gebiet beglaubigte, haben auch die meisten Nicht-Indigenen, vor allem Goldsucher, aber auch viele kleinere Reisfarmer (die mit insgesamt 6,9 Millionen Reais entschädigt wurden) das Gebiet verlassen. Lediglich acht Großfarmer, die seit 1992 ihre Reisplantagen auf heute 15.000 Hektar ausgedehnt haben, reichten im Jahre 2006 zusammen mit der

Bundesregierung von Roraima eine Klage gegen die Einrichtung des Reservats ein.

Als Hauptargument für die Klage behaupteten die Farmer, dass die Indigenen über zu viel Land verfügten und die Einrichtung von Indigenengebieten die ökonomische Entwicklung des Bundesstaates Roraimas behindern würde. Von einigen wurde auch die Gefahr heraufbeschworen, dass sich die

Indios mit ausländischen, feindlichen Kräften verbünden könnten und durch eine Unabhängigkeitserklärung die staatliche Souveränität Brasiliens in Gefahr bringen könnte. Vor allem ausländische NRO werden in diesem Zusammenhang schnell mal bezichtigt, die Interessen ausländi-

scher Bergbaukonzerne heimlich zu vertreten. Mit ihrem Gegenvorschlag strebten die Kläger eine so genannte Insellösung an, die vorsah, entlang der Straßen und Flüsse, die das Gebiet durchqueren, und rund um die Städte und Seen einen 35 Kilometer breiten Streifen auszuweisen, den die Farmer für den Anbau von Reis nutzen könnten, um somit den Reichtum des Bundesstaates zu mehren.

Zwar macht das Gebiet der *Raposa Serra do Sol* lediglich 7,79 Prozent der Fläche Roraimas aus, insgesamt summieren sich die Flächen zusammen mit anderen Schutzgebieten in diesem Bundesstaat aber auf 46 Prozent. Gleichzeitig ist der größere Teil der Bevölkerung Roraimas indigenen Ursprungs. Bei der insgesamt geringen Bevölkerungsdichte steht laut Statistik jeder nicht-indigenen Person in Roraima immerhin 24mal soviel Land zur Verfügung wie vergleichsweise im nordöstlichen Bundesstaat Pernambuco.

Aber auch das ökonomische Argument überzeugt kaum, sind doch die Reisbauern lediglich für zwei Prozent des Bruttosozialproduktes im Bundesstaat verantwortlich, während die Versorgung

der Städte mit Nahrungsmitteln (Mais, Bohnen, Fleisch, Maniok, etc.) zum überwiegenden Teil von der indigenen Bevölkerung geleistet wird.

Somit könnte man meinen, dass das oberste Bundesgericht nicht nur eine verfassungskonforme Entscheidung getroffen hat, sondern auch zu einer proportional gesehen gerechten Aufteilung des Landbesitzes in Roraima gekommen ist. Definiert doch die Verfassung von 1988 noch einmal, was bereits seit 1680 unbestrittenes Recht der indigenen Bevölkerung ist und in allen brasilianischen Verfassungen seinen Niederschlag fand: Das Recht auf Land, das traditionell und permanent von einer indigenen Bevölkerung genutzt wird. Als auch die Garantie zur Erhaltung und des Schutzes der natürlichen Ressourcen, die zur physischen und kulturellen Reproduktion notwendig sind.

Aber die Zufriedenheit mit dem Spruch der Judikative findet nicht nur Zustimmung. So wird in vielen Zeitungen die gesamte Politik der brasilianischen Regierung im Umgang mit der indigenen Bevölkerung in Frage gestellt, indem eine gewisse Stimmung aufgegriffen wird, die sich mehr und mehr in Brasilien verbreitet. Selbst der Präsident



Den Widerstand in die Städte tragen: Protestdemo in Brasília auf der Praça dos Três Poderes



Was ist das dringendste Problem Amazoniens, dessen sich die brasilianische Regierung und die internationale Politik annehmen sollten?

„Amazonien besteht zurzeit noch aus einem recht großen Gebiet geschützten Waldes mit einer reichen Biodiversität, die sich in seinen Edelhölzern und anderen Spezies wiederfindet, die von der Industrie direkt oder indirekt genutzt werden. In seinem Boden sind viele Mineralien und Erze zu finden, die hohen finanziellen Wert haben – ganz zu schweigen von der enormen Landfläche, die für das Agrobusiness attraktiv ist.“

All diese natürlichen Reichtümer sind bereits oder werden in Zukunft nutzbar gemacht. Die große Frage ist, ob sie von den traditionellen Bevölkerungsgruppen kollektiv und nach agroökologischen Prinzipien genutzt werden, so dass der Wald dabei erhalten bleiben kann – oder ob das Agrobusiness mit seiner unternehmerischen Logik, die sich auf Monokulturen und die Abholzung des Waldes konzentriert, dominieren wird. Um den Wald zu erhalten und eine schonende Nutzung seiner Ressourcen zu fördern, muss die brasilianische Regierung die Territorien der traditionellen Völker und Gemeinschaften Amazoniens legalisieren, damit der Druck des Agrobusiness auf deren Gebiete nachlässt.“

Paulo Rogério Gonzalves

Mitarbeiter der ONG APA-TO (Alternativas para Pequenos Agricultores – Tocantins)

der Indigenenschutzbehörde *FUNAI* fasste die Stimmung in Brasilien bei einer Podiumsdiskussion in London zu dieser Frage wie folgt zusammen: „Die Indigenen haben zuviel Land“.

Während die derzeitige Regierung bereits mehr als 60 Reservate anerkannt hat, kommt es dabei auch immer wieder zu Konflikten. Öfters ging es dabei um die Zuwendungen für die medizinische Versorgung der circa 220 indigenen Völker in Brasilien, um die Verabschiedung eines neuen Indigenenstatus, das als Gesetzentwurf seit 13 Jahren dem Parlament vorliegt, aber auch immer wieder um die Frage um das Recht auf Land. Die Verfassung gibt vor, dass im Demarkationsprozess alle wirtschaftlichen Aktivitäten einbezogen werden müssen. Bei dem Bau von Infrastrukturmaßnahmen wie Wasserkraftwerken, Gaspipelines, Straßen, Überlandleitungen, aber auch bei großen Bergbauprojekten, müssen die Betroffenen Firmen mit den indigenen Gruppen Vereinbarungen treffen und gegebenenfalls diese entschädigen oder am Umsatz und Gewinn beteiligen. Hiervon sind derzeit ungefähr 200 Unternehmen in Brasilien betroffen.

Obwohl die Regierung bemüht ist, die Rechte der indigenen Gruppen zu sichern, wird doch immer deutlicher, dass auch hier der Rückhalt für eine

positive Politik für die indigenen Gruppen geringer wird. So war es der Präsident, der bei der Einweihung einer Biodieselfabrik in Mato Grosso erklärte, dass die traditionellen Gemeinschaften wie die der Indigenen und *Quilombolas*, die Umweltschützer und Staatsanwaltschaft dem wirtschaftlichen Aufschwung Brasiliens durch die Behinderung großer Infrastrukturprojekte im Wege stehen würden.

Von dieser Stimmung blieb wohl auch das oberste Bundesgericht nicht verschont. Wie bereits erwähnt umfasst das Urteil zur *Raposa Serra do Sol* neunzehn Einschränkungen. Eine davon besagt, dass Indigenenreservate zukünftig nicht mehr ausgeweitet werden, sondern maximal in ihren bisherigen Grenzen bestehen bleiben dürfen. Dem Parlament liegt der Entwurf eines neuen Gesetzes zum Bergbau vor, demzufolge zukünftig auch ohne Einwilligung der Indianer auf deren Land Bergbau betrieben werden darf. Selbst wenn der oberste Gerichtshof im Falle der *Raposa Serra do Sol* ein aus indigener Sicht positives Urteil gefällt hat, werden wohl weiterhin die Frage nach Landrechten sowie die gewalttätigen Auseinandersetzungen darüber die Schlagzeilen der Zeitungen nicht verlassen.

Kurt Damm

Militärs im Wald

Amazonien wird in Brasilien zunehmend als Frage der nationalen Sicherheit betrachtet

Die zunehmende internationale Bedeutung Amazoniens in ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht hat in Brasilien Kritik auf den Plan gerufen. Eine Allianz aus Militärs und PolitikerInnen unterschiedlicher Lager fürchtet eine Infragestellung der brasilianischen Souveränitätsrechte. Indigenen Gruppen und ausländischen Nichtregierungsorganisationen werfen sie vor, die territoriale Integrität Brasiliens zu unterwandern.

Amazonien hat in den letzten Monaten eine Aufwertung in der internationalen Politik und Aufmerksamkeit erfahren. Spätestens seit der Klimakonferenz in Bali im Dezember 2007 ist die Frage der Walderhaltung in die erste Reihe der Prioritäten für ein neues Klimaregime gerückt. Und Brasilien hat in Bali zumindest Verhandlungsbereitschaft signalisiert, eine Kehrtwende zu der bisherigen Politik, die keine internationalen Mechanismen zu Fragen der Entwaldung diskutieren wollte. Allerdings führt die Veröffentlichung von neuen Zahlen in diesem Jahr, die einen drastischen Anstieg der Entwaldung in Amazonien anzeigen, eine eigentlich altbekannte Tatsache vor Augen: Es gibt keine integrierte Amazonienpolitik Brasiliens, die auf Walderhaltung ausgerichtet ist.

Dies weist auf die höchst unterschiedlichen Interessen in Brasilien hin, die beim Thema Amazonien aufeinanderprallen. Denn der Kampf um Amazonien ist nicht nur ein Kampf um Bäume, es ist zunächst ein Kampf um die Definitionsmacht. Sehen die einen einen großen Wald mit Biodiversität und indigenem Kulturraum, sehen andere das große Potenzial für Wasserkraft. Braven WaldschützerInnen stehen Personen wie Blairo Maggi, Gouverneur des Bundesstaats Mato Grosso gegenüber, der auf den entwalde-

ten Flächen mit Sojaanbau glänzende Geschäfte macht. Die Holzlobby hingegen sieht in Amazonien eine „Berufung zur Holzwirtschaft“ – nachhaltig natürlich.

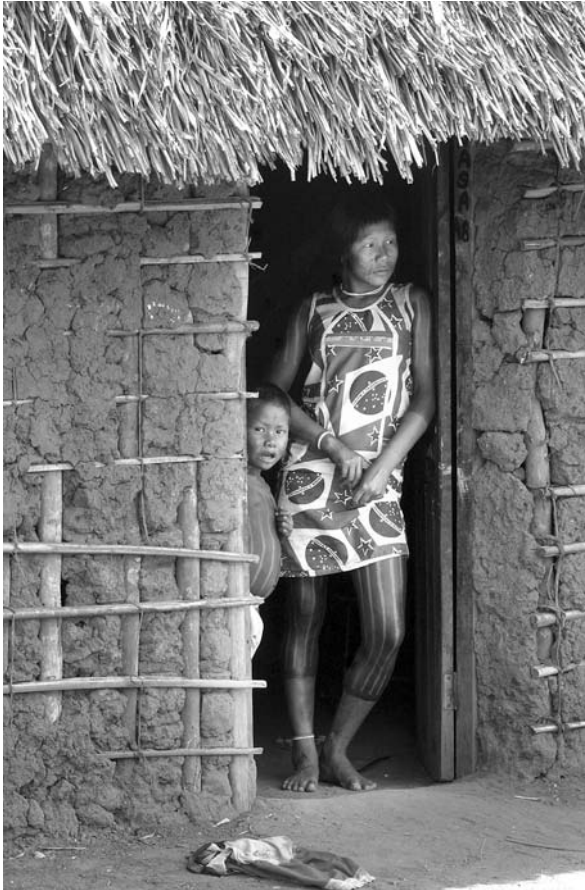
In diesem Debattenfeld haben sich in letzter Zeit alte Bekannte wieder massiv zu Wort gemeldet: die Militärs. Für sie ist Amazonien zunächst ein riesiges, schwer kontrollierbares Grenzgebiet, das Unterschlupf für SchmugglerInnen und ausländische Guerillas – besonders den Bewaffneten Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) – bietet und Ort permanenter Landkonflikte ist. Finstere Mächte könnten gar Amazonien internationalisieren wollen. Kurz: Amazonien ist primär eine Frage der nationalen Sicherheit und Souveränität, und zwar die wichtigste für ein Land ohne feindliche Nachbarn.

Diese Sichtweise hat eine Geschichte, die weit in die Militärdiktatur (1964-1985) zurückreicht. Aber auch die erste zivile Regierung unter José Sarney (1985-1990) hat die Militarisierung Amazoniens durch das Projekt Calha Norte (PCN) weiter betrieben. Das Vorhaben definiert ein riesiges Gebiet entlang der 6.500 km langen Landesgrenzen im Amazonasgebiet als militärisches Entwicklungsgebiet.

14 Prozent der Fläche Brasiliens und 24 Prozent der Fläche Amazoniens sind betroffen. Wie viele Großvorhaben blieb PCN Stückwerk und geriet schließlich in Vergessenheit. Doch die wieder aufflammenden internationalen Debatten und neue Entwicklungen in der Region haben die Militärs dazu gebracht, sich wieder lautstark zu Wort zu melden.

Mit überraschender Deutlichkeit hat der oberste Kommandeur der Streitkräfte in Amazonien, General Augusto Heleno, die Indigenenpolitik der

Lula verglich Amazonien mit Weihwasser: Alle wollten ihre Finger reinstecken.



Aldeia Kikretum im Indigenenterritorium der Kayapó im Süden des Bundesstaates Pará

Regierung kritisiert: „Die brasilianische Indigenenpolitik ist völlig losgelöst vom historischen Prozess der Kolonialisierung unseres Landes. Sie muss dringend korrigiert werden.“ Ein anderer hoher Militär, General Mario Madsureira, ließ im April dieses Jahres in der Tageszeitung *O Globo* keine Zweifel, warum die Militärs alarmiert sind: „Die Gefahr für die Souveränität besteht in den Gebieten, die vom brasilianischen Territorium abgetrennt werden können. Internationale Nicht-regierungsorganisationen und indigene Gruppen können eine Aufteilung des Territoriums fordern. Es könnte dasselbe wie im Kosovo passieren.“

Amazonien – ein neues Kosovo? Das ist eine erstaunliche Sichtweise auf den Kosovokonflikt und die Situation in Amazonien. Die Äußerungen der Militärs haben durchaus politische Unterstützung bekommen. Im Regierungslager

haben sich Verteidigungsminister Nelson Jobim und die Kommunistische Partei von Brasilien (PCdoB), ein treuer Bündnispartner der Regierung, zustimmend geäußert. Gerade vom linken Flügel, der stark linksnationalistisch geprägt ist, gab es viel Beifall für die Äußerungen der Militärs. Das Eingreifen der Militärs in Amazonien wird so auch von zwei neuen zivilen Ministern der Regierung Lula unterstützt, welche ihre Wurzeln im linken politischen Spektrum haben. Der neue Umweltminister Carlos Minc schlug bereits vor seinem Amtsantritt vor, Sonderkommandos innerhalb der Streitkräfte zu bilden, um in den großen (National-)Parks und Nutzreservaten Amazoniens zu operieren. Auch der Minister für Strategische Angelegenheiten und Koordinator des „Plans für ein Nachhaltiges Amazonien“, Mangabeira Unger, hält ein militärisches Eingreifen für notwendig, um die Landkonflikte in Amazonien zu lösen.

Anlass für die aktuelle Debatte ist die Auseinandersetzung um die Demarkierung des indigenen Gebietes Raposa Serra do Sol im Bundesstaat Roraima, an der Grenze zu Venezuela. Raposa Serra do Sol ist mit 1,7 Millionen Hektar das letzte große Indigenengebiet in Amazonien, dessen Demarkierung noch nicht abgeschlossen ist (siehe Artikel von Kurt Damm). Um dieses Gebiet hat sich in Roraima eine besonders heftige Debatte entfacht. GroßgrundbesitzerInnen, die sich dort angesiedelt haben, leisten militanten Widerstand und werden von der

lokalen Politik unterstützt. Diese beklagt, dass mit der vorgesehenen Grenzziehung 46 Prozent des Territoriums des Bundesstaates indigenes Gebiet werden. Damit ist auch die Debatte „Viel Land für wenige Indigene“ wiederbelebt. „Der brasilianische Staat hat nicht die geringste Idee, was in den indigenen Gebieten passiert.

Nie ist eine Erhebung gemacht worden, die Reichtümer sind unbekannt und unberührbar. Die Reservate bilden 12,5 Prozent des nationalen Territoriums. [...] Die indigenen Gebiete in Roraima sind größer als Portugal.“ Dieses Zitat stammt aus der Titelreportage des auflagenstarken Magazins *Istoé* vom 28. Mai 2008. Unter der Überschrift „Amazonien ge-

Amazonien – ein neues Kosovo? Das ist eine erstaunliche Sichtweise auf den Kosovokonflikt und die Situation in Amazonien.

hört uns“ resümiert die Ausgabe die aktuelle Debatte um das Gebiet.

Neben der Bedrohung durch indigene Territorien werden die Nichtregierungsorganisationen (NRO) als Feinbild aufgebaut. Europäische und nordamerikanische NRO würden ein Horrorszenario von Ausrottungspolitik gegenüber der indigenen Bevölkerung an die Wand malen: „Unter diesem Vorwand verteidigen die (Pseudo-)NRO mit aller Kraft die aktuelle Indigenenpolitik, die einigen Stämmen Gebiete zuspricht, die größer sind als europäische Staaten.“ So könnten sie dann ihren nebulösen Geschäften nachgehen, darunter die Biopiraterie. Der Artikel resümiert: „Die aktuelle Indigenenpolitik führt dazu, dass Indios und NRO immer mehr nationales Territorium besetzen. So muss Brasilien, lange bevor es auf Invasoren von Außen trifft, einen Teil Brasiliens erobern, um die territoriale Integrität seines Landes wiederherzustellen.“ Laut Istoé soll die phantastische Zahl von 100.000 NRO in Amazonien tätig sein.

Rückenwind bekommen solche Szenarien durch Äußerungen internationaler Politiker, die immer wieder zitiert werden. So soll der US-amerikanische Politiker Al Gore 1989 gesagt haben: „Die Brasilianer denken, dass Amazonien ihnen gehört. Nein, es gehört uns allen.“ Nüchterner ist die Analyse, dass die natürlichen Ressourcen Amazoniens eine strategische Bedeutung haben, die in Zukunft auch Teil internationaler Konflikte werden könnten. So verfügt Amazonien über 21 Prozent der weltweiten Süßwasservorkommen.



Vorbereiten auf die Touristen: Umgesiedelte Indigene in der Nähe von Manaus

Die Befürchtungen brasilianischer Militärs und PolitikerInnen, die auch von großen Teilen der Bevölkerung geteilt werden, müssen ernst genommen werden. Das Interesse Brasiliens, seine nationale Integrität und Souveränität



Antonio Veríssima de Conceição
Angehöriger des indigenen Volkes Apinagé, Bundesstaat Tocantins

Was wolltest Du der Welt schon immer einmal über Amazonien sagen?

„Für mich ist Amazonien unser Zuhause und das Zuhause unserer Vorfahren, ein Leben in Nachhaltigkeit und Gleichgewicht. Hier in Amazonien ist das Leben pur und stark, mit einer großen Vielfalt an indigenen Völkern mit je unterschiedlichen Sprachen und Wissen. Unser Lebensraum, der Wald, muss bewahrt und geschützt werden. Dafür ist es unabdinglich, dass endlich die Agrarreform durchgeführt wird, dass Indigene und quilombolas ihre Landrechte zugesprochen bekommen.“

zu bewahren, ist genauso legitim wie die Bekämpfung von Biopiraterie. Aber warum sollen die indigenen Völker eine Bedrohung für die nationale Souveränität darstellen? Gerade sie sind es, die den Wald schützen – und damit einen der größten Reichtümer Brasiliens. Eine Übersicht des Instituto Socioambiental zeigt, dass in fast allen indigenen Gebieten die Entwaldungsrate gering ist. In den größten Indigenengebieten Brasiliens, Yanomami und Vale do Javari, sind lediglich 0,26 bzw. 0,27 Prozent der Fläche entwaldet. Und bisher gibt es keine indigene Bewegung, die Unabhängigkeit von Brasilien anstrebt.

Ein anderer Kontext der Debatte um indigene Gebiete ist wohl realistischer. Die auf Groß-

Konflikten steht, in denen indigene Völker immer mehr als Akteure sichtbar werden. Die brasilianische Regierung zeigt sich angesichts des internationalen Interesses an Amazonien zunehmend irritiert. Präsident Lula verglich Amazonien mit Weihwasser: Alle wollten ihre Finger reinstecken.

Der Friedensforscher Clóvis Brigagão erkennt in der aktuellen Debatte eine neue Rollenwahrnehmung der Militärs: „Sie handeln nicht nur wie strategische Akteure in Verteidigungsangelegenheiten, sondern werden auch zu bedeutenden strategischen Akteuren der Public Policies“. Militärische Interventionen in Amazonien würden so das Handlungsfeld der Streitkräfte auf zivile Bereiche der Politik, die

Vozes da Amazônia



Marluce Oliveira

Theaterpädagogin der NRO Universidade Popular (UNIPOP), Belém (Pará)

Was ist für Dich Amazonien?

Was ist charakteristisch an der Region?

„Amazonien ist noch immer der Teil unseres Planeten, der uns vor vielen Katastrophen bewahren kann – falls die Gewinnsucht und Ignoranz des Menschen gebremst werden können. Amazonien ist ein Universum der Diversität, eine Welt voll von unbekannter Schönheit, die unglücklicherweise bedroht ist.“

Ich glaube, dass die wahren Männer und Frauen Amazoniens in Frieden mit der Natur leben wollen, die natürlichen Reichtümer nutzend, aber nicht ausnutzend.“

Stimmen aus Amazonien

projekte ausgerichtete Entwicklungspolitik der brasilianischen Regierung wird zunehmend mit dem Schutz indigener Gebiete in Konflikt geraten. 20 Prozent Amazoniens sind indigene Gebiete. Es ist auch kein Zufall, dass die zitierte Reportage von Istoé unmittelbar nach einem Treffen von indigenen Völkern und sozialen Bewegungen gegen einen Staudamm am Xingu-Fluss veröffentlicht wurde. Auf diesem Treffen hatten Indigene einen Vertreter der staatlichen Energiefirma und Staudambetreiber Eletro-norte mit Messern angegriffen und verletzt. Die Bilder des blutenden Ingenieurs wurden zu besten Sendezeiten vom Fernsehen gezeigt und wiederholt. Sie sind ein drastisches Signal, dass Amazonien vor neuen sozio-ökologischen

eigentlich anderen Ministerien unterliegen, ausweiten. Den Grund für diese Machtausweitung und den erhöhten politischen Einfluss sieht Brigagão in einem Machtvakuum auf Seiten der zivilen Politik. Dieses Vakuum lasse zu, dass „die strategischen Fragen Amazoniens aus militärischer Perspektive betrachtet werden“. Das Militär werde somit die Formen nachhaltiger Entwicklung in Amazonien entscheidend mitprägen.

Anne Schnieders, Thomas Fatheuer

Erschienen in:

Lateinamerika Nachrichten

Nr. 414, Dezember 2008

Kapitel 2

Land und Recht

**„Die Regierung muss aufhören,
das Agrobusiness zu finanzieren!“**

Glaucia Rezende Nunes

Auf dem reichen Auge blind

Landkonflikte, Rechtsstaatlichkeit und der Fall Dorothy Stang

Das Amazonasgebiet in Brasilien ist geprägt von Konflikten um Land. Konflikte zwischen Großgrundbesitzern einerseits, welche oft mithilfe korrupter Behörden und der Polizei ihre Interessen durchsetzen und sich somit immer neue Ländereien illegal aneignen. Dieser alltäglichen Ungerechtigkeit steht eine überwiegend arme Landbevölkerung, Kleinbauern, aber auch Ideen einer ökologisch-nachhaltigen Landnutzung gegenüber. Die faktische Straflosigkeit auf Seiten der Großgrundbesitzer ist die Hauptursache für die tagtägliche Gewalt, mit welcher diese Konflikte ausgetragen werden.

Besonders der Staat Pará, an der Amazonas-mündung, ist trauriger Spitzenreiter was die ungleiche Landverteilung, die illegale Landnahme, die Korruption von Behörden, Polizei und Justiz sowie die Brutalität der Konflikte betrifft. Viele der Landkonflikte lassen sich auf gescheiterte Siedlungsprojekte in den 1970er und 1980er Jahren zurückführen. Aber auch aktuelle Infrastrukturmaßnahmen, wie der Ausbau von Bundesstraßen oder neue Staudammprojekte, treiben den Wert ursprünglich abgelegener Gebiete in die Höhe.

Ein Bericht des brasilianischen Senats hat festgestellt, dass etwa 80 Prozent des Großgrundbesitzes in Pará illegal erworben wurde. Sobald ein gefälschter Landtitel über zwei bis drei Mittelsmänner weiterverkauft wurde, ist es nahezu unmöglich, diesen anzufechten. Meist handelt es sich aber um Ländereien, auf denen arme Kleinbauern seit mehreren Jahren oder gar Generationen leben. Diese sind zum Überleben auf dieses Land angewiesen, besitzen aber weder die offiziellen Landrechte, noch haben sie

die Bildung oder die finanziellen Mittel, um sich für ihre Rechte einzusetzen. Im Jahr 2006 zählte die Landpastorale *Comissão Pastoral da Terra* (CPT) 1.212 solcher offenen Landkonflikte im Staat Pará, mit über 700.000 Betroffenen. In diesem Kontext wurden 35 Menschen ermordet. Meist handelte es sich dabei um lokale Führungspersonen von sozialen Bewegungen oder der Zivilgesellschaft, welche versuchen, die benachteiligte Bevölkerung zu organisieren. Der Alltag wird durch eine Atmosphäre der Gewalt beherrscht, welche die Milizen der Großgrundbesitzer durch Einschüchterung, Vertreibung und Morddrohungen verbreiten.

Die faktische Straflosigkeit auf Seiten der Reichen verhindert jegliche demokratische Auseinandersetzung um solche Landkonflikte. So wurden von 1971 bis 2007 im Staat Pará 819 Mordopfer der Landkonflikte offiziell registriert. In 568 Fällen kam es zu keinen Ermittlungen. In den untersuchten Fällen kam es zu 92 Prozessen, welche wiederum im Durchschnitt mehr als

zehn Jahre brauchten, um die Instanzen zu durchlaufen. Nur sechs der offensichtlichen Auftraggeber, die örtlichen Großgrundbesitzer, wurden verurteilt. Drei davon warten in Freiheit seit Jahren auf die Revision ihrer Fälle, einer ist flüchtig und lebt in der Schweiz, einer verstorben und einer wurde begnadigt. Während also kein einziger Auftraggeber eines Mordes

eine Strafe im Gefängnis verbüßt, sitzen gleichzeitig tausende Landlose oft Jahre im Gefängnis – ohne dass es je zu einer Anklage käme. Die Justiz ist auf dem reichen Augen blind, und dies vor dem Hintergrund massiver Armut und einer der höchsten Ungleichverteilungen von Land weltweit.

Die faktische Straflosigkeit auf Seiten der Reichen verhindert jegliche demokratische Auseinandersetzung um Landkonflikte in Amazonien.



Schwester Dorothy Stang mit der Urkunde über die Ehrenbürgerschaft des Bundesstaates Pará

Ein Beispiel hierfür ist der Fall der Ordensschwester Dorothy Stang: Die US-Amerikanerin war knapp 40 Jahre im Amazonasgebiet aktiv und engagierte sich für die Rechte der Landlosen. Zuletzt arbeitete sie für die Landpastorale in der Region Anapu, im Südosten Pará's. Dort organisierte sie ein Pilotprojekt für nachhaltige Entwicklung. Es entstand eine Siedlung für etwa sechshundert Familien auf der Basis von Subsistenzwirtschaft und streng kontrolliertem und reguliertem Holzeinschlag.

In den 1990er Jahren war dieses Gebiet von zwei Großgrundbesitzern, „Bida“ und „Tara-dão“, illegal angeeignet worden. Teile des Gebietes waren bereits wieder offiziell enteignet und für das Pilotprojekt, in welchem Dorothy engagiert war, zur Verfügung gestellt worden. Immer wieder hatte Dorothy die lokalen Großgrundbesitzer herausgefordert und wegen Sklaverei, illegalem Holzschlag oder anderen Verstößen angezeigt. Auf die Morddrohungen antwortete sie nur: „Wer hätte schon den Mut, eine alte Dame wie mich umzubringen?“ – Am

12. Februar 2005 wurde die Ordensschwester mit sechs Schüssen auf einem Waldweg erschossen.

Der Fall hatte national wie international viel Aufmerksamkeit und Entrüstung hervorgerufen. Vermutlich auch, weil Dorothy ursprünglich aus den USA stammt. Erstaunlicherweise waren die beiden *pistoleiros*, die bezahlten Auftragsmörder, bereits im Dezember 2005 in einem ungewöhnlich schnellen Prozess zu 17 und 27 Jahren Haft verurteilt worden. Auch der Mittelsmann und die zwei genannten Großgrundbesitzer saßen in Untersuchungshaft. Dies schürte die Hoffnung, endlich auch einen der Auftraggeber hinter Gitter zu bringen, als Präzedenzfall für mehr Gerechtigkeit in der Amazonas-Region.

Die erstaunlich schnellen Untersuchungen und Anklagen gegen die *pistoleiros* waren vor allem auf den internationalen Druck und ein neues Gesetz zurückzuführen. Letzteres erlaubt es, im Fall von schweren Menschenrechtsverletzungen ein Strafverfahren von den Landes- auf



Welche Bilder oder Vorurteile über Amazonien möchtest Du gern dekonstruieren?

Stimmen aus Amazonien

„Zwei Dinge: Das Vorurteil, demzufolge die Bevölkerung Amazoniens provinziell und unterentwickelt ist, ohne Kultur, Technologie, Fortschritt. Wir wissen von der Existenz der Vielfalt an einheimischen Technologien in Amazonien, von der lokalen Wissensproduktion, und kennen hier ein Fortschrittsverständnis, das sich von anderen Völkern unterscheidet: Ein Entwicklungsmodell, das sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltig ist. Das es der Bevölkerung ermöglichen soll, in Gerechtigkeit und Gleichgewicht mit der Biodiversität der Region zu leben.

Ein anderes Bild, das ich gern dekonstruieren möchte, ist die Idee, dass Amazonien allen gehört, denn solange es allen gehört, gehört es niemandem, und so wird Amazonien verkauft, erobert, übergangen, internationalisiert. Klar sollen die Wohltaten der biologischen und kulturellen Diversität Amazoniens allen zugute kommen. Aber es macht einen großen Unterschied, ob alle das Recht haben, über das Schicksal Amazoniens zu entscheiden und Landspekulation betreiben, oder ob Amazonien denjenigen zugesprochen wird, die mehr bezahlen können!“

Bernadete Aparecida Ferreira

Casa da Mulher Oito de Março – Organização Feminista do Tocantins Carente (APACC)

die Bundesgerichte zu übertragen. So wurden im Fall Dorothy Stang von Beginn an parallele Untersuchungen der lokalen und der Bundespolizei geführt. Nur so ist zu erklären, dass überhaupt handfeste Beweise sichergestellt werden konnten und es innerhalb eines Jahres zu einem ersten Prozess kam. Inzwischen wurde auch der Mittelsmann, genannt „Tato“, zu 28 Jahren Haft verurteilt.

Seitdem jedoch findet ein juristisches Wirrspiel um die Anklage der beiden Großgrundbesitzer statt. Zunächst war der Hauptangeklagte „Bida“ sogar zu 30 Jahren Haft verurteilt worden. In zweiter Instanz, im Juni 2008, jedoch wieder von allen Anklagepunkten freigesprochen. „Tato“ hatte damals zum mittlerweile vierzehnten Mal sein Geständnis widerrufen. Im Fall des zweiten Mandanten, „Taradão“, steht der Prozess vier Jahre nach dem Mord immer noch aus. Die brasilianische Justiz hat diesen Charaktertest erneut nicht bestanden.

Die Konflikte in der Region haben sich wieder verschärft, seit die beiden wieder in Freiheit sind. Ungeniert treiben sie die illegale Aneignung besagter Ländereien weiter voran. Im Dezember war „Taradão“ wieder im Gefängnis –

wegen illegaler Landnahme. Auch diesmal kam er nach einem Monat wieder frei. Dabei liegen konkrete Berichte über Bestechungsversuche von staatlichen Behörden vor und es sind noch einige Anklagen wegen sklavereiähnlichen Arbeitsbedingungen und verschiedener Umweltdelikte anhängig. Die Straflosigkeit hält nach wie vor an.

Im krassen Gegensatz dazu, zeigte die Justiz im Bundesstaat Pará im vergangenen Jahr einmal mehr, wozu sie fähig ist – wenn es offensichtlich politisch ins Konzept paßt: Ebenfalls im letzten Jahr kam es zu einer Verurteilung von José Batista, einem Anwalt und Menschenrechtsverteidiger der katholischen Landpastorale in Pará. Obwohl ohne jedes Vorstrafenregister wurde Batista für die angebliche Aufwiegelung von Landlosen zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Die Landlosen hatten seit Wochen vor einem Regierungsgebäude für neue Siedlungsprojekte demonstriert, und zuletzt ein Gebäude besetzt. Kleinbauern, Landlose und Menschenrechtsverteidiger werden inhaftiert, während Großgrundbesitzer, verantwortlich für Morde, frei umherlaufen.

Benjamin Bunk

Modernes Mittelalter

Im brasilianischen Teil Amazoniens gab es noch nie ein öffentliches Gewaltmonopol

Die Konflikte um Umweltschutz, Ressourcennutzung und die Rechte der in der Amazonasregion lebenden Bevölkerung können nicht verstanden werden, ohne die dortige politische Struktur zu erklären. Sie ist geprägt durch die Privatisierung des Gewaltmonopols durch reiche GroßgrundbesitzerInnen und UnternehmerInnen. Die Wurzeln dieser Strukturen reichen bis in die frühe Kolonialzeit und ins mittelalterliche Portugal.

Am 29. Oktober 2008 organisierte die Heinrich Böll Stiftung in Berlin eine Veranstaltung unter dem Titel „Drogen, Dollars, Demokratie“. Verschiedene ReferentInnen sollten erklären und diskutieren, wie die internationale Drogenökonomie in Lateinamerika sich Einfluss auf die drei Gewalten des Staates kaufe und so das staatliche Gewaltmonopol unterhöhle. Dr. Regine Schönenberg war geladen, ihre Forschungsergebnisse zum Drogenhandel im brasilianischen Amazonien zu präsentieren. Gleich zu Anfang musste sie aber die Fragestellung richtig stellen: Ein Gewaltmonopol des Staates unter öffentlicher Kontrolle, so Schönenberg, habe es in Amazonien einfach nie gegeben. Von einer Unterhöhlung durch private Akteure könne daher keine Rede sein.

Als das kleine und bevölkerungsarme Königreich Portugal Brasilien im 16. Jahrhundert annektierte, hatten die staatlichen Beamten keinerlei Möglichkeit, das riesige Gebiet zu kontrollieren.

Es blieb ihnen somit nichts anderes übrig, als die Regierung des Territoriums Privatleuten zu überlassen, die das Land von Sklaven bewirtschaften ließen. Diese Rechtsinstitution hieß *sesmaria*. Entwickelt hatten sie die Portugiesen seit 1375, und dann auch in Brasilien angewandt.

Insbesondere in der Amazonasregion konnte und wollte der brasilianische Staat diese Privatisierung des Staates nicht durchbrechen. Es handelte sich ja um eine wirtschaftlich marginale Region, die bis ins 19. Jahrhundert nicht viel zu bieten hatte, was man auf dem Weltmarkt hätte verkaufen können. Wo Zucker und Kaffee angebaut wurden, entstand dagegen zumindest ein rudimentärer Rechtsstaat.

So gediehen seit der Kolonialzeit in der Amazonasregion Klientelismus und Korruption. Als der brasilianische Nationalstaat entstand, wurde de jure auch in Amazonien die Gewaltenteilung eingeführt. Doch de facto wurden Exekutive, Legislative und Judikative von den Netzwerken der Reichen und Mächtigen unterwandert. RichterInnen und StaatsanwältInnen, PolitikerInnen, Polizeichefs und UnternehmerInnen sind in Netzwerken miteinander verbunden und helfen sich mit Gefälligkeiten.

So verschwindet auch heute schnell mal eine Anklageschrift gegen einen Großgrundbesitzer wegen Auftragsmord in den Archiven der Gerichte. So kann die Gefälligkeit eines Richters gegenüber einem befreundeten Landbesitzer konkret aussehen. Der ärmeren Bevölkerung bleibt nichts übrig, als zu versuchen, sich in den Klientelsystemen der Reichen einzurichten. Sie versucht, loyal zu bleiben, zum Beispiel indem sie das Kreuz an die richtige Stelle auf dem Wahlzettel macht, und erhofft sich als

Gegenleistung den Schutz der Mächtigen.

Ab dem 19. Jahrhundert modernisierte sich aber auch die Wirtschaft in Amazonien. Zuerst mit Gummi, und später mit dem Anbau von Soja, der Rinderzucht, dem Verkauf von Edelhölzern und demnächst wohl mit Agrartreibstoffen,

In Amazonien existiert eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: Moderne wirtschaftliche Entwicklung existiert neben politischen Strukturen, die aus dem Mittelalter stammen.

bietet die Amazonasregion doch Möglichkeiten für die wirtschaftlichen Eliten, sich enorm zu bereichern. So existiert eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen in Amazonien: Moderne wirtschaftliche Entwicklung, in Brasilien seit der Militärdiktatur staatlich gefördert, existiert neben politischen Strukturen, die aus dem Mittelalter stammen. Die Klientelsysteme der Mächtigen haben bislang erfolgreich verhindert, dass sich ein Rechtsstaat hätte etablieren können.

Die neuen wirtschaftlichen Entwicklungen bringen naturgemäß Konflikte mit der Bevölkerung, die seit Jahrhunderten in der Region ansässig ist. Gerade im weitläufigen Amazonien leben viele Menschen von der Subsistenzwirtschaft und sind kaum in die Weltwirtschaft integriert. Dabei handelt es sich mitnichten nur um indigene Gruppen,

desstaat Amazonas 37 Millionen Hektar illegal angeeigneten Landes. Der Untersuchungsausschuß berichtete von dem Fall eines Großgrundbesitzers namens Carlos Medeiros, der sich mittels 1.200 gefälschter Eigentumsurkunden mehr als 13 Millionen Hektar Land angeeignet hatte. Nur: Carlos Medeiros gab es nicht, es war ein fiktiver Name, den die Hintermänner für ihre illegale Landaneignung und den munteren Weiterverkauf nutzten, gedeckt und in Kumpanei mit der lokalen Justiz.

Dass der Vorteil bei den Landkonflikten bei den Reichen und Mächtigen liegt, ist offensichtlich. Gerade die Amazonasregion ist geprägt von einer extremen Straflosigkeit, jedenfalls für die Verbrechen der wirtschaftlichen Eliten. Diese können sich widerrechtlich riesige Ländereien aneignen, ohne das sie irgendetwas von den örtlichen Ge-

Vozes da Amazônia



„In Amazonien gibt es eine Bevölkerungsgruppe, die vielen unbekannt ist und von unseren Regierenden häufig ignoriert wird – das sind wir quilombolas. Wir sind Nachkommen afrikanischer Sklaven, die vor den Großgrundbesitzern flüchteten und im Wald neue Gemeinschaften gegründet haben. Unsere Vorfahren mussten flüchten, aber heute müssen wir allen zeigen, wer wir sind und dass wir profunde Kenner Amazoniens sind.“

Erika Monteiro

Associação dos Quilombolas do Estado do Pará MALUNGU

Stimmen aus Amazonien

auch viele Nachfahren von Weißen und Schwarzen leben als so genannte *ribeirinhos* an den Ufern der großen Flüsse von Fischfang und Ackerbau. Ihr Land wird nun beansprucht für die Produktion für den Weltmarkt. Da es keine einheitliche Registrierung des Landes in Amazonien gibt, weiß kaum jemand genau, wem welches Land eigentlich gehört. Fast 50 Prozent des Territoriums der Amazonasregion ist umstritten, das heißt mehrere Parteien beanspruchen es.

Laut einem Bericht der brasilianischen Bundesregierung aus dem Jahre 1999 wurden in Amazonien mittels gefälschter Urkunden annähernd 100 Millionen Hektar Land illegal angeeignet. Und ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß der brasilianischen Abgeordnetenversammlung zur Überprüfung der illegalen Aneignung von Land in Amazonien konstatierte im Jahr 2001 allein für den Bundesstaat Pará 30 Millionen Hektar, für den Bun-

desstaat Amazonas 37 Millionen Hektar illegal angeeigneten Landes. Der Untersuchungsausschuß berichtete von dem Fall eines Großgrundbesitzers namens Carlos Medeiros, der sich mittels 1.200 gefälschter Eigentumsurkunden mehr als 13 Millionen Hektar Land angeeignet hatte. Nur: Carlos Medeiros gab es nicht, es war ein fiktiver Name, den die Hintermänner für ihre illegale Landaneignung und den munteren Weiterverkauf nutzten, gedeckt und in Kumpanei mit der lokalen Justiz.

Dass der Vorteil bei den Landkonflikten bei den Reichen und Mächtigen liegt, ist offensichtlich. Gerade die Amazonasregion ist geprägt von einer extremen Straflosigkeit, jedenfalls für die Verbrechen der wirtschaftlichen Eliten. Diese können sich widerrechtlich riesige Ländereien aneignen, ohne das sie irgendetwas von den örtlichen Ge-

richten zu befürchten haben. Wer sich den Interessen der Eliten in den Weg stellt, steht auf deren Abschusslisten; und das im wahrsten Sinne des Wortes: In fast allen Städten Amazoniens sind in bestimmten Bars oder anderen öffentlichen Orten Listen einzusehen, auf denen die Namen von GewerkschafterInnen, MenschenrechtlerInnen, AnführerInnen von Landarbeiterbewegungen und UmweltschützerInnen mit einem Preis daneben stehen. Dieser Preis wird gezahlt, wenn die entsprechende Person umgebracht wurde. Der Mord an einer AnführerIn von einer Landarbeitergewerkschaft bringt etwa 1.000 US - Dollar ein, eine MitarbeiterIn der staatlichen Umweltbehörde IBAMA bringt es dagegen auf über 10.000 US - Dollar. In der Regel werden – wenn überhaupt – nur die Auftragsmörder gerichtlich belangt. Diejenigen, die für die Morde bezahlen, haben kaum etwas zu befürchten. So wird jede Person, die



CPT-Kampagne gegen Sklavenarbeit

Widerstand leisten will, schon durch die Präsenz solcher Listen eingeschüchtert: Wer will schon seinen Namen auf einer Todesliste finden? Die Menschenrechtskommission der brasilianischen Abgeordnetenversammlung über Gewalt im Süden und Südosten Parás urteilte im Jahre 2001: „Die Namen werden erst dann von der Liste gestrichen, wenn die Personen tot sind. Anscheinend ist das Problem für die Regierung von Pará nicht wichtig. Mit dieser Taktik wird ein Klima der Angst geschaffen, welches die Landarbeiter und Anführer der sozialen Bewegungen einschüchtern soll.“

Aus diesem Grund sahen Menschenrechtsorganisationen es zunächst als einen historischen Sieg an, als einer der beiden mutmaßlichen Auftraggeber für den Mord an der Ordensschwester Dorothy Stang, der Großgrundbesitzer und Sägewerkbesitzer Vitalmiro Bastos de Moura, am 15. Mai 2007 zur Höchststrafe von 30 Jahren verurteilt wurde. Jedoch wurde das Urteil dieses Jahr wieder aufgehoben, und der zweite Auftraggeber, der Großgrundbesitzer Regivaldo Pereira Galvão befindet sich nach wie vor auf freiem Fuß. Die in den USA geborene Dorothy Stang hatte der armen Bevölkerung geholfen, ihr Land vor dem Zugriff der Großgrundbesitzer zu schützen. Sie wurde im Februar 2005 ermordet.

Einer Studie von verschiedenen brasilianischen Menschenrechtsorganisationen über Landkonflikte im brasilianischen Bundesstaat Pará aus dem Jahr 2004 zufolge, wurden in den 33 Jahren vor Veröffentlichung 837 Morde im Kontext von Landkonflikten begangen, vor allem an Anführern von Landarbeitergewerkschaften. In nur drei Fällen wurden die Auftraggeber verurteilt.

In dieser Wildwest-Gesellschaft florieren denn

auch archaische Ausbeutungssysteme. Moderne Formen der Sklaverei werden in der Amazonasregion sogar immer häufiger. Dabei „besitzen“ die GroßgrundbesitzerInnen ihre Sklaven nicht, sondern halten sie in Schuldknechtschaft. Auf einer Farm, die über 100 Kilometer von der nächsten Stadt entfernt liegt, können sich die ArbeiterInnen nicht gegen diese illegalen Ausbeutungsverhältnisse wehren. Wenn sie es versuchen, werden sie zur Zielscheibe von den *pistoleiros* der GroßgrundbesitzerInnen.

Und auch Gesetze, die von außen implementiert werden, obgleich mit guten Absichten, haben oft auch nachteilige Effekte: Zum Beispiel kann ein Umweltschutzgesetz traditionelle Wirtschaftszweige kriminalisieren. Ein Beispiel ist etwa der Fischfang, der in manchen Regionen verboten wurde, von dem aber die arme Bevölkerung abhängt. Nur über Klientelnetzwerke, also den Schutz der Reichen, können die armen Fischer überleben. So erlangen die Eliten auch den Rückhalt in der Bevölkerung, den sie benötigen. Gerade solche Umweltgesetze, die nicht die tatsächlichen Lebensverhältnisse vor Ort einbeziehen, haben zur Folge, dass die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit auch von der armen Bevölkerung nicht erwünscht wird. In Amazonien ist Gesetzesbruch nicht geächtet und die Ausnahme, sondern anerkannt und die Normalität.

So erscheint auch der internationale Drogenhandel in Amazonien, der an Bedeutung zunimmt, nicht als ein Bruch mit bisherigen Überlebensstrategien. Dass also ausgerechnet der Drogenhandel Rechtsstaatlichkeit und öffentliches Gewaltmonopol im brasilianischen Amazonien unterhöhlen würde, ist eine falsche Annahme. Vielmehr ist der wachsende Drogenhandel ein Geschäftszweig in einer Region, in der ein staatliches Gewaltmonopol ohnehin nie richtig bestanden hatte. Viele, ob arm oder reich, scheren sich ohnehin wenig um Gesetze.

Thilo F. Papacek

Erschienen in Lateinamerika Nachrichten
Nr. 414, Dezember 2008

Weiterführende Literatur: FDCL (Hrsg.),
Menschenrechtsverletzungen im Amazonas – Landkonflikte und Gewalt im Grenzgebiet von Pará, Lusophonie, 2005

Die Dynamik der Landfrage im Bundesstaat Pará

Landkonflikte in Amazonien

Der im Amazonas gelegene Bundesstaat Pará steht seit Jahrzehnten im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Interessen der brasilianischen Politik. In keinem anderen amazonischen Bundesstaat wurden so viel Geld in Infrastrukturmaßnahmen investiert und Anreize für den Ausbau der privaten Landwirtschaft geschaffen. Die Folge dieser Wirtschaftspolitik war, dass sich wohlhabende und einflussreiche Privatpersonen riesige, bis dahin unerschlossene Gebiete des tropischen Regenwaldes aneigneten. Die daraus resultierenden sozialen Probleme und Umweltzerstörungen mobilisierten Landarbeiter wie in keiner anderen Region Brasiliens, durch Besetzung brachliegender Flächen der zunehmenden Landkonzentration entgegenzuwirken.

Die ersten offiziellen Pläne zur Erschließung und Besiedlung des Amazonas wurden in den 1940er Jahren unter dem brasilianischen Präsidenten Getúlio Vargas entwickelt. Das unter der Bezeichnung „Marsch in den Westen“ bekannt gewordene Programm sah die Entwicklung des Amazonas und des Mittelwestens vor. Vargas beabsichtigte damit den Abbau der in Brasilien herrschenden sozialen und regionalen Ungleichheiten. Die konkrete Umsetzung dieses Vorhabens sollte allerdings noch gut zwei Jahrzehnte auf sich warten lassen.

Die durch einen Putsch 1964 an die Macht gekommenen Militärs sahen in der so genannten „Operation Amazonas“ eine nationale Aufgabe. Mittels staatlicher Investitionen und Steueranreize sollte der Amazonas modernisiert und kapitalisiert werden. In den 1970er und 1980er Jahren verwandelten sich

brasilianische Kapitalisten in Großgrundbesitzer, die den Tropenwald in Agrar- und Weideland transformierten.

Im Jahr 1966 richtete die Militärregierung unter Führung von General Castelo Branco die „Regionale Entwicklungsbehörde für den Amazonas“ (Superintendência de Desenvolvimento da Amazônia – SUDAM) ein. Vier Jahre später (1970) verabschiedeten die Militärs, mittlerweile unter Führung von General Emílio Garrastazu Médici, eine weitere Maßnahme zur Besiedlung des Amazonas – das „Programm zur nationalen Integration“ (Plano de Integração Nacional – PIN). Zur gleichen Zeit erhielt die „Staatliche Behörde für Agrarreform“ (Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária – INCRA) den Auftrag, die Ländereien des Bundesstaates Pará zu registrieren. In ihrem Abschlussbericht werden keine privaten Grundstücke festgestellt.

Das „Programm zur nationalen Integration“ (PIN) sah den Bau von zwei großen Autobahnen vor: Die Transamazônica und die Cuiabá-Santarém.

Sie sollten die bis dahin wenig erschlossene Amazonasregion mit dem Rest des Landes verbinden. Als Mitte der 1970er Jahre die Bauarbeiten an den Autobahnen Belém-Brasília und Cuiabá-Santarém abgeschlossen wurden, beschleunigte sich die Besiedlung in Pará.

Der Ausbau des Straßennetzes ermöglichte die Besiedlung von immer neuen, unerschlossenen Regionen Pará, wie zum Beispiel Anapu, Castelo dos Sonhos und São Félix do Xingu. Die damit einhergehende

Ausbeutung der Bodenschätze und die Abholzung der tropischen Wälder gefährdeten und zerstörten die Lebensgrundlagen der traditionellen Bevölkerungsgruppen und ortsansässigen Landarbeiter

Nach Angaben der staatlichen Behörde für Agrarreform INCRA befindet sich in der Amazonasregion die Hälfte aller in Brasilien rechtswidrig angeeigneter Ländereien.



Amazonische Brandrodung für Viehweiden in São Félix do Xingu im Bundesstaat Pará

und Kleinbauern. Die anwachsenden sozialen Spannungen zwischen Indigenen, Landarbeitern und Kleinbauern einerseits und den sich ausbreitenden Großgrundbesitzern andererseits führten in zunehmendem Maße zu gewalttätig ausgetragenen Konflikten.

In den vergangenen 35 Jahren verlief der Prozess der Kolonisierung in unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Nachdem die Pionierfronten in den Jahren 1975 bis 1985 schnell vorangeschritten waren, verlangsamte sich der Prozess ab Mitte der 1980er Jahre; erst 1998 gewann er wieder an Fahrt. Ursache für diese Schwankungen war vor allem die in Zyklen verlaufende Nachfrage nach Edelmetallen, Edelhölzern und Agrarprodukten auf dem Weltmarkt.

Seit Mitte der 1990er Jahre orientiert sich die brasilianische Wirtschaft eindeutig auf den Export. Die Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik auf das moderne Agro-Business in Pará ist vor allem mit zwei Politikern verbunden: Dem brasilianischen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso (1994-2002) und dem von 1994 bis 2002 regierenden Gouverneur von Pará, Almir Gabriel. Ihre Wirtschaftspolitik trug im Bundesstaat Pará zu einer weiteren Landkonzentration und dem daraus folgenden Anstieg von

Gewalt, Zerstörung der natürlichen Ressourcen, Arbeitslosigkeit und Armut bei.

Der Bundesstaat Pará:

Illegale Aneignung von staatlichem Land

In keinem anderen Staat Lateinamerikas ist das Land so ungleich verteilt wie in Brasilien. Etwa 50.000 Landbesitzern gehören Gebiete von Tausenden Hektar oder mehr, und sie kontrollieren mehr als 50 Prozent des registrierten Territoriums. Etwa 1 Prozent der Großgrundbesitzer besitzen annähernd 46 Prozent der anbaubaren Fläche des Landes.

Die brasilianische Regierung hatte nach dem Zweiten Weltkrieg im umfangreichen Maße mit der Übertragung des öffentlichen Landes auf Privatpersonen begonnen. In der Folge pochten zahllose Grundstückskäufer auf ihren Besitztitel und ihr Eigentumsrecht, die sie mit Hilfe gefälschter Urkunden erworben hatten.

In der Amazonasregion hat die illegale Aneignung von Land gewaltige Ausmaße angenommen: Nach Angaben der staatlichen Behörde für Agrarreform INCRA befindet sich dort die Hälfte aller in Brasilien rechtswidrig angeeigneter Ländereien.

Im März 2000 wurde deswegen ein parlamen-

tarischer Untersuchungsausschuss zur Überprüfung der Aneignung von staatlichen Territorien im Amazonas eingerichtet. In seinem am 29. August 2001 präsentierten Bericht werden im Bundesstaat Pará 30 Millionen Hektar Land in illegalem Besitz protokolliert; im Bundesstaat Amazonas sind es sogar 37 Millionen Hektar, und in den Bundesstaaten Acre und Rondônia konnten insgesamt 1,5 Millionen Hektar identifiziert werden.

Da der Untersuchungsausschuss ausschließlich Ländereien mit einer Fläche von mindestens 10.000 Hektar untersuchte, kontrollierte die IN-

erschlichen. In einem Fall hat sich laut Bericht des Untersuchungsausschusses ein Großgrundbesitzer mittels 1.200 gefälschter Eigentumsurkunden sogar mehr als 13 Millionen Hektar angeeignet. Dies entspricht 1,5 Prozent der Gesamtfläche Brasiliens beziehungsweise einer territorialen Ausdehnung von Österreich bis in die Schweiz.

Die illegale Aneignung von staatlichem Land durch Großgrundbesitzer bildet den Nährboden für Menschenrechtsverletzungen in Pará. Die Konzentration von riesigen Landflächen in der Hand von nur wenigen Besitzern, die kein Interes-



Was ist das dringendste Problem Amazoniens, dessen sich die brasilianische Regierung und die internationale Politik annehmen sollten?

„Diese beiden Ebenen sind eng miteinander verknüpft. International wird Amazonien immer noch als Lagerhalle natürlicher Ressourcen verstanden, die es auszuschöpfen gilt. Dies schlägt sich in der nationalen Politik wieder, die der Region die Rolle eines (Rohstoff)lieferanten zuschreibt, von Rohstoffen, die es zu handeln gilt, und nicht mehr als das. Das zentrale Anliegen muss es also sein, diese Rolle zu verändern, die der Region von nationalen und internationalen Akteuren zugeschrieben wird.“

Daltro Paiva

Koordinator der NRO Associação Paraense de Apoio às Comunidades Carentes (APACC), Belém/Pará

CRA anschließend Grundstücke, die unter 10.000 Hektar betragen. Auf diese Weise konnten in Pará weitere 15 Millionen Hektar ermittelt werden, so dass die rechtswidrig besetzten Flächen nun insgesamt 45 Millionen Hektar umfassen.

Der Norden Brasiliens ist auch die Großregion mit der höchsten Landkonzentration, deren durchschnittliche Grundstücksgröße 68.926 Hektar beträgt. Im Bundesstaat Pará umfassen die Grundstücke in der Regel sogar 87.638 Hektar. Von 124 Millionen Hektar Land des Bundesstaates Pará sind lediglich 40 Millionen Hektar im nationalen Katasteramt (Sistema Nacional de Cadastro Rural – SNCR) registriert, das heißt, 32,1 Prozent der Landflächen verteilen sich auf 111.000 Grundstücke.

Die illegale Aneignung von staatlichem Grund und Boden hat erheblich zu dieser extremen Landkonzentration beigetragen: In Pará haben sich drei Grundbesitzer 20 Millionen Hektar durch gefälschte Eigentumsurkunden und Bestechung

se für die Produktion von Agrarerzeugnissen aufbringen, verhindert, dass die in Pará traditionell lebenden Bevölkerungsgruppen und Kleinbauern ihr Recht auf eigenständige landwirtschaftliche Nutzung umsetzen können. Die Abwesenheit der staatlichen Ordnungsmacht offenbart sich in der illegalen Aneignung von staatlichem Land und in nicht enden wollenden gewalttätig ausgetragenen Landkonflikten. Während Großgrundbesitzer ihre rechtswidrig in Besitz genommenen Territorien durch den Einsatz von privaten Milizen oder Revolvermännern schützen, verweigern Polizei und Justiz die Unterstützung der Landarbeiter in ihrem Kampf für ihre Rechte.

Autorenteam Justiça Global

Übersetzung Sven Hilbig

Gekürzter Textausschnitt (S. 20-28) aus: FDCL (Hrsg.), Menschenrechtsverletzungen im Amazonas – Landkonflikte und Gewalt im Grenzgebiet von Pará, Lusophonie, 2005

Terra do Meio

Das Elend der Modernisierung

Den Entwicklungsprogrammen ging es nicht um die Bewahrung der natürlichen Ressourcen und der Kulturen der traditionellen Bevölkerungsgruppen. Der Prozess der Landbesetzung beutet die Natur und die Menschen im Amazonas aus. Die politischen und wirtschaftlichen Gruppen, die Entwicklungs-Enklaven errichteten, verschließen die Augen vor der sie umgebenden Armut.“

(Jax Nildo Aragão Pinto)

Kontext

Die mit „Terra do Meio“ (Land der Mitte) bezeichnete Region liegt an den Autobahnachsen der Transamazônica und der Santarém-Cuiabá, im Zentrum des Bundesstaates Pará. Sie umfasst das Gebiet zwischen den Flüssen Tapajós, Tocantins und Araguaia. Der Großteil des Gebietes gehört zur Gemeinde Altamira.

„Terra do Meio ist ein noch relativ intaktes Tropenwaldgebiet, welches sich über eine Fläche von 8,3 Millionen Hektar Land erstreckt. Es grenzt im Norden an die Indigenen-Territorien Arara, Kararaô und Cachoeira Seca do Iriti. Im Westen liegt die Autobahn Cuiabá-Santarém, im Osten der Fluss Xingu, und im Süden sind die Kayapó-Indigenen beheimatet. Mindestens zwei Indigenengebiete (Xipaia e Curuá) befinden sich mitten in dieser Region. Die brasilianische Regierung hat sie bisher weder als Indigenen-Territorien anerkannt noch demarkiert.“

In Terra do Meio findet man die größten Indigenengebiete des Bundesstaates Pará. Der überwiegende Teil ist bereits demarkiert oder befindet sich im Prozess der offiziellen Anerkennung als Indigenen-Territorium. Das hält jedoch die Holzindustrie

– ständig auf der Suche nach Edelhölzern – nicht davon ab, in ihr Terrain einzudringen.

Drei Städte werden als ‘Eingangspforten’ zum Terra do Meio bezeichnet: São Félix do Xingu (Südosten Pará), Itaituba (Nordosten Pará) und Novo Progresso (Südosten Pará). Die bis Ende der 1980er Jahre unberührte Region ist mittlerweile von zahlreichen legalen und illegalen Straßen durchzogen, die die rechtswidrige Aneignung von Staatsbesitz und den Kahlschlag beschleunigen.

Terra do Meio veranschaulicht beispielhaft die Auswirkungen der im Amazonas implementierten klassischen Entwicklungsmodelle: In kurzer Zeit wurden riesige Waldflächen und die Biodiversität zerstört und das traditionelle soziale Gefüge auseinander gerissen. Von ihren Grundstücken vertriebene Kleinbauern wurden gezwungen, in die Peripherien der Städte Altamira und São Félix do Xingu abzuwandern.

Die wirtschaftliche Expansion in der Region begann 1990, als sich Viehzüchter mit ihren Herden in Richtung São Félix do Xingu ausbreiteten. Der von ihnen illegal angeeignete Wald wurde – oftmals mit Hilfe von Zwangsarbeitern – abgeholzt. In der Folge mussten zahlreiche traditionelle Bevölkerungsgruppen den Viehherden weichen. Der Anbau von Soja wurde ab 1997 aus dem Süden Pará übernommen

Terra do Meio: In kurzer Zeit wurden riesige Waldflächen und die Biodiversität zerstört und das traditionelle soziale Gefüge auseinander gerissen.

und breitete sich aus. Die jüngsten Ankündigungen der Bundesregierung über den Ausbau des Straßennetzes und die Errichtung des Wasserkraftwerks Belo Monte ließen die Grundstückspreise in Terra do Meio in die Höhe schnellen.

Terra do Meio liegt im Zentrum ausgedehnter Naturschutzgebiete und Indigenen-Territorien. Ihre bevorzugte Lage muss daher im Sinne des

nachhaltigen Umwelt- und Naturschutzes eine strategisch besondere Rolle spielen. So ist die regelmäßige staatliche Kontrolle über die Besiedlung dieser Region eine von vielen anderen unabdingbaren Voraussetzungen.

Umweltzerstörung und Gewalt in Terra do Meio

Den Zugang zu Staatsterritorien und Bodenschätzen in Terra do Meio erleichtern nicht nur Autobahnen und Bundesstraßen, sondern auch kleinere, regelmäßig ohne staatliche Genehmigung angelegte Zufahrtswege, die von den legal gebauten Landstraßen abzweigen. Beispielhaft hierfür ist die Region Canopus zwischen den Flüssen Xingu und Iriri.

Bis Mitte der 1980er Jahre war Canopus von Fluss- und Waldbewohnern, Indigenen und Kleinbauern bevölkert. Sie lebten vom Fischfang, der Jagd, dem Sammeln von Kastanien und anderen Früchten und der Agrarwirtschaft. In den Jahren 1981 bis 1985 wurde eine 150 Kilometer lange Landstraße in Canopus angelegt, die alles änderte. Großgrundbesitzer übernahmen zunächst vereinzelt, später im großen Stil Grundstücke ohne staatliche Genehmigung und begannen in den ersten Jahren mit

der Ausbeutung der Gold- und Zinn-Vorkommen. Später betrieben sie einen einträglichen Handel mit Mahagoni-Holz, das sie auf ihrem unrechtmäßig erworbenen Terrain abgeschlagen hatten. Aus dem Bericht eines externen Senatsausschusses geht hervor, dass ein Drittel der rechtswidrigen Rodungen im gesamten Amazonasgebiet in Pará vorgenommen werden, vor allem in der Region Terra do Meio, nahe der Gemeinde Anapu, wie Satellitenbilder aus dem Jahr 2003 zeigen und wie auch die Umweltaktivistin Dorothy Stang mehrfach vor den staatlichen Stellen angeprangert hatte.

Neben einigen Bauern-Ansiedlungen an der nach São Félix do Xingu führenden Hauptstraße wird die Region Canopus heute fast vollständig unter Großgrundbesitzern aufgeteilt. Zahlreiche Landarbeiterfamilien wurden in Richtung der Flüsse Iriri und Igarapé Bala verdrängt. Nachdem eine Erhebung vom Januar 2005 ergab, dass entlang des Flusses Xingu (zwischen der Flussmündung des Iriri und der Hauptstrasse der Region Canopus) noch 43 Fluss- und Waldbewohnerfamilien leben, wurde das zwischen diesen beiden Flüssen gelegene Gebiet per Dekret am 18. Februar 2005 zum „Umweltschutzgebiet Terra do Meio“ erklärt.



Vor-Ort-Berichten zufolge belasten die Bevölkerung von Terra do Meio nicht nur massive Umweltzerstörungen, sondern auch Bedrohungen und tätliche Übergriffe durch illegale Landbesitzer. Der Anthropologe Stephan Schwartzman fasst die Situation der am Fluss Xingu lebenden Fluss- und Waldbewohner zusammen:

„Die in der Region Terra do Meio lebenden Familien werden von ihrem Land und aus ihren Häusern vertrieben, von *pistoleiros* (Revolvermännern) und Polizisten bedroht, gedemütigt und angeklagt. Sie sind abhängig von der Gnade der illegalen Landbesitzer, die sich unangefochten von staatlichen Kontrollen wie feudale Barone aufführen.“

Bei ihren Vertreibungen setzen die Großgrundbesitzer und ihre Revolvermänner häufig bru-

Wie in anderen Regionen Pará wurden Ländereien auch in Terra do Meio häufig mit gefälschten Eigentumsurkunden erworben. Wie in anderen Teilen des Bundesstaats Pará hat auch in Terra do Meio die Komplizenschaft zwischen Ordnungskräften, Umweltbehörden und Großeigentümern Tradition – offizielle Institutionen waren in diesem Teil Brasiliens schon immer der verlängerte Arm lokaler Eliten.

Mangels staatlichen Eingreifens erreichten die Verflechtungen mitunter Ausmaße, die in Dienstleistungsangeboten von Seiten der Behörden für miteinander rivalisierende Großgrundbesitzer gipfelten. Angesichts dieser Missstände erzwangen soziale Bewegungen und Menschenrechtsorganisationen durch jahrelange Appelle die Einschaltung

Vozes da Amazônia



Was ist das dringendste Problem Amazoniens, dessen sich die brasilianische Regierung und die internationale Politik annehmen sollten?

„Das dringendste Problem ist der Holzeinschlag durch Holzfäller und Großgrundbesitzer auf unseren uns rechtlich als quilombola-Gemeinden zugesprochenen Territorien. Unsere Territorien und wir als quilombolas werden dadurch diskriminiert – in einigen Municipizien behaupten die Medien gar, es gäbe da keine quilombolas.“

Stimmen aus Amazonien

Jaqueline Alcântara da Conceição

Koordinatorin für Gender der Associação dos Quilombolas do Estado do Pará MALUNGU

tale Methoden ein. Im August 2003 erschien eine Gruppe von bewaffneten Männern auf dem Anwesen des 76 Jahre alten Anastácio da Silva. Über eine längere Zeit beschossen sie sein Haus – eine Kugel traf seinen Enkel. Danach töteten sie alle Tiere auf dem Hof. Bevor sie verschwanden, setzten sie Anastácio da Silva unter Druck und stellten ihm ein Ultimatum zum Verlassen seines Anwesens. Anastácio da Silva hält sich seitdem auf einer Insel verborgen.

Hinter dem Überfall stand der in São Felix do Xingu berüchtigte Landbesitzer João Kleber, dessen Ziel die Vertreibung aller Fluss- und Waldbewohner der Region war, um die frei werdenden Grundstücke an wohlhabende Käufer aus dem Süden Pará und dem Mittelwesten Brasiliens weiter zu veräußern. Anastácio da Silvas Land gehört heute dem aus dem Süden Pará stammenden Großgrundbesitzer Zé Ferro.

der Bundesregierung, die in der Folge vor allem gegen den illegalen Handel mit Mahagoni vorging.

So führte eine im Jahr 2001 vorgenommene Inspektion zur Aufdeckung eines wohl gefüllten Lagers mit Mahagoni-Holz und gefälschten Dokumenten, die dessen Abholzungsgenehmigung belegen sollten. Wie Bewohner von Terra do Meio bezeugen, üben Aktionen wie diese eine einschüchternde Wirkung auf korruptierte Behörden und lokale Eliten aus.

Nach der Ermordung der Ordensschwester Dorothy Stang erklärte die Bundesregierung einige Gebiete entlang der Transamazônica zu Naturschutzreservaten. Am 18. Februar 2005 wurden per Dekret die Nationalparks Serra do Pardo (447.733,18 Hektar) und Estação Ecológica da Terra do Meio (3.375.399,39 Hektar) eingerichtet.

Diesem Erfolg war ein jahrzehntelanger Kampf von Umweltschutz- und Menschenrechtsorga-



Piraten ohne Kopftuch und Augenklappe: Auf illegal abgeholzten Flächen weidende Rinder

nisationen sowie sozialen Bewegungen vorausgegangen. Im Lauf der 1990er Jahre schlossen sich 114 Organisationen zu der „Bewegung für die Entwicklung der Transamazônica und Xingu“ (Movimento Pelo Desenvolvimento da Transamazônica e Xingu - MDTX) zusammen, um sich vereint für den Schutz dieser Ökosysteme einzusetzen. Die konzertierte Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit endete schließlich 2002 erfolgreich mit der Deklaration als Naturschutzreservat durch das brasilianische Umweltministerium.

Die Bundesregierung traf allerdings keine präventiven Schutzmaßnahmen vor zukünftigen Zerstörungen, sodass Großgrundbesitzer und Holzhändler auf ihren Booten ungehindert in die Naturreservate eindringen und Holzabschlag oder Brandrodung betreiben konnten. Nach Aussage des Landarbeiters Piauí wurden Inspektionsteams der IBAMA regelmäßig durch lokale Radiosender angekündigt, was den Holzfällern genügend Zeit zum Verschwinden ließ. Schließlich kam der brasilianische Staat seiner Präsenzpflcht nach und entsandte eine Gruppe von Fachkräften mit Ärzten, Rechtsanwälten, Richtern, Staatsanwälten und Kriminalbeamten in unterversorgte entlegene Gebiete. Den Bewohnern aus der Region Iriri bot sich im Juli 2005 erstmals Gelegenheit, vor Ort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen zu können und Aufklärung über ihre Rechte zu erhalten.

Staatliche Hilfeleistungen für benachteiligte Menschen und Vorkehrungen zum Naturschutz auf Betreiben von Umweltorganisationen sind zwar nützliche Einzelaktionen, können jedoch allein nicht zur Lösung der strukturellen Probleme beitragen. Zahlreiche Landarbeiter und Menschenrechtsaktivisten haben nach diesen Aktionen über das besonders repressive Vorgehen der Großgrundbesitzer berichtet.

Es fehlen verlässliche Rahmenbedingungen für eine langfristig angelegte Politik, die unter anderem die permanente Etablierung von staatlichen Schutz- und Ordnungsorganen sowie von öffentlichen Gesundheits- und Bildungseinrichtungen vorsehen muss und die den von ihren Grundstücken gewaltsam vertriebenen Menschen wieder ein Stück Land in Terra do Meio zusichert, das sie bewirtschaften können. Viele dieser Landarbeiterfamilien fristen bis heute ein trostloses Dasein in den Peripherien der Städte Altamira und São Felix do Xingu und wünschen sich nichts sehnlicher, als in ihre Heimat zurückkehren zu können.

Autorenteam Justiça Global

Übersetzung Sven Hilbig

Gekürzter Textausschnitt (S.73-79) aus: FDCL (Hrsg.) // Menschenrechtsverletzungen im Amazonas – Landkonflikte und Gewalt im Grenzgebiet von Pará, Lusophonie, 2005

Überleben durch Anpassung

Kautschukzapfer im amazonischen Regenwald

Neben anderen Bevölkerungsgruppen gehören die Kautschukzapfer (*seringueiros*) Amazoniens wohl zu den tragischsten Figuren des 20. Jahrhunderts. Ihr Schicksal wurde bestimmt durch den in den Milchsäften bestimmter Bäume und Pflanzen enthaltenen Kautschuk. Dabei war es vornehmlich der als Seringa (*Hevea brasiliensis*) bezeichnete Baum, der zentrale Bedeutung für die Lebensform der nach ihm benannten *seringueiros* hatte. Als im Jahr 1839 das Verfahren der Vulkanisation entwickelt wurde, avancierte der auf diese Weise dauerhaft elastisch und witterungsbeständig werdende Kautschuk zu einem der begehrtesten Rohstoffe der Welt. Gerade in Anbetracht des aufsteigenden Automobilzeitalters wurde er als das weiße Gold gehandelt und trat im ausgehenden 19. Jahrhundert seinen Siegeszug um die Welt an. Gleichzeitig entstand im amazonischen Regenwald eines der unmenschlichsten kapitalistischen Ausbeutungssysteme der Geschichte, zu dessen zentraler Gestalt der Landarbeiter aus dem brasilianischen Nordosten wurde.

Der seringal

An den zahlreichen Nebenflüssen des Amazonas, ausgehend vom Bundesstaat Acre, entstand im 19. Jahrhundert ein Netz von großen Kautschukplantagen, die so genannten *seringais*.

Die Eröffnung eines *seringais* vollzog sich auf immer gleiche Weise. Nachdem man sich der Existenz eines dichten Vorkommens an Gummibäumen versichert hatte, wurde das ausgewählte Gebiet zunächst erschlossen und unter Kontrolle gebracht. Dies bedeutet, dass lokal ansässige indigene Gruppen im Rahmen so genannter *correrias* gejagt und getötet bzw. als Arbeitskräfte versklavt wurden. Ein großer Teil der indigenen Bevölkerung wurde auf diese Weise zur Flucht in

tiefer entlegene Regenwaldregionen gezwungen.

Ortskundige (Wald-)Arbeiter, *mateiros*, öffneten das Gebiet, indem erste Holzbauten, das Wohnhaus des *seringalista* und dessen Personal, Lagerschuppen sowie die *barracão* (kommerzielles Zentrum des *seringal*) am Flussufer errichtet wurden.

Innerhalb des Wirtschaftsgebiets eines Zapfers, der sogenannten *colocação*, verlief eine Zapfstraße kreisförmig an bis zu 120 Gummibäumen entlang, die täglich zweimal angelaufen wurden. Die Hütte des Zapfers war dabei Ausgangs- und Endpunkt der einzelnen Straßen, von denen jeder Zapfer bis zu drei bediente. Insgesamt bearbeitete ein Zapfer eine Waldfläche von ca. 300 bis 500 Hektar. Innerhalb eines *seringais* arbeiteten in diesen Strukturen circa 100 Zapfer, die aufgrund der Ausdehnung des Gebietes nahezu isoliert ihr klägliches Dasein fristeten.

Neben den *mateiros*, die innerhalb der ausgewählten Gebiete Pionierarbeit leisteten, wurden von den Besitzern außerdem Agenten angestellt, deren Aufgabe es war, Arbeitskräfte zu rekrutieren. Neben jenen Glücksrittern, die aus eigenem Antrieb eine Anstellung in einem *seringal* suchten, war es vornehmlich die Bevölkerung der Gebiete des brasilianischen Nordostens, auf die sich die Anwerbebemühungen konzentrierten.

Von der Wüste in die Einöde

Die periodisch auftretenden Dürre- und Hungerperioden in den nordöstlichen Regionen des *Sertão* und der *Caatinga* (*Sertão* und *Caatinga* sind Vegetationszonen im Nordosten Brasiliens) kam den Interessen der *seringalistas* nach willigen und schnell verfügbaren Arbeitskräften entgegen. Verzweiflung und die Verantwortung für ihre Familien trieb die zumeist landlosen Bauern auf der Suche nach Arbeit in die Glück verheißenden Gummipiantagen. Der Autor Eduardo Galeano spricht

von einer halben Million Bewohner des Nordens, die, vom „Trugbild des Kautschuks“ angelockt, auf diese Weise bis zur Jahrhundertwende in das Amazonasgebiet zogen.

Die Tage andauernden Reisen der Landarbeiter auf den Amazonasdampfern in die *seringais* kamen Viehtransporten gleich. Viele wurden zudem von Hunger und Krankheiten dahingerafft. Diejenigen jedoch, die die Strapazen überstanden, fanden sich auf der Plantage angekommen bereits in ihrer ersten Abhängigkeit wieder. Durch den Vorschuss für Transport und Essen sowie die Kosten für die „Erstausrüstung“ an Arbeitsgeräten der *seringueiros* entstand eine erste Verschuldung, die den Beginn eines dauerhaften Schuldknechtschaftsverhältnisses zwischen *seringueiro* und *patrão* (Chef) markierte. Aufgrund eines etablierten Systems gelang es den Zapfern nur schwer, sich

einem Konto registriert, das für jeden Zapfer geführt wurde. Aufgrund der Monopolstellung des Besitzers und des verbreiteten Analphabetentums unter den *seringueiros* waren diese jedoch zumeist nicht in der Lage, die betrügerischen Aktivitäten des *patrão* zu kontrollieren beziehungsweise diese zu umgehen. Auf diese Weise wurden bewusst Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen, die dessen Allmacht im *seringal* verfestigten.

Als ein Ort ohne Recht und Gesetz waren die *seringueiros* den Willkürhandlungen des herrschenden *patrão* ausgesetzt. Seine Position markierte dieser unter anderem dadurch, dass das Leben der Zapfer durch Regeln, Verbote und Kontrolle bestimmt wurde. Dabei gab es unterschiedliche Variationen dieses Modells, das den Zapfern ein Mehr oder Weniger an Autonomie zugestand. So war es ihnen in der Regel untersagt, ihre Frauen



„Auf der Landkarte enthüllt uns Amazonien seine schier unendliche Größe. Und dennoch: Die Landkarte wird der tatsächlichen Größe und der Biodiversität Amazoniens nicht gerecht.“

Mayron Regis
Fórum Carajás (Maranhão)

von ihren Schulden zu befreien und damit ihre Freizügigkeit wiederzuerlangen.

Es entwickelte sich im Lauf der Zeit nun ein System von Zwischenhandelsfirmen, die ihrerseits wieder finanziell von den Gummibaronen in den Amazonasstädten Belém und Manaus abhängig waren. Die *seringueiros* waren dabei das letzte Glied in dieser langen Kette von Abhängigkeit und Verschuldung. Für den *seringueiro* hatte der zumeist monatlich stattfindende „(Zwangs-)Verkauf“ seiner mühsam produzierten Kautschukballen an den *seringalista* eher den Charakter eines Kuhhandels: Der Kautschuk wurde von diesem weit unter dem aktuellen Marktpreis angekauft, die Lebensmittel und Konsumgüter, deren Abnahme verpflichtend war, wurden dagegen zu Wucherpreisen an die Zapfer ausgegeben. Die aus dieser oft manipulierten Gegenrechnung entstandenen Schulden und selten vorkommenden Salden wurden auf

beziehungsweise Familien mit in den *seringal* zu bringen, da dadurch keine volle Konzentration auf die Arbeit möglich war. Anfänglich war es ihnen ebenso verboten, ihre Kenntnisse als Landarbeiter im Anbau von Nutzpflanzen in Form von Hausgärten umzusetzen oder auf Jagd oder Fischfang zu gehen. Allerdings waren diese Tätigkeiten neben der zeitaufwendigen Arbeit des Zapfens und Räucherns ehemals so gut wie unmöglich.

Der körperliche Zustand der Zapfer war überdies zumeist schlecht. Die einseitige, vitaminarme Ernährung (Trockenfisch, Maniokmehl, Kaffee) führte zu Mangelerkrankungen, das Fehlen von Medikamenten und medizinischen Behandlungsmöglichkeiten zu schweren Erkrankungen und häufigen Todesfällen. Die Einsamkeit während der arbeitsreichen Wochentage im Wald und das nahezu gänzliche Fehlen sozialer Kontakte (die *colocações* lagen mitunter Stundenmärsche von-



einander entfernt) wurden erträglicher durch den hohen Konsum von Alkohol, vornehmlich des Zuckerrohr-Schnapses *Cachaça*, der zum wöchentlichen Proviant gehörte und einen bedeutenden Faktor im Verschuldungskreislauf darstellte.

Wachsende Selbstständigkeit

Nach dem Verlust der Monopolstellung Brasiliens innerhalb des internationalen Kautschukhandels kam es zu einer verstärkten Unabhängigkeit der Kautschukzapfer, die auch während des zweiten Gummibooms, der sich im Zuge des Zweiten Weltkriegs entwickelte, bestehen blieb. Die aufgrund der übermächtigen Konkurrenz der ostasiatischen Plantagen seit Anfang des 20. Jahrhunderts anhaltend sinkenden Preise für brasilianischen Wildkautschuk beeinflussten in großem Umfang die *seringalistas*. Die Zapfer jedoch, die sich mittlerweile in ihrer Lebensweise dem Ökosystem Regenwald angepasst hatten, wurden davon weniger berührt.

Der über einen langen Zeitraum gemeinsam genutzte Lebensraum des Regenwaldes führte dazu, dass die eingewanderten Zapfer und die einheimische Bevölkerung in Beziehung zueinander traten. Es entstanden Verbindungen zwischen Zapfern und Frauen indigener Gemeinschaften. Die *colocações* wurden vielerorts von Kautschukzapferfamilien bewirtschaftet, die, soweit es ihnen erlaubt war, weitere wirtschaftliche Aktivitäten zur Überlebenssicherung entwickel-

ten. Das Ernten eigenen Gemüses, das Jagen von Tapiren, Hirschen und Kaninchen, der Fischfang sowie zusätzliche Sammleraktivitäten vervollständigten die Nahrungsgrundlage der Familien. In Anbetracht des sich stetig verschlechternden Tauschverhältnisses für Lebensmittel und Konsumgüter gewannen sie somit mehr Unabhängigkeit vom *patrão*.

Innerhalb der traditionellen Familie existierte eine klare Rollenverteilung. Der Arbeitstag eines Zapfers war ausgefüllt mit der Kautschukproduktion sowie der Jagd und dem Fischfang. Seiner Frau oblagen der Haushalt, die Betreuung der Kinder, die Bewirtschaftung von Feld und Hausgarten sowie die Versorgung von Haustieren. Die Frauen verbrachten in der Regel viel Zeit damit, die Ernährung der Kinder zu sichern. Sie mussten oftmals weite Strecken zu benachbarten Ansiedlungen zurücklegen, um beispielsweise Milch im Tausch gegen ein anderes Lebensmittel zu erhalten. Da die Familien aufgrund des beschriebenen Systems kaum über Geld verfügten, etablierte sich innerhalb der *seringais* ein Tauschhandel, der bis in die heutige Zeit existiert.

Zum täglichen Auskommen der Familien trugen auch die Kinder bei. Bereits ab dem Alter von acht Jahren halfen sie bei der Bewirtschaftung von Feld und Hausgarten sowie wenig später auch bei der Kautschukproduktion mit. Mangels eines schulischen Bildungsangebots wuchsen

die Kinder somit, ganz im Sinne des *patrão*, zur nächsten Generation von Zapfern heran. Gerade die Kinder waren es, die stark von Krankheiten betroffen waren. Eine hohe Kindersterblichkeit ist bis in die Gegenwart zu verzeichnen, da der Waldbevölkerung auch heute noch kaum medizinische Versorgung zur Verfügung steht. So werden zur Behandlung unterschiedlichster Krankheiten und Unfälle indigene Heilpraktiken sowie aus lokalen Pflanzen hergestellte Medizin angewandt.

Die Anpassung der Kautschukzapfer an den Lebensraum Regenwald vollzog sich durch die teilweise Übernahme der Lebensweise der Indigenen, die den Regenwald bereits seit Jahrhunderten ökologisch angepasst und nachhaltig bewirtschaften. So sind die Wirtschaftsweisen der beiden Bevölkerungsgruppen zwar nicht identisch, weisen jedoch große Ähnlichkeiten auf.

Die Begegnung der unterschiedlichen Kulturen der indigenen Bevölkerung und der Landarbeiter aus dem Nordosten führte zur Entwicklung einer eigenen Kultur, in der sich die Erinnerungen der Immigrierten mit kulturellen Praktiken der Indigenen vermischten. Auf diese Weise entstand auch eine Verschmelzung religiöser Ideen, die sich aus der katholischen Prägung der Kautschukzapfer, der Arbeit umherziehender Missionare und den indigenen Naturreligionen speiste.

Autonomie für die Vergessenen der Wälder

Auf den zweiten wirtschaftlichen Aufschwung für den Wildkautschuk während des Zweiten Weltkriegs folgten ernüchternde Zukunftsprognosen. Diese veranlassten seit den 1960er Jahren des vergangenen Jahrhunderts einen Großteil der *seringalistas* ihre Plantagen aufzugeben und das Land zu verkaufen. Die Zapfer und ihre Familien wurden somit ihrem Schicksal überlassen. Jedoch drohten ihnen nach dem allmählichen Verschwinden der *seringalistas* Gefahren in anderer Gestalt. Im Zuge der aggressiven Entwicklungspolitik der Militärregierung (1964 - 1985) fiel der Großteil der ehemaligen Plantagen in die Hände von Großgrundbesitzern, Landspekulanten und

Konzernen. Diese begannen zur Durchsetzung ihrer Interessen (Rinderzucht, Holzhandel, Plantagenanbau, Großprojekte) mit der großflächigen Rodung des Regenwaldes. Neben den Auswirkungen auf das Ökosystem Regenwald wurde damit auch die Lebensgrundlage der Gummizapfer zerstört. Viele wurden unter Anwendung von Gewalt von ihren Ansiedlungen vertrieben oder wanderten aus wirtschaftlichem Druck in die Peripherien der Städte ab. Andere blieben im Wald oder verdingten sich als Hilfsarbeiter auf den Großgrundbesitzen. Es fand auf diese Weise eine Entwurzelung der Menschen statt, die in hohem Grade mit ihrem Lebensraum verbunden waren und sich stark mit ihrer Kultur identifizierten.

Ab den 1970er Jahren begannen die Zapfer sich mit anderen Gruppen zu organisieren und für ihre Landrechte und den Erhalt ihres Lebensraumes zu kämpfen.

Die Anpassung der Kautschukzapfer an den Lebensraum Regenwald vollzog sich durch die teilweise Übernahme der Lebensweise der Indigenen.

Aus den einstigen Todfeinden, Kautschukzapfer – Indigene, wurden Verbündete im Kampf für den Schutz des Regenwaldes. Nach Jahren des politischen Widerstandes und vieler menschlicher Opfer erreichten die *seringueiros* ab dem Jahr 1990 schließlich die staatliche Einrichtung von geschützten Sammelgebieten (*Reservas Extrativistas* - Resex), in denen die Kautschukzapfer selbstbestimmt leben und

ihren wirtschaftlichen Aktivitäten nachgehen können. Aufgrund der geringen ökonomischen Bedeutung ihrer Kautschukproduktion sind die Zapfergemeinschaften fortwährend auf der Suche nach nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeiten und Wirtschaftsformen wie etwa die genossenschaftliche Organisation. Die über Jahrzehnte erfolgte permanente Anpassung an sich verändernde politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen sicherte den Kautschukzapfern das Überleben. Dabei stehen sie heute vor der Herausforderung, bestimmte Aspekte der allgegenwärtigen Globalisierung für den Erhalt ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Integrität und Selbstbestimmung zu nutzen. Für traditionelle Bevölkerungsgruppen wie die Kautschukzapfer ist dies eine Gratwanderung zwischen Tradition und Modernität.

Verena Ramos

Kapitel 3

Konflikte um Inwertsetzung

**„Amazonien und seine Bewohner
wollen ihre Geschichte selbst
konstruieren.“**

Luiz Cláudio Brito Teixeira

Infrastruktur im Dienste des Großkapitals

Wie mit internationalen Programmen Amazonien in die Weltwirtschaft integriert werden soll

Mit dem Segen Washingtons und finanzieller Hilfe der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) treiben zehn südamerikanische Staaten gigantische Bauvorhaben voran, um die Wirtschaft der Region fit zu machen für die Interessen der lokalen und multinationalen (Groß-)Konzerne. Wir dokumentieren in leicht gekürzter Form die deutschsprachige Übersetzung des im März 2008 in der brasilianischen Ausgabe der *Le Monde Diplomatique* erschienenen Texts von Igor Fuser.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2000 verfolgt die Initiative zur regionalen Infrastrukturintegration in Südamerika (IIRSA) eine Strategie der Einbindung Südamerikas in die Weltwirtschaft in den Bereichen Transport, Energie und Kommunikation. Die Region soll den dynamischen Zentren des Kapitalismus als Lieferantin von Agrarprodukten, Rohstoffen und Energie dienen. IIRSA umfasst 348 Projekte in einem Zeitraum von 20 Jahren bei annähernd 38 Milliarden Dollar Investitionskosten. Die Projekte verlaufen dabei entlang der so genannten zwölf Integrationsachsen, die sich, über ganz Südamerika erstreckend, miteinander verbinden.

Diese „Achsen“ fungieren als Korridore für den Rohstoffexport in die Industrieländer. Eine der wichtigsten Achsen ist die Amazoniens, welche die Pazifikhäfen

Paíta in Peru, Esmeraldas in Ecuador und Tumaco in Kolumbien mit der Amazonasmündung bei Belém verbinden soll. Durch diesen Korridor sollen vor allem Mineralien aus dem Andenraum nach Europa sowie in der Gegenrichtung Produkte Amazoniens wie Fleisch und Holz zu den Märkten Asiens und Nordamerikas transportiert werden.

IIRSA hat ein gewaltiges Demokratiedefizit: Grundsätzlich werden die Projekte als bereits beschlossen bekannt gegeben.

Die zentrale interozeanische Achse zwischen Brasilien, Bolivien und Peru soll die Transportkosten des brasilianischen Agrobusiness‘ für den Export zum Pazifik enorm reduzieren. Dies ist das erklärte Ziel zwei der umstrittensten Bauvorhaben: Rio Madeira, wo neben den Staudämmen eine Wasserstraße geplant ist, und die Interozeanische Straße, die bei 2.586 Kilometern Länge durch Peru die Anden überqueren soll. Des Weiteren umfasst IIRSA ein Netz von Gaspipelines nach Bolivien und Peru sowie die Wasserstraße Paraná-Paraguay. Sie soll auf einer Länge von 3.442 km den Flusshafen Cáceres im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso mit Buenos Aires am Atlantik für den Export von Soja und anderen Rohstoffen verbinden.

IIRSA entstand auf Betreiben der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) im August 2000 in Kooperation mit der Andinen Entwicklungskooperation (CAF) und dem Finanzfonds für die Entwicklung des Rio de la Plata Beckens (FONPLATA).

Der damalige Präsident Brasiliens, Fernando Henrique Cardoso, wurde Schirmherr der IIRSA-Gründungsversammlung aller südamerikanischen Länder – mit Ausnahme von Französisch-Guayana. Seither hat sich zwar das PolitikszENARIO in der Region deutlich gewandelt, aber die IIRSA besteht fort, mit Unterstützung aller Regierungen und ohne grundlegendes Hinterfragen durch

die als links geltenden PräsidentInnen. IIRSA wurde hingegen von den sozialen Bewegungen, von WissenschaftlerInnen und Umwelt-NRO scharf kritisiert. Die Kritik bezieht sich auf die grundlegende Ausrichtung der IIRSA und auf die sozialen, ökonomischen und ökologischen Auswirkungen der Projekte: Sie wurden ohne Rücksicht auf die Belange der von den Bauten Betroffenen geplant.



Präsident Lula besichtigt die Fertigstellung des Torbereiches eines Staudammes

Aus Sicht der KritikerInnen folgt IIRSA der gleichen Logik wie zuvor: Es werde die Abhängigkeit Südamerikas vom Norden erhöhen, die Ungleichheiten in der Region noch verschärfen und dabei den Aderlass an reichen Rohstoffen auf Kosten künftiger Generationen ausweiten. Außerdem erregt die Hegemonie brasilianischer Unternehmen – vor allem des Agrobusiness‘ und der großen Baufirmen – Argwohn, da diese voraussichtlich mit IIRSA am meisten zu gewinnen haben.

Die KritikerInnen haben von Beginn an auf die harschen Auswirkungen auf FlussanwohnerInnen, Indigene sowie Bäuerinnen und Bauern hingewiesen. „Die bisherigen Integrationsmodelle missachten die Identitäten der lokalen Bevölkerung, ihrer Kulturen und ihres Landes“, kritisiert Magnólia Said, Vorsitzende der NRO Esplar aus Fortaleza. Anstatt gefragt zu werden, ergänzt sie, werden die AnwohnerInnen aufgefordert, „sich einer Entwicklungslogik anzupassen, deren einziges fortwährendes Interesse die Interessen des Marktes sind“.

Der Großteil der IIRSA-Projekte findet sich in Regionen mit reicher Biodiversität, fragilen Öko-

systemen und mit einer Bevölkerung, die Umweltveränderungen schutzlos ausgeliefert ist. Obwohl die Vorhaben als „nachhaltig“ deklariert werden, sind die Umweltfolgen unleugbar, in einigen Fällen gar zerstörerisch. Die Wasserstraßen und Dämme verändern die Flüsse, beeinträchtigen die Fischerei und bedrohen eine große Anzahl der Fische mit dem Aussterben. Die Straßen führen zwangsläufig zu weiterer Waldrodung. Bezeichnenderweise erfolgten seit 2006 die Bewilligungen zum Bau der Interozeanischen Straße ohne vorhergehende Umweltfolgenstudie. Es handelt sich um eine der an Biodiversität reichsten Regionen, die zurzeit noch weitestgehend unberührt ist. Laut einer Studie der peruanischen Zivilgesellschaft werden der Region in zehn Jahren alle Zerstörungen durch Straßenbau widerfahren. Hinzu wird die geplante Straße ein Gebiet durchschneiden, in dem mehrere indigene Völker in selbstgewählter Isolation leben.

In der Technokraten Sprache der IIRSA werden geographische Gegebenheiten wie die Anden und der Amazonaswald als „Barrieren“ tituliert, die es im Namen des Fortschritts zu „überwin-

den“ gelte. Naturressourcen werden zu Lagerbeständen von zukünftig an den Terminmärkten zu handelnden Rohstoffen. Magnólia Said warnt, dass „die Umsetzung dieser Projekte die Beseitigung all dessen, was als Hindernis gilt, bewirken wird: jahrhunderte alte Bäume, kleine Ansiedlungen, Indigenengebiete, Quilombolagemeinden, gemeinschaftliche Landwirtschaft sowie kulturelle Traditionen. Gleichzeitig aber bleibt die soziale Exklusion unberührt bestehen“.

Das brasilianische Amazonien durchlaufen vier der so genannten Integrationsachsen und beeinflussen damit ein Gebiet von 2,5 Millionen Hektar Land, ein Gebiet, in dem fast ein Viertel der indigenen Bevölkerung Brasiliens in 107

in der Ausweitung von Land- und Viehwirtschaft, in der Ausbeute von Bodenschätzen und in der Rodung zur Holzgewinnung. Zudem werden die Anbauflächen für Bioenergie rapide ansteigen: „Fehlende Folgenabschätzung für IIRSA bedeutet einen perfekten Sturm der Umweltzerstörung. Der größte tropische Regenwald der Welt sowie die vielfachen Dienste, die er leistet, sind in Gefahr.“ Killeen resümiert, dass die größte Herausforderung in der Balance zwischen legitimen Entwicklungsaussichten und der Wahrung des amazonischen Ökosystems liege.

Hinzu kommt jedoch, dass IIRSA ein gewaltiges Demokratiedefizit innewohnt. Grundsätzlich werden die Projekte als bereits beschlossen bekannt



Was ist das dringendste Problem Amazoniens, dessen sich die brasilianische Regierung und die internationale Politik annehmen sollten?

Der brasilianische Staat muss endlich anerkennen, dass Amazonien und seine Bewohner ihre Geschichte selbst konstruieren wollen. Und dass dies nicht in den politischen Korridoren der Hauptstadt Brasília oder an der Börse von São Paulo geschieht. International wird Amazonien extrem idealisiert. Die beste internationale Hilfe wäre anzuerkennen, dass die hier ansässigen Menschen – egal ob Indigene, quilombolas, Kleinbauern oder Babaçu-Nussknackerinnen – selbstständige Subjekte sind, die mit ihrer Umwelt interagieren, sie modifizieren und gleichzeitig bewahren. In diesem Sinne bestünde der größte Beitrag zur Entwicklung Amazoniens darin, die Wissenschaft darin zu unterstützen, diese für die Region essentielle Beziehung zu verstehen.

Luiz Cláudio Brito Teixeira

Mitarbeiter des missionarischen Indigenenrats CIMI, Pará

Indigenengebieten lebt. Weitere 484 Gebiete, die für den Erhalt der Biodiversität als prioritär klassifiziert sind, liegen in dieser Einflusszone. Der nordamerikanische Wissenschaftler Tim Killeen, Direktor des Nationalen Zentrums für Atmosphärenforschung nennt dieses Szenario den „perfekten Sturm im Wald Amazoniens“. Killeen kommt in einer Studie zu dem Schluss, dass die Auswirkungen der Transport-, Energie- und Kommunikationsprojekte von IIRSA den Großteil des Tropenwaldes Amazoniens in den nächsten Dekaden zerstören könnten.

Killeen skizziert den ansteigenden Druck auf das Ökosystem Amazoniens sowie seiner traditionellen BewohnerInnen und sieht die Ursachen

gegeben. Die demokratische Debatte beschränkt sich dann auf die Wege und Mittel zur Anpassung an diese Unumkehrbarkeiten. In vielen Fällen wird die lokale Bevölkerung nicht über die direkten Konsequenzen der geplanten Bauten informiert.

Im ewigen Hader zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz lautet die nur selten gestellte Frage, welches die eigentlichen Interessen hinter diesen gleichsam pharaonischen Infrastrukturprojekten sind: Wem dient die zu produzierende Energie? Wer gewinnt am Warentransport? Wer sind die NutznießerInnen der schiffbaren Flüsse? Welche Strategie steckt dahinter? Für den Soziologen Luiz Fernando Novoa von der NRO Rede Brasil wird IIRSA durch die Interessen gro-

Der Firmen – vor allem nordamerikanischer, aber auch brasilianischer – geleitet, Firmen, die eine nie gesehene Kontrolle über die Naturressourcen Südamerikas erlangen werden. „Die Projekte richten sich an der Wettbewerbsfähigkeit nach außen aus. Sie dienen nicht dazu, die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Ländern zu vertiefen“, so Novoa. „Es handelt sich hierbei um eine Hierarchie der Prioritäten, die nicht mit den Interessen unserer Bevölkerungen korrespondiert“.

Die Logik von IIRSA ist – so Novoa – die Schaffung regelrechter „Unternehmensterritorien“, befreit von Herkunft, Kultur und interner Dynamik der Völker selber. „Regierungshandeln soll im Sinne der Unternehmenskonglomerate die Regeln zur Ausweitung der fortschreitenden Unternehmensfront schaffen und ausüben“, kritisiert Novoa und fügt hinzu: „Der Nationalstaat, die Bevölkerung und die Umwelt hängen dann von der Gnade privater Investitionen ab. Gleichzeitig sollen sie deren Bedingungen und Forderungen folgen. So werden wir letztlich zu Ausländern in unseren eigenen Staaten“.

Der Sektor der Energieproduktion ist hierzu beispielhaft: „Die wachsende Nachfrage nach Energie ist direkt gekoppelt an die Ausweitung energieintensiver Produktion wie Aluminium und Zellulose“, erläutert Elisângela Soldatelli Paim von der NRO

Núcleo Amigos da Terra Brasil aus Porto Alegre. Der Staudamm von Tucuruí, gebaut in den 1970er Jahren mit immenser Umweltzerstörung und der Vertreibung von mehr als zwanzigtausend Menschen, liefert den Strom vor allem für die drei großen Aluminiumfabriken, die im brasilianischen Bundesstaat Pará angesiedelt wurden. Eine der Fabriken ist nordamerikanisch, die beiden anderen gehören der brasilianischen CVRD als Joint-Venture mit japanischem Kapital. Die brasilianische Regierung subventioniert die drei Firmen, aber die umgesiedelten BewohnerInnen bekamen weder eine Entschädigung, noch erhalten sie Strom. Während das Aluminium ins Ausland transportiert wird, werden die „externen Kosten“ lokal beglichen.

Doch auch die sich als „links“ bezeichnenden Regierungen werden von den GegnerInnen der IIRSA kritisiert. Ein Venezuela mit Hugo Chávez, das auf der einen Seite gegen das neoliberale Modell Initiativen wie ALBA, den Sender Telesur oder die Bank des Südens ins Felde führt, beteiligt sich nicht nur an IIRSA, sondern schlägt auch noch den Bau der Gaspipeline des Südens vor. Dabei geht es um ein pharaonisches Projekt, das von der Karibik bis nach Argentinien den amazonischen Wald durchschneiden, die Umwelt beeinträchtigen und die Lebensform der lokalen Bevölkerungen gefähr-



Straße am Containerhafen von Manaus



Programm zur Beschleunigung des Wachstums: Präsident Lula und Dilma Rousseff im Zwiegespräch

den wird. Die Präsidenten Boliviens und Ecuadors, Evo Morales und Rafael Correa, erklärten noch im Dezember 2006, dass IIRSA einer neuen Orientierung im Interesse der Völker zu folgen habe. Dennoch sind Bolivien und Ecuador an mehreren IIRSA-Projekten beteiligt – und nicht alle entsprechen annehmbaren sozialen oder umweltgerechten Kriterien. Zwar hat sich die Regierung Morales dem Bau der Staudämme am Rio Madeira wegen der zu erwartenden Auswirkungen auf der bolivianischen Seite, wie Flutung von Land durch Rückstau der Dämme, widersetzt, aber angesichts der Aussicht auf brasilianische Unterstützung bei anderen Projekten diese Meinung geändert. „Diese Regierungen sind noch immer gefangen vom Glauben an wirtschaftliche Entwicklung durch Raub an Natur und Bevölkerung“, meint Mariângela Soldatelli Paim: „Die Frage ist, ob dieses kapitalistische Wirtschaftsmodell nicht eher in seinen Grundstrukturen zu bekämpfen ist“.

Das Überlaufen der „bolivarianischen“ Regierungen zu IIRSA lässt eine Frage im Raume: Gibt es eine Alternative? Luiz Fernando Novoa glaubt daran: „Indem wir IIRSA kritisieren, bestreiten wir nicht die Notwendigkeit, Straßen, Eisenbahnstrecken, Wasserwege, Häfen und Flughäfen zu bauen oder in den Energie- und Telekommunikationssek-

tor zu investieren“, stellt er klar. Wichtig, so Novoa, sei ein Umdenken, ein neuer Konsens, eine neue Ausrichtung in Bezug auf Infrastruktur und Integration: Indem die Binnenmärkte und die soziale Entwicklung zuerst berücksichtigt werden. „Die Produktion und Verteilung von Energie im Kontinent muss im Hinblick auf die Förderung regionaler Wirtschaftsdynamik erfolgen – und nicht als reiner Nachschub für die transnationalen Produktionsketten“, führt Novoa aus.

Gleichzeitig weist er die Kritik zurück, dass gegen IIRSA zu sein bedeute, den externen Markt zu ignorieren. „Es ist möglich und notwendig, die Exportpalette dahingehend zu diversifizieren, dass Einkommen und Jobs bei einem Minimum an Umweltschäden geschaffen werden“. Das werde aber nur mit einer öffentlichen Planung für den Bereich Infrastruktur erreicht, mit einer Planung, die sich stützt auf öffentliche Institutionen, in denen auch die Zivilgesellschaft vertreten ist. „Das wäre also das genaue Gegenteil von dem, was wir heute in Brasilien durchleben“, urteilt Novoa.

Igor Fuser

Übersetzung: Christian Russau / LN

Copyright Le Monde Diplomatique Brasilien,
März 2008

Rindviecher essen Regenwald auf

Die Viehwirtschaft als Verursacherin der Regenwaldzerstörung rückt wieder stärker in den Blickpunkt

Scheinbar endlose Viehweiden erstrecken sich, wo in Amazonien einstmals Regenwald stand. Die Rinderproduktion wurde schon vor Jahren als größter Feind für den Regenwald in Amazonien geoutet. Doch in den letzten Jahren konzentrierte sich die Diskussion stark auf Soja und Zuckerrohr. Auch deren Anbauflächen dehnen sich weiter aus und vernichten Regenwald. Jüngere Studien von Friends of the Earth Amazonien, Greenpeace und der brasilianischen Nichtregierungsorganisation (NRO) Imazon rücken nun wieder die zerstörerische Kraft der Fleischproduktion stärker in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Die Entwicklung verläuft dramatisch. Nie zuvor gab es größere Viehbestände in Amazonien. Die Zahl der Rinder hat sich laut den letzten verfügbaren offiziellen Zahlen in 14 Jahren mehr als verdoppelt. Von 34 Millionen im Jahr 1992 stieg sie bis Ende 2006 auf 73 Millionen an. Brasilien entwickelte sich auch dadurch bereits im Jahr 2004 zum weltgrößten Exporteur von Rindfleisch. Auf mittlerweile 170 Millionen Hektar tummelt sich in Brasilien das Vieh. Das Gravierende dabei: Die Expansion der Rinderproduktion zwischen 2000 und 2006 vollzog sich fast ausschließlich in Amazonien.

Auf dem letzten Weltsozialforum im brasilianischen Belém im Januar dieses Jahres stellten die NRO Friends of the Earth Amazonien, Greenpeace und Imazon jüngste Studien zur Situation der Viehwirtschaft in Amazonien vor. Zwar ist bekannt, dass die Rinderzucht zu den zentralen Kräften gehört, die die Entwaldung in Amazonien vorantreiben. Der Sektor unter-

liegt mittlerweile jedoch einer neuen Dynamik: Die Expansion der Viehwirtschaft in Amazonien wird einerseits nach wie vor durch günstige Bodenpreise angetrieben. Hinzu kommt, dass in zunehmendem Maße der Anbau von Soja und Zuckerrohr in anderen Landesteilen zuvor viehwirtschaftlich genutzte Flächen ersetzt. Dort wird die Viehzucht verdrängt und weicht in den Raum Amazoniens aus. Nach den jüngsten Zahlen des brasilianischen Statistikamtes IBGE werden 74 Prozent der entwaldeten Fläche Amazoniens für Rinderweiden genutzt.

Warum dehnt sich die Viehzucht in derart dramatischer Weise im Regenwald aus? Bereits im Jahre 1998 legte Merle Faminow in einer Studie die Zusammenhänge dar: Vieh auf Weiden sichert Besitzanspruch. Dieser Faktor ist an der Agrargrenze kaum zu unterschätzen. Dann wiederum sind die Risiken der Rinderzucht weitaus geringer als die der landwirtschaftlichen Produktion, was sich auf alle folgenden Aspekte bezieht: Vermarktung, Preisentwicklung, klimatische Bedingungen und Anfälligkeit für Krankheiten. Die landwirtschaftliche Produktion erfordert nicht nur größere Anfangsinvestitionen, das investierte Geld fließt auch noch langsamer zurück als bei der Rinderproduktion. Nicht zuletzt sind Rinder ein leicht zu veräußernder Besitz, der relativ einfach transportiert werden kann. Der Bedarf an Arbeitskraft ist gering und als non-

Auf mittlerweile 170 Millionen Hektar tummelt sich in Brasilien das Vieh. Das Gravierende dabei: Die Expansion der Rinderproduktion zwischen 2000 und 2006 vollzog sich fast ausschließlich in Amazonien.

plusultra bietet die Viehzucht gute Chancen, jede Art von staatlicher Aufsicht und Besteuerung zu umgehen.

Die genannten Argumente machen die Rinderzucht in Amazonien zu einer attraktiven Angelegenheit. Sie gelten auch heute noch und helfen,



Rinderauftrieb in Amazonien

den großen Einfluss des Sektors auf die Entwicklungsdynamiken in Amazonien zu verstehen, zumal wenn sich dies mit neuen Tendenzen verbindet – wie Modernisierung und Intensivierung der Landwirtschaft in anderen Landesteilen. Noch attraktiver wird das Viehzuchtgeschäft in Amazonien, wenn die Bodenpreise berücksichtigt werden. Kostete im Jahre 2006 ein Hektar Viehweide im Südosten Brasiliens über 4.000 Reais (heute in etwa 1.400 Euro), waren es im selben Zeitraum für einen Hektar in Amazonien nur 770 Reais (275 Euro).

Noch fehlen systematische Studien, die die Dynamik der Flächennutzung in den letzten Jahren untersuchen. Doch zeichnen zahlreiche Reportagen und Interviews ein deutliches Bild: „Das Rind wird nach Norden gehen. Der Druck wird immer stärker werden, dort neue Weiden anzulegen“, so Marcelo de Carvalho Dias, Tierfutterhändler aus Barreto in São Paulo, gegenüber der brasilianischen Wirtschaftszeitung Valor Econômico. Er führt weiter aus, dass „die Viehzüchter hier in São Paulo dazu tendieren, ihr Land an die Zuckerrohrindustrie zu verpachten. Sie nehmen das Geld und züchten Vieh in Amazonien. Es gibt Regionen in Amazonien, die sind fruchtbar wie Riberão Preto in São Paulo.“

In seiner einflussreichen Studie für die Weltbank hatte Sergio Margulis bereits 2003 darauf

hingewiesen, dass die Produktivität der Rinderzucht in Amazonien zwar stark schwankt, aber in vielen Regionen deutlich über der von klassischen Rinderzuchtgebieten wie São Paulo liegt. Das alte Klischee von einer zurückgebliebenen, wenig produktiven Rinderzucht in Amazonien muss also dringend revidiert werden. Nicht die geringe Produktivität der Rinderzucht in Amazonien ist das Problem, sondern ihre ökonomische Rationalität samt Inwertsetzungsdenken.

Es lohnt sich eben, Vieh in Amazonien zu produzieren. Nicht umsonst haben die großen Schlachthofketten in den letzten Jahren massiv in Amazonien investiert – so beispielsweise der brasilianische Konzern Bertin, der in der Stadt Marabá im Amazonas-bundesstaat Pará mittels groß-

zügigem Weltbankkredit einen Megaschlachthof mit einer Schlachtkapazität von 5.400 Rindern pro Tag errichten konnte. Und die größte Schlachthofkette Brasiliens, JBS-Friboi, hat sich mittlerweile zu einem multinationalen Player entwickelt und ist zum zweitgrößten Rindfleischexporteur der Welt aufgestiegen.

Viehzucht in Amazonien ist in der Regel big business. Die meisten Entwaldungen sind großflächig, die Viehfarmen riesig. Dennoch wird seit vielen Jahren auch die Beteiligung von Kleinbauern und -bäuerinnen sowie WaldnutzerInnen

„Es ist nur logisch, dass die Viehzucht da ist. Die Viehzucht ist das ökonomische Modell, das Ergebnisse bringt.“

(vom Wald abhängigen Menschen; forest dependent people) an der Entwaldung diskutiert. Etwa ein Drittel der Entwaldung Amazoniens geht nach Schätzungen verschiedener Untersuchungen auf das Konto von KleinnutzerInnen. Lehrreich ist das Beispiel der Sammlerreserven für KautschukzapferInnen. Die Einrichtung besonderer Schutzgebiete für sie war der große Traum von Chico Mendes, der Symbolfigur der Kautschukzapfer, der vor 20 Jahren ermordet wurde. KautschukzapferInnen wurden zu Pionieren einer nachhaltigen Waldnutzung. Aktuell existieren in Brasilien 33 Sammlerreserven (*reservas extrativistas* - Resex). Sie bestehen auf einer gesetzlichen Grundlage und erstrecken sich auf etwa fünf Millionen Hektar Fläche in Amazonien. Die Einrichtung und Anerkennung der Sammlerreserven sind aber nicht das happy end der Geschichte. Dies ist nur eine Etappe auf einem weiterhin dornenreichen Weg.

Die Resex Chico Mendes im Bundesstaat Acre ist mit einer Fläche von 1,5 Millionen Hektar nicht nur die größte, sondern auch die symbolträchtigste Sammelreserve. Und sie durchlebt zurzeit eine schwere Krise. Immer mehr Be-

wohnerInnen schaffen sich Rinder an, die Entwaldungsraten innerhalb der Resex steigen. „Es ist traurig zu sehen, dass der Kampf von Chico Mendes damit endet, dass die Kautschukzapfer selbst den Wald roden“, konstatierte Manoel Cunha, Präsident des nationalen Rates der Kautschukzapfer, gegenüber der Zeitschrift *Valor Econômico*. Paulo Amaral, Forscher bei der in Belém ansässigen NRO *Imazon*, analysiert die Logik dieser Entwicklung: „Das Rind wird zu einer alternativen Einkommensquelle, weil es leicht zu verkaufen ist. Es ist die Sparkasse für schwierige Momente. Damit können die Preise der Sammelprodukte nicht mithalten.“ Alexandre Cordeiro, Koordinator der Resex Chico Mendes, konstatiert gegenüber *Valor Econômico* gar: „Es ist nur logisch, dass die Viehzucht da ist. Die Viehzucht ist das ökonomische Modell, das Ergebnisse bringt.“

Rinderzucht ist also auch für KleinnutzerInnen durchaus attraktiv. Sie erzeugt deutlich mehr Ertrag pro Hektar im Vergleich zu Sammelaktivitäten. Nach einer Erhebung des nationalen Statistikinstitutes IBGE bringt Sammelaktivität weniger als einen Real pro Hektar ein,



Amazonische Brandrodung für Viehweiden in São Félix do Xingu im Bundesstaat Pará



Was wolltest Du der Welt schon immer mal über Amazonien mitteilen?

„Amazonien gehört uns, doch die Wahrung seiner biologischen Vielfalt ist Verantwortung der gesamten Menschheit.“

Sandra Maria de Matos Cardoso
Rede de Mulheres em Comunicação (Amapá)

Viehzucht hingegeben über 100 Reais. Dies sind nur sehr grobe und wenig zuverlässige Angaben, und sie hängen sehr stark von regionalen Besonderheiten ab. Aber sie zeigen doch, welche große Anziehungskraft Viehzucht auch für Kleinbauern und -bäuerinnen hat, insbesondere dann, wenn nachhaltige Waldnutzung nicht systematisch gefördert und bezahlt wird.

Der Ausbreitung der Viehzucht und weiterer Regenwaldvernichtung in Amazonien kann also nur durch eine Doppelstrategie begegnet werden. Großflächige Entwaldungen zur Anlage von Rinderfarmen sind fast immer illegal. Sie müssen verhindert und bestraft werden. Kleinbauern hingegen sollte Viehwirtschaft in Schutzgebieten nicht prinzipiell verboten werden, wenn Begrenzungen und Umweltbestimmungen beachtet werden.

Der überragende Stellenwert der Rinderzucht bei der Amazonaszerstörung ist auch dem brasilianischen Umweltministerium nicht entgangen. Carlos Minc, seit Mai 2008 als Nachfolger der angesehenen Marina da Silva im Amt, erklärte im April 2009 den „bedingungslosen Krieg gegen die Abholzung“. Ein wichtiges und medienwirksames Element der Strategie ist die Jagd auf sogenannte Piratenrinder – es sind Rinder, die auf illegal abgeholzten Gebieten weiden. Sie werden nun von der Umweltbehörde IBAMA gejagt, beschlagnahmt und in Auktionen verkauft. Doch die ersten Auktionen waren von zweifelhaften Erfolg, denn sie wurden von den regionalen RinderhändlerInnen sabotiert, das geplagte

Rindvieh musste in zu kleinen Pferchen warten, die IBAMA wurde der Tierquälerei beschuldigt. In Zukunft soll dies alles besser funktionieren, verspricht Minc. Gleichzeitig bietet das Umweltministerium den ViehzüchterInnen einen Pakt zur „legalen und nachhaltigen Viehzucht“ an. Ob dieser Pakt wirklich zustande kommt, ist noch offen.

Wirksam eingedämmt wird das Problem hingegen momentan durch die globale Wirtschaftskrise. Dadurch fallen die Preise und Exporte von Rindfleisch, die Unternehmen des Sektors beklagen eine schwere Krise. Etwas 50 Kühlhäuser wurden bisher landesweit stillgelegt. In Mato Grosso, dem Bundesstaat mit der größten Fleischproduktion in Brasilien, sank diese im Jahre 2008 um 21,6 Prozent. Für dieses Jahr erwartet der Sektor einen weiteren Rückgang.

Diese Entwicklung scheint sich bereits auch auf die Entwaldungsraten auszuwirken. Das für die offiziellen Zahlen zuständige Institut INPE hat für den Zeitraum von November 2008 bis Januar 2009 eine Entwaldung von 754 Quadratkilometern in Amazonien registriert. Ein Jahr zuvor waren es im gleichen Zeitraum noch das Drei- bis Vierfache an Waldfläche. Zwar sind diese Zahlenangaben Gegenstand zahlreicher Debatten und sie weisen eine große Ungenauigkeit auf: Ein deutlicher Rückgang der Entwaldung ist aber unbestritten. Doch lösen Krisen keine strukturellen Probleme. Sie verschaffen allenfalls eine Atempause.

Thomas Fatheuer

Ein wichtiges und medienwirksames Element der Strategie ist die Jagd auf sogenannte Piratenrinder – es sind Rinder, die auf illegal abgeholzten Gebieten weiden.

Soja in Santarém

Vom traditionellen Landbau zum Profit von US-Firmen

Brasilien ist der weltgrößte Soja-Exporteur, noch vor den USA und Argentinien. Auch wenn die größten Anbauflächen noch im westlichen Bundesstaat Mato Grosso do Sul liegen, wird immer mehr Soja im Amazonasgebiet angebaut. Dagegen regt sich Widerstand. Doch internationale NRO und lokale Bewegungen verfolgen häufig unterschiedliche Ziele.

Auf dem Weltsozialforum in Belém, das im Januar 2009 stattfand, gab es etliche Veranstaltungen zum Sojaanbau in der Region um Santarém, im nördlichen Bundesstaat Pará. Es wurde immer wieder betont, dass es eine Abhängigkeit zwischen den verschiedenen Arten der ökonomischen Ausbeutung gibt: Zuerst wird der Regenwald illegal abgeholzt. Danach dringt auf den abgeholzten Flächen die Viehwirtschaft immer weiter in das Amazonasgebiet vor. Ist ein Gebiet abgegrast, wird eine Zwischenfrucht wie zum Beispiel Reis angebaut, um den Boden mit Phosphat anzureichern, bevor schließlich die Sojaplantagen kommen. So wird die Fläche ökonomisch „optimal“ ausgenutzt und zurück bleiben verseuchtes Wasser sowie ausgelaugtes Land, der Erosion und Verwüstung freigegeben.

In Santarém begann der Sojaboom mit einem Plan der Regierung 1999, die Schnellstraße BR-163 bis nach Cuiabá im südlichen Mato Grosso auszubauen und zu asphaltieren. Dieses Projekt wurde bereits während der Militärdiktatur geplant, erklärt Brenda Baletti den Lateinamerika Nachrichten. Sie promoviert gerade an der Universität von North Carolina über die Folgen der Sojaproduktion für die Region Santarém. „Erst als die Regierung Fernando Henrique Cardoso im Jahr 1999 das Entwicklungsprogramm ‚Avanço Bra-

sil‘ [„Vorwärts Brasilien“ Anm. d. Red.] startete, wurden die Pläne, die Schnellstrasse BR 163 zu befestigen, konkreter“, erzählt sie. Der Straßenbau zog zunächst Holzfäller, dann Viehzüchter, und zuletzt viele Sojabauern an. „Das war der Moment, als der US-amerikanische Agrarkonzern Cargill sich dafür entschied, einen Hafen am Ende der Straße in Santarém zu bauen. 2000/01 haben sie damit angefangen“, fährt Baletti fort. Cargill erhoffte sich aus dem Hafenbau große Gewinne. Als der neue brasilianische Präsident Lula Anfang 2003 sein Amt antrat, zeichnete sich schnell ab, dass er den Ausbau der Straße in sein Regierungsprogramm übernehmen würde – und der Soja-Anbau in der Region weitete sich aus.

Cargill vergab Kredite und Maschinen an SojaproduzentInnen, wodurch noch einmal viele weitere Bauern ihre Landwirtschaft auf Soja umstellten oder sie erweiterten. „Die meisten Soja-Bauern haben keinen Besitztitel für das Land, das sie bebauen. Normalerweise bekommst du ohne Titel keine Kredite von der Bank. Cargill vergab aber Kredite für den Sojaanbau, ohne nach den Besitzverhältnissen zu fragen. Das bedeutet aber auch, dass sie nur Soja und nichts anderes anbauen können – sie sind direkt abhängig von Cargill“, erzählt Baletti.

Nach Angaben der Nationalen Versorgungsgesellschaft CONAB schnellte das Ausmaß der mit Soja bebauten Flächen in Pará nach der Inbetriebnahme des Hafens von 2.000 Hektar (im Jahr 2002) auf 35.000 Hektar (2004) hoch. Das hatte massive Folgen für die Umwelt und auch für die umliegenden Gemeinden, von denen längst nicht alle über die Entwicklung erfreut waren.

Denn Sojaanbau ist nur auf großen Flächen möglich. „Es lohnt sich einfach nicht für Kleinbauern“, sagt Baletti. Die Kleinbäuerinnen und

Die Fläche wird ökonomisch „optimal“ ausgenutzt – zurück bleiben verseuchtes Wasser und ausgelaugtes Land.

Kleinbauern, die im Amazonasgebiet wohnen und von dem Land leben, haben in der Regel keine Landtitel und können daher ihr Recht an dem Land nicht nachweisen. Zugleich gibt es eine weit verbreitete Praxis in der Region, Landtitel zu fälschen und an Interessenten weiter zu verkaufen. Die neuen vermeintlichen EigentümerInnen kommen dann und nutzen das Land wirtschaftlich aus – Land, von dem in vielen Fällen bereits Menschen lebten, die oft kurzerhand vertrieben werden und denen damit ihre Existenzgrundlage genommen wird. „Vermutlich sind viele Menschen gezwungen worden, ihr Land zu verkaufen. Viele berichten von Vertreibungen, einige Gemeinden sind ganz verschwunden“, erzählt Baletti. Und auch die Kleinbäuerinnen und -bauern, die geblieben sind, hatten mit wachsenden Problemen zu tun. „Mit dem Sojaanbau nimmt die Wasserverschmutzung zu, die Pestizide machen die Menschen krank. Es gibt überhaupt keine Angaben darüber, welche Pestizide versprüht werden und wie viel davon benutzt wird“, erklärt Baletti.

Gegen den zunehmenden Landverkauf und die gesundheitlichen Beeinträchtigungen organisierten einige Gemeinden und soziale Bewegungen Widerstand. Seit 2001, als sich die Gewerk-

schaften und Gemeinden organisierten, wurden diese seitens der Sojabauern und Cargill zunehmend unter Druck gesetzt. „Ich habe jeden Tag Drohungen per Telefon erhalten, jede Woche. Ich habe keine Freiheit mehr, ich kann meinen Bruder nicht mehr abends besuchen, ohne Angst zu haben zu sterben“, berichtete ein junger indigener Vetreter aus Santarém auf dem Weltsozialforum in Belém. Der Vize-Kazike der Gleba Nova Olinda erlebte bereits zwei Mordanschläge, nachdem er den Behörden die Anwesenheit von Landräubern in dem indigenen Gebiet angezeigt hatte. In der Region der Gleba Nova Olinda gibt es dreizehn Gemeinden, von denen drei indigen sind.

Die wachsende Vernichtung des Regenwaldes in der Region wiederum aktivierte auch Greenpeace und WWF, sich einzumischen. Eine Zeit lang schienen lokale Bewegungen und internationale NRO an einem Strang zu ziehen. Gemeinsam wurde ein Vorschlag für ein Soja-Moratorium erarbeitet, der in neun verschiedenen Punkten unter anderem genmanipulierte Soja ausschloss und auch die der Soja vorangehenden wirtschaftlichen Nutzungen mit einbezog. Doch als die brasilianischen Unternehmenszusammenschlüsse Nationale Vereinigung der Ölindustrie ABIOVE und



Sojasilo und Sojaverladestation von Cargill im Hafenbereich von Santarém

Nationaler Zusammenschluss der Getreideexporteure ANEC einen stark abgeschwächten Gegenvorschlag in der Presse veröffentlichten, wurden unterschiedliche Zielsetzungen deutlich. Die ausländischen Umweltorganisationen nahmen die Anliegen der lokalen Bevölkerung nicht wirklich ernst [siehe auch das Interview mit Mac Chapin in dieser Ausgabe, Anm. d. Red.].

Die indigenen Bewohner aus der Region um Santarém sind unzufrieden mit den internationalen NRO. „Die NRO behandeln nicht die Frage der sozialen Auswirkungen des Sojaanbaus“, kommentierte Gilson Rego von der Landpastorale in Santarém, „sie schauen nur auf die ökologischen Folgen, die auf internationaler Ebene mehr hermachen“. Die Vorschläge, die die Bewohner erarbeitet haben, wurden von Greenpeace nicht beachtet, „um eine Vertrauensbasis mit den Sojabauern

zur Verteidigung Amazoniens, einem Zusammenschluss der lokalen Bevölkerung, war überhaupt der einzige Vertreter einer lokalen Organisation, der bei den Verhandlungen anwesend war. „Padre Edilberto sagte, er fühlte sich nicht respektiert und ihm wurde nicht zugehört. Er hatte den Eindruck, er wurde nur eingeladen, damit der Verhandlungsprozess gut aussieht. Die Sojabauern wollten sich nur ‚grün-waschen‘“, erzählt Baletti.

Die lokalen Gruppen kritisierten, dass das Moratorium nur für zwei Jahre galt und sich nur auf Soja von neu entwaldeten Flächen bezog. „Das ist zynisch“, kommentierte Padre Edilberto. „Wir wollten ein Moratorium von 10 bis 15 Jahren erwirken“. Denn die Sojabauern konnten sich die Hände reiben: In aller Ruhe konnten sie so ihre gesamte Sojaproduktion verkaufen, und derweil weitere Gebiete roden und für den Sojaanbau vorbereiten.



Was wolltest Du der Welt schon immer mal ueber Amazonien mitteilen?

„Wir, die Völker Amazoniens, Frauen, Männer, Schwarze, Indigene, Flussanwohner, brauchen keine Leute, die von außen kommen, um uns zu sagen, wie wir uns entwickeln sollen.“

Maria das Dores do Rosário Almeda
Instituto de Mulheres Negras do Amapá (IMENA, Amapá)

zu schaffen“. Eine Vertrauensbasis mit der lokalen Bevölkerung zu schaffen, lag anscheinend nicht im Interesse der NRO.

Auf Basis des Gegenvorschlags der Unternehmenszusammenschlüsse erreichten die Umweltorganisationen im Jahr 2006 augenscheinlich ihren ersten Erfolg in den Verhandlungen. Sie erwirkten mit den weltweit führenden Agrarfirmen Cargill, Bunge, ADM und A.Maggi ein Moratorium für brasilianisches Soja aus dem Amazonasgebiet. „Das Moratorium ist Ergebnis einer breiten Kampagne von Umweltorganisationen und sozialen Bewegungen in Brasilien und im Ausland“, so Greenpeace-Aktivistin Raquel Carvalho, „dank dieser Kampagne weiß die Welt um die ökologischen und sozialen Auswirkungen des Sojaanbaus in Amazonien“. Dass sich im Laufe dieser breiten Kampagne etliche lokale Organisationen zurückzogen, erwähnt sie nicht. Pater Edilberto von der Front

Ein längerfristiges Moratorium konnte durch ein Übereinkommen verhindert werden, in dem sich die Firmen und die Umweltorganisationen auf eine „Zertifizierung“ für Soja aus dem Amazonas einigten. Die Umsetzung soll TNC (The Nature Conservancy) übernehmen – ein gewagtes Unternehmen, das die Reputation der NRO aufs Spiel setzt. Denn dass eine Zertifizierung in Amazonien, bei ungeklärten Landverhältnissen, bei mangelnden Untersuchungen über die Auswirkungen der Pestizide auf den Boden und auf den Wasserhaushalt sowie die Gesundheit der Menschen überhaupt möglich ist, wird stark angezweifelt.

Zunächst schienen die Zahlen die Strategie der Umweltverbände zu bestätigen: In den Jahren 2006 und 2007 ging die Sojaproduktion in der Region zurück. In diesen Jahren aber waren auch die Sojapreise niedrig. Als die Sojapreise 2008 wieder anstiegen, stieg auch die Sojaproduktion wieder an.

Soja und Ernährungssicherung

Im Jahr 2005 überholte Brasilien die USA erstmalig als weltgrößter Exporteur der Hülsenfrucht. Im Süden Brasiliens erfolgte die Sojaexpansion vor allem auf Kosten anderer landwirtschaftlicher Kulturen. Damit ging die Nahrungsmittelproduktion für den internen Markt zurück und die Abhängigkeit der Ernährungssicherung von internationalen Märkten wuchs. Seit einigen Jahren nun weitet sich der Sojaanbau immer stärker auch in den Norden Brasiliens aus, so dass im Jahr 2006 bereits knapp 40 Prozent der in Brasilien angebauten Soja aus Amazonien stammten. Im Norden Brasiliens geht die Sojaproduktion vor allem mit dem Vordringen auf neue Flächen einher und führt daher auch zu Vertreibungen.

Im Jahr 2006 untersuchte die Nichtregierungsorganisation *FASE* die Auswirkungen der Sojaexpansion in der unmittelbaren Nähe des Exporthafens von Cargill um Santarém. Die Soja-Anbaufläche in der Mikroregion Santarém, die zehn Verwaltungsbezirke umfasst, stieg im Zeitraum von 2002 bis 2004 von 350 auf knapp 17.000 Hektar. Inzwischen sind es dort etwa 40.000 Hektar. Im gleichen Zeitraum gingen im selben Gebiet die Flächen, auf denen das Grundnahrungsmittel Bohnen angebaut wurde, um 7,5 Prozent zurück; die Produktionsmenge sank sogar um gut 14 Prozent – ein Hinweis darauf, dass zugunsten der Sojaproduktion vor allem gute Böden für den Anbau von Grundnahrungsmitteln verloren gingen. Die Sojaproduktion führt also nicht nur zu Entwaldung, sondern verdrängt auch den Anbau von Grundnahrungsmitteln.

Im September 2008 legte die Landpastorale (*CPT*) von Santarém einen Bericht zu den Auswirkungen des Sojaanbaus in der Region vor. Hierin untersuchte sie Landkonflikte in drei verschiedenen Gebieten im Umkreis von Santarém. Die Familien in den Verwaltungsgebieten von Santarém und Prainha in Westpará werden auch nach dem Soja-Moratorium weiterhin von ihrem Land vertrieben, zum Teil mittels Waffengewalt und Morddrohungen, um den Weg für die Abholzung frei zu machen. In der Gleba Nova Olinda ist eine Kooperative mit 50 Unternehmen aktiv und drängt die ansässige Bevölkerung immer weiter zurück. Als Ergebnis verschwanden neun Gemeinden in den Bezirken Santarém und Belterra bereits komplett, 31 weitere sind in Gefahr. Neue Anwesen versperren den Gemeinden die Zugangswege, Flussläufe sind verseucht, die Pestizide auf den benachbarten Feldern führen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Bewohner. Die Ausdehnung der Flächengewinnung geht auf Kosten der Familienlandwirtschaft.

Kim Weidenberg, Kirsten Bredenbeck

Bislang konnte sie ihren Stand von vor Beginn der Sojakrise nicht wettmachen; dies allerdings ist eine Frage der Zeit. Insofern war es für die Konzerne auch ein Leichtes, sich im Juni 2008 auf eine Verlängerung des Moratoriums um ein Jahr bis Mitte 2009 einzulassen, ohne den Absatz der Sojabauern zu gefährden. Mit den gestiegenen Rohstoffpreisen aber stieg auch die Entwaldung in Amazonien sprunghaft an – was zeigt, dass das Moratorium sein Ziel nicht erreichen konnte.

„Das vielbesagte Soja-Moratorium ist nichts weiter als Propaganda“, ist denn auch die Stellungnahme der Landpastorale *CPT* von Santarém. „Es nützte lediglich den Interessen derjenigen, die für Soja stehen und eines Marketing-Instruments für die europäischen Verbraucher bedurften, die damit drohten, die Sojaprodukte in Amazonien zu boykottieren. Zwei Jahre nach Veröffentlichung des Moratoriums halten die so-

zialen Auswirkungen des Sojaanbaus an.“

Die illegale Abholzung wird in keiner Weise kontrolliert und so wird nun neuer Raum für Sojaplantagen geschaffen. Es fehlt ein ganzheitlicher Ansatz in der Landplanung und im Umweltschutz. Es fehlt auch der Einbezug der BewohnerInnen und der lokalen Bevölkerung mit ihren Wünschen und Lebensplanungen, die in der strategischen Planung einen Platz finden müssen. Vor allem fehlt jedoch der politische Wille der brasilianischen Regierung, das Amazonasgebiet mit seinen BewohnerInnen zu schützen und zu respektieren und die Menschen nicht in Einzelkämpfen gegen internationale Unternehmen aufzureiben und stillschweigend zuzusehen.

Kim Weidenberg, Kirsten Bredenbeck

Erschienen in:

Lateinamerika Nachrichten Nr. 419, Mai 2009

„Die Sojabauern müssen sich grün waschen“

Interview mit Brenda Baletti zur Sojaproduktion in der Region im Santarém

Brenda Baletti promoviert an der Universität von North Carolina (USA) zum Einfluss der Sojaproduktion auf die Region um Santarém, das zu den wichtigsten aufstrebenden wirtschaftlichen und urbanen Zentren Amazoniens gehört. Kim Weidenberg sprach am Rande des Weltsozialforums 2009 in Belém mit ihr.

Brenda, erzähl bitte von Geschichte und Hintergründen der Sojaplantagen in Santarém.

Die Sojaproduktion begann in Santarém in den späten 1990er Jahren. Von Beginn an war sie nicht für die Ernährung gedacht, sondern für den Profit. 1996 hatte die brasilianische Regierung ein Expertenteam beauftragt, eine Studie über ökonomische Möglichkeiten im Agrarsektor in der Region durchzuführen. In Rahmen dessen gab es auch ein Pilotprojekt für Soja. So startete ab 1997 die Produktion in der Region.

Auf dem Weltsozialforum gab es etliche Veranstaltungen, die - organisiert von Betroffenen aus den Gemeinden aus Santarém – gegen den Bau der Schnellstraße BR 163 und den Hafen des multinationalen Konzerns Cargill protestieren. Was bedeuten diese beiden Infrastrukturprojekte für Santarém?

Ursprünglich wollte die Regierung die Schnellstraße BR 163 von Santarém nach Cuiabá schon in den 1970er Jahren pflastern – dieser Plan zur Asphaltierung wird als Teil des Infrastrukturplans der jetzigen Regierung aufrechterhalten. Als die damalige Regierung im Jahr 1999 das Programm „Avanço Brasil“ startete, wurden die Pläne, die Schnellstraße BR 163 zu pflastern, konkreter. Das war der Moment, als der US-amerikanische Agrarkonzern Cargill sich dafür entschied, einen Hafen am Ende der Straße in Santarém zu bauen. 2000/01 haben sie damit angefangen. Damit hat die Sojaproduktion sich ungemein ausgedehnt.

Zu Zeiten der Militärregierung kamen in den 1970er Jahren viele Kleinbauern in die Gegend, die großen Niederlassungen entlang der Transamazônica-Straße entstanden. Mehr als die Hälfte des Landes im Amazonasgebiet ist öffentliches Land, es gehört der Regierung. Es gibt die Tradition in Brasilien, wenn du ein Stück Land über Jahre bearbeitest, dann ist es deines. Folglich gibt es nun viel Land, auf dem Menschen arbeiten und von dem sie leben und das sie als ihr eigenes ansehen. Die meisten der Siedler und Kleinbauern haben keine Landtitel über dieses Land. So ist die Landrechtsfrage ein ständig präsent Thema in der Region.

Die Sojabauern hingegen kommen fast alle aus dem Süden Brasiliens. Sie kaufen das Land von den Kleinbauern auf. Als die ersten Käufer kamen, kostete das Land zwischen 200-300 Reais pro Hektar. Jetzt kostet ein Hektar 2.000-3.000 Reais, also das Zehnfache. Dabei war es nicht wichtig, ob es einen Landtitel für das Land gab oder nicht. Die meis-



Brenda Baletti



Hafen von Santarém: Verladedock mit Sojasilo von Cargill

ten Bauern kümmern sich auch nicht darum, denn wenn du einen Landtitel hast, musst du Steuern zahlen. Es ist ein großes Chaos. Das wurde erst zu einem Problem, als die Produzenten Kredite beantragen wollten, denn ohne Titel bekommst du keine Kredite von der Bank. Von Cargill aber bekommen sie Kredite für den Sojaanbau, d.h. Sojaproduzenten haben kein Problem damit. Das bedeutet aber auch, dass die Bauern nur Soja und nichts anderes anbauen können - sie sind direkt abhängig von Cargill.

Wogegen genau richtet sich der Widerstand der örtlichen Gemeinden und lokal agierenden Organisationen?

Seit 2001 gibt es eine große Kampagne gegen den Verkauf des Landes an Sojaproduzenten, die in erster Linie von der Landarbeitergewerkschaft und der Nichtregierungsorganisation (NRO) „Saúde e Alegria“ (Gesundheit und Fröhlichkeit) organisiert wurde. Ich kann nicht sagen, wie effektiv diese Kampagne war. Die indigenen Gemeinden fordern einen allgemeinen Stopp des Sojaanbaus und die Nutzung ihres Landes für sich.

Für die lokalen Gemeinden ist es so: Soja ist nicht sehr arbeitsintensiv (schafft also wenig Einkommenseffekte, Anm. d. Red.). Auf einem Hektar Land Soja anzubauen, kostet 1.600 Reais. Soja kann nur großflächig angebaut werden, es geht gar nicht anders. Das heißt, es lohnt sich nicht für Kleinbauern, Soja anzubauen.

Auch Greenpeace arbeitet schon lange gegen Cargill. Sie nennen den Hafen von Cargill illegal, weil es für den Bau keine von den Umweltgesetzen

her geforderte Umweltverträglichkeitsprüfung gab. Aufgrund dessen wurde Cargill vor Gericht gebracht. Der Konzern musste eine Strafe zahlen und dann reichte er die Umweltverträglichkeitsprüfung nach, die letztendlich in Brasilien noch nie irgendwelche Projekte verhindert hat.

In den Veranstaltungen wurde von VertreterInnen aus Santarém immer wieder Kritik an Greenpeace geäußert. Welche Rolle spielt Greenpeace in dem ganzen Verhandlungsprozess, warum gibt es Schwierigkeiten mit einigen Gemeinden?

Es gibt folgende Kritik an Greenpeace und auch an anderen großen NRO, die an dem Verhandlungsprozess beteiligt waren: Dass die Organisationen die Leute aus der Region nicht respektiert haben. Padre Edilberto war einer der Wenigen, die zu den Verhandlungen in São Paulo eingeladen waren. Er sagte, er fühlte sich nicht respektiert und ihm wurde nicht zugehört. Er hatte den Eindruck, er wurde nur eingeladen, damit es im Verhandlungsprozess gut aussieht.

Die großen Umweltgruppen wie Greenpeace, TNC und WWF sind vor allem um die Natur, um den Regenwald besorgt. Die Menschen aus Santarém haben nicht das Gefühl, dass es ihnen auch um sie geht. Und dabei gehört ihnen doch das Land. Also wollen sie auch an den Lösungen beteiligt werden, das ist nur verständlich. Das ist hier aber nicht passiert.

Wie sieht die Rolle des Staates, sowohl des Bundesstaats Pará als auch ganz Brasiliens, aus?

Der Staat ist hauptsächlich in den Straßenausbau der BR 163 involviert. Die Embrapa [Empresa Brasileira de Pesquisa Agropecuária – staatliches Agrarforschungsinstitut, das dem Ministerium für Agrarwirtschaft, Fischerei und Wasserwirtschaft untersteht, K.W.] ist in die Entwicklung des Saatguts involviert, das in der Region heute benutzt wird. Dabei handelt es sich aber nicht um Gen-Soja. Das INCRA [Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária – Nationales Institut für Besiedlung und Agrarreformen, K.W.] entwickelte einige Pläne für Agrarreformen, außerdem übernimmt es die Vergabe von Landtiteln über staatliches Land.

Was für Auswirkungen auf die Gemeinden von Santarém sind seit der Zunahme der Sojaplantagen zu beobachten?

Was mit den Menschen passiert ist, die ihr Land verkauft haben, ist Teil meiner laufenden Untersuchung, dazu kann ich noch nicht viel sagen. Es ist noch unklar, wie viele Leute ihr Land wirklich verkauft haben, ob sie weggezogen sind oder wo sie arbeiten. Vermutlich sind viele Menschen dazu gezwungen worden, ihr Land zu verkaufen. Viele berichten von Vertreibungen, einige Gemeinden gibt es definitiv nicht mehr. Das muss jedoch noch systematischer untersucht werden.

Insgesamt wurde festgestellt, dass gesundheitliche Probleme zunehmen. Die Wasserverschmutzung nimmt zu, die Pestizide machen die Menschen krank. Es gibt überhaupt keine Angaben darüber, welche Pestizide versprüht werden und wie viel davon benutzt wird.

Im Juni 2008 wurde das zweijährige Moratorium, welches unter anderem Greenpeace mitverhandelt hat, um ein weiteres Jahr ver-

längert. Wie schätzt du die Auswirkungen des Moratoriums und die Ergebnisse der Verhandlungen ein?

Die Sojabauern müssen sich „grün waschen“. Also haben sie sich mit The Nature Conservancy (TNC), World Wildlife Fund (WWF) und Greenpeace an einen Tisch gesetzt. Das Moratorium hatte absolut keinen Einfluss auf die Sojaproduktion, da der Produktionszyklus mindestens zwei Jahre beträgt. Die jetzige Vereinbarung war ein Weg, ein weiteres Moratorium zu verhindern. Das Übereinkommen wurde zwischen diesen Organisationen und den großen Sojabauern ohne die betroffenen Gemeinden erzielt. Es bestand vor allem darin, dass Cargill sich verpflichtet, nur zertifiziertes Soja zu kaufen. TNC übernimmt die Zertifizierung. Aber Vorbedingung für eine Zertifizierung ist wiederum ein Landtitel. Cargill behauptet, alle Bauern hätten Titel. Doch kaum ein Bauer hat einen Landtitel. So kann man doch nicht ernsthaft Zertifizierung betreiben!

Außerdem müssen die Bauern nachweisen, dass sie für ihr Agrarland keinen Regenwald vernichtet haben. Es gibt 220 Sojabauern in der Region mit zwischen 220 und 1.500 Hektar Land. Zurzeit wird in der Region um Santarém auf 40.000 Hektar Land Soja produziert (Anm. d. Red.: im gesamten Bundesstaat waren es 2007 53.500 ha). Und es gibt in der Gegend sehr viel bereits entwaldetes Land, viel davon verlassenes Weideland. Nach Aussage der Bauern gibt es insgesamt noch 600.000 Hektar entwaldete Fläche für Agrarbau, das für Sojaanbau genutzt werden könnte.

Angesichts der zeitlichen Begrenzung des Moratoriums versuchen die Gemeinden und die Landarbeiterbewegung, das Land vor allem an Kommunen zu vergeben. So kann der Landverkauf durch einzelne Bauern besser verhindert werden.

Interview: Kim Weidenberg

Vozes da Amazônia



Was ist das dringendste Problem Amazoniens, dessen sich die brasilianische Regierung und die internationale Politik annehmen sollten?

„Die Regierung muss aufhören, das Agrobusiness zu finanzieren. Stattdessen sollte sie lieber in schonende, sozial gerechtere Alternativen wie die kleinbäuerliche Landwirtschaft investieren.“

Glaucia Rezende Nunes
Fórum Carajás

Stimmen aus Amazonien

Kein Zuckerrohr in Amazonien?

Die Debatte um Regenwaldrodung und Zuckerrohr geht weiter - die Regierung leugnet Tatsachen

Die Zuckerrohrproduktion in Brasilien erfolgt vielerorts unter sklavereiähnlichen Arbeitsbedingungen. Die Produktion in großflächigen Monokulturen erfordert massiven Pestizideinsatz. Deshalb ist die Umwelt- und Sozialbilanz von Agrartreibstoffen aus Zuckerrohr nicht so gut, wie gerne dargestellt. Dies ist nichts Neues. Aber wie stehen eigentlich Zuckerrohranbau und Regenwaldrodung in Amazonien im Zusammenhang?

Am 5. Juli 2007 bekräftigte Brasiliens Präsident Luis Inácio Lula da Silva gegenüber europäischen PolitikerInnen und der Presse in Brüssel im Rahmen seines Arbeitsbesuches bei der Europäischen Kommission: „Es gibt kein Zuckerrohr in Amazonien!“ Genau zeitgleich berichteten brasilianische Zeitungen von einer Ethanolfabrik in Amazonien, auf deren Zuckerrohrfeldern 1.108 Arbeitende aus sklavereiähnlichen Verhältnissen befreit worden waren. Am 29. Juli 2007 hatte auch der brasilianische Agrarminister, Reinhold Stephanes, dem Magazin *O Globo* erklärt: „In Amazonien gibt es kein Zuckerrohr. Wir haben keine Kenntnis über dergleichen Projekte, weder aus der jüngeren Zeit noch ältere.“ Die Böden und das Klima in Amazonien eigneten sich nicht für Zuckerrohranbau, so der Minister. *O Globo* ließ es sich nicht nehmen, in der gleichen Ausgabe mit Fakten aufzuwarten, die das Gegenteil belegten: Laut der damaligen Schätzung der dem Agrarministerium selbst unterstehenden Nationalen Versorgungskompanie Conab wurde für die Ernte 2007 bis 2008 allein in Amazonien eine Zuckerrohrproduktion von über 19 Millionen Tonnen erwartet. *O Globo* zitierte auch einen Forscher des staatlichen Unternehmens für Land- und Viehwirtschaft Embrapa, Judson Ferreira, der für den Amazonas Bundesstaat Acre einen mittleren Produktionsertrag von 80 bis 100 Tonnen Zuckerrohr je Hektar angab - etwa die

Produktivität in den klassischen Zuckerrohranbaugebieten São Paulo oder Pernambuco.

Dennoch behauptete Lula noch ein Jahr später in seiner Rede im Juli 2008 vor der Nahrungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO in Rom erneut, in Amazonien gebe es keinen Zuckerrohranbau; deshalb könne es auch keinen Zusammenhang mit Regenwaldrodung geben. Damit versuchte Lula seinen KritikerInnen zu begegnen, die der Zucker- und Ethanolproduktion vorwarfen, die Ausweitung des Zuckerrohranbaus gehe mit Regenwaldrodung einher.

Auch wenn Lula mehrfach die Unwahrheit zum Zuckerrohranbau in Amazonien gesagt hat, steckt auch ein wahrer Kern in seiner Aussage. Es trifft schon zu, dass sich die Hauptanbaugebiete von Zuckerrohr im Süden Brasiliens befinden. Doch eine neue Studie der Landpastorale CPT und der Nichtregierungsorganisation Soziales Netz für Gerechtigkeit und Menschenrechte von Oktober 2008 prangert die rasante Zunahme des Zuckerrohranbaus gerade in Amazonien an: Dort wurden 2008 tatsächlich 19,3 Millionen Tonnen Zuckerrohr geerntet, so der Bericht. Und dies mit steigenden Wachstumsraten. Für den Befreiungstheologen Frei Betto wird „für das Gewinnstreben des Kapitals Amazonien geopfert“.

Angesichts dieser Zahlen bemüht sich die Regierung, dem Problem anders beizukommen. Sie versucht, durch vorgegebene Zonierung der Anbauflächen in zu definierenden Regionen ein Anbauverbot für Zuckerrohr durchzusetzen. In seiner Rede auf der internationalen Konferenz zu Biokraftstoffen in São Paulo sagte Lula am 25. November letzten Jahres: „Hier in Brasilien hat mir der Agrarminister letzte Woche die agrarökologische Zonierung vorgestellt, mit der wir sicherstellen werden, dass es in der Amazonasregion kein Zuckerrohr geben wird.“

Aber auch zur geplanten Zonierung hatte sich der Bericht der Landpastorale und Rede Social bereits kritisch geäußert: „Die Regierung hat nicht

erklärt, was sie mit den bereits bestehenden Zuckerrohrplantagen in Amazonien machen will“. Und auch ein zweiter Bericht von Oktober 2008, gemeinsam erstellt von einigen brasilianischen NRO, kritisiert die Zonierung als „irreführenden Versuch, kapitalistische Ausbeutung der Natur mit Umweltschutz zu harmonisieren“. Tatsächlich sei die Zonierung nichts mehr als eine Kampagne, die ökologisches Problembewusstsein demonstrieren solle. Marktwirtschaftlichen Interessen werde weiterhin Vorrang eingeräumt.

Doch selbst wenn der Zonierungsplan ein Ende des Zuckerrohranbaus in Amazonien bringen sollte, vermag er nicht die indirekten Landnutzungsänderungen in Amazonien zu verhindern. Weitete sich der Zuckerrohranbau in anderen Regionen aus, ziehen Viehwirtschaft und Soja weiter – dorthin, wo dann für diese Land- und Viehwirtschaft

Nährstoffe und das Wasser selbst während der Trockenzeit bis zu einer Tiefe von zwei Metern. Diese trotz Dürrezeit ganzjährige Verfügbarkeit von Grundwasser macht das Gebiet für Plantagenlandwirtschaft so attraktiv. In den letzten 50 Jahren wurden bereits über zwei Drittel des ursprünglichen Cerrados land- und viehwirtschaftlich erschlossen. Der Boom der Agrarkraftstoffe lässt diese Statistik weiter ansteigen.

Ricardo Machado von der Nichtregierungsorganisation Conservation International kritisiert, dass die Rodung auch von Regierungsmitgliedern und Farmern oft mit dem Argument legitimiert werde, der Cerrado sei wegen der geringen Walddichte gar kein richtiger Wald. „Diese Position ignoriert den Fakt, dass diese Region die an Biodiversität reichste Savannenlandschaft in der ganzen Welt ist“, so Machado.

Vozes da Amazônia



Was wolltest Du der Welt schon immer mal über Amazonien mitteilen?

„Ja, es stimmt – in Amazonien gibt's Indigene. Aber es gibt hier eine große Vielfalt an Völkern und Ethnien, die respektiert und wertgeschätzt werden wollen. Die werden aber häufig als caboclos diskriminiert.“

Creuza Miranda Silva – Amapá
Associação de Mulheres Mãe Venina do Quilombo do Curiaú

Stimmen aus Amazonien

Regenwald abgeholzt wird: nach Amazonien. Klemens Laschefski von der Bundesuniversität Viçosa hatte diesen Vorgang in den Lateinamerika Nachrichten (Nr. 407) umrissen: „In unseren Feldstudien haben wir festgestellt, dass die Viehfarmer ihr Land an die Zuckerrohrproduzenten verkaufen und den Erlös in neue Viehweiden in Amazonien investieren. Es gibt große Migrationsbewegungen „ganze Dörfer ziehen um.“

Als Region mit dem größten Biomassepotenzial wurde die brasilianische Savannenlandschaft, der Cerrado, ausgemacht. Mit einer Fläche von zwei Millionen Quadratkilometern bildet er nach Amazonien die zweitgrößte zusammenhängende Naturlandschaft Brasiliens und nimmt ein Fünftel der Landfläche ein. Der Cerrado wird auch als „der auf dem Kopf stehende Wald“ bezeichnet, da der größte Teil der Biomasse unter der Erde als Speicherwurzel liegt. Die Wurzeln speichern die

Der Präsident der Union der Zuckerindustrie von São Paulo, Marcos Jank, hingegen versichert, dass die Ausweitung des Zuckerrohranbaus nur auf ohnehin bereits „degradiertem“ Land erfolge. Doch gerade die Definition „degradierten“ Landes ist heftig umstritten. Klemens Laschefski kritisiert „diese Definition von angeblich ungenutzten Flächen im Mittelwesten. Dort leben Menschen, die in den Statistiken und der Politik nicht wahrgenommen werden, weil sie nicht zur Wirtschaftskraft beitragen, da sie Subsistenzproduktion betreiben.“ Die Erschließung des Cerrados soll den Wald Amazoniens retten. Im Endeffekt wird wohl beiden Regionen der Garaus gemacht.

Christian Russau

Erschienen in:
Lateinamerika Nachrichten Nr. 416, Februar 2009

Auf der Suche nach „Eldorado“ - der Goldenen Stadt

Bergbau in Amazonien

Amazonien wird vor allem wegen seines Artenreichtums wahrgenommen – aber auch wegen des Raubbaus der Holzfäller. Doch es sind die Bodenschätze, welche diese Region in den Augen vieler erst richtig reich machen. Im Jahr 2008 waren 93 Prozent der Exportgewinne, welche Brasilien erwirtschaftet hatte, im Bereich der Bodenschätze zu verzeichnen. Der Großteil entstammt der Amazonasregion und die Ausbeutung durch nationale wie internationale Unternehmen im Bergbau nimmt stetig zu. Abgebaut werden vornehmlich Eisenerz, Gold und Diamanten, aber auch Uran, Mangan, Bauxit, Kupfer, Zinn, Blei, Nickel, Gips, Porzellanerde, Steinsalz, Kohle und Erdöl. Der vermeintliche Reichtum der Amazonasregion kommt jedoch nur wenigen zugute, ja verschlimmert vielerorts die soziale Lage. Ein Beispiel ist der Eisenabbau durch das Unternehmen Vale.

Vale do Rio Doce

Allein die Minengesellschaft Vale (ehedem Vale do Rio Doce, im Jahre 2007 kurz in Vale umbenannt) hatte im Jahr 2008 einen Nettogewinn von über 13 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet. Seit sechs Jahren steigen die Gewinne jährlich und das Unternehmen ist inzwischen das zweitgrößte Bergbauunternehmen weltweit und wird als zwölftgrößtes Unternehmen der Welt gehandelt. Es besitzt über 23 Millionen Hektar Land, und ist damit Herr über unerschöpfliche Ressourcen, nicht nur Mineralien, sondern auch Biodiversität und Wasser.

Ursprünglich war die Vale ein staatseigener Betrieb, bevor dieser 1997 privatisiert wurde. Eine Entwicklung, die beispielhaft für die Wirtschaftspolitik ganz Brasiliens steht, seit der Regierungsübernahme von Fernando Henrique Cardoso 1995. Die Privatisierung geht oft mit Korruption einher. Im Jahr 1997 wurde die Firma für 3,3 Milliarden US-

Dollar, also weit unter Wert, an private Investoren verkauft. Und immer mehr Unregelmäßigkeiten kommen in diesem Privatisierungsprozess zu Tage. Aktuell gibt es noch 100 offene Gerichtsprozesse, die diesen Verkauf betreffen. So war die halbstaatliche Bank Bradesco sowohl bei der Bewertung des Unternehmens beteiligt, organisierte deren Verkauf und wurde später zu einem der Haupt Anteilseigner – ein Vorgehen welches eigentlich gesetzlich verboten ist. Wohl nicht ganz ohne Grund ist der aktuelle Präsident der Firma Vale, zuvor 20 Jahre lang Leiter der Bank Bradesco gewesen.

Brasilien ist der größte Eisenexporteur der Welt. In der Stahlproduktion ist es aber nur ein kleines Licht. Außer wenigen hochspezialisierten Fachkräften entstehen weder in der Region noch in der Stahlproduktion oder Verarbeitung nennenswert Arbeitsplätze. Auch von Steuern ist die Firma weitgehend befreit. Eine Umverteilung des Reichtums findet nicht statt.

Im Gebiet der „Serra dos Carajás“ beispielsweise führt die Eisenbahnlinie direkt vom Abbaugbiet zum nächsten Hafen: 300 Wagons voller Eisen jede Stunde für den Export. Gleichzeitig hat der Ruhm des Unternehmens dazu geführt, dass innerhalb weniger Jahre eine ganze Stadt an den Grenzen des Unternehmens entstanden ist. Täglich treffen weitere arme Familien aus ganz Brasilien ein – in der vergeblichen Hoffnung auf Arbeit. Die Stadt ist durch massive soziale Probleme gekennzeichnet, aber die 1,6 Prozent lokale Steuern, welche das Unternehmen an die Region abführen muss, reichen bei weitem nicht, um eine nachhaltige Entwicklung für breite Bevölkerungsschichten anzustoßen. Dabei ist es auf dem Papier einer der reichsten Landkreise des Landes.

Terras indígenas - indigenes Land

Minengesellschaften wie die Vale oder Odebrecht, bewerben sich seit Jahren um das Recht, auch in



Goldförderung am Rio Madeira im Bundesstaat Acre

indigenen Gebieten Bergbau zu betreiben. Gerade diese Reservate sind bis jetzt noch kaum hinsichtlich möglicher Erze, Gold oder Diamantvorkommen kartographiert – vermutet werden aber unermessliche Reichtümer. Im Reservat Roosevelt werden allein die Diamantvorkommen beispielsweise auf einen Wert von 3,5 Milliarden Dollar geschätzt.

Noch ist der Bergbau in diesen Gebieten verboten. Aber die Verfassung von 1988 sieht prinzipiell diese Möglichkeit vor, solange es eine staatliche Regulierung der Aktivitäten gibt. Seit 1996 liegt dem Kongress ein Gesetzesentwurf vor, um den seither heftig gestritten wird. Er sieht die Abgabe von 1,5 Prozent der Gewinne an lokale Bevölkerungsgruppen vor und weitere 1,5 Prozent an eine staatliche Stiftung zum Schutz der Indigenen. Eines der Hauptargumente, welches von den Befürwortern der Gesetzesinitiative vorgebracht wird, ist, damit die illegalen Goldwäschereien wirksam zu be-

kämpfen. Momentan existieren davon 193 Stück, was zu erheblichen sozialen Konflikten führt – wie beispielsweise im Jahre 2004, als 29 Goldsucher von Indigenen in besagtem Reservat Roosevelt ermordet wurden. Gleichzeitig aber liegt ebenfalls seit 1994 das „Statut der Indigenen Völker“ dem Kongress vor. Es sollte den Indigenen weitreichende Rechte zusichern, sowohl was den Besitz ihrer traditionellen Gebiete betrifft, aber auch die Selbstbestimmung der kulturellen Entwicklung. Eine wirtschaftliche Ausbeutung der Amazonasregion – egal ob durch Konzerne oder lokale Goldsucher – zerstört sowohl den Lebensraum als auch die Lebensweise dieser Menschen. Gibt es ein Recht auf eine „andere“ Entwicklung? Eine, welche sich nicht in erster Linie an Gewinnmaximierung, sondern an kulturellen oder sozialen Maßstäben orientiert?

Angélica Kuhn, Marcelo Netto Rodrigues

Übersetzung: Benjamin Bunk



Was wolltest Du der Welt schon immer einmal über Amazonien sagen?

Es kann nicht angehen, dass Amazonien seiner natürlichen Ressourcen und seiner Kultur zugunsten großer Projekte beraubt wird, die nur dem Profit Einzelner dienen. Amazonien muss bewahrt werden – es ist unsere ‚Mutter‘, die Erde, ohne die kein Leben möglich ist.

Hélia Gomes dos Santos

Mitarbeiterin des indigenistischen Missionrates CIMI

„Bei uns bleibt der Dreck“

Aluminium vom Amazonas

Sie sind drei Tage den Amazonas flussabwärts gefahren zum Weltsozialforum in Belém, Ercio Santos und zwei andere Gewerkschafter von der größten Bauxitmine am Amazonas. Dort warteten Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und Brasilien bei einer Aluminiumkonferenz auf sie. Atemlos berichtete Ercio den Teilnehmenden, was gerade in Juruti passiert war: Die Militärpolizei hatte 1500 Indigenas mit Tränengas vertrieben.

Sie hatten im Regenwaldgebiet, wo der amerikanische Konzern Alcoa eine neue Bauxitmine errichtet, die Baustelle besetzt. Die Waldbevölkerung verlange die ihr zustehende Entschädigung, zumal ein Fünftel des künftigen Abbaubereiches in einer Schutzzone liege, erklärte Ercio Santos. Alcoa habe bisher noch nichts bezahlt. Gleichzeitig werden die traditionellen Gemeinden von heftigen sozialen Konflikten erschüttert: „Seit bekannt ist, dass hier ein Großkonzern investiert, gibt es eine massive Zuwanderung Arbeitssuchender, und die Gemeinde ist darauf nicht vorbereitet. Es gibt Drogen und Kriminalität“.

Den anderen Hauptschauplatz der Aluminiumproduktion im Amazonasgebiet, Barcarena, haben die Konferenzteilnehmer besucht. Dort sind die sozialen Verwerfungen schon länger ein Problem. Die Aluminiumwerke Albras und Alunorte – Inseln des Wohlstands für zwei- bis dreitausend Stammarbeiter – haben ein Heer von Arbeitssuchenden angelockt. Sie leben in schlammigen Elendsvierteln in Hütten ohne Strom und warten auf ihre Chance wie auf einen Lottogewinn. In einem Flachbau an der löchrigen Hauptstraße sitzt Lúcio Maciel unter Neonröhren. Er ist der Vorsitzende der Metallgewerkschaft von Barcarena und auch so etwas wie ein Bürgermeister. „Ja, die

Fabriken sind ein Fortschritt für die Region, aber der Schaden ist noch größer“, sagt Lúcio. „Heute haben wir hier in Barcarena eine Gemeinde von 90.000 Menschen, aber es fehlt überall an Infrastruktur. Für Zehntausende gibt es keine Schulen; die Arbeiterkinder werden leer ausgehen, wenn sie keine Facharbeiterausbildung erhalten“, sorgt sich der Gewerkschafter.

Seinen Lagebericht bestätigen die Wissenschaftler vom gewerkschaftsnahen Forschungsinstitut Observatório Social. „Das größte Problem ist, dass in der Region von all dem Wohlstand dieser Fabriken nichts ankommt“, fasst Felipe Saboya die Aluminiumstudie zusammen, die im Auftrag des DGB Bildungswerks gerade fertig gestellt wurde. Der Werksleiter der Hütte Albras berichtet von Magen- und Darmerkrankungen in den Gemeinden wegen des schlechten Trinkwassers, doch das sei „nicht unser Problem“.

Soziale Verantwortung von Unternehmen reicht hier offenbar nur für eine einzige Vorzeigeschule und ein paar Sozialprogramme für wenige. Die Aluminiumschmelze von Albras spuckt im Sekunden-

takt Alubarren für den Export und die weltweite Weiterverarbeitung aus. Albras gehört zur Hälfte den Japanern, die die energiefressende und umweltschädliche Aluminiumproduktion schon Anfang der 80er Jahre aus ihrem eigenen Land ausgelagert haben. Mittlerweile lagern die Rückstände in der Gemeinde von Barcarena, in einem der sensibelsten Ökogegebiete der Welt: hundert Millionen Tonnen Rotschlamm aus 20 Jahren Aluminiumoxid-Produktion, schätzt der Konzernbetriebsratsvorsitzende des Hamburger Aluminiumwalzwerks Peter Camin. „Da tickt eine echte Zeitbombe“, klärt der Rotschlammexperte die brasilianischen Kollegen auf, die das DGB Bildungswerk zur Alu-

***Hundert Millionen
Tonnen Rotschlamm
aus 20 Jahren
Aluminiumoxid-
Produktion: „Da
tickt eine echte
Zeitbombe.“***



Die erste Stufe der Aluminiumproduktion: Bauxitabbau und Naturzerstörung

miniumkonferenz eingeladen hatte. Die Konzerne suchten zwar hektisch nach Lösungen, aber bis heute wisse niemand, was mit den durch Arsen und Quecksilber belasteten Rotschlammdeponien zu tun sei. „Die Umweltbelastung nimmt zu, die Flussfischer können nicht mehr vom Fischfang leben, weil die Flüsse zu verseucht sind“, bestätigt Ray Barreto vom brasilianischen Gewerkschaftsbund CUT. Lúcio will, dass mehr von der Weiterverarbeitung in Barcarena bleibt. „Die meisten Arbeitsplätze sind doch im Ausland, und bei uns bleiben die Rückstände. Das kann nicht sein“.

Cornelia Girndt

Die Autorin ist Redakteurin der Zeitschrift „Mitbestimmung“

Erschienen in: *Nord-Süd-News* des DGB-Bildungswerkes 1/2009

Weiterführende Informationen:
Die *Study of the Aluminium Production Chain in Northern Brazil* (Studie zur Aluminiumproduktion in Nordbrasilien), Instituto Observatorio Social/DGB-Bildungswerk, Dezember 2008, verfügbar unter: www.observatoriosocial.org.br/portal/images/stories/publicacoes/aluminio_eng.pdf

Vozes da Amazônia



Was wolltest Du schon immer mal der Welt über Amazonien sagen?

„Amazonien ist kein Frischwarenstand für Privatgeschäfte, für die der finanzielle Profit überwiegt und die über jegliche soziale, kulturelle und Umweltrechte hinweggehen, für die seine ursprüngliche Bevölkerung eintreten. Dementsprechend möchten wir auch nicht ‚ertragen‘ werden – wir wollen Respekt.“

Rosângela Maria S. Santos
Rede de Educação Cidadã (RECID)

Stimmen aus Amazonien

Viel Land, viel Streit

Über die Front der fossilen Rohstoffindustrie im Amazonasgebiet von Peru

Die letzten fünf Jahre sahen eine beschleunigte Vergabe von Konzessionen für Erdöl- und Erdgasprojekte in Peru. Sie bedecken jetzt bereits um die 70 Prozent des an Biodiversität reichen peruanischen Amazonasgebietes. Die Art und Weise der Vergabe der Konzessionen zeigt – der Staat gewährt der Erkundung fossiler Rohstoffe Vorrang vor Naturschutzgebieten und den Territorien indigener Gruppen und Völker.

Amazonien soll verkauft werden – zunächst einmal als globale Tourismusmarke. Die Initiative Destino Amazonía 2009 will den fragilen und bedeutenden Naturraum mehr ins globale Bewusstsein und weltweit auf die Tourismusmärkte tragen. Träger der Initiative sind die acht Anrainerstaaten der Organisation des Amazonasbeckens (OCTA), zu denen auch Peru gehört.

Für die indigenen Achuar-Gemeinden in der Region Loreto, im nordöstlichen Amazonasgebiet von Peru, wurde Amazonien bereits Anfang der 1970er Jahre verkauft. Dies geschah ganz ohne ihre Zustimmung. Die Marke Amazonien würden sie nach ihren Erfahrungen mit der Erdölindustrie sicher anders definieren: „Die Verschmutzung ist in der Luft und in den Flüssen; sie ist in den Fischen, in den Dingen von denen wir leben, in dem was wir essen, um zu überleben“, so das Zeugnis eines Achuar, dokumentiert in einer jüngeren Studie „A Legacy of Harm“ der NRO EarthRights International. 1971 erhielt das US-amerikanische Unternehmen Occidental Petroleum vom peruanischen Staat die Rechte für die Erdölerkundung in einer rund 500.000 Hektar großen Konzession (Block IAB). Diese erstreckte sich zwar über die

Territorien der Achuar-Gemeinden. Das jedoch interessierte weder die peruanische Regierung noch das Unternehmen. Für die Achuar folgte eine Existenz unter der Dominanz des Unternehmens. Ihre Lebensgrundlagen wurden verschmutzt, die Gesundheit und das Leben vieler Achuar zerstört. Der peruanische Staat wusste um die Situation vor Ort. Regierungsbehörden stuften die Region in Studien als „die am meisten umweltgeschädigte Region“ (1984) und „eine der hinsichtlich ihres Umweltzustandes kritischsten“ (1996) ein. Jedoch hat sich bis heute an der Situation nichts geändert. Die Forderungen an Occidental Petroleum bestehen weiter fort, auch wenn das Unternehmen die Konzession im Jahr 2000 an die argentinische Pluspetrol verkaufte. Occidental soll die Verschmutzungen im Einzugsgebiet des Flusses Corriente beseitigen und die betroffenen Gemeinden entschädigen, so die Achuar.

Für die indigenen Achuar-Gemeinden in der Region Loreto, im nordöstlichen Amazonasgebiet von Peru, wurde Amazonien bereits Anfang der 1970er Jahre verkauft. Das geschah ganz ohne ihre Zustimmung.

Trotz der Jahrzehnte der Ölförderung im nördlichen Landesteil ist Peru jedoch noch kein Land mit relevanter Erdöl- oder Erdgasproduktion. Öl muss nach wie vor importiert werden. Projekte wie das riesige Camisea-Erdgasprojekt im Süden zeigen hier jedoch eine Wende an. Und das InvestorInnen-auge sieht die riesige zur Verfügung stehende Landfläche im Amazonasgebiet, die sich auf knapp zwei Drittel der Landesfläche beläuft. Doch gibt es dort bereits andere Nutzungen und NutzerInnen. Das

peruanische Amazonasgebiet ist Lebensraum für ungefähr drei Millionen Menschen. Darunter sind um die 350.000 Angehörige indigener Gruppen und Völker. Seit 1974 wurden in Peru Landrechte auf circa zwölf Millionen Hektar für nahezu alle der rund 1.500 indigenen Gemeinschaften, Grup-



Abfackeln von Gas: Noch immer Begleiterscheinung der Erdölproduktion in Amazonien

pen und Völker des Amazonasgebietes festgelegt und eingeschrieben. Fünf territoriale Reservate wurden eingerichtet, die als Schutzgebiete für indigene Gruppen fungieren sollen, die in freiwilliger Isolierung leben; weitere sind seit 2003 beantragt. Rund 20 Prozent der Flächen des Amazonasgebietes gehören zum System der Naturschutzgebiete Perus. Aber der Druck auf das scheinbar so „leere“, da dünn besiedelte, Gebiet wächst:

Neben Erdöl- und Erdgasvorkommen, locken Holz und mineralische Rohstoffe global agierende InvestorInnen und Unternehmen, um die weltweite Nachfrage und eigene Profitansprüche zu befriedigen. Auch die Landgewinnung für den Anbau von Agrokraftstoffen ist in den Blickpunkt geraten.

Was die Achuar schon seit Jahrzehnten erlebt haben, steht anderen sehr wahrscheinlich noch bevor. Denn Perus Erdölsektor wird seit ein paar Jahren sehr dynamisch entwickelt, was die Vergabe von Verträgen für Konzessionsflächen zur Erkundung und Ausbeutung von Erdöl und Erdgas angeht. Jahr für Jahr werden durch das staatliche Unternehmen PeruPetro neue Flächen ausgeschrieben und vergeben. Die

diesjährige Vergaberunde eingerechnet, bestehen jetzt 59 aktive Konzessionen für Erdöl- und Erdgaserkundung. Von diesen wurden allein 51 in den letzten fünf Jahren vergeben. Insgesamt decken die Konzessionen aktuell einen Anteil von knapp 70 Prozent des peruanischen Amazonasgebietes ab, wo sich mittlerweile transnationale Konzerne aus zahlreichen Ländern tummeln. Die aktiven Konzessionen überdecken jetzt enorme Gebiete in Westamazonien, das weltweit zu den Gebieten mit der größten Artenvielfalt zählt, was sich insbesondere auf Baum-, Insekten- und Amphibienarten bezieht.

Konfliktpotenzial liegt nicht allein in einer weiter in den Naturraum Amazoniens vorrückenden Rohstoffindustrie. Es wird bereits geschaffen durch die Art und Weise, wie die Konzessionen bemessen, ausgeschrieben und vergeben werden. Allein 20 der Konzessionsblöcke überlappen mit 11 weniger stark geschützten Gebieten des nationalen peruanischen Naturschutzsystems. Als einzige Gebiete sind Nationalparks der höchsten Schutzstufe sowie nationale und historische Heiligtümer komplett von Öl- und Gasaktivitäten ausgenommen, so eine Studie US-amerikanischer Universitäten über Öl- und Gasprojekte im westlichen Amazonien aus diesem Jahr. Diese umfassen eine Fläche von zwölf Prozent des peruanischen Amazonasgebietes. Doch „ausgenommen“ ist selbst hier relativ. Erst im letzten Jahr sollte die Kernzone des Nationalparks Bahuaja-Sonene

Insgesamt decken die Konzessionen aktuell einen Anteil von knapp 70 Prozent des peruanischen Amazonasgebietes ab.

in der Region von Madre de Dios per Gesetz um 20 Prozent (rund 200.000 Hektar) beschnitten werden – zugunsten der Erweiterung einer Konzessionsfläche und verbunden mit der weiteren Gefahr, dass eine Zone hoher Biodiversität illegal agierenden Holzfällern und MinenarbeiterInnen anheim fällt. Nach massiven Protesten aus Peru und der internationalen Gemein-

schaft kassierte die Regierung den Gesetzesvorschlag. Einblick in das Denken der Regierung gab der damalige Energieminister Juan Valdivia, für den die Gegner des Vorschlages Leute sind, die den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes verhindern wollen. Flächen für die Erkundung von Öl- und Gasvorkommen überlappen jedoch nicht nur mit Gebieten des peruanischen Naturschutzge-

Blutige Gewalteskalation in Amazonien – Vorgeschichte und der Baguazo vom 5. Juni 2009

Zwei massive Protestwellen erschütterten Perus Amazonien innerhalb eines Jahres. Im August 2008 dauerten Blockaden und Streiks in mehreren Provinzen rund 10 Tage. Begleitet von regierungsseitig erlassenen Ausnahmezuständen endeten sie mit einem Übereinkommen zwischen Parlament und den indigenen Verhandlungsvertretern von AIDESEP (Nationale Organisation Perus der indigenen Völker Amazoniens) unter Führung von deren damaligem Präsidenten Alberto Pizango. Das Parlament nahm dann im September zwei Dekrete zurück, die den Landverkauf indigener Gemeinschaften an Investoren vereinfachen sollten. Die Regierung hatte die Indigenen zuvor zu diesen Gesetzen nie befragt oder darüber informiert. Sie nutzte statt dessen ein Mandat zur beschleunigten Gesetzgebung, das sie für 180 Tage vom Parlament im Dezember 2007 erhalten hatte. Mit diesem Mandat sollten rechtliche Anpassungen vorgenommen werden, um das mit den USA ausgehandelte und unterzeichnete Freihandelsabkommen (seit dem 1. Februar 2009 in Kraft) umzusetzen.

Auf diese Weise entstand in der ersten Jahreshälfte 2008 ein Paket von insgesamt 102 Gesetzen, die das Parlament nie passieren mussten. Von ihnen berührten viele die Rechte und Interessen indigener Gemeinschaften, deren Forderungen nach der Rücknahme der zwei Landdekrete im September noch nicht erfüllt waren. Zahlreiche politische Manöver verzögerten die weitere Bearbeitung der Forderungen. So kam es Mitte April 2009 erneut zum Streik in Amazonien – erneute Blockaden von Strassen, Flüssen und Ölförderstationen gefolgt von Einsätzen des Militärs, um Blockaden zu brechen, erneute Ausnahmezustände und Außerkraftsetzung von Grundrechten. Fast 60 Tage dieser zweiten massiven und weitestgehend friedlichen Protestwelle waren vorbei. Im Parlament in Lima wurde weiterhin mit den indigenen Forderungen gespielt, indem diese in unverbindlichen außerparlamentarischen Runden Tischen verhandelt werden sollten. Anfang Juni dieses Jahres kam es dann in der Nähe der Provinzstadt Bagua, gelegen im nördlichen Departamento Amazonas, zu einer seit Ende der 1980er nicht gesehenen Eskalation von Gewalt – und damals durchlebte Perus Bevölkerung einen blutigen internen Krieg, der im wesentlichen zwischen der maoistischen Guerilla des Leuchtenden Pfades (Sendero Luminoso) und staatlichen Einsatzkräften (Militär, Polizei) ausgefochten wurde.

Unweit von Bagua verläuft die Fernstraße Belaunde Terry. Sie ist eine wichtige Transportroute, welche die nördliche Küstenzone um Chiclayo mit dem nördlichen Amazonastiefland Perus verbindet. Um die zweitausend Angehörige verschiedener indigener Gruppen hatten seit Ende Mai in Höhe von Kilometer 200 der Strasse an der *curva del diablo* (Teufelskurve) eine Blockade errichtet. Lange Anmarschwege hatten sie hinter sich gebracht. Vor Ort lebten sie in dieser Zeit Tag und Nacht. Am 5. Juni rückte in den frühen Morgenstunden eine circa 500 Mann starke Sondereinheit der Polizei gegen

bietssysteme. Nahezu alle aktiven Konzessionen überdecken registrierte und titulierte Landflächen von indigenen Gemeinden im Amazonasgebiet. Weitere 17 Blocks überkreuzen sich mit Gebieten, in denen indigene Gruppen und Völker in freiwilliger Isolierung leben.

Aus den sich überlagernden Nutzungsansprüchen resultieren gezwungenermaßen Nutzungskonflikte. Die Bevölkerung in den für Erdöl- und Erdgasexploration ausgewiesenen Gebieten wird an den Planungen weder beteiligt noch adäquat informiert. Die vorherige, freie und informierte Befragung der betroffenen indigenen Gemeinschaften, welche die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) fordert, hat Peru noch immer nicht umgesetzt. Es ist jedoch bereits seit 1994 Un-

terzeichner des Abkommens. Nutzungskonflikte resultieren jedoch auch aus fehlender Kohärenz der Politik staatlicher Behörden und der fehlenden Koordination zwischen ihnen. Zu diesem Schluss kommt die peruanische Ombudsstelle für Menschenrechte (Defensoria del Pueblo) in einem Bericht aus dem letzten Jahr. Dort untersuchte sie die im Jahr 2007 von Peru-Petro ausgeschriebenen Konzessionen im Hinblick darauf, wie sie mit Gebieten des Naturschutzgebietssystems (ANP) und Schutzzonen für indigene Gruppen überlappen. Angestoßen wurde die Untersuchung, nachdem Presse und zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen aus Peru darauf aufmerksam machten, dass elf der 18 ausgeschriebenen Konzessionen derartige Nutzungskonflikte produzieren würden. So

die Blockade vor. Der Einsatz überraschte die vor Ort Nächtigenden, denn noch am Vorabend waren zwischen Polizei, indigenen Verhandlungsführern und lokalen Kirchenvertretern Absprachen getroffen worden, die Blockade am Folgetag gegen zehn Uhr aufzulösen. Die Sondereinheit der Polizei setzte Tränengas aus Schusswaffen und von Hubschraubern aus ein, trieb die Protestierenden die Strasse entlang und ins angrenzende Feld. Aus Maschinenpistolen verschoss die Polizei scharfe Munition (und nicht etwa Gummigeschosse). Unter den Indigenen kam es dadurch zu Toten und Verletzten. Auch Polizisten kamen ums Leben – unter welchen genauen Umständen ist noch unklar. Die Polizei behauptet, die Indigenen hätten von Anfang an Schusswaffen gehabt. Dem widersprechen nicht nur die Indigenen selbst, sondern auch ein jüngerer erster Untersuchungsbericht: Demnach seien die Indigenen nur mit traditionellen Speeren und mit Steinen bewaffnet gewesen.

Die Auseinandersetzungen zogen sich bis in den Nachmittag des 5. Juni hin. Selbst im wenige Kilometer von der Teufelskurve entfernten Bagua wandelten sich friedliche Proteste in gewalttätige Auseinandersetzungen, als die Menschen von den Geschehnissen an der Teufelskurve hörten. Fotos und Videos dokumentieren, dass eine Polizeistation umzingelt wurde. Polizisten sind zu sehen, wie sie vom Dach in die Menschenmenge schießen. Im knapp 100 Kilometer nordöstlich von Bagua gelegenen Imacita töteten Indigene an der Erdölpumpstation Nr. 6 von Petroperú mehrere Polizisten, die die Station schützen sollten. Die Pumpstation war seit April dieses Jahres besetzt. Die Indigenen kündigten das mit den Polizisten vor Ort bestehende Übereinkommen, die Anlage nicht anzugreifen, als sie vom Polizeieinsatz bei Bagua erfuhren. Zwölf Polizisten wurden mit Speeren getötet, während weiteren Polizisten von Indigenen zur Flucht verholten wurde. Insgesamt kamen bei den Kämpfen nach offiziellen Zahlen 34 Menschen ums Leben (darunter 24 Polizisten), mehrere hundert (vor allem indigene Bevölkerung) wurden zum Teil schwer verletzt (Schusswunden).

Die Aufarbeitung des *Baguazo* kommt auch drei Monate später nicht wirklich voran. Regierung, Präsident Alan García und der Mehrheit des Parlamentes fehlt ein wirklich politischer Wille zur Aufklärung der Geschehnisse. Die Schuld verorten Regierung und Präsident ohnehin weiterhin bei den indigenen Gruppen – und ausländischen Verschwörern. Ihre Sichtweise der Schuldfrage präsentiert die peruanische Regierung auch gern im Ausland – bis hin zu klaren Falschdarstellungen. So wurde in einer offiziellen Stellungnahme der peruanischen Auslandsbotschaften die Wahrnehmung geschürt, dass der Polizeieinsatz erst erfolgte, nachdem die 24 Polizisten ermordet worden waren. All dies reiht sich ein in die rassistischen Töne, die aus dem Präsidentenpalast in Lima kamen: Kurze Zeit nach dem *Baguazo* sagte Alan García in einem Fernsehinterview, die indigenen EinwohnerInnen des Amazonas-tieflandes seien nun einmal keine Bürger erster Klasse.

Mathias Hohmann

sind PeruPetro und das übergeordnete Energieministerium der Meinung, dass eine endgültige genaue Abgrenzung erst notwendig sei, bevor die unterirdischen Ressourcen wirklich ausgebeutet werden sollen. Hingegen verweist die dem Landwirtschaftsministerium zugeordnete Naturschutzbehörde INRENA darauf, dass sie nach dem Naturschutz-Gesetz bereits frühzeitig einbezogen werden muss, auch um der peruanischen Verfassung Folge zu leisten. Diese setzt zwar auf die Entwicklung Amazoniens als ausdrückliches Ziel, verweist aber auch auf den notwendigen Schutz der Biodiversität als Rahmenbedingung. Die Ombudsstelle stütze in ihren abschließenden Empfehlungen die Position der nationalen Naturschutzbehörde hinsichtlich einer frühzeitigen Einbeziehung.

Seit einigen Jahren führt die nationale Ombudsstelle für Menschenrechte auch monatliche Statistiken über soziale Konflikte im Land. Zu beobachten ist eine Zunahme der umweltbezogenen Konflikte, von denen landesweit knapp 50 Prozent indigene Gemeinschaften betreffen. Es sind Konflikte, die genau deshalb entstehen, weil die von Projekten betroffenen lokalen Gemeinschaften vorher nicht gefragt werden. Jedoch müssen sie letztlich einbezogen werden. Denn mit der Konzession erwirbt ein Unternehmen noch keine Landrechte und ist daher auf Abkommen mit den Eigentümern der beanspruchten Landfläche angewiesen, um zumindest Nutzungsrechte zu erwerben. Genau hier lagert doppeltes Konfliktpotenzial. Der Staat kann zum Einen diese Nutzungsrechte für die Unternehmen im Zweifelsfall



**Was ist für Dich Amazonien?
Was ist charakteristisch an der Region?**

Für mich ist Amazonien ein immenser Lebensquell: Wasser, Land, Saatgut, reichhaltige Vegetation und eine kulturelle Diversität, die so an keinem anderen Fleck der Erde zu sehen ist. Das Leben in Amazonien ist simpel, voll von guten Dingen, die uns die Natur gibt. Aber die sozialen, kulturellen und ökonomischen Ungleichgewichte, die hier existieren, sind Früchte einer ungeordneten Besiedlung und ungesunden Ausnutzung der natürlichen Ressourcen, die scheinbar nicht nachlässt.

Für mich, mehr als ein biogeographisch definiertes Gebiet, bedeutet Amazonien eine sozial-ökologische Identität, die von mehreren Kulturen durchzogen ist. Seine hervorstechendste Merkmal ist die Großzügigkeit der natürlichen Ressourcen. Die Koexistenz von Wald, Waldvölkern und urbanen Gemeinschaften, die alle für ihren unabhängigen Selbsterhalt kämpfen, ist unglaublich beeindruckend.

Bernadete Aparecida Ferreira

Casa da Mulher Oito de Março – Organização Feminista do Tocantins Carente (APACC)#

per Enteignung durchsetzen, denn ihm gehören per Verfassung die Rohstoffe im Untergrund. Und um ihre Interessen durchzusetzen, besteht die Strategie von Unternehmen oftmals in der Spaltung von Gemeinden und sozialen Strukturen. Geld fließt an ausgewählte Personen, unternehmensnahe Organisationen werden aufgebaut. Lokale soziale Konflikte sind in der Regel die Folge.

Nicht nur die unterirdischen Ressourcen Amazoniens sind im Blick. Das zeigen zahlreiche Dekrete, wie jenes zum Wald- oder Bodengesetz, welche die Regierung in der ersten Jahreshälfte auf der Grundlage der Umsetzung des Freihandelsabkommens mit den USA erließ. Sie wurden direkt und ohne jegliche Konsultation verabschiedet. Dazu war die Exekutive vom Parlament Ende 2007 ermächtigt worden. Ein mehrwöchiger Streik in drei Amazonasregionen im August dieses Jahres führte letztlich zur Rücknahme zweier Dekrete, die InvestorInnen den Landerwerb von indigenen Gemeinden erleichtert hätten. Nach wie vor in der Diskussion ist jedoch ein Dekret, das es erlaubt, die Landnutzung zugunsten von Unternehmen für die Erkundung und Ausbeutung von Rohstoffen zu

Zu beobachten ist eine Zunahme der umweltbezogenen Konflikte, von denen landesweit knapp 50 Prozent indigene Gemeinschaften betreffen.

ändern – und dies, ohne dass die/der LandeigentümerInnen vorher zustimmen muss. Das zuständige Ministerium würde einfach die Genehmigung geben. Knapp 40 der Dekrete bestehen fort und betreffen die indigenen Gemeinden und Gruppen des Landes. Sie werden – in typischer Weise – mit VertreterInnen der indigenen Gruppen momentan an einem so genannten Runden Tisch nachverhandelt. 15 Tage sind dazu Zeit. Das Ziel der Regierung scheint aber klar. Sie will die bestehenden Dekrete weiter durchbringen.

Bei allem Druck auf Amazonien in Peru: Der im November in der neuen Regierung bestätigte Umweltminister Antonio Brack setzt sich vor allem für den Schutz der Wälder in Amazonien ein. Es sollen vor allem internationale Mittel genutzt werden, um Waldschutz und Klimaschutz zu verbinden. Für das Umweltministerium reklamiert er die Entscheidungshoheit für Fälle, in denen Waldflächen zu landwirtschaftlichen Flächen umgewidmet werden sollen.

Mathias Hohmann

Erschienen in: Lateinamerika Nachrichten
Nr. 416, Dezember 2008

»Diese Havarie war vorhersehbar - und die WestLB schweigt«

Interview mit Klaus Schenck von „Rettet den Regenwald e.V.“

In Ecuador verseuchen Tausende Barrel Schweröl den Fluss Santa Rosa im Amazonasgebiet. Im Februar 2009 war eine Pipeline gebrochen – auch die nordrhein-westfälische Landesbank WestLB ist an dem Projekt beteiligt. Über die Verantwortung der WestLB für die Umweltschäden sprach Michael Schulze von Glaßer mit Klaus Schenck von der Organisation Rettet den Regenwald e.V..

Wie kam es zu dem Pipelinebruch in Ecuador?

In Ecuador hat die WestLB ein Konsortium von Banken zusammengeführt, das die OCP-Schwerölpipeline mit 900 Millionen US-Dollar finanziert hat – das gesamte Projekt hat etwa 1,1 Milliarden Dollar gekostet. Im Februar sind durch einen Pipeline-Bruch nach Angaben der Betreiberfirma OCP

14.000 Barrel Schweröl ausgelaufen. Staatliche Behörden haben das angezweifelt und anhand des Pipelineprofils errechnet, dass wahrscheinlich über 22.000 Barrel Öl in den Regenwald geflossen sind. Die Kritik an dem Großprojekt richtet sich gegen die Pipeline selbst und die Ölförderung im Amazonasgebiet. Diese Pipeline reicht 500 Kilometer vom Amazonasgebiet über die Anden bis zum Pazifik. Die Trasse verläuft durch geologisch sehr labiles Gebiet, permanent drohende schwere Bergstürze sind das größte Problem. Die Pipeline führt an drei sehr aktiven Vulkanen vorbei, durchquert Erdbebengebiete und ist an der Küste durch Tsunamis gefährdet. Auf die Pipelines in Ecuador werden immer wieder Sprengstoffattentate verübt. Die über 36 Jahre alte auf einer ähnlichen Trasse wie OCP verlaufende Texaco-Pipeline zeigt, wie es um Pipelines in Ecuador steht: Die Texaco-Pipeline ist seit Betriebsbeginn über 70 Mal gebrochen, mehr als 700.000 Barrel Rohöl sind dabei unkontrolliert ausgeflossen und im Regenwald versickert. Auch wenn die OCP-Pipeline mit fünf Jahren sehr viel moderner ist, zeigt die aktuelle Havarie, dass Pipeline-Projekte in Ecuador nicht beherrschbar sind.



Bewaffneter Sicherheitsdienst an der OCP-Pipeline im ecuadorianischen Chiquilpe

Wie verhält sich die WestLB zu dieser Situation? Auch die SPD ist in das Projekt verstrickt...

Die WestLB wie auch die Politik schweigen bisher zu dem Vorfall. „Rettet den Regenwald“ hat zwischen 2000 und 2003 eine intensive Kampagne gegen den Bau von OCP und die WestLB-Finanzierung durchgeführt. Wir haben all die Gefahren ausführlich mit der Bank und der Landesregierung diskutiert. Während des Pipeline-Baus hat die SPD in Nordrhein-Westfalen die Regierung gestellt und der damalige Landesminister, Peer Steinbrück, ist heute Finanzminister auf Bundesebene – damals war er auch für die staatliche Landesbank zuständig. Die Landesregierung sitzt zudem in den



OCP-Pipeline im Bau: Bei Mindo-Nambillo durchschneidet sie ein geschütztes Vogelreservat

Aufsichtsgremien der Bank. Die SPD und Herr Steinbrück haben dem Projekt seinerzeit volle Rückendeckung gegeben und es durchgewunken. Nun müssen sich beide auch an der Behebung der Schäden der Ölpest und vor allem an der Vermeidung neuer Havarien aktiv beteiligen.

Sind neben der Natur auch Menschen von der Havarie betroffen?

In Ecuador leben viele Indigene – vor allem im vom Pipeline-Bruch besonders betroffenen Flussgebiet. Der Fluss Santa Rosa mündet wie alle Flüsse in der Region letztendlich im Amazonas. Ein ganzes Flusssystem ist daher von der Verschmutzung betroffen. Viele Menschen leben von den Flüssen, die 30.000-Einwohner Stadt Coca bezieht ihr Trinkwasser aus dem Fluss. Die Trinkwasserversorgung musste nach dem Pipeline-Bruch eingestellt werden, jetzt muss die Stadt über Tankwagen versorgt werden. Ein Problem ist das sichtbar an der Oberfläche schwimmende Schweröl, ein anderes die unsichtbar im Wasser gelösten giftigen Ölbestandteile. Die verbleiben im Ökosystem und vergiften Mensch und Tier.

Wie steht es um die Wirtschaftlichkeit der Schwerölpipeline?

Die Pipeline hat eine Kapazität von 450.000 Barrel pro Tag, bisher wurde sie durchschnittlich aber nur zu einem Drittel ausgelastet. Die OCP-Pipeline ist für Schweröl gebaut – ein qualitativ min-

derwertiges Öl. Mit dem Pipeline-Bau sollten neue Schwerölfelder im Amazonasgebiet erschlossen werden. Diese liegen jedoch unter einem artenreichen Biosphären-Nationalpark der UNESCO, dem Yasuní Nationalpark. Zudem ist diese Gegend das traditionelle Siedlungsgebiet von Indigenen wie den Huaorani – sogar unkontaktierte Indianerstämme leben dort. Für diese hat die ecuadorianische Regierung bereits 1999 eine so genannte ‚unberührbare Zone‘ eingerichtet – ein Gebiet von 700.000 Hektar im Regenwald, das nicht betreten und nicht wirtschaftlich ausgebeutet werden darf, um die Indigenen vor Krankheiten und Übergriffen zu schützen. Doch genau dort mitten im Regenwald wollen die an OCP beteiligten Ölkonzerne nun Erdöl fördern.

Sollte die westdeutsche Landesbank also besser in „WildwestLB“ umbenannt werden?

Ja, denn die WestLB finanziert nicht nur in Ecuador, sondern weltweit gefährliche Erdöl-, Bergbau- und Staudammprojekte. Anscheinend fehlt der WestLB ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell. Um Renditen einzufahren, finanziert die Bank fast alles. Seit neuestem ist die WestLB in die Finanzierung der Agrospritindustrie eingestiegen. 28 Projekte im Bereich der Agroenergien gehen aufs Konto der Bank, zum Beispiel in Brasilien. Dabei bleiben sämtliche Kriterien bezüglich der sozialen und ökologischen Verträglichkeit auf der Strecke.

Interview: Michael Schulze von Glaßer

„Wir müssen Belo Monte unbedingt verhindern“

Ein Interview mit Antonia Melo von der Stiftung Leben, Produzieren und Schützen

Die 59-jährige Antonia Melo kam in den 1950er Jahren in den Bundesstaat Pará. Seit 20 Jahren ist sie in verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv. Im Gespräch äußert sie sich zum Widerstand gegen das geplante Staudamm- und Wasserkraftprojekt Belo Monte und zu möglichen Entwicklungsalternativen der Region am Rio Xingu.

Die Stiftung, bei der Sie mitarbeiten, verfolgt das Ziel, eine nachhaltige Entwicklung in der Region Altamira voranzutreiben, gemeinsam mit Kleinbauern an der Transamazônica, den Frauen in der Stadt Altamira, Flussanwohnern und indigenen Gemeinden. Inwiefern steht das Staudammprojekt diesem Ziel entgegen?

Die Regierung hat zwar angekündigt, eine Summe von fast sieben Milliarden Reais (rund 2,3 Milliarden Euro, Anm.d. Red.) öffentlicher Gelder zu investieren, um die Staudämme von Belo Monte zu bauen. Doch weder wurde vorher die Landfrage noch die Ansiedlung von Kleinbauern geklärt. Hunderte Familien warten bisher vergeblich auf Land und Unterstützung. Der Staat hat sich hier in Altamira noch nicht im geringsten um Infrastruktur, Sozial- oder Umweltpolitik gekümmert. Es ist eine Schande. Denn um eine Verbesserung der Situation der Menschen von Altamira zu erreichen, ist es unabdingbar, dass eine ganzheitliche Politik entwickelt und umgesetzt wird. Die muss Bildung, Gesundheit, eine Landreform und die Landregulierung einschließen. Vor allem die Kleinbauern brauchen technische Begleitung, Kredite und Fortbildung.

Welche sozialen Auswirkungen befürchtet Ihr, wenn das Wasserkraftwerk Belo Monte kommt?

Der Bau von Belo Monte würde alles in Frage stellen, was wir bisher erreicht haben. Wir setzen uns seit 15 Jahren für die Entwicklung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft ein. Für uns bedeutet das Wasserkraftwerk den Verlust des Landes für sehr viele Familien. Es führt dazu, dass neue Gebiete für Ackerland gerodet werden. Es bedeutet zudem, dass zehntausende Menschen hierher kommen werden, um dem Geist der angeblich durch die Staudämme geschaffenen Arbeitsplätze nachzujagen. Die Folgen wären eine zunehmende Armut, die umliegende Orte werden aufgebläht, das dünne soziale Netz zerreißt und die ländliche Bevölkerung, Indigene und Flussanwohner werden hier stranden. Wir wissen aus dem Beispiel des Tucuruí-Staudamms (gebaut 1984 im Bundesstaat Pará, Anm. d. Red.), dass ein derartiges Projekt der lokalen Bevölkerung nicht nützt.

Welche ökologischen Auswirkungen sind zu erwarten?

Es ist eine kaum kalkulierbare Katastrophe. Der Xingu wird sich komplett verändern, da der Wasserfluss durch zwei Kanäle kontrolliert werden soll, für deren Konstruktion hunderte Millionen Kubikmeter Erdreich und Felsgestein ausgehoben werden müssen. Fische und Wasservögel werden massiv betroffen sein, wie wir bereits in Tucuruí beobachten konnten. Am oberen Teil des Xingu wird es konstante Überschwemmungen geben, während der Xingu unterhalb der Staumauern zum Rinnsal wird. Teile der Volta Grande do Xingu (unter staatlichem Naturschutz stehendes Gebiet, Anm. d. Red.) werden somit trocken fallen und damit wird der Schiffsverkehr zum Rio Bacajá unterbrochen, dem einzigen Zugang zu den Gemeinden der Flussanwohner und Indigenen.

Es gibt aber noch ein weiteres Problem. Da der Xingu sechs Monate im Jahr Niedrigwasser



Antonia Melo ist Gründerin der Frauenorganisation Bewegung der arbeitenden Frauen Altamiras (MMTA-CC) und eine von drei Direktorinnen der Stiftung Leben, Produzieren, Bewahren (FVPP). Auf der Flucht vor der Trockenheit im Nordosten Brasiliens kam sie gemeinsam mit ihren Eltern und ihren zwölf Geschwistern in den 1950er Jahren in den Bundesstaat Pará. Sie kämpft insbesondere gegen das Staudamm- und Wasserkraftprojekt Belo Monte und für eine nachhaltige Entwicklung entlang der Transamazônica und am Xingu-Fluss. Für ihr Engagement wurde sie 2006 mit dem Menschenrechtspreis der brasilianischen Menschenrechtsbewegung MNDH ausgezeichnet.

führt, geht es nicht nur um einen, sondern um mehrere Staudämme. Das zeigt ganz klar eine Untersuchung der Universität von Campinas, die besagt, dass nur durch weitere Stauseen der Wasserstand gehalten werden kann, den die Turbinen von Belo Monte brauchen.

Und wenn der Wald durch den sich bildenden Stausee geflutet wird, kommt es zur Fäulnis der Holzbestände, die dann klimaschädliche Gase

freisetzt. In Tucuruí gab es ein zusätzliches Problem: Als der Wald überschwemmt wurde, entstanden durch die Fäulnis Insektenplagen, welche die Flussanwohner zwangen, ihr Land am Ufer zu verlassen.

Wie viele Menschen werden schätzungsweise von Umsiedlung betroffenen sein?

In der Region leben rund 250.000 Menschen. Das Rückgrat bilden die Transamazônica, der Xingu sowie die Stadt Altamira mit ihren 80.000 Einwohnern. In Altamira ist mit der Umsiedlung von 2.000 Familien zu rechnen. Die leben bereits heute unter schwierigen Bedingungen am Stadtrand. Weitere 800 Familien aus Vitória do Xingu und 400 Familien, die direkt am Flussufer als Kleinbauern leben, würde die Umsiedlung betreffen. In der Volta Grande do Xingu werden mindestens 6.000 Bewohner ihr Zuhause verlassen und ein Leben an einem anderen Ort neu beginnen müssen.

Welche Position hat die Bewegung für eine nachhaltige Entwicklung an Transamazônica und Xingu-Fluss (MDTX) zum Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen durch das Wasserkraftwerk?

Die Betreiberfirma Eletronorte spricht von 100.000 Arbeitsplätzen. Doch nur ein Viertel davon sind direkte Arbeitsplätze, der Rest indirekte. Sie sollen für eine Dauer von fünf bis zehn Jahren entstehen. Wir gehen hingegen von maximal 5.000 Arbeitsplätzen aus, die neu geschaffen werden. In Altamira allein gibt es bereits 20.000 Arbeitslose. Wo sollen die vielen Menschen arbeiten, die auf der Suche nach Arbeit nach Altamira kommen werden? Es wird letztlich die Gewalt verschärfen, Unsicherheit und Elend steigern. Eletronorte wird diesen sozialen Prozess nicht steuern können.

Aus den bisherigen Erfahrungen mit Großprojekten: Wer hat durch dieses Großprojekt am meisten zu verlieren?

Es sind die, die ohnehin schon am Rande der Gesellschaft leben: Indigene, Flussanwohner und Frauen. Projekte dieser Größenordnung haben erhebliche Konsequenzen vor allem für arme Frauen: Sie und ihre Kinder werden vertrieben. Sofern sie einen Mann haben, geht dieser auf die Suche nach Arbeit weg und die Familie bleibt allein zurück. Die Frauen kämpfen darum, die

Kinder groß zu ziehen, ohne dazu die Mittel zu haben. Aus Tucuruí und Balbina kennen wir den Anstieg von Armut, Gewalt, Prostitution und Perspektivlosigkeit für ihre Kinder.

José Muniz Lopes, ehemaliger Präsident von Eletronorte, nun von Eletrobrás, hat gegenüber brasilianischen Medien zugegeben, dass die Indigenen unterhalb der Staudämme betroffen seien. Auch sagte er, dass eine Umsiedlung ihres Dorfes an den Rand des Stausees das Problem zügig lösen könne. Wie sehen Sie dies?

Diese lapidaren Aussagen, dass man Indigene einfach umsiedeln könne, lassen tief blicken. Sie zeigen, wie wenig Respekt ihnen entgegengebracht wird. Wir erlebten das auch anlässlich von Protestveranstaltungen gegen Belo Monte. Im Mai 2008 trafen sich 3.000 Vertreter verschiedener vom Staudamm betroffener Gruppen, darunter viele Kayapó-Indigene. Der Eletronorte-Vertreter ging in seinem Vortrag über sämtliche Bedenken hinweg, hat die wissenschaftlichen

Studien der Universität von Campinas, die das Projekt unter mehreren Gesichtspunkten in Frage stellen, lächerlich gemacht und den Bau des Kraftwerks als unumstößlichen Fakt präsentiert. Daraufhin haben einige der Kayapó den Ingenieur mit einer Machete bedroht und leicht verletzt. Erst durch diesen Zwischenfall kam das Protesttreffen überhaupt in die Medien.

Die Rede ist auch von hohen Kompensationssummen für soziale und ökologische Kosten ...

Es geht um Lizenzgebühren. Sie sollen als Entschädigung für Umweltschäden und die soziale Zerstörung an die Gemeinden gezahlt werden. Es fehlt aber jegliche öffentliche Kontrolle. Nicht nur in Tucuruí, auch in Parauapebas, Oriximaré und Barcarena werden Unsummen gezahlt. Und hat die Bevölkerung dort Arbeit? Hat sie Kanalisation, Schulen, eine Gesundheitsversorgung? Gibt es Ausbildung für die Jugendlichen? Kompensation kann nur mit öffentlicher Kontrolle und Transparenz im Mitteleinsatz erfolgen. Andernfalls

Das Staudamm- und Wasserkraftprojekt Belo Monte

Max.Kapazität: 11.181,3 MW. Kritiker sagen, dass wegen Niedrigstand des Flusses 7-8 Monate keine Energie erzeugt werden kann.

Durchschnittliche Kapazität: 4.796 MW.

Höhe: 97 m.

Zahl der Staudämme: Ursprünglich geplant: 5-6, jetzt nur noch 1. Befürchtet wird, dass erst ein Staudamm gebaut wird und dann die anderen folgen, da technisch mit einem Staudamm nicht genügend Gefälle zu produzieren ist.

Baukosten: 7 Milliarden Reais.

Größte beteiligte Baufirmen: Camargo Correa, Odebrecht, Andrade Gutierrez

Überschwemmte Fläche: Ursprünglich 1.225 km² jetzt runter gerechnet nur noch 440 km², davon 200 km² regulärer jährlicher Wasserhochstand.

Überschwemmtes indigenes Land: Keines, laut Eletrobrás (Mutterfirma von Eletronorte).

Umzusiedelnde Anwohner: 3.200 Familien, laut Eletrobrás.

Größte Protesttreffen: 1989: 650 Kayapó und 400 VertreterInnen der Zivilgesellschaft, 2006: 19 von 21 Kayapó-Gemeinden, 2008: 4.000 Beteiligte.

Größte Energieabnehmer: Aluminiumindustrie ALCOA

Verletzte internationale Abkommen: ILO- Konvention 169 zum Schutz Indigener Völker und traditioneller Bevölkerung.

Saubere Energie?: Wasserkraftwerke mit Staudämmen wie Belo Monte sind keinesfalls klimafreundlich. Durch die enorme Abholzung, die ihr Bau verursacht, tragen sie negativ zur CO₂-Bilanz bei. Die Überflutung von Regenwaldflächen für die Stauseen führt zu Fäulnisprozessen, die klimaschädliche Gase freisetzen.

Tina Kleiber



Auf dem Treffen in Altamira (Pará) im Mai 2008: *Der Xingu für immer lebendig*

profitieren davon lediglich die amtierenden Bürgermeister. Außerdem reichen diese Gelder nie, um den tatsächlichen Schaden zu kompensieren.

Wie sollten alternative Modelle für die Transamazônica und den Xingu aussehen?

Die Flusslandschaft des Xingu ist eine der wertvollsten des Landes, sowohl in ökologischer als auch in ästhetischer Hinsicht. Die wirtschaftliche Entwicklung des Flusses für die Sportfischerei, für Wassersport oder Ökotourismus könnte viele Arbeitsplätze schaffen. Diese Gegend ist eine der reichsten des Bundesstaates Pará, sie besitzt eine der größten Kaffee- und Kakaoproduktionen, Rinderfarmen und andere Agrarprodukte. Sie verfügt zudem noch immer über 75 Prozent ihres Waldbestandes. Wenn diese Ressourcen schonend genutzt würden, könnten mit entsprechenden Anreizen verarbeitete Sammelprodukte und Möbelherstellung diese Gegend zu einer der reichsten Brasiliens machen.

Welche Vorschläge bestehen seitens der MTDX?

Die Bewegung schlägt die nachhaltige Nutzung von Naturressourcen vor, um neue Einkommensquellen zu erschließen und die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Wir brauchen ausgebildete Fachkräfte, eine Agentur für die wirtschaftliche Entwicklung der Region mit entsprechenden Mitteln. Damit sollen Kleinunternehmen gefördert und ländlichen Produzenten und Produzentinnen Investitionen ermöglicht werden. Warum sollen wir die Flusslandschaft des Xingu für die Stromerzeugung opfern, wenn sie in ihrer jetzigen Form ein so wichtiges ökologisches Kapital darstellt? Ist es nicht zudem absurd, wenn die G7 (Gruppe der sieben wirtschaftlich mächtigsten Staaten, A.d.R.) auf der einen Seite 300 Millionen US-Dollar investieren, um die Abholzung in Amazonien zu verhindern und auf der anderen Seite deren Banken gleichzeitig Milliarden in Projekte investieren, die gigantische Ökosysteme zerstören?

Interview: Tina Kleiber

Die ASW unterstützt die nachhaltige Entwicklung am Xingu-Fluss und die indigene Protestbewegung gegen den Bau von Belo Monte seit 2004.

Wasser am Amazonas

Die Privatisierung der Wasserversorgung ist auch in Manaus ein Spiegel sozialer Ungerechtigkeit

Kaum eine Landregion der Erde verfügt über so viel Wasser wie das amazonische Tieflandbecken. Der Amazonas ist unbestritten der wasserreichste Fluss der Welt. Das Flussgebiet garantiert nicht nur den Artenreichtum der Regenwälder, die Vielfalt der Tiere, sondern er ernährt die Menschen, die Fischer, die indigenen Völker und ist der Hauptverkehrsweg durch ein riesiges grenzüberschreitendes Gebiet. Aber in der größten Stadt Amazoniens, in der Millionenmetropole Manaus gibt es Probleme mit dem Wasser.

Nach Daten des World Resource Institute (WRI) verfügt Brasilien über jährliche erneuerbare Wasserressourcen von 5.190 Kubikkilometer und somit 12,7 Prozent der weltweiten Süßwasserressourcen. Trotzdem hat die Hälfte aller Haushalte keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser. Auffällig ist das regionale Gefälle der Wasserver- und Sanitärversorgung. 90 Prozent der Haushalte mit Zugang zu sicherem Trinkwasser liegen in den Städten. Im Südosten des Landes sind fast 88 Prozent der Häuser an das öffentliche Wassernetzwerk angeschlossen. Im Norden und Nordosten hingegen sieht die Situation komplett anders aus. In Pará und im Nordosten Brasiliens sind nur 42 Prozent der Haushalte angeschlossen. Zudem verfügen weit über die Hälfte der Haushalte über keine sanitäre Infrastruktur und lediglich 1,4 Prozent haben Zugang zur Abwasserentsorgung.

Dabei liegen über die Hälfte der Wasserressourcen Brasiliens in eben diesen Gebieten, wo jedoch nur sieben Prozent der Bevölkerung leben. Die Situation der Wasserversorgung in Brasilien spiegelt noch heute die tiefe soziale Teilung des Landes wieder.

1997 wurde das Wasserrahmengesetz Nr. 9.433 mit einer neuen Politik der Wasserversorgung verabschiedet. Verschiedene Prinzipien wurden in diesem Gesetz festgehalten, unter anderem die Vergabe von Wassernutzungsrechten, die Bezahlung von Wasserverbrauch und die Priorität des häuslichen Sektors gegenüber anderen, vor allem bei Wasserknappheit.

Aber diese Prinzipien wurden nicht im Amazonasgebiet umgesetzt, wo Wasser die wichtigste Ressource darstellt. „Dabei gibt es im brasilianischen Umwelt- und Wasserrecht eine spezielle Empfehlung für eine Gesetzgebung für das Einzugsgebiet des Amazonas. Wasser ist der Träger für Industrie und der Motor für das Entwicklungsmodell. Die Gesetzgebung ist sehr fortgeschritten, aber die Entnahme ist archaisch. Es fehlt Regelwerk und eine Implementierung, es gibt keine Strukturen und keine Geldmittel für Studien. Es gibt absolut

keine Kontrolle“, kommentiert Luis Fernando Novoa von dem brasilianischen Netzwerk REBRIP, das sich für alternative Entwicklungsmodelle im Amazonasgebiet einsetzt.

Das zeigt auch das Beispiel der Wasserprivatisierung in Manaus. Manaus liegt im Herzen des Amazonasgebietes, wo das dunkle Wasser des Rio Negro und das hellere Wasser des Rio Solimões sich

im *encontro das águas* treffen und noch lange nebeneinander her fließen, um sich schließlich zum Fluss Amazonas zu vereinigen.

Um 1890 war Manaus das „Paris der Tropen“, eine der am weitesten entwickelten Städte Brasiliens. Die Metropole der Region ist mit zurzeit nahezu 1,7 Millionen EinwohnerInnen die achtgrößte Stadt Brasiliens. 60 Prozent der Bevölkerung des Bundeslandes Amazonas leben in Manaus. Aber 42 Prozent der BewohnerInnen leben un-

Aber diese Prinzipien wurden nicht im Amazonasgebiet umgesetzt, wo Wasser die wichtigste Ressource darstellt.

terhalb der Armutsgrenze. Im Jahr 2000 erlangte die Firma Aguas do Amazonas (AdoA), eine Tochterfirma des französischen Wasserkonzerns Suez, eine 30-jährige Konzession für die Versorgung der Stadt Manaus, mit der Option auf eine 15-jährige Verlängerung. Der Verkauf wurde später vielfach kritisiert. Es wurde Korruption bei der Aushandlung des Vertrags vermutet und bemängelt, dass der Prozess intransparent war und unter dem völligen Ausschluss der Öffentlichkeit zustande kam. „Es existiert eine komplette Freiheit der Konzerne. In Manaus haben sie den Bürgermeister gekauft und einige Abgeordnete und haben einen extrem flexiblen Vertrag dafür bekommen“, bestätigt Luis Fernando.

Zudem war Manaus Saneamento erst kurz zuvor gegründet worden, um so die lukrative städtische Versorgung von der ärmeren ländlichen

sonst das Wasser abzustellen. Diese Menschen, die vielleicht kurzfristig arbeitslos waren, sind nun praktisch Angestellte der Firma AdoA. Das hat große Probleme in den Stadtbezirken verursacht“, erzählt die Wissenschaftlerin konsterniert.

In der armen Region der *zona l`este* (östliches Manaus) zum Beispiel trinken 63 Prozent der Menschen notgedrungen Wasser aus den öffentlichen Brunnen und täglich werden es mehr. „Viele bauen auch eigene Brunnen und verkaufen dieses Wasser an andere Familien in der Nachbarschaft. Dieses Wasser ist gar nicht kontrolliert. Die Bevölkerung wächst gerade in den armen Regionen und das Problem der Abwasserentsorgung ist überhaupt nicht gelöst“, erzählt Graciela Rodriguez besorgt.

Die Firma AdoA stellt Rechnungen nach Blocktarifen, die nach Verbrauch und Nutzerkategorie gestaffelt sind. Dies sind private Haushalte, Industrie



Was ist für Dich Amazonien?

Was ist charakteristisch für die Region?

„Amazonien ist ein wundervoller Ort zum Leben: wir führen hier ein ruhiges Leben, mit reiner Luft und viel Wasser. Aber wir brauchen mehr Leute mit mehr Bewusstsein dafür, unsere natürlichen Reichtümer zu schützen.“

Sandra Maria de Matos Cardoso

Rede de Mulheres em Comunicação (Amapá)

Versorgung abspalten zu können. Die Versorgung der Stadt Manaus wurde zudem zu einem vierfach geringeren Preis verkauft, als vorher geschätzt worden war. Zurzeit werden etwa 80 Prozent der Bevölkerung mit Trinkwasser versorgt – zumindest werden ihnen Rechnungen ausgestellt. Auch kommt das Wasser wenige Stunden am Tag zu unregelmäßigen Zeiten. „Die Firma versucht vor allem die Rechnungen einzutreiben, anstatt die Wasserversorgung zu verbessern“, berichtet Graciela Rodriguez vom Institut EQÜIT, das 2008 eine Studie über die Auswirkungen der Privatisierung auf die AnwohnerInnen herausgebracht hat.

Nun hat sich der Konzern ein neues Modell einfallen lassen: „Die Rechnungen werden von einer Gemeinschaft gestellt und nicht mehr von dem Betrieb selber. Nun sind es die eigenen Freunde, Kollegen, Nachbarn, die Druck auf die Anwohnerinnen und Anwohner ausüben, ihre Wasserrechnungen zu bezahlen. Das tun sie auch mit der Drohung,

und öffentlicher Sektor. Die Preise steigen je nach Kategorie und mit dem Verbrauch an. Die Haushalte haben zum Beispiel einen Minimaltarif von 82 Litern pro Person und Tag. Die Idee der Blocktarife war ursprünglich, eine Quersubventionierung vor allem der ärmeren Haushalte mit wenig Verbrauch von den Großverbrauchern im kommerziellen Sektor zu ermöglichen. Doch die Struktur der WassernutzerInnen in Manaus stand dem von Beginn an entgegen. 92 Prozent der Wasserrechnungen gehen an die Haushalte, von denen sich wiederum 83 in den unteren zwei Konsumkategorien bewegen. Die industriellen Nutzer hatten oft schon eigene Brunnen auf dem Gelände, so dass ihre Wasserentnahme nicht über AdoA abgerechnet wird.

Die Tarife werden jährlich der Inflation angepasst, was eine jährliche Preissteigerung von circa 10 Prozent bedeutet. Das gilt aber häufig nicht für die lokalen Löhne, für die Menschen wird also das Wasser immer teurer. Zusätzlich kam es zu zwei



Igarapé de Manaus: Holzhütten auf Stelzen an Flußbrinsal

weiteren Erhöhungen der Wasserpreise seit 2000, von der die letzte im Jahr 2004 31,5 Prozent betrug. Der Anstieg der Wasserpreise hatte vor allem auf die ärmsten Haushalte einen negativen Effekt. Der Preisanstieg hat zu einem zusätzlichen Ungleichgewicht zu Lasten der ärmeren Haushalte geführt.

Die private Wasserversorgung führt in Manaus nicht nur zu einer zunehmenden gesundheitlichen Gefährdung vor allem der Frauen und Kinder oder einer zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit und Verschuldung armer Familien, sondern auch zu einer nachbarschaftlichen und menschlichen Entsolidarisierung.

Insbesondere Frauen sind von den harschen sozialen Bedingungen betroffen. Sie sind in den niedrigsten Lohngruppen und auch im informellen Sektor überproportional vertreten. Dabei werden 20 Prozent der Familien allein von Frauen unterhalten. Die von Wassermangel, hohen Wasserpreisen und schlechter Wasserqualität am stärksten betroffenen Gruppen sind Frauen und Kinder. Frauen aus Familien mit geringen Einkommen sind oft gezwungen, eine geringere Wasserqualität und somit eine Gefährdung ihrer Gesundheit und die ihrer Familien in Kauf zu nehmen.

„Frauen sind an der ersten Front des Widerstandes und der Organisation gegen die Privatisierung. Sie leben mit dem täglichen Mangel an Wasser. Wenn die Männer abends nach Hause kommen, dann ist schon Wasser da, wenig zwar, aber genug zum Trinken und das Essen ist schon fertig. Nein, prinzipiell sind es die Frauen, die für das Recht auf Wasser kämpfen und auf die Straße gehen“, be-

richtet Graciela Rodriguez von ihren Erfahrungen.

In ländlichen Gegenden im Amazonas müssen Frauen große Strecken am Tag zu Fuß zurücklegen, um an eine sichere Wasserquelle zu gelangen. In den Städten stehen sie oft lange Schlange, um Wasser zu besorgen, wie auch das Beispiel Manaus deutlich zeigt: „Viele Frauen tragen nun Wasser ins Haus, mit Eimern, mit Schüsseln und Kanistern. In vielen Stadtteilen gibt es eine öffentliche Wasserstelle, wo Frauen Zeit verbringen, um ein wenig Wasser sicher im Haus zu haben. Es gibt nun viele gesundheitliche Probleme durch das große Gewicht des Wassers, oft im Rücken und Probleme im Unterleib. Wenn die Frauen keinen Zugang zu Wasser im Haus haben, wenn das Wasser nur morgens oder nur abends für kurze Zeit kommt, dann können sie zum Teil das Haus nicht verlassen und auch keiner Arbeit nachgehen, da sie nie wissen, wann das Wasser kommt. Es muss immer jemand im Haus sein“, beschreibt Graciela Rodriguez die Auswirkung der schlechten Wasserversorgung auf die Frauen aus den armen Stadtbezirken in Manaus.

Es ist von entscheidender Bedeutung, die Zusammenhänge zwischen der herrschenden Wasserpolitik – von der lokalen bis zur internationalen Ebene – und den Auswirkungen auf die Lebensqualität von Frauen zu beleuchten. „Der Mangel an Entwicklung, der Mangel an Gesundheit und an Wasser, es ist alles miteinander verbunden und hat einen großen Einfluss auf das Leben der Frauen“, resümiert Graciela Rodriguez.

Kim Weidenberg

Erschienen in: Lateinamerika Nachrichten, Nummer 421 - Juli/August 2009.

„Frauen leben täglich mit dem Mangel an Wasser“

Interview mit Graciela Rodriguez vom Instituto EQÜIT

Interview mit Graciela Rodriguez, Instituto EQÜIT - Genero, Economia e Cidadania Global, Brasilien, über die Wasserprivatisierung in Manaus und den Kampf der Frauen um das Recht auf Wasser

Ihr Institut hat unlängst eine Studie über den Einfluss der Privatisierung in Manaus auf Frauen durchgeführt. Was waren die Ergebnisse?

Wir haben eine kleine Studie gemacht in den ärmeren Regionen, um die Folgen der Privatisierung zu untersuchen. Der alte Wasserbetrieb COSA-MA wurde geteilt in zwei Firmen, der lukrative Teil der Stadt Manaus wurde 2000 an die französische SUEZ verkauft und dann 2008 an eine angeblich eigenständige Firma, Aguas do Amazonas (AdoA), für den symbolischen Preis von einem Real, die aber auch eine Tochterfirma von SUEZ ist. An der Wassersituation hat sich nichts verändert.

Wie war die Situation nach der Privatisierung?

Die Familien haben in den armen Regionen immer noch mit unregelmäßiger Wasserversorgung zu kämpfen, einige auch mit unsauberem Wasser. Auch kommt das Wasser wenige Stunden am Tag und zu unregelmäßigen Zeiten. Die Firma AdoA versucht vor allem, die Rechnungen einzutreiben anstatt die Wasserversorgung zu verbessern.

Wie ist die Lage aktuell?

Mittlerweile gibt es ein neues Modell: Die Rechnungen werden nun von einer Gemeinschaft der Anwohnerinnen gestellt und verwaltet und nicht mehr von dem Betrieb selber. Nun sind es die eigenen Freunde, Kollegen, Nachbarn, die Druck auf die AnwohnerInnen ausüben, ihre Wasserrechnungen zu bezahlen. Das tun sie auch mit der Drohung, sonst das Wasser abzustellen. Diese Menschen, die vielleicht kurzfristig arbeitslos



Graciela Rodriguez

waren, sind nun praktisch Angestellte der Firma AdoA. Das hat große Probleme in den Stadtbezirken verursacht. Auch die Einführung der Wasserkarten, wo das Wasser vorher bezahlt wird, hat viele Menschen mobilisiert und wütend gemacht.

Wie ist der Einfluss im Besonderen auf die Frauen?

Wenn die Frauen keinen Zugang zu Wasser im Haus haben, wenn das Wasser nur morgens oder nur abends für kurze Zeit kommt, dann können sie zum Teil das Haus nicht verlassen und auch keiner Arbeit nachgehen, da sie nie wissen, wann das Wasser kommt. Es muss immer jemand im Haus sein, wenn das Wasser kommt, um Wasser für den Tag zu zapfen.

Viele Frauen tragen nun Wasser ins Haus, mit Eimern, mit Schüsseln und Kanistern. In vielen Stadtteilen gibt es eine öffentliche Wasserstelle,



Urbane Landschaft in Manaus: Flußbrinnsal (igrapé) mit Häusern und Müll

wo Frauen Zeit verbringen, um ein wenig Wasser sicher im Haus zu haben. Es gibt auch immer mehr private Wasserverkäufer oder private Wasserträger, oft junge Männer, die das Wasser ins Haus tragen, wenn die Frauen es nicht können aus gesundheitlichen Gründen.

Es gibt nun viele gesundheitliche Probleme durch das große Gewicht des Wassers, oft im Rücken und Probleme im Unterleib. Und das Wasser hat auch keine gute und garantierte Qualität.

Viele bauen auch eigene Brunnen und verkaufen dieses Wasser an andere Familien in der Nachbarschaft. Dieses Wasser ist gar nicht kontrolliert. Die Bevölkerung wächst gerade in den armen Regionen und das Problem der Abwasserentsorgung ist überhaupt nicht gelöst. In diesen Gebie-

ten sind die Krankheiten stark angestiegen und verursacht weitere Probleme, da die Frauen mit kranken Kindern oder selbst krank nicht arbeiten gehen können.

Regt sich Widerstand bei den Frauen?

Frauen sind an der ersten Front des Widerstandes und der Organisation gegen die Privatisierung. Frauen leben täglich mit dem Mangel an Wasser. Wenn die Männer abends nach Hause kommen, dann ist schon Wasser da, wenig zwar, aber genug zum Trinken und das Essen ist schon fertig. Nein, prinzipiell sind es die Frauen, die für das Recht auf Wasser kämpfen und auf die Straße gehen.

Interview: Kim Weidenberg



Urbanes Leben am Fluss: Frau am Steg mit trocknender Wäsche

„Wir brauchen ein anderes, neues Entwicklungsmodell“

Der Soziologe Luís Fernando Novoa Garzon im Gespräch

Professor Luís Fernando Novoa Garzon lehrt Soziologie an der *Universidade Federal de Rondônia* (Unir) und ist Mitglied in den Netzwerken *REBRIP* (Rede Brasileira pela Integração dos Povos) und *Red Vida* (Vigilância Interamericana en Defensa del Agua). Auf dem Weltsozialforum in Belém Ende Januar 2009 sprach Kim Weidenberg mit ihm über Wasser in Amazonien, sowie über alternative Entwicklungsmodelle im Widerstand gegen Privatisierung und Ausbeutung.

Es gab auf dem Weltsozialforum (WSF) Seminare zu verschiedenen Themen über das Amazonasgebiet, doch nur wenige haben das Thema Wasser behandelt. Aber alle auf dem WSF kritisierten Großprojekte haben weitgehenden Einfluss auf den Umgang mit den immensen Wasserressourcen Amazoniens. Was sind die größten Einflüsse auf Qualität und Quantität der lokalen Debatte über Wasser? Und was sind die größten Bedrohungen hinsichtlich der Wasserressourcen im Moment? Die aktuell größte Bedrohung ist, das Wasser in Energie umgewandelt wird, und dass es privatisiert wird. Leider gibt es in der Debatte um die hiesigen Wasserressourcen zu wenig qualifizierte lokale Leute, die zu einer Debatte der sozialen Kontrolle über Wasser beitragen können. Die allgemeine Diskussion dreht sich um die soziale Kontrolle der eigenen Ressourcen und eine Veränderung des Entwicklungsmodells, und darin spielt Wasser eine strategische Rolle. Aber es fehlt noch eine Konkretisierung des Themas, es fehlt an einer Zusammenarbeit der Gruppen und Projekte, die zu Biodiversität und Energiefragen arbeiten. Wasser ist mehr ein Begleitthema. Das Thema wird selten isoliert betrachtet, sondern integriert in die Debatte um das Modell einer ausbeuterischen Ökonomie behandelt.



Luís Fernando Novoa Garzon

Dient der Umgang mit Wasser in Amazonien dazu, die neoliberale Ökonomie zu stützen?

Das Entwicklungsmodell Amazoniens dient dazu, das Modell eine Ökonomie zu vertiefen, die auf der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen beruht. Dabei gibt es im brasilianischen Umwelt- und Wasserrecht eine spezielle Empfehlung für eine Gesetzgebung für das Einzugsgebiet des Amazonas. Denn Wasser garantiert hier die Vielfalt der Arten. Aber dieses Gesetz ist noch nicht ausformuliert. Gleichzeitig ist Wasser Träger für die Industrie und Motor für das Entwicklungsmodell. Die Folgen sind schon jetzt Verschmutzung auf lange Zeit. Wasser wird absolut chaotisch, irrational und nur ausgerichtet auf kurzfristigen, schnellen Gewinn ausgebeutet.

Wie ist die Gesetzessituation in Brasilien?

Die Gesetzgebung in Brasilien ist sehr fortgeschritten, aber die Entnahme ist archaisch. Das

Gesetz besagt, das Wasser ein öffentliches Gut ist. Aber es fehlt an Regelwerk und Implementierung, es gibt keine Strukturen und keine Geldmittel für Studien. Es gibt absolut keine Kontrolle. Das Bundesamt für Wasserressourcen müßte diese Vorgaben umsetzen, aber es tut es nicht.

Im Amazonasgebiet wird viel Soja angebaut, und der Sojaanbau braucht viel Wasser. Wie sehen Sie die Problematik der Sojaplantagen in Amazonien in Bezug auf die Wasserfrage und darüber hinaus?

Sojaanbau und auch der Anbau von Zuckerrohr haben wachsende Auswirkungen auf den Wasserhaushalt. Beide schreiten täglich tiefer in die Bundesstaaten Amazoniens hinein, so zum Beispiel in Acre und Tocantins. Der Bundesstaat Mato Grosso wollte sich kürzlich aus dem Rechtsgebiet Amazonien herausziehen, da es für dieses Gebiet eine Verordnung zum Schutz des Regenwaldes gibt. 80 Prozent des Waldes sind geschützt und dürfen nicht gefällt werden. Das macht Sojaplantagen illegal. Und die Holzfällungen zu legalisieren und um weiter mit der Pflanzung fortfahren zu können, wollte der Gouverneur von Mato Grosso, der Sojabaron Blairo Maggi, den Bundesstaat von „Amazônia Legal“ unabhängig machen, um diese Regelung zu umgehen. Die sozio-ökologischen Folgen des Sojaanbaus sind ihm egal, die Art der Produktion ist ihm nicht wichtig, auch nicht die Auswirkungen auf die Biodiversität. Es gibt auch keine Kontrolle in der Region. Wenn die Holzhändler Einschlagslizenzen beantragen, dann geben sie einfach ein Drittel der Fläche an, schlagen aber alles Holz ein. Man kann in Mato Grosso Lastwagen hinter Lastwagen fahren sehen, alle mit illegalem Holz beladen. Mit den Holzfällern stirbt der Wald, die Viehzüchter kommen und danach das Soja.

Gibt es Übereinkommen zwischen den Holzfällern und den Sojaanbauern?

Nein, es gibt keine Übereinkommen, aber es gibt stillschweigende Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Behörden, den Holzfällern und denen, die danach davon profitieren. Ohne Kontrolle über den Holzeinschlag gibt es keine Kontrolle über die Viehhaltung und den Ausbau der Sojaplantagen.

Der Ruf nach einem anderen Entwicklungsmodell war auf dem Sozialforum in Belém sehr laut zu hören. Was denken Sie, könnten die Zivilbevölkerung und die sozialen Bewegungen in Europa dazu beitragen, um dieses Bestreben zu unterstützen?

Die Geschichte fängt nicht hier in Amazonien an. Es geht um internationale Firmen und Konzerne, die nach Amazonien kommen und seine Ressourcen ausbeuten. Die lokale Bevölkerung muss gestärkt und ihr Wissen wertgeschätzt werden. Wir brauchen neue Technologien, Ressourcen, Kredite, Sozialstrukturen, eine funktionierende Mikroökonomie. Wir brauchen eine andere sozio-ökologische Kultur, die neues und altes Wissen verbindet und die Integration der Gemeinden fördert. Es müssen neue Einkommensquellen für die lokale Bevölkerung geschaffen werden, die im Moment keine Alternativen haben, als dort zu arbeiten, wo sie Arbeit finden. Es gibt viel Wissen, was nicht zum Vorteil der lokalen Gemeinden genutzt wird, das verloren geht zugunsten kurzfristiger Ausbeutung. Amazonien hat ein starkes Potential und seine Menschen verfügen über viel Wissen. Sie müssen Protagonisten sein – eine langfristige, nachhaltige Entwicklung mit ihnen und für sie: eine Entwicklung, die ihre Wurzeln in der Geschichte Amazoniens hat.

Interview: Kim Weidenberg

Anmerkungen der Redaktion

(1) Der Bundesstaat Acre liegt an der westlichen Außengrenze des brasilianischen Amazonasgebiets an der Grenze zu Bolivien und Peru. Mit Tocantins wiederum bezieht sich Novoa auf Ostamazonien. Damit ist aufgezeigt, wie umfassend die Problematik von Soja und Zuckerrohranbau für Amazonien ist. Im allgemeinen zieht der Sojaanbau vom so genannten mittleren Westen, dem Zentrum Brasiliens, gen Norden.

(2) Der Rechtsraum „Amazônia Legal“ erstreckt sich über weite Teile der neun nördlichen Bundesstaaten Brasiliens. Juristisch ist er insofern bedeutsam, als dass diverse Bundesgesetze Rechtsvorgaben für diesen Raum beschreiben.

Kapitel 4

Wald, Umwelt, Klima – und Solidarität

**„Amazonien muss bewahrt
werden.“**

Brasilien: Regierungsmaßnahme MP 458 bestätigt Landräuber

Regierungsmaßnahmen und Inwertsetzung Amazoniens

In den letzten Monaten gab es eine Reihe von Regierungsmaßnahmen, die alle darauf abzielen, die Inwertsetzung insbesondere Amazoniens massiv voran zu treiben. Hierzu zählen die Diskussion um ein verändertes Waldgesetz, das stärkere Entwaldungen zulässt, wie auch die voranschreitenden Initiativen, die Umweltgesetzgebung aufzuweichen, um die Lizenzvergaben für Staudammprojekte und Straßenbauten massiv zu beschleunigen. Inzwischen schlagen selbst Journalisten in den führenden brasilianischen Medien *O Globo*, *Valor Econômico* und *Folha de São Paulo* einen besorgten Ton in Bezug auf die jüngsten Maßnahmen der brasilianischen Regierung an.

Mitte April verabschiedete die Regierung eine Maßnahme von Dezember 2008. Diese entbindet Straßen, deren Bau Bestandteil des Wachstumsplans PAC ist, und die bereits als ungepflasterte Wege bestehen, von der Notwendigkeit jeglicher Umweltstudie vor Beginn der Asphaltierung. Dies soll den Straßenbau in Amazonien deutlich beschleunigen. Damit wird eine weitere Front für die illegale Aneignung von Ländereien und die Entwaldung geschaffen. Denn gerade die Asphaltierung von Straßen führt zu einem massiven Anstieg der gefürchteten destruktiven Wirkungen in Form von Zuzug und Entwaldung. Offensichtlich will die brasilianische Regierung die Vorhaben ihres Wachstumsplanes mit Vehemenz durchsetzen. Mehr als 30 Organisationen aus dem sozialen und ökologischen Bereich äußerten sich in einem offenen Brief gegen die Umsetzung dieser Maßnahme und bezeichneten sie als inakzeptabel. Unter den Unterzeichnern befinden sich beispielsweise *Amigos da Terra* (Freunde der Erde), das *Fórum Brasileiro de ONGs e Movimentos Sociais para*

o Meio Ambiente e o Desenvolvimento – FBOMS (Brasilianisches Forum von NRO und Sozialen Bewegungen im Umwelt- und Entwicklungsbereich), das *Fórum Carajás*, der *Grupo de Trabalho Amazônico GTA* (Amazonische Arbeitsgruppe), *Greenpeace*, das *Instituto de Estudos Socioeconômicos INESC* (Institut für Sozioökonomische Studien), das *Instituto de Pesquisa Ambiental da Amazônia IPAM* (Ökologisches Forschungsinstitut von Amazonien), das *Instituto do Homem e do Meio Ambiente da Amazônia IMAZON* (Umwelt- und Menscheninstitut von Amazonien), das *Instituto Socioambiental ISA* (Sozioökologisches Institut), die *Rede Alerta Contra o Deserto Verde RJ* (Netzwerk gegen die grüne Wüste Rio de Janeiro), *SOS Mata Atlântica* (SOS Atlantischer Regenwald) und *WWF Brasilien*.

Die berüchtigte MP 458 bestätigt Landräuber und Fälscher

Auch die jüngste Regierungsmaßnahme MP 458 (*Medida Provisória 458 – Provisorische Maßnahme 458*) weist in diese Richtung. In den vergangenen Monaten wurde die Maßnahme im Nationalkongress und in der Abgeordnetenversammlung diskutiert und Anfang Juni verabschiedet. Eine neue Behörde soll in Amazonien bewirtschaftetes Land eintragen; kleinere Besitzungen als Schenkung, größere zu Vorzugspreisen und mit langem Zahlungsziel. Nach offizieller Lesart soll die Maßnahme die Landrechtssituation in Amazonien klären und auf diese Weise zukünftige Landkonflikte und Entwaldungen verhindern. Doch letztlich wird mit ihr die Überschreibung von illegal angeeignetem öffentlichen Land in Amazonien im großen Stile legitimiert. Unter dem großen Druck der sozialen Bewegungen gestand Lula Mitte Juni ein mögliches Veto gegen das Gesetz zu.

*Umweltgruppen:
„Maßnahme 458
ist Plattform der
Großgrundbesitzer“*



Familie in ihrem Bretterhaus nahe Xapuri, Bundesstaat Acre

Die gesamte Bandbreite der öko-sozialen Bewegungen in Brasilien – die im Nationalen Agrarreformforum zusammen geschlossenen Organisationen wie auch die Landarbeitergewerkschaften und der Zusammenschluss der Umweltorganisationen, *FBOMS* – spricht sich gegen die Maßnahme aus und fordert deren Rücknahme. Eine Initiative von acht Organisationen, die in Amazonien arbeiten, darunter die *GTA*, das *IMAZON*, *ISA* und *INESC*, hatte Ende November Prinzipien formuliert, die eine sorgfältige Regularisierung des Landbesitzes in Amazonien ermöglichen könnten. Doch kaum eines davon findet sich in dem Dekret wieder.

Die Organisationen fürchten, dass die Umsetzung der Maßnahme in ihrer jetzigen Form sogar eine Zunahme der Landkonflikte und Entwaldungen zur Folge haben wird. Die sozialökonomische Organisation *INESC* weist darauf hin, dass eine umfassende Regularisierung des Landbesitzes in Zusammenarbeit mit

den örtlichen Verwaltungseinheiten geschehen müsste, um Verwerfungen zu vermeiden. Diese aber werden in der Regierungsmaßnahme überhaupt nicht berücksichtigt. Das *FBOMS* spricht von der Maßnahme 458 als einer „Plattform der Großgrundbesitzer“. Auch die Ex-Umweltministerin Marina Silva äußerte heftige Kritik an der Regelung. Diese besiege das „Festival der *grilagem*“ (unrechtmäßige Landaneignung) und öffne Tür und Tor für weitere Landkonzentrationen in der Region. Selbst der *Núcleo Setorial Agrário Nacional* der Arbeiterpartei PT wendet sich gegen die MP 458.

Die Regelungen der Maßnahme erlitten beim Durchlaufen der parlamentarischen Instanzen entscheidende Veränderungen, die sich deutlich zugunsten von

Großgrundbesitzern und *grileiros* (Fälscher von Landtiteln) auswirken. So dürfen nicht mehr wie ursprünglich nur Privatpersonen, die das Land bewirtschaften, dieses als ihren Besitz eintra-

Nach offizieller Lesart soll die MP 458 die Landrechtssituation in Amazonien klären – doch letztlich wird mit ihr die Überschreibung von illegal angeeignetem öffentlichen Land im großen Stile legitimiert.

gen lassen, sondern ebenso auch Unternehmen und Agrarbetriebe sowie deren Repräsentanten. Die Landkonflikte in Amazonien sind aber gerade dadurch verursacht, dass Agrarbetriebe immer weiter vordringen, sich Land zu Unrecht aneignen und dabei auch nicht davor zurückschrecken, darauf wirtschaftende Menschen zu vertreiben. Latifundien durften über einen Umweg schon in der Ursprungsversion der Regierungsmaßnahme anerkannt werden, was von den sozialen Bewegungen bereits im Februar stark kritisiert wurde. Die in der MP genannte Obergrenze von 15 Fiskalmodulen (Grundbesitz über 15 Fiskalmodulen gilt als Großgrundbesitz. Das Fiskalmodul wird von den Kommunen

festgelegt und variiert je nach Bodennutzung, klimatischen Bedingungen und potenziellem Einkommen des Landes.) kann durch Statthalter ohnehin ohne weiteres umgangen werden, so dass eine einzige Person oder ein einziges Unternehmen sich letztlich so viel Land eintragen lassen kann, wie sie/es bezahlen kann und Statthalter aufbringt.

Auch wurde die Regelung ausgehebelt, dass die Begünstigten über keine weiteren Landtitel in Brasilien verfügen dürfen. Für die Unzahl kleiner *posseiros* (Menschen, die Land bereits über einen längeren Zeitraum für ihren Eigenbedarf bewirtschaften) wäre eine solche Regelung nicht notwendig gewesen, denn sie verfügen

Amazonien: Waldrodung und Satellitenkontrolle

Amazonien als Gebiet teilen sich Brasilien, Französisch-Guayana, Surinam, Guyana, Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien. Allein der brasilianische Teil Amazoniens (genannt *Amazônia Legal*) erstreckt sich über neun Bundesstaaten (Acre, Amapá, Amazonas, Mato Grosso, Pará, Rondônia, Roraima, Tocantins und Teile des Bundesstaates Maranhão) bei einer Fläche von 5.217.423 km². Hierzulande erscheint Amazonien in den Medien eigentlich immer nur dann, wenn es um die neuesten Daten zur Abholzung des Waldes geht. Diese sind in der Tat erschreckend: Allein in Brasilien wurden in den letzten 40 Jahren schätzungsweise 17 Prozent des brasilianischen Amazonasregenwaldes vernichtet – **schätzungsweise**, denn so ganz genau weiß das niemand – trotz aller moderner Satellitentechnik. Ein Beispiel: Das brasilianische Nationale Institut für Weltraumforschung (INPE) veröffentlichte Anfang Juni 2008 die Auswertung der damals neuesten Satellitenbilder. So waren allein im April 2008 1.132 Quadratkilometer Regenwald gerodet worden, etwa acht Mal so viel wie im März 2008, als noch rund 148 Quadratkilometer gerodet worden waren. Das Institut wies aber auch explizit darauf hin, dass möglicherweise erheblich mehr Regenwald abgeholzt wurde. Denn: Im März waren den Angaben zufolge 78 Prozent des Regenwaldes durch Wolken verdeckt, im April waren es 53 Prozent. Und die Wolken verhindern detailgenaue Messungen.

Die aktuellen DETER-Daten von Juni 2009 zeichnen ein ähnliches Bild: In ganz Amazonien wurden 578 km² gerodet – im Vergleich dazu wurden im Mai 123 km² gerodet: eine Steigerung um 370 Prozent. Jedoch auch hier wurde sogleich auf die Wolkenlage hingewiesen: Im Zeitraum des Monats Juni 2009 konnten 43 Prozent des gesamten Amazonasgebiets vom Satellitensystem DETER wegen der Wolkenbedeckung nicht erfasst werden. Bundesstaaten wie Amapá, o Amazonas e Roraima – so der Juni-Bericht von DETER – konnten zu je 96 Prozent, 70 Prozent und 94 Prozent nicht erfasst werden – wegen der Wolken.

In Brasilien werden zur Zeit zwei Statistiken zur Messung der Entwaldung verwendet: das DETER-Satellitensystem (*Sistema de Detecção de Desmatamento em Tempo Real*) kann mit seiner Auflösung Waldrodungen ab einer Größe von 25 Hektar erfassen, das PRODES-System (*Projeto Monitoramento do Desmatamento na Amazonia Legal*) erzielt genauere Daten, benötigt aber eine Analysezeit von bis zu einem Jahr. Und selbst bei einer noch genaueren Satellitenerfassung ist nie abschließend klar, in welchem Zustand sich ein Waldgebiet befindet: Die tendenzielle Menge an Baumkronen kann im Optimalfall (wenig Wolken) zwar erfasst werden, aber das sagt nicht zwangsläufig etwas über die Qualität des Baumbestandes und des Waldes aus. Und bei der schieren Größe Amazoniens wird leicht einsichtig, dass ein umfassendes Monitoring vor Ort schlicht nicht möglich sein kann.

Christian Russau



Kein Zutritt!: Grenzziehung per Stacheldraht

in der Regel nicht über Ländereien in anderen Gegenden Brasiliens. Nicht einmal eine Regierungsmaßnahme an sich wäre nötig gewesen, um die *posseiros* abzusichern – denn Nutzungsrechte an Land, das man für seinen Eigenbedarf bewirtschaftet, sind in Brasilien von der Verfassung garantiert. Es hätte also lediglich gegolten, diese verfassungsmäßigen Rechte auch umzusetzen.

67 Mio. Hektar öffentliches Land, das der Landreformbehörde *INCRA* zuzurechnen war und unrechtmäßig angeeignet wurde, wird nun an diejenigen gehen, die es sich unter den Nagel gerissen haben. Diese Gebiete stehen damit nicht mehr für eine Agrarreform zur Verfügung. Dies und die Veränderungen der Regelungen zeigen klar, dass es hier nicht darum geht, die Landrechtssituation kleiner *posseiros* abzusichern, sondern darum, denjenigen Land zu übertragen, die in Amazonien über größere Ländereien gewerblich verfügen – ungeachtet der Frage, wie sie sich dieses Staatsland angeeignet haben. Letztendlich werden unrechtmä-

Big angeeignete Ländereien auf diese Weise im Nachhinein unbesehen legalisiert. Die Rechts-situation der *posseiros* hingegen hat sich damit deutlich verschlechtert. Auf Nutzungsrechte an Land, von dem sie vertrieben wurden, dürfen die Betroffenen nach der „Regularisierung“ wohl kaum noch hoffen. Das *INESC* vermutet den Wachstumsplan *PAC* als treibende Kraft hinter der Regierungsmaßnahme. Ohne eine geregelte landrechtliche Situation sei es umso schwieriger, Investoren bspw. für Straßenbau zu finden. Und damit schließt sich der Kreis: Mit der eingangs erwähnten Maßnahme zur Beschleunigung des Straßenbaus in Amazonien wurde ja gerade eine neue Runde illegaler Landaneignung eingeläutet. Hoffnung besteht also eher für zukünftige Landfälscher, die darauf spekulieren können, dass auch ihre Fälschungen nachträglich wieder anerkannt werden.

Kirsten Bredenbeck

Erschienen in:

Brasilicum Nr. 83/184, Juni 2009

Rettet der Markt den Wald?

Die Debatte um Klimaschutz durch Waldschutz soll in einem neuen System festgelegt werden

REDD steht als Abkürzung für die Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung. Um den Erhalt der Wälder als Kohlendioxidspeicher zu garantieren, soll das geplante internationale REDD-System dazu dienen, dem in den Wäldern gespeicherten Kohlenstoff einen wirtschaftlichen Wert beizumessen. Debattiert und gestritten wird über Fonds- oder Steuerlösung, um Emissionshandel und Kohlendioxid-Gutschriften, um Be- und Anrechnungsmethoden, um Honorierung von vermiedener Entwaldung oder auch von vermiedener Walddegradierung und erfolgter Aufforstung, um Beteiligung – und es geht natürlich auch um Interessen.

Politische Menschen kommen nicht umhin, neue Wörter und Abkürzungen zu lernen. Während sub-prime und Derivate schon selbstverständlich geworden sind, müssen sich Klima- und Ökointeressierte noch an REDD gewöhnen. REDD hat das Zeug, zur Abkürzung des Jahres zu werden – und ist genial gedacht: einfach und ganz ohne Witz, lenkt REDD die Assoziation von roter Fahne und den alten Zeiten des Klassenkampfes auf einen Marktmechanismus. Ob

Bei REDD geht es um die Schaffung eines Mechanismus', Klimaschutz durch Waldschutz zu erreichen.

die Idee hinter REDD so genial ist wie die Abkürzung – da sind schon einige Zweifel angebracht.

REDD ist Teil der Suche nach neuen Wegen zu Klima- und Waldschutz. Der Vorschlag zu REDD wurde von Costa Rica und Papua Neuguinea bei der Klimarahmenkonvention UNFCCC im Jahr 2005 eingebracht. Noch sind die in den internationalen Foren wie in der Politik geführten Diskussionen um REDD im Schwange, aber zumindest die Richtung scheint klar: Bei den Diskussionen um REDD geht es um die Schaffung eines Mechanismus, der Klimaschutz durch Waldschutz

zu erreichen versucht. Weiterer Kohlendioxid-Anstieg in der Atmosphäre soll durch die Vermeidung von Abholzung und Walddegradierung erreicht werden. Dazu soll dem Waldbestand ein ökonomischer Wert beigemessen werden.

Doch gestritten und gerungen wird zur Zeit um die Finanzierung und das Verfahren: Soll REDD durch Emissionshandel, Fonds oder Steuern finanziert werden? Sollen Verschmutzungsrechte zwischen Nord und Süd rein marktgestützt handelbar sein? Wie bemisst sich der „Wert“ des Waldbestandes? Welche Wälder sollen einbezogen werden? Wer zahlt und wer erhält letztlich das Geld? Wer hat Mitsprache und wer entscheidet?

Kaum hat sich die Abkürzung und damit auch die Diskussion etwas etabliert, ist schon ein heftiger Meinungsstreit pro und contra REDD entbrannt. Fast unumstritten ist, dass Waldschutz ein sinnvolles Anliegen internationaler Klimapolitik ist. KlimaforscherInnen gehen davon aus, dass etwa 20 Prozent der weltweiten Kohlendioxid-Emissionen auf Landnutzungsänderungen zurückzuführen sind, das heißt in der Regel auf das Abbrennen und Roden von Wäldern. Dieser Entwaldung folgen in der Regel extensive Nutzungsformen wie etwa das Anlegen von Viehweiden.

Die an Fahrt aufnehmende internationale Debatte um REDD rückt nun ein „Schwellenland“ in den Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit: Brasilien. Mit dem Amazonasbecken beherbergt das Land das mit Abstand größte und extrem bedrohte Waldgebiet der Erde. Brasilien gehört zu den wenigen Ländern (mit Indonesien, Papua Neuguinea und DR Kongo), bei denen die Emissionen durch Landnutzungsänderungen alle anderen Emissionen übertreffen. In Brasilien wer-



Baumberührung: Ein Touristenführer in der Nähe von Manaus

den offiziellen Angaben zufolge etwa zwei Drittel aller Kohlendioxid-Emissionen durch Landnutzungsänderungen verursacht.

Die BefürworterInnen von REDD argumentieren, dass die Vermeidung von Landnutzungsänderungen durch Entwaldung eine relativ preisgünstige Form des Klimaschutzes darstelle. Der Erhalt der noch vorhandenen Tropenwälder als Kohlendioxid-Speicher käme billiger als der Gesamtumbau der Wirtschaft. Und dergestalt vermiedene Entwaldung konkurriere nicht mit den Entwicklungsinteressen der so genannten *emerging economies*, also insbesondere den großen Kohlendioxid-Emittenten China, Russland und Indien. Diese würden jegliches Abkommen, das ihre Entwicklungsperspektiven, die mit steigendem Kohlendioxid-Ausstoß verbunden sind, zu begrenzen versucht, wohl ohnehin blockieren. Da scheint – so die BefürworterInnen von REDD – der Erhalt der Wälder durch marktgestützte Finanzierung als politisch weitaus konsensfähigere Möglichkeit, Klimaschutz zu erreichen. Die Attraktion von REDD für ein neues internationales Klimaregime scheint also offensichtlich: Wenn die Industrieländer in

den „Ländern des Süden“ Verschmutzungsrechte durch Tropenwalderhalt erwerben können, so werden die Regierungsinteressen der Industrieländer nicht berührt. Waldschutz erscheint so als Sympathieträger, wenn damit gar noch billig Emissionen eingespart werden können.

Wie aber sollen die Mittel für REDD mobilisiert werden? Hier beginnt der eigentlich kritische Punkt der REDD-Debatte. Eine große Koalition aus UmweltschützerInnen, KlimaverhandlerInnen und Firmen setzt sich dafür ein, REDD durch einen internationalen Emissionshandel abzuwickeln. Die vermiedene Entwaldung erzeuge Kohlendioxidgutschriften, die Emittenten in anderen Regionen der Welt erwerben können, um ihre eigenen Emissionsziele zu erreichen. Wie leicht zu errahnen ist, sind vor der Umsetzung dieser Ideen sehr viele Detailfragen zu klären, die aber den SpezialistInnen überlassen bleiben sollen. Grundsätzlich stellt sich gleichwohl die Frage, ob der bezahlte Waldschutz im „Süden“ auf die Reduktionsziele der Industrieländer überhaupt anrechenbar sein sollte.

Für REDD-kritische NRO des Nordens würde zumindest diese Form des Mechanismus die not-

wendige Klimawende im Norden behindern. „Wir sehen immer deutlicher die Gefahr, dass die Politiker sich auf einen toll aussehenden Deal einigen. Man einigt sich auf ein relativ ehrgeiziges Ziel für die Industrieländer (etwa minus 30 Prozent). Man hat scheinbar einen tollen Mechanismus, um das Tempo der Entwaldung bis 2020 zu halbieren. Und alles wird kostengünstiger als bisher gedacht. Das hört sich bestechend an“, erläutert die deutsche NRO Germanwatch, und fährt fort: „Doch es würde zugleich bedeuten, dass wir das

NRO wie beispielsweise Greenpeace International, fordern ihrerseits eine Begrenzung der Anrechenbarkeit von REDD auf die Reduktionsziele – um so die Industriestaaten im eigenen Land nicht aus der Pflicht zu entlassen.

Nun müssen die Reduktionsziele des Nordens nicht unbedingt das primäre Anliegen von Akteuren im Süden sein. Philipp Fearnside, einer der bekanntesten Amazonienforscher, sieht es so: „CO₂ ist CO₂“. Wenn also Reduktion durch vermiedene Entwaldung billiger ist, den Wald



Was wolltest Du der Welt schon immer einmal über Amazonien sagen?

Das Zusammenleben der verschiedenen Völker Amazoniens hat sich über die Jahrhunderte relativ harmonisch eingespielt. Der Druck auf die Region, der von ‚ausländischen‘ Brasilianern, also Brasilianern mit Geschäftsinteressen aus Landesteilen außerhalb Amazonien sowie anderen Nationen ausgeübt wird, hat diese Dynamik zerstört und damit Tod und Zerstörung provoziert.

Stimmen aus Amazonien

Vozes da Amazônia

Die Völker Amazoniens benötigen Respekt, Würdigung ihrer Lebensweise und Solidarität. Unterstützt keine Projekte mehr, die den Anbau von Monokulturen zum Ziel haben, wie es Projekte der Weltbank und der nationalen brasilianischen Entwicklungsbank BNDS tun, denn sie finanzieren die Zerstörung unserer Lebensweise! Unterstützt stattdessen Projekte, die für und mit den lokalen Gemeinschaften und Bevölkerungsgruppen geplant wurden.

Iremar Antonio Ferreira
Instituto Madeira Vivo

Zwei-Grad-Limit vergessen können. Wir müssen uns dann auf drei bis vier Grad Temperaturanstieg einstellen. Denn auf die Industrieländer würde dann de facto nur ein Zehn-Prozent-Ziel zukommen, die restlichen 20 Prozent würden sie durch die Finanzierung von REDD leisten.“

Anstatt einen grundlegenden Wandel zu leisten, würde der REDD-Mechanismus nur Bestehendes fortführen, so Germanwatch. „All die vielen Kohlekraftwerke, die weltweit angesichts der explodierenden Gaspreise in der Pipeline sind, würden tatsächlich gebaut. Alle ehrgeizigen Reduktionsziele für die Zeit nach 2020 wären verbaut. So würde man unter dem Deckmantel des Klima- und Waldschutzes den Klimaschutz beerdigen.“

Dieser Gefahr wollen einige durch die völlige Abtrennung von REDD vom Emissionshandel begegnen, etwa durch eine Fondslösung. Andere

schützt und dazu noch den Lebensraum indigener Völker bewahrt – warum sich dann mit Problemen von BedenkensträgerInnen aus dem Norden herumschlagen?

So wundert es nicht, dass von einigen in Amazonien tätigen NRO die REDD-Idee begeistert aufgegriffen wurde. Insbesondere das in Belém im brasilianischen Bundesstaat Pará ansässige Institut für Umweltforschung Amazoniens IPAM hat sich zum Vordenker von REDD-Konzepten – unter Einbeziehung in den Emissionshandel – in Amazonien entwickelt. Inzwischen unterstützen wichtige Netzwerke von sozialen Bewegungen Amazoniens wie die NRO Amazonische Arbeitsgruppe GTA und der Dachverband der indigenen Völker des brasilianischen Amazonasgebiets COIAB, im Prinzip den REDD-Ansatz. Aus Sicht der WaldbewohnerInnen ist es ein



Nilson Mendes (Cousin von Chico Mendes) demonstriert die alte Methode des Baumzapfens

Unding, dass die BewahrerInnen des Waldes, die einen wichtigen Beitrag zum Weltklima leisten, nicht dafür belohnt werden. Die Vorschläge von IPAM sehen vor, dass der größte Teil der durch REDD erworbenen Mittel in einen Fonds zur Unterstützung der „Völker des Waldes“ geht.

Außerhalb Brasiliens sind die kritischen Stimmen hingegen deutlicher zu vernehmen. So hat sich der Dachverband der indigenen Völker Amerikas COICA, in mehreren Verlautbarungen kritisch gegenüber REDD geäußert. Zuletzt unterzeichnete eine breite Allianz indigener Völker in Barcelona eine Erklärung, in der sie eine Beteiligung der indigenen Völker an der Erarbeitung von REDD-Mechanismen fordern. Auch in Amazonien ist die Diskussion unübersichtlich und steht erst am Anfang. Wenn es in die Details von REDD-Mechanismen geht, wird die Diskussion schnell sehr komplex und nur noch für wenige SpezialistInnen verständlich. Aber die Idee, dass der Klimaschutz erhebliche Mittel für die Walderhaltung mobilisieren könnte, ist für fast alle Akteure in der Region attraktiv. Der umstrittenste Punkt ist und bleibt aber, ob zur Mobilisierung dieser Gelder tatsächlich ein Kohlendioxid-Handelsmechanismus notwendig ist.

Einen interessanten Ausweg könnte ausgerechnet die Initiative der brasilianischen Regierung bieten. Sie hat jüngst den Fonds *Amazônia* lanciert. Grundidee dahinter ist, dass Brasilien auf nationaler Ebene die Entwaldung – gemessen

an einem Mittelwert der letzten Jahre – reduziert und für die dadurch eingesparten Emissionen durch den Fonds honoriert wird. Der Fonds soll zunächst durch freiwillige Beiträge international finanziert werden, erster Spender ist Norwegen. In weiteren Schritten könnte ein solcher Fonds durch ein internationales Klimaabkommen gestärkt und durch Mittel aus dem europäischen Emissionshandel teilfinanziert werden. Die brasilianische Regierung lehnt dabei aber jegliche Anrechenbarkeit der vermiedenen Kohlendioxid-Emissionen auf die Reduktionsziele des Nordens ab. Seltsame Allianzen zeichnen sich da ab: brasilianische Regierung und Nord-NRO gegen REDD mit Emissionshandel – indigene Völker und NRO aus Amazonien hingegen dafür?

Solche Fragen werden die NRO der Klimaszene und sozialen Akteure in den nächsten Monaten bewegen und vielleicht auch spalten. Ein Problem der aktuellen Diskussion ist, dass die Lobby pro REDD in Amazonien sehr aktiv ist und versucht, Gefolgschaft zu organisieren. In dieser Situation ist es nicht leicht, kritischen Diskussionsraum zu eröffnen, in dem soziale Akteure ohne sofortigen Positionszwang Strategien der Walderhaltung diskutieren können.

Thomas Fatheuer

Erschienen in: Lateinamerika Nachrichten
Nr. 414, Dezember 2008

Wird das Klima in Amazonien gerettet?

Tropenwälder in den internationalen Klimaverhandlungen

In den trüben Dezembertagen des polnischen Winters 2008 konnte das tropische Brasilien glänzen: Während der Klima-Konferenz in Poznan lancierte der brasilianische Umweltminister, Carlos Minc, den „Nationalen Plan über Klimaveränderung“. Brasilien hatte damit den Entwurf für eine Klimapolitik vorgelegt, die freiwillige Reduktionsziele beinhaltet. In Poznan fehlte es nicht an Lob und Ehrgeiz. Al Gore betonte, dass Brasilien nun eine führende Rolle bei den Klimaverhandlungen übernommen habe und Ban Ki-Moon bezeichnete die brasilianische Wirtschaft gar als eine der grünsten der Welt. Minister Minc konnte triumphieren: „Brasilien hat lange in der Defensive gespielt. Wir möchten nun eine Führungsrolle übernehmen.“ Aber trifft das zu?

Wenige Monate später droht der leuchtende Stern von Poznan schon zu verblassen. Zum einen sind die Klimaverhandlungen wieder zum mühseligen Alltagsgeschäft zurückgekehrt, bei dem keine Vorreiter das Tempo bestimmen. Und zum anderen ist auch die Kritik an der brasilianischen Umweltpolitik lauter geworden, die anscheinend nicht auf der Höhe der Ankündigungen von Poznan agiert.

In der Gruppe der großen *emerging economies* spielt Brasilien eine deutliche Sonderrolle. Blendet man soziale Probleme wie Zwangsumsiedlungen für Staudambauten sowie Konflikte bei Ausweitung von landwirtschaftlichen Monokulturen für die Energiegewinnung aus und schaut man nur auf die Energiebilanz, ist Brasilien tatsächlich eine der grünsten Länder der Welt. Dies verdankt das Land seinem extrem hohen Anteil der Wasserkraft am

Energiemix: etwa 75 Prozent der Stromerzeugung stammen aus dieser CO₂ armen Quelle. Hinzu kommt noch ein großer und steigender Einsatz von Agrotreibstoffen, so dass Brasilien mit einem Anteil von 45 Prozent von erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch tatsächlich Weltspitze ist – der OECD-Durchschnitt liegt bei 6,2 Prozent. In internationalen Foren zitieren die brasilianischen Regierungsvertreter immer wieder solche Zahlen.

Aber der CO₂ Musterknabe verwandelt sich ganz schnell in ein Schmutdelkind, wenn Emissionen aus *Land Use Change* eingerechnet werden. Damit sind die Emissionen von Treibhausgasen gemeint, die vorwiegend durch das Abbrennen von Wäldern und anderen Naturflächen entstehen. Etwa zwei Drittel der brasilianischen Emissionen stammen aus dieser Quelle - und rechnet man sie in die nationale Emissionsbilanz ein, dann rückt Brasilien auf Platz fünf der größten Verschmutzer dieser Welt vor.

Für Brasilien heißt das, dass es in den internationalen Verhandlungen nur ein Problem gibt: die Vernichtung des Regenwaldes in Amazonien. Der Bali-Action-Plan empfiehlt, die Reduktion von Entwaldung (mit der Abkürzung REDD versehen) in ein internationales Abkommen miteinzubeziehen, ist Brasilien in das Zentrum der internationalen Verhandlungen gerückt. Auf diese Situation hat das Land mit dem in Poznan lancierten „Plano Nacional de Mudanças de Clima“ bestens reagiert.

Der Plan sieht vor, dass die Entwaldung in Amazonien bis 2017 um 70 Prozent im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2005 und 2006 reduziert wird. Nach Angaben der Regierung würden dadurch 4,8 Milliarden Tonnen CO₂ weniger in die Atmosphäre gelangen.

Aber der CO₂ Musterknabe verwandelt sich ganz schnell in ein Schmutdelkind, wenn Emissionen aus Land Use Change eingerechnet werden.

Um diese Reduzierungsziele zu erreichen, braucht es natürlich Geld. Die brasilianische Regierung hat daher einen Amazonasfonds auf-

die eingeforderten freiwilligen nationalen Ziele in äußerst ambitionierter Weise vorgelegt und kann nun von den so genannten *Annex I Län-*

Vozes da Amazônia



Welche Bilder oder Vorurteile über Amazonien möchtest Du gern dekonstruieren?

Hier in Amazonien existieren nicht nur Indigene und es laufen auch keine Krokodile die Straße entlang. Hier gibt es viele Leute, die sich ihre Gedanken machen und interessiert daran sind zu lernen, wie wir unserem Planeten helfen können, besser zu leben.

Camila de Nazaré Soares Barbosa

Stimmen aus Amazonien

gelegt, zu dem Norwegen bereits 100 Millionen US-Dollar beigesteuert hat. Die Bundesregierung will sich vorläufig mit 18 Millionen beteiligen. Das ist aber bisher nur ein Tropfen auf einen heißen Stein: Die brasilianische Regierung geht davon aus, dass sie etwa eine Milliarde US-Dollar pro Jahr braucht, um die ambitionierten Ziele umzusetzen. In den internationalen Verhandlungen hat sich Brasilien damit in eine komfortable Situation manövrierte. Es hat

den (den Industriestaaten) die finanzielle Beteiligung einfordern.

In Brasilien ist die Position der Regierung allerdings weniger komfortabel. Denn Zweifel, ob die hehren Ziele des Klimaplanes sich auch in reale Politik umsetzen lassen, werden lauter. Insbesondere ein umstrittenes Dekret zur Regelung der Landfrage in Amazonien, hat die Kritik der brasilianischen Umweltbewegung provoziert: durch die MP 458 werden mit einem Federstrich alle Landbesitze in Amazonien bis zur Grenze von 1.500 ha legalisiert. Der größte Teil der Flächen befindet sich auf öffentlichem Land, die Besitzer hatten daher bisher keine legalen Landtitel. Was zunächst als Maßnahme gedacht war, um Rechtssicherheit für Kleinbauern zu schaffen, hat sich durch die Ausweitung der Grenze auf 1.500 Hektar zu einer riesigen Landübertragung auch an mittlere und größere Betreibe ausgeweitet – und dies ohne jegliche Umweltauflagen. In der Praxis wurde damit illegale Entwaldung legalisiert und ein perverser Anreiz für die Zukunft geschaffen. „Die Regierung beschleunigt die weitere Kolonisierung und Entwaldung Amazoniens“, lautet das Fazit von Greenpeace.

Damit nicht genug: Im Rahmen des „Programms zur Beschleunigung des Wachstums“ (PAC) sind neue Großprojekte in Amazonien vorgesehen. An den Amazonasflüssen Tapajós und Xingu sind gewaltige Staudämme geplant, auch Straßen sollen im Amazonasgebiet ausgebaut werden. Wie solche Pläne mit den ambitionierten Reduktionszielen vereinbar sind, bleibt das Geheimnis der Regierung. Kein



**Präsident Lula und Umweltminister Minc:
Beim Gießen eines frisch gesetzten Baumes**



Sonnenuntergang im Bundesstaat Acre

Geheimnis aber ist, wo die Regierung ihren Schwerpunkt sieht. Im Jahre 2010 wird gewählt und Präsident Luiz Inácio Lula da Silva will seine Kandidatin ins Amt hieven: Dilma Rousseff ist Kanzleramtsministerin, Koordinatorin des „Programms zur Beschleunigung des Wachstums“ (PAC) und jeglicher Sympathie mit Umweltfragen unverdächtig.

Aber es sind nicht nur neue Großprojekte, die den Regenwald bedrohen, auch die bisherigen Zerstörungsfaktoren sind nach wie vor nicht gebändigt. *Greenpeace* hat im Juni dieses Jahres mit einer umfangreichen Studie die Bedeutung der Ausweitung der Viehzucht als wichtigsten Faktor der Waldzerstörung erneut in die Debatte gebracht. *Greenpeace* wies dabei neben der Bedeutung des Fleischkonsums auch deutlich auf die Verantwortung von Großkonzernen wie Adidas, Reebok und weitere hin, die Leder aus Amazonien verarbeiten. Dennoch ist natürlich auch die brasilianische Regierung gefragt. Offensichtlich waren die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Entwaldung nicht ausreichend. Umweltminister Minc hat angesichts dieser Entwicklungen die verbale Konfrontation mit dem Agrobusiness

gesucht, musste aber bald Rückzieher machen. Um im Amt zu bleiben, entschuldigte er sich bei den Großproduzenten, die er vorher als Betrüger bezeichnet hatte. Für die brasilianische Entwicklungspolitik ist das Bündnis mit den Viehzüchtern und Sojabauern wichtiger als der Waldschutz.

Wie es um die Zukunft der Klimapolitik angesichts dieser Gemengelage bestellt ist, bleibt ungewiss. Präsident Lula geht erstmal davon aus, dass im großen Brasilien alles möglich ist. Waldschutz, Großprojekte und Agrobusiness – für alle soll Platz sein. Im Augenblick wird diese Politik noch nicht durch Zahlen dementiert. Tatsächlich waren die Entwaldungszahlen in den letzten zwei Jahren rückläufig. Dazu haben aber wohl nicht nur die Aktionen des Umweltministeriums beigetragen, sondern auch die Wirtschaftskrisen.

Was in Brasilien also fehlt, ist eine konsistente Politik, um die auf der internationalen Ebene verkündeten klimapolitischen Ziele umzusetzen. Wenn hier nicht bald konkrete Schritte erfolgen, droht der *Plano Nacional* zu einem weiteren Dokument guter Absichten zu verkommen.

Thomas Fatheuer

Möglichkeiten des Klimabündnisses als Projekt kommunaler Nachhaltigkeit

Als am 22. November 1988 Chico Mendes, ein Führer der Kautschukzapferbewegung, von Pistoleiros der Holzhändler erschossen wurde, startete eine Gruppe aus dem späteren Klimabündnis eine Offensive gegen Mord und Vernichtung in Amazonien. Eine Mahnwache richtete sich gegen die Morde im Amazonasgebiet, die fast immer straflos blieben. Es sollte klar werden, dass es sich bei den Bewohnern der Regenwälder um strategische Gruppen handelt, die die Wälder vor der Vernichtung bewahren wollen. Dies ist weltweit für den Erhalt der Erdatmosphäre von erstrangiger Bedeutung.

Gründung des Klimabündnis¹

Also wurde beschlossen, ein Bündnis zwischen Kommunen ins Leben zu rufen: zwischen den traditionellen Bewohnern der Regenwälder und den – für die Wahrung der Erdatmosphäre relevanten – Städten des Nordens. So sollten sich die Wähler der Erdatmosphäre gegenseitig in ihren Bemühungen zur Wahrung des Klimas unterstützen: die Städte durch einen ökologischen Umbau und die Völker durch ihre Bemühungen um den Erhalt der Wälder mit ihrer Artenvielfalt und ihrer Wasserspeicherkapazität, die den Erhalt der Flüsse und des Klimas garantieren.

Heute sind über 1.400 Stadtparlamente und Gebietskörperschaften Teil des Bündnisses. Auch haben sich in allen neun Amazonasländern die indigenen Völker organisiert und dem Zusammenschluss der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens, COICA, angeschlossen. Es gibt jährliche Treffen und eine Vielzahl von Bündnissen zwischen Städten und Völkern.

Stadtparlamente

Im Norden war das Klimabündnis ein Vorläufer der Agenda 21. Der Naturbezug der Bevölkerung war weitgehend verloren gegangen, er sollte wieder gewonnen werden. Der ökologische Umbau der Städte des Nordens wurde zum Programm. Durch Bildung, technologische Neuerung und Organisation der Bürger schuf man eine Transparenz ihrer Rolle als Planer, Konsumenten, Produzenten und Vorbilder.

Organisationen indigener Völker

Alle diese Aktivitäten bezogen sich auf den Erhalt des Naturbezuges der Völker auf ihren indigenen Territorien, die durch Mega-Projekte im Energie-, Bergbau- und Infrastruktursektor auf das Äußerste bedroht sind.

I. Aus diesem Grund möchte ich drei Fragen danach stellen, wie die Arbeit der Städte im Norden gestärkt werden kann:

I. Könnten die erfolgreichen Bündnisse bei allen Klimabündnisstädten besser bekannt gemacht werden? Wer wären die Multiplikatoren?

- a. Verbinden wir mit den Bündnissen immer noch je konkret die Klimafrage und wenn ja, warum können wir die besten Ansätze nicht zum Stolz der Kommunen über Multiplikatoren weitertragen?

- b. Ist das Klimabündnis mit seinen Erfahrungen in dieser Zeit der Klimakrise Gegenstand von Schulbüchern geworden? Welches sind die wichtigsten Inhalte, die wir vermitteln könnten?
- c. Arbeiten die Städte bereits systematisch auf diesem Gebiet mit Schulen zusammen und gibt es darüber eine wachsende Kenntnis der Zusammenhänge unseres Lebensstils und der externalisierten Kosten, die auf indigene Völker abgewälzt werden bei dem Abbau von Ressourcen, die später in unsere Städte transportiert und dort verarbeitet werden? Könnten indigene- und Menschenrechte nach dem Beispiel von Amapa, dem nördlichen Bundesstaat Brasiliens, in den Schulen gelehrt werden?

2. Was wissen wir hier vom Naturbezug der Völker, von ihrer Subjekt-Subjekt-Beziehung mit der Natur? Wollen wir diese Sicht eines lebendigen nachhaltigen Naturbezuges bei uns unterstützen, gemäß der Verankerung der Rechte der Natur in der ecuadorianischen Verfassung?

- a. Könnten wir ein Lernprogramm, wie es für die Stadt Hannover entwickelt wurde², in allen Klimabündnisstädten einführen?
- b. Sollten wir Lernorte für das Kennenlernen von gesellschaftlicher Wahrung des Klimas schaffen, die die Ideologie falscher Naturschützer Lügen straft und anschaulich die Wahrung und Vermehrung der Vielfalt etc. zeigt. Dies könnte eine post-koloniale Aufgabe von Botanischen Gärten sein. Kommunale Lernorte könnten in Form von Klima-Werkstätten aufgebaut werden, in denen die gesellschaftlichen Möglichkeiten in Nord und Süd gelernt werden?
- c. Wollen die Organisationen indigener Völker die sinnvollen dezentralen Pflanzenöl-, Biogas-, Windenergieprojekte kennen lernen und in Kooperation bei sich aufbauen? Wenn ja, wie können wir ausgehend von ihrer Nachfrage, sinnvoll einen Technologietransfer einleiten?

3. Wie können wir unseren Rohstoffraubbau abbremsen?

- a. Wie können wir hier zu einer Selbstbestimmung z.B. über Ölerkundung und -förderung beitragen: das Beispiel des Yasuni ITT Projektes zeigt einen Weg auf. Könnten die Klimabündnisstädte hierüber Kurse anbieten und damit gleichzeitig die Indigenen- und Menschenrechte wahren helfen und die Bedeutung indigener Lebens- und Produktionsweisen für den Erhalt der Erdatmosphäre stärken? Wie kann diese Initiative „Weg vom Öl“ hier durch unabhängige, selbstverwaltete Energieversorgungsstrukturen Platz greifen?³
- b. Was können wir von den Luxemburgischen Städten lernen?⁴

4. Wie können wir die Nord-Süd-Klimabündnisarbeit durch Multiplikatoren stärken:

- a. Können die Stadtparlamente und städtischen Medien die erfolgreiche Lobbyarbeit der NRO im Interesse der WaldbewohnerInnen in eine breitere Öffentlichkeit tragen?
- b. Wäre es sinnvoll, eine Stärkung der solidarischen Ökonomie in Nord und Süd über den Transfair- und Regiohandel voranzutreiben und wer wären die Bündnispartner bzw. Multiplikatoren, etc.?
- c. Könnten Territoriale Partnerschaften (Beispiel Alto Rio Negro) längerfristig wirksam sein und gegenseitige Lernprozesse eher garantieren?

Die Bündnispartner sind überein gekommen, gemeinsam zum Erhalt der Erdatmosphäre beizutragen. Für die indigenen Völker der tropischen Regenwälder bedeutet das, ihre Wälder zu erhalten. Für sie sind ihre Erfahrungen, Lernprozesse, Traditionen, Gewohnheitsrechte, Wertesysteme und Glaubensregeln in Bezug zur Natur zentral. Ihre Kosmovision sagt ihnen, dass es um die Erreichung und Aufrechterhaltung des „Guten Lebens“, das als „harmonisches Leben“ der Menschen mit sich selbst, der Menschen mit ihren Mitmenschen, der Menschen in Gemeinschaft und der Menschen mit der Natur geht. Die Beziehung zu ihr darf nicht durch eine Beziehung der Benutzung bestimmt sein sondern sollte vielmehr eine respektvolle, solidarische Beziehung sein. Das heißt, ihre Aufgabe ist die Aufrechterhaltung, Verteidigung und in zunehmendem Maße die Lehre der Beziehung zur Natur über die Grenzen der Gemeinschaften, Völker und Länder hinweg.

II. Im Süden geht es in der Beziehung auch um Geben und Nehmen, um Lehren und Lernen

I. Das Lernen des Naturbezuges bezieht sich auf den

- a. Erhalt der Wälder, der Flüsse, der Vielfalt von Flora und Fauna der auch zum Erhalt der eigenen Kultur beiträgt (Gesellschaftlicher Naturbezug: *Estrategia de los „4 R“: recuperar, reafirmar, retomar y recrear* – Wiederentdecken, Wiedererstarken, Wiedereinnehmen und Wiedererschaffen)⁶ um Wahrnehmung der Natur als Subjekt, um die Verankerung der Rechte der Natur in der Verfassung (Ecuador 2008).
- b. Menschenrechte und Indigenenrechte, ihre Entwicklung und Verteidigung.
- c. Kartierung von indigenen Territorien und Großprojekten in Kenntnis und Verteidigung der Lebensräume indigener Völker, Vegetationserhebungen und Information für den Aufbau von solidarischen Ketten, Erzeugergemeinschaften, lokalen Ökonomien, Solidarische Ökonomie (Beispiel Agentes der SÖ bei den Tikuna / Brasilien).

2. Realisierung des Klima-Bündnisses (Kampagnen in Bezug auf Öl)

- a. Klimapolitik unter Einbeziehung aller – kein Eurozentrismus. ITT-Yasuni: Lasst das Öl unter dem Boden, Walderhalt in Kamerun.
- b. Analyse der Falschen Naturschützer – Demokratie in der Parkpolitik.
- c. Nicht nur effizienzfördernde Maßnahmen – Demokratie in der Klimapolitik – Klimagerechtigkeit.

Das Klimabündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder hat sich als ein gegenseitiger Lernprozess erwiesen, der uns in Europa klar macht, was es bedeutet, dass wir auf diesem Planeten nur gemeinsam in Kooperation Überleben sichern können. Wir sehen die Einflussnahme auf die Klimapolitik als interkulturelle Herausforderung: des Respekts vor den Minderheiten und ihren Territorien, die ihre sowie unser aller Lebensgrundlage sind und den Ausgangspunkt für eine gemeinsame Suche nach dem „Guten Leben“ darstellen.

III. Was ist Klimapolitik ?

Wenn wir uns fragen, ob das Klimabündnis Einfluss auf die offizielle Klimapolitik gewinnt, dann können wir das möglicherweise an den Erfolgen, die in Bezug auf die Institutionalisierungen der indigenen Einflussnahme zusammen mit Survival International, Friends of the Earth und anderen erreicht worden sind, festmachen. Wir können es auch daran festmachen, wie stark die Check-Listen

der Klimabündnisstädte für ihren ökologischen Umbau genutzt werden. Aber wir müssen es sicher auch festmachen an der Messlatte und den entsprechenden Maßnahmen, die von der staatlichen, europäischen und internationalen Politik als prioritär für die Erreichung der Ziele postuliert wird. An dieser Stelle ist die Differenzierung dessen, was als Naturbezug definiert wird, entscheidend.

Ist es der Naturbezug der Bewegung für Umwelt- und Klimagerechtigkeit, ist es der Naturbezug der Parkpolitik oder ist es der Naturbezug derer, die die wachsende Effizienz der Material- und Energieproduktion einfordern? Fragen wir diejenigen, die die Interessen einer Stilllegung von Flächen für den Naturschutz fordern, so erlangen wir oft die Antwort, dass die Unter-Schutz-Stellung von Flächen tropischen Regenwaldes eine adäquate Antwort auf die Klimakrise sei.

Fragen wir jedoch diejenigen, die die tropischen Regenwälder nachhaltig bewirtschaften und jene, die mit ihnen arbeiten, so werden wir verstehen, warum sie wahrscheinlich bestehen auf

- Anerkennung der indigenen Territorien,
- Legalisierung der Territorien von Schwarzengemeinschaften,
- Verrechtlichung nachhaltiger Nutzungsformen in Brasilien z.B. über die legale Figur der Sammelreservate (*ResEx*) oder über andere legale Wege, wie das Dekret 6040 in Brasilien
- *Acciones de Tutela* (Schutzaktionen), die nach der brasilianischen Verfassung von 1988 und der kolumbianischen Verfassung von 1991 angestrengt werden können
- Festschreibung der Rechte der Natur, wie dies in der ecuadorianischen Verfassung von 2008 geschehen ist. In Bezug auf die bisherige Rechtsprechung für den Naturschutz wird dort festgestellt:

“Auf die eine oder andere Weise konzentriert man sich darauf zu definieren, wie viel Umweltverschmutzung (das heißt Zerstörung) der Natur erlaubt ist, dadurch dass das aktuelle räuberische Modell nicht in Frage gestellt wird. Auch die Vision, den Umweltschaden zu verhindern oder zu beheben, wird so angegangen, dass man der Person oder Gemeinschaft, die das Ökosystem benutzte, etwas zurück erstattet und nicht dadurch, dass man das Ökosystem selbst wiederherstellt.

Das Resultat dieser Rechtsauffassung und des Umweltgesetzes ist, dass anstatt die Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung zu vermeiden und zu verhindern, es den Weg dafür bereitet hat, dass sie gemessen wird. Nur im besten Fall wird das Ausüben von Umweltvergiftungen bestraft. Eigentlich wurde ein räuberischer Lebensstil juristisch normalisiert.

Der Kern des Problems liegt darin, dass die Natur und die lebenden Arten in der westlichen Gesellschaft als einfaches Eigentum oder als natürliche ‘Ressourcen’ betrachtet werden. Die Natur wird nicht als ein Ganzes wahrgenommen, vielmehr werden ihre Elemente anerkannt soweit sie unmittelbar nützlich sind, wie das Holz, die Bananen, oder die Mineralien des Unterbodens, etc. Demnach sind die natürlichen Ressourcen dazu da, ausgebeutet, gekauft und verkauft zu werden. Vor nicht langer Zeit herrschte eine ähnliche Vision in Bezug auf die Sklaven vor.⁷

Wenn das jetzige räuberische Modell nicht infrage gestellt wird, wird man sich darauf konzentrieren, zu definieren, wie viel Umweltvergiftung (das heißt Zerstörung) der Natur zugelassen ist. Weiterhin wird die Einstellung zur Behebung der Umweltschäden darauf ausgerichtet sein, die Person oder Gemeinschaft wiederherzustellen, die das Ökosystem nutzte und nicht in der Erholung des Ökosystems selbst ...“

Auf Grund der Erfahrungen, die sie mit Auswirkungen auf Regenwald, Flüsse, Böden und auf Atmosphäre gemacht haben, plädieren sie für die eigenen Werte der Natur. Hiermit wird eine Antwort gegeben auf die Umweltkrise, wie sie von einer Gruppe lateinamerikanischer Experten in Johannesburg charakterisiert wurde:



Unweit Manaus: Umgesiedelte Indigene empfangen Touristen

„Die Umweltkrise ist eine Zivilisationskrise. Es ist die Krise eines wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Modells, das die Natur ausgeraubt und andere Kulturen abgelehnt hat. Das herrschende Zivilisationsmodell degradiert die Umwelt, unterbewertet die kulturelle Vielfalt und kennt den Anderen nicht (den Indigenen, den Armen, die Frau, den Schwarzen, den Süden) während es eine nicht nachhaltige Produktionsweise und einen nicht verallgemeinerbaren Lebensstil vorzieht, welche im zivilisatorischen Prozess hegemonisch geworden sind.“⁸

Die radikale Trennung von Mensch und Natur, bei der die Natur als Objekt gesehen wird, hat uns klar gemacht, dass es Grenzen gibt, das wir mit der Natur durch eine Nabelschnur verbunden sind, die Verbindungen und Verankerungen jedoch verloren haben. Unsere Fähigkeit, die Natur zu beherrschen, führt zu unserer moralischen Verantwortung, sie für zukünftige Generationen zu bewahren. Hier ist der strategische Ansatz des Klimabündnisses. Es gibt ein unermessliches Potential des intensiven Austausches, der in Kooperation mit NRO, Agenda 21, postkolonialen Botanischen Gärten, Schulen und Universitäten gelernt werden kann. Und es gibt ein ebenso reichhaltiges Potential an gemeinsamer Suche nach adäquaten neuen Beziehungen zur Natur, die die ausbeuterischen ablösen können.

Der gemeinsame Lernprozess im Bündnis ist ein ausgezeichnetes Instrument, da gemeinsame internationale, interdisziplinäre und interkulturelle Strategien beschlossen werden können.

Wir sind auf dem richtigen Weg, haben schon Wichtiges in 20 Jahren Klimabündnis erreicht und können den Aufbau von gegenseitigen Lernprozessen mit immer mehr Partnern zur Unterstützung der Kommunen weiter in diesem Sinne aufbauen.

„Die Überwindung der Armut, die Schaffung produktiver und menschenwürdiger Arbeitsplätze und die Teilnahme an der Anerkennung der kulturellen Vielfalt werden so kurz- und langfristig zu den wichtigsten Entwicklungszielen ...

Die Schaffung von produktiver Beschäftigung kann über die Stärkung adäquater Bildungsprogramme bei gleichzeitiger Entwicklung von Unternehmen auf kleiner und mittlerer Skala geschehen durch die Übertragung von Land, Kredit, technischer Unterstützung, Ausbildung und Entwicklung angepasster Technologien. So kann auch eine Umverteilung der Einkommen, der Produktionsmittel geschehen, die die abgrundtiefe Ungleichheit reduziert. Gleichzeitig muss die Verringerung anderer Dimensionen der Ungleichheit, wie die des Geschlechts, der Ethnie und der Region reduziert werden.“⁹

Vielleicht können wir in 20 Jahren sagen, die Aktivität nicht nur der europäischen Städte sondern auch der japanischen und nordamerikanischen hat im Bündnis mit den Bewohnern der Regenwälder Lateinamerikas, Afrikas, Asiens dazu geführt, dass die Klimapolitik sich stärker auf die Bündnispartnerschaften, ihre reziproken Lernprozesse und Vorschläge von Agrarreform in den Regenwälder stützte, interkulturelle Erfahrungen einen hohen Stellenwert in der schulischen und außerschulischen und Medienarbeit gewannen und ein Leben in Fülle, „ein gutes Leben“, erreicht werden konnte. Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, welche gemeinsame Vision von einer lebenswerten Zukunft wir entwickeln.

Clarita Müller-Plantenberg

Fußnoten

- 1 www.klimabuendnis.org
- 2 Siehe den Beitrag von Silvia Hesse in dem Sammelband: Heidi Feldt, Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.): Rückgewinnung des gesellschaftlichen Naturbezuges, Entwicklungsperspektiven Nr.99, Kassel University Press, Kassel 2009
- 3 Siehe auch den Beitrag von Alberto Acosta in dem Sammelband a.a.o.
- 4 Siehe den Beitrag von Dietmar Mirkes in dem Sammelband a.a.o.
- 5 Siehe den Beitrag von Georg Grünberg in dem Sammelband a.a.o.
- 6 **Recuperar** ha significado hacer memoria sobre la tradición y los cambios que ha sufrido el territorio, igualmente identificar y socializar el conocimiento sobre ubicación de lkalus y pirias, conocimiento que estaba perdido para la mayoría de la comunidad.d.h. Wiederentdecken, hat bedeutet sich der Traditionen und Veränderungen die das Territorium durchgemacht hat zu erinnern und gleichzeitig das Wissen über die heiligen Stellen zu identifizieren und zu sozialisieren, ein Wissen, dass die Mehrheit der Gemeinschaft verloren hatte.
Reafirmar el gobierno propio y la voluntad no solo de mantenerlo sino fortalecerlo, recuperando parte de la legitimidad que ha ido perdiendo. Por consiguiente, en cualquier propuesta de administración territorial es básico y fundamental partir del gobierno Tule actual. d.h. Wiedererstarken der eigenen Regierung und des Willens sie nicht nur aufrecht zu erhalten sondern sie zu stärken, einen Teil der Legitimität zurückzugewinnen, die verloren war. Folglich ist es in jedwedem Vorschlag für die territoriale Verwaltung grundlegend und entscheidend von der jetzigen Regierung der Tule auszugehen.
Retomar se ha expresado en la apropiación de formas organizativas que han dado resultado en otras comunidades incorporando y adaptando nuevos modos de trabajo en equipo a la estructura del gobierno tradicional.d.h. Wiedereinnehmen hat sich Darin gezeigt, dass Organisationsformen, die in anderen Gemeinschaften erfolgreich waren zu integrieren indem neue Formen der Teamarbeit in die Regierungsstruktur aufgenommen und angepaßt wurden.
Recrear ha sido buscar unas nuevas reglas que antes no se necesitaban, y que hasta ahora no han existido, para hacer frente a problemas que tampoco se resuelven dando aplicación a las normas del Estado. D.h. Wiederschaffen bedeutete neue Regeln zu suchen, die zuvor nicht erforderlich waren und die bis heute nicht existiert hatten, um Problemen zu begegnen, die sich nicht durch die Anwendung der Regierungsnormen lösen Ver: Milton Santacruz, Pilar Valencia, Liliana Castaño: La madre está desnuda, in: ONIC, CECOIN, GhK (eds.) Tierra Profanada, Bogota 1995, S. 132/133.
- 7 A. Acosta: Los grandes cambios requieren de esfuerzos audaces, in: A. Acosta (ed.): Die Rechte der Natur, Quito 2009 (erscheint demnächst)
- 8 Disponible entre otras en las siguientes páginas web: <http://memoria.com.mx/node/91>
<http://www.scielo.br/pdf/asoc/n10/16893.pdf>
http://www.taller.org.ar/Eco_educacion/MANIFIESTO_POR_LA_VIDA_FINAL.doc
- 9 a.a.o.

Rückgewinnung des gesellschaftlichen Naturbezuges

Deklaration des Internationalen Seminars von Imshausen (30. Januar - 1. Februar 2009)

Nun können wir auf fast 20 Jahre Klimabündnisarbeit mit wesentlichen Erfolgen und Ergebnissen zurückblicken. Vor uns liegen beachtliche Möglichkeiten und eine sehr große Verantwortung.

Wir, Nichtregierungsorganisationen und Personen, die wir uns mit den indigenen Völkern im Rahmen des Klimabündnis verbunden fühlen, erklären, das wir mit den Kommunen im Klimabündnis und mit den Organisationen der indigenen Völker der Regenwälder der Erde in enger Kooperation mit der europäischen Geschäftsstelle eine Bildungsstrategie entwickeln und umsetzen wollen. Diese wird darauf ausgerichtet sein, die Menschenrechtssituation der indigenen Völker sowie die Auswirkungen des Ressourcenraubbaus bekannt zu machen, mit dem Ziel, die Bewegung für globale Umwelt- und Klimagerechtigkeit zu unterstützen und den Erhalt der Erdatmosphäre zu garantieren, wie es bereits im Manifest des Klima-Bündnisses festgehalten wurde.

Das Bündnis hat einen hohen Stellenwert für unser Leben und für das Leben unserer Kinder und Enkel. Wir wollen zu seiner strategischen Rolle als Bündnis der Gesellschaften beitragen, die zum Erhalt der Erdatmosphäre beitragen können.

Konkret haben wir auf dem internationalen Seminar das Folgende beschlossen und möchten es der jährlichen Versammlung des Klimabündnisses als Vorschlag vorlegen:

1. Es ist von erstrangiger Bedeutung, dass die Gesellschaft in den Städten ihren Naturbezug zurückgewinnt, da die Entfremdung von der Natur dort am Stärksten ausgeprägt ist.
2. Bildungsarbeit ist dafür von zentraler Bedeutung und sollte sich auch an Kinder und Jugendliche richten, so dass das Thema der gesellschaftlichen Rückgewinnung des Naturbezugs Bestandteil des gesamten Ausbildungsprozesses wird.
3. Wir meinen, dass eine Bewusstseinsbildung über die Externalisierung von Kosten sowie über die damit einhergehenden Gefahren in der Öffentlichkeit dringlich ist. Daher ist es unumgänglich, den Raubbau an Rohstoffen, die Probleme bei ihrer Weiterverarbeitung, wie z.B. den hohen Energiebedarf und den Transport bekannt zu machen, um die Bürger der Welt gegenüber den Auswirkungen, die in den betroffenen Gemeinschaften und in den Ökosystemen (den Gewässern, den Territorien und in der Atmosphäre) hervorgerufen werden, zu sensibilisieren. Bei dieser Arbeit wird es wichtig sein, ein ganzheitliches Bild der Realität der Bündnispartner im Klimabündnis, den indigenen Völkern und allen in ihren Regionen Betroffenen, zu vermitteln.
4. In dem Zusammenhang wäre es wichtig, Alternativen aufzuzeigen. Dies wäre z.B. die Orientierung der Bürger in unseren Städten auf eine Regionalisierung der Produktion von Nahrungsmitteln und anderen Produktion. So könnten auch Arbeitsplätze in der Region erhalten bleiben.
5. Außerdem wird es entscheidend sein, den Energiekonsum nachhaltig zu gestalten, indem eine dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien über Genossenschaften und lokale Versorger herbeigeführt wird.



Der Regenwald steht Kopf – Wasserspiegelung in einer Welle

6. “Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Degradierung” (REDD) nimmt in der Diskussion um ein neues globales Abkommen zum Klimaschutz nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls 2012 einen großen Stellenwert ein. Es wird sehr wichtig sein, dass ein Treffen des Klimabündnisses mit einem NRO-Netzwerk von Menschen- und Indigenenrechts-NRO sowie von Umwelt-NRO, die einen assoziierten Status bei dem Klimabündnis besitzen, stattfindet, um eine gemeinsame Strategie abzuklären.

7. Wir alle, die wir die Ziele des Klimabündnisses mittragen, möchten bewusst einen Austausch von guten Beispielen beginnen, die die Beziehung der Gesellschaften mit der Natur aufzeigen.

a. In diesem Zusammenhang könnten wir einen Austausch von Erfahrungen organisieren, in Bezug auf tägliche Aufgaben, die gemeinschaftlich und mit angemessener Technologie auf den folgenden Gebieten durchgeführt werden:

- Recycling
- Trinkwasser
- Energie

b. Genossenschaften, die Transfair-Handel durchführen.

8. Wir wollen Bündnisse zwischen Territorien fördern, die direkt zwischen den Städten des Nordens (Europa, USA, Japan) und den Indigenen Völkern der Regenwälder der Erde (Lateinamerika, Afrika und Asien) bestehen.

9. Wir haben festgestellt, dass es sehr wichtig wäre, einen Austausch zwischen Jugendlichen des Nordens und Südens durchzuführen, der gut vorbereitet wäre, um die Interessen der Gruppen wiederzugeben.

10. Es wäre sehr wichtig, dass Journalisten und Kommunikationsexperten aktiv einbezogen werden.

„Es geht darum, den Erdölverbrauch zu reduzieren“

Esperanza Martínez von Oilwatch über die Aussichten, Ecuadors größtes Erdölvorkommen unberührt zu lassen

Seit knapp 35 Jahren wird die Wirtschaft Ecuadors von der Erdölförderung angetrieben. Die Umweltschäden sind immens. Im letzten Jahr kam dann ein revolutionärer Vorschlag: Das so genannte ITT-Ölfeld und größte Vorkommen des Landes im Yasuní-Nationalpark soll nicht angetastet werden. Als Kompensation solle die internationale Gemeinschaft jedoch einen finanziellen Beitrag in Höhe der Hälfte der entfallenden staatlichen Einnahmen leisten. Kommt diese Finanzierung nicht zustande, soll das Vorkommen parallel für die Erschließung durch Erdölfirmen ausgeschrieben werden. Die *Lateinamerika Nachrichten* sprachen mit Esperanza Martínez über den Stand der Diskussion.

Wie kam es zu der Idee, Geld für die Nicht-Förderung von Erdöl zu verlangen?

Die Idee stammte von lokalen Gemeinden im Widerstand gegen die Erdölfirmen, anderen gesellschaftlichen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen wie Acción Ecológica und Oilwatch. Sie alle sind schon seit langer Zeit der Meinung, dass die Entwicklung Ecuadors hin zu einem post-fossilen Energiemodell notwendig ist. Vor etwa zehn Jahren entstand der Vorschlag für ein „Moratorium gegen die Ausweitung der Erdölfront“. Das zentrale Argument war, dass es nicht nötig sei, weiter nach Erdöl zu suchen, da man nicht einmal die bereits entdeckten Reserven aufbrauchen kann, ohne die ökologische Tragfähigkeit der Erde zu überschreiten. Auf der Basis des Prinzips der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung wurde das folgende Konzept entwickelt: Entweder eine Kompensation für die Nicht-Förderung des Rohöls einzufordern, oder – und das war die ursprüngliche Idee – das Erdöl unter der Bedingung zu verkaufen, dass es in der Erde belassen wird. Diesen Vorschlag für den Yasuní-Nationalpark durchzubringen war nicht

einfach, denn wir sprechen hier von den wichtigsten Ölreserven des Landes. Zugleich war es jedoch sehr dringend, da es sich bei dem Projekt, dem so genannten Ishpingo-Tambococha-Tiputini-Projekt – kurz ITT – um ein besonders emblematisches Gebiet handelt.

Die ecuadorianische Regierung nahm den Vorschlag im letzten Jahr auf. Wurde die Grundidee seitdem verändert?

Der Teil des Projekts zum Klimawandel wurde im letzten Jahr sehr verändert: Bei der Suche nach Finanzierungsmechanismen wurden mit den *carbon credits* auf einmal neoliberale Marktmechanismen in Betracht gezogen. Diese Kommerzialisierung und generell der Verkauf von so genannten Umweltdienstleistungen treffen im Land jedoch auf eine sehr kritische Haltung. Denn diese Mechanismen stoppen keine Emissionen und verfehlen damit das zentrale Problem des Klimawandels. Es geht beim ITT-Projekt nicht darum, den Verschmutzerländern einen Freischein zu geben, damit diese weiter die Atmosphäre verschmutzen können. Die Idee soll vielmehr einen echten Versuch darstellen, den Erdölkonsum zu reduzieren. Die ursprünglichen Positionen von Präsident Correa und der Umweltministerin waren noch sehr kritisch gegenüber den Mechanismen des Kyoto-Protokolls und den *carbon credits*, da diese den Klimawandel zu einem Geschäft für die Verschmutzer machen. Als jedoch im Januar dieses Jahres begonnen wurde, die Finanzierungsmechanismen auszuarbeiten, verstummte diese Kritik plötzlich. Und der Vorschlag stellte sich auf einmal als Verkauf von Umweltdienstleistungen dar. Wir als VertreterInnen mehrerer NRO arbeiten jetzt daran, dass die Regierung wieder zur Ursprungsidee zurückkehrt.

Seit der Bekanntmachung des Konzepts durch Rafael Correa ist mehr als ein Jahr ver-



Ölteich (Ecuador): Früher Texaco, heute PetroEcuador

gangen. Wo steht das ITT-Projekt aktuell?

Ende Juni dieses Jahres wurde das Moratorium für die Ausschreibung der Konzession bis Ende Dezember 2008 verlängert. Eine wichtige Grundlage dafür war der Beschluss des Deutschen Bundestages, die ecuadorianische Regierung um diese Fristverlängerung explizit zu bitten. Ab Dezember ist jetzt eine doppelte Ausschreibung geplant. Einerseits sollen interessierte Erdölfirmen aufgefordert werden, ihre Angebote zur Förderung einzureichen. Gleichzeitig soll die internationale Gemeinschaft aufgerufen werden, seit dem letzten Jahr gemachte finanzielle Versprechen zu konkretisieren. Verbindliche Zusagen fehlen bisher, da noch immer nicht klar ist, welche Garantien die ecuadorianische Regierung für die Nichtausbeutung des Yasuní, für den Schutz der Biodiversität des Gebietes aber auch in Bezug auf das Projekt als Teil einer sozialverträglichen Politik letztlich bietet. Bisher gab es diesbezüglich widersprüchliche Signale. Jedoch hoffe ich, dass die Referenzbedingungen bis Dezember definiert sind.

Ist diese drohende doppelte Ausschreibung nicht ein sehr ungleicher Wettbewerb?

Für die gebotenen Summen gilt ein Verhältnis von 2:1. Die internationale Gemeinschaft muss-

te nur die Hälfte dessen aufbringen, was die Unternehmen bieten. Zudem denke ich nicht, dass das benötigte Geld von der Zivilgesellschaft oder den NRO kommen kann, da ihnen die finanziellen Mittel fehlen. In der Hauptsache müssen diese Mittel von den Regierungen kommen.

Die Ausschreibung zur Erdölförderung würde mehr Druck auf die internationale Gemeinschaft machen.

Wir würden uns von dieser Ausschreibung mehr Klarheit erhoffen. Es wäre eine Bestandsaufnahme, die sichtbar machen würde, wie groß das konkrete Interesse auf internationaler Seite und von Seiten der Ölonternehmen ist. Wie die geforderte Summe letztendlich zustande kommt, ist noch unklar. In Form von Bargeld, aber auch z.B. als Unterstützung zur Förderung erneuerbarer Energien.

Wie genau reagierten die Industrieländer auf den Vorschlag bisher?

Es gab bisher viele interessante Signale. In keinem Fall war jedoch von Emissionshandel die Rede. Das Interesse beruhte vielmehr auf dem Schutz der Biodiversität. So hat Norwegen ei-

nen Biodiversitätsfonds und überlegt, einen Teil des Geldes in den Yasuní zu investieren. Interessensbekundungen gibt es von Deutschland, Spanien, Italien und Schweden. Manche Länder erwägen einen Schuldenerlass zugunsten des Yasuní oder eine Kanalisierung von Entwicklungsgeldern in das Projekt. Selbst die OPEC hat Interesse an der Idee signalisiert. Auch viele NRO sind an dem Vorschlag interessiert, was sehr wichtig ist für die Bewusstseinsbildung.

Und wie fielen die Reaktionen aus Ländern des globalen Südens aus?

Wir arbeiten momentan mit verschiedenen Ländern, die Interesse gezeigt haben. In Argentinien versuchen beispielsweise die Mapuche eine ähnliche Kampagne zu starten. In Costa Rica, wo das bestehende Moratorium zur Ölförderung aufgehoben wurde, gibt es Pläne in diese Richtung. Auch

in Osttimor, Bolivien, Mauretanien und in Nigeria gibt es Interesse. Wir sind dabei auszuarbeiten, was die jeweiligen lokalen Besonderheiten und Probleme sind. Wir in Ecuador sind in einer besonders günstigen Situation, denn die Bedingungen für einen solchen Vorschlag sind ideal. Es geht um ein Gebiet, das über eine extrem hohe Biodiversität verfügt und zugleich Territorium von indigenen Gemeinschaften in freiwilliger Isolierung und Biosphärenreservat ist. Und wir sind in einer politischen Situation, einer Periode des Übergangs, in der es eine Bereitschaft zum Wandel gibt.

Damit auch zukünftige ecuadorianische Regierungen das Öl im Boden lassen, forderte die deutsche Regierung die Verankerung des Versprechens in der neuen Verfassung. Wie sinnvoll und realistisch ist diese Forderung? Ein entsprechendes Gesetz wäre keine Garantie.

Das Ishpingo-Tambococha-Tiputini-(ITT)-Projekt

350 Millionen US-Dollar jährlich über den Zeitraum von 13 Jahren an den ecuadorianischen Staat und das Öl bliebe im Boden. Diese Zahlen entsprechen der Hälfte dessen, was bei der Ausbeutung des ITT-Feldes zu erwirtschaften wäre. So lautet der Finanzierungsvorschlag der ecuadorianischen Regierung für das ITT-Projekt. Die ITT-Konzession liegt im östlichen Teil des Yasuní-Nationalparks, der zugleich UNESCO-Biosphärenreservat ist. Im Osten grenzt sie an das Nachbarland Peru, wo sich unmittelbar entlang der Grenze eine ganze Galerie von Erdölkonzessionen erstreckt. Mit 200.000 Hektar ist die ITT-Konzession ein wenig größer als die doppelte Fläche des Landes Berlin. In der Tiefe ruht schweres Öl, das allein um die 20 Prozent der Erdölvorkommen Ecuadors ausmacht. Die ITT-Zone gilt wie der gesamte Yasuní als eines der artenreichsten Gebiete der Erde und ist zugleich Territorium indigener Völker, die in freiwilliger Isolation leben. Durch die Nicht-Förderung des Erdöls würde verhindert werden, dass an die 400 Millionen Tonnen Kohlendioxid freigesetzt würden. Die Einnahmen aus dem Projekt sollen ausschließlich für soziale und Umweltschutzprojekte sowie zur Förderung erneuerbarer Energien eingesetzt werden.

Seitdem das Interview geführt wurde, hat sich das einfache Kompensationsmodell für die Finanzierung des ITT-Projektes als nicht durchführbar erwiesen. Jüngsten Informationen zufolge denken Regierung und Präsident Correa zur Zeit über die Ausgabe von Yasuní-Garantiezertifikaten nach, die gleichwertig zu den handelbaren Kohlenstoff-Emissionszertifikaten des Kyoto-Protokolls sein sollen. Nach jüngsten Aussagen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird unter der Federführung der bundesdeutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) bis Mitte Februar 2009 eine Machbarkeitsstudie zum ITT-Projekt erstellt (die Ergebnisse der Studie wurden erst nach Redaktionsschluss dieser Broschüre Mitte September 2009 veröffentlicht, Anm. d. Red.). Damit verschiebt sich auch die Dezember 2008 auslaufende Frist für die Ausschreibungen; das Moratorium verlängert sich. Gegenüber der ecuadorianischen Presse sagte Ecuadors Präsident Correa, dass mit dem Beginn der parallelen Ausschreibungen im Januar 2009 zu rechnen ist.

Weitere Informationen unter: <http://www.sosyasuni.org/de/index.php>
Erschienen in den Lateinamerika Nachrichten Nr. 414, Dezember 2008



Blick gen Blätterdach

Und schließlich könnte auch die Verfassung geändert werden. Aber das Garantiekonzept ist eigentlich ganz simpel: Durch den Verkauf des Rohöls geht dieses in privaten Besitz über. Es kann also nicht noch einmal verkauft werden. Auf dem internationalen Ölmarkt sind diese Mechanismen eindeutig definiert. Wenn der Staat sein Erdöl an Texaco verkauft, kann er es nicht gleichzeitig an ein anderes Unternehmen verkaufen. Es wird daher versucht, den Geldgebern dieselbe Garantie zu geben, wie einem Unternehmen. Die Geldgeber erhalten Eigentumstitel über die Barrel Öl, die sie gekauft haben, und somit die Garantie, dass sie im Falle einer Förderung ausgehändigt werden, was das Fördern an sich unsinnig macht. Zudem gibt es internationale Abkommen mit den Geberländern, die sicherlich nicht gebrochen werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendeine ecuadorianische Regierung leichtfertig die Beziehungen mit Deutschland oder der UN gefährden würde. Es gibt eine Menge starker Zwischenakteure, die dafür sorgen werden, dass das Versprechen eingehalten wird.

Die neue ecuadorianische Verfassung beinhaltet Artikel zum Umweltschutz, zu „unberührbaren Zonen“ – ein Teil des ITT zählt dazu – in denen der Rohstoffabbau verboten ist. Wie bewerten Sie das im Hinblick auf den ITT-Vorschlag?

Es gibt ein großes Schlupfloch: Alles kann funktionieren, aber diese Verfassung steckt voller Ausnahmen. Kommt die geforderte Summe nicht zustande und sollte sich die Regierung dazu entschließen, das Erdöl zu fördern, wird im Kongress darüber abgestimmt. Sollte es im Kongress zu keiner Einigung kommen, käme es zu einer Volksbefragung. Es ist ein demokratischer Prozess, in dem die Entscheidung in letzter Instanz wieder bei der Bevölkerung liegt. Zwar ist das ITT-Projekt in erster Linie ein Beitrag Ecuadors zum Klimaschutz. Doch ist es auch eine Bildungskampagne. Seit Juni 2007 machen wir von Acción Ecológica Bildungsarbeit und besuchen zum Beispiel wöchentlich zwei bis drei Schulen, um über das Thema des Yasuní, die indigenen Gemeinschaften und die Notwendigkeit eines post-fossilen Energiemodells zu sprechen. Es ist wichtig, den Menschen bewusst zu machen, dass es sich um ein Thema von wirtschaftlicher Bedeutung handelt, sich aber viele unersetzliche Dinge nicht in monetären Werten messen lassen. Denn in letzter Instanz ist es die ecuadorianische Gesellschaft, die mit ihrer Stimme in der Volksbefragung entscheidet, ob der Yasuní ausgebeutet wird oder nicht.

Interview: Ines Thomssen

Erschienen in: Lateinamerika Nachrichten
Nr. 414, Dezember 2008

Das Wassereinzugsgebiet des Amazonas



Quelle: http://en.wikipedia.org/wiki/File:Amazonriverbasin_basemap.png

Autor: Karl Musser (<http://en.wikipedia.org/wiki/User:Kmusser>)

Fotonachweise

- S.6 Janina Budi
- S.7 Fundação Viver, Produzir e Preservar, FVPP
- S.11 Aldenora Gonzalez/FAOR
- S.13 Pontanegra, http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/2a/Am_shopping_manaus.jpg, GNU-Lizenz
- S.15 Claudia Fix
- S.16 Janina Budi
- S.19 Roosevelt Pinheiro/Agência Brasil; Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.5/br/>
- S.20o ASW/Claudia Fix
- S.20u Janina Budi
- S.21o ASW/Claudia Fix
- S.21u Janina Budi
- S.22 ASW/Claudia Fix
- S.24 Ascom/MDA
- S.25 Janina Budi
- S.26 Ascom/MDA
- S.28 Hermann Klinger
- S.30o Santiago Engelhardt (www.santiagoengelhardt.de – Photography)
- S.30u Janina Budi
- S.33o Santiago Engelhardt (www.santiagoengelhardt.de – Photography)
- S.33u Janina Budi
- S.34 Santiago Engelhardt (www.santiagoengelhardt.de – Photography)
- S.36 Christoph2007, <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/de/8/8e/Manaus2wik.jpg>, „public domain“
- S.39 Dominik Zimmer
- S.41 Mac Chapin
- S.43 Wilson Dias/Agência Brasil; Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.5/br/>
- S.44 Janina Budi
- S.46 Antonio Cruz/Agência Brasil; Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.5/br/>
- S.47o Santiago Engelhardt (www.santiagoengelhardt.de – Photography)
- S.47u Janina Budi
- S.48 Janina Budi
- S.51 João Laet
- S.52 Janina Budi
- S.54 Janina Budi
- S.55 Comissão Pastoral da Terra (CPT, www.cptnac.com.br)
- S.57 Valter Campanato/Agência Brasil; Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.5/br/>
- S.58 Janina Budi
- S.60 Valter Campanato/Agência Brasil; Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.5/br/>
- S.61 Janina Budi
- S.62 Valter Campanato/Agência Brasil; Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.5/br/>
- S.64 Janina Budi
- S.65 ASW/Claudia Fix
- S.69 Ricardo Stuckert/Agência Brasil; Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.5/br/>
- S.70 Janina Budi
- S.71 Santiago Engelhardt (www.santiagoengelhardt.de – Photography)

Fotonachweise

- S.72 Fabio Rodrigues Pozzebom/Agência Brasil; Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.5/br/>
- S.74 Brenda Baletti
- S.75 Valter Campanato/Agência Brasil; Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.5/br/>
- S.76 Janina Budi
- S.78 Brenda Baletti
- S.79 Janina Budi
- S.81 Brenda Baletti
- S.82 Brenda Baletti
- S.83 Janina Budi
- S.85 Janina Budi
- S.87o Santiago Engelhardt (www.santiagoengelhardt.de – Photography)
- S.87u Janina Budi
- S.89o www.observatoriosocial.org.br
- S.89u Janina Budi
- S.91 Acción Ecológica/José Bolaño (www.accionecologica.org)
- S.94 Janina Budi
- S.95 Klaus Schenck/Rettet den Regenwald e.V. (www.regenwald.org)
- S.96 Klaus Schenck/Rettet den Regenwald e.V. (www.regenwald.org)
- S.98 ASW/Claudia Fix
- S.100 Fundação Viver, Produzir e Preservar (FVPP)
- S.102 Janina Budi
- S.103 FASE (www.fase.org.br)
- S.104 Graciela Rodriguez
- S.105o FASE (www.fase.org.br)
- S.105u FASE (www.fase.org.br)
- S.106 José Santoga/SETEM
- S.110 Santiago Engelhardt (www.santiagoengelhardt.de – Photography)
- S.112 Fundação Viver, Produzir e Preservar, FVPP
- S.114 Santiago Engelhardt (www.santiagoengelhardt.de – Photography)
- S.115 Janina Budi
- S.116 Santiago Engelhardt (www.santiagoengelhardt.de – Photography)
- S.118o Janina Budi
- S.118u José Cruz/Agência Brasil; Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.5/br/>
- S.119 Santiago Engelhardt (www.santiagoengelhardt.de – Photography)
- S.124 Santiago Engelhardt (www.santiagoengelhardt.de – Photography)
- S.127 Santiago Engelhardt (www.santiagoengelhardt.de – Photography)
- S.129 Klaus Schenck/Rettet den Regenwald e.V. (www.regenwald.org)
- S.131 Santiago Engelhardt (www.santiagoengelhardt.de – Photography)

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN // die monatszeitschrift



// solidarisch // kritisch
// unabhängig

probeabo bestellen und
unverbindlich testen



www.lateinamerika-nachrichten.de

Die ASW unterstützt Menschen mit Ideen - seit 52 Jahren

Die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e. V. unterstützt seit 1957 Basisgruppen in Indien, Afrika und Brasilien, die sich für die Stärkung von Frauen, den Schutz der Umwelt und die Wahrung der politischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte einsetzen.

Die ASW leistet dabei keine Entwicklungshilfe, sondern setzt auf das Know How ihrer Partner. Wir gehen davon aus, dass die Menschen vor Ort die besten Experten in eigener Sache sind und sie die besten Ideen zur Veränderung ihrer Situation haben. Damit sie diese umsetzen und eine bessere Zukunft erstreiten können, unterstützen wir ihre Organisationen und Zusammenschlüsse finanziell.

Inlandsarbeit mit den Stimmen unserer Partner

Gemeinsam mit engagierten Menschen aus dem Süden tritt die ASW für eine gerechtere Welt ein. Unsere Partner und wir wissen, dass ohne Veränderungen in den reichen Ländern des Nordens nachhaltige Verbesserungen im Süden unmöglich sind.

Wir informieren daher die Menschen in Deutschland über die Forderungen unserer Partner, ihr Engagement in zivilgesellschaftlichen Netzwerken und natürlich über ihre konkrete Arbeit an der Basis. Für diesen Informationsauftrag erstellen wir Broschüren, Ausstellungen und andere Medien und geben viermal im Jahr die Zeitschrift Solidarische Welt heraus.

Das Fórum da Amazônia Oriental (FAOR)

ist ein regionales, thematisch breit gefächertes Netzwerk von NGOs und soziale Bewegungen. Gegründet 1993 in Pará, agiert es heute außerdem in den ostamazonischen Bundesstaaten Amapá, Maranhão und Tocantins.

Die Kernthemen von FAOR liegen in den Bereichen Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz. Durch ihren Zusammenschluss in FAOR wollen die Mitgliedsorganisationen ihre politische Artikulations- und Handlungsfähigkeit stärken. Prominentestes Beispiel hierfür ist die regelmäßige Veröffentlichung eines regionalen Social Watch – Berichts zur Bewertung der öffentlichen Sozial- und Umweltpolitik. Jeder Bericht ist Resultat kollektiver Anstrengungen, die Fortbildungen in Datenerhebung, Definition sozialer Indikatoren und Schreiben nach grundlegenden wissenschaftlichen Standards umfassen.

Außerdem initiiert und führt FAOR politische Kampagnen in Ostamazonien durch, bspw. zu den Themen "Auch im Wald gibt es Gesetze!" und "Wasser für die, die dursten nach Leben und Gerechtigkeit". Weiteres Ziel ist die Qualifikation der Netzwerkmitglieder durch den inter-institutionellen Austausch von lokaler Erfahrungen.

FAOR ist wie folgt strukturiert: Neun thematische Arbeitsgruppen (AGs) und Regionalvertreter treffen sich alle drei Jahre auf einer Vollversammlung. Dort werden neue Regionalvertreter sowie Vertreter der AGs gewählt, die sich regelmäßig als "Erweiterte Koordination" treffen. Eine Exekutivkoordination mit VertreterInnen aller Bundesstaaten sowie ein kleines Netzwerkbüro in Belém unterstützen das Netzwerk in Sachen Logistik, Kommunikation, Finanz- und Projektplanung. Für weitere Infos www.fao.org.br (neue Homepage im Aufbau).

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL)

ist seit 1974 als Informations- und Kommunikationszentrum Anlaufstelle und Treffpunkt für Menschen und Gruppen, die sich über Lateinamerika informieren oder zu bestimmten Themen engagieren wollen. Diverse Projekte, politische Initiativen, Länderkomitees, MigrantInnengruppen und lateinamerikabezogene Medienprojekte arbeiten unter dem Dach des FDCL. Mit unserem Archiv leisten wir seit der Gründung des Vereins im Jahre 1974 einen kontinuierlich kritischen Beitrag zur Dokumentation der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Lateinamerika und dessen Beziehungen zu den Ländern des „Nordens“.

Das FDCL hat eine internationalistische Grundorientierung und versteht sich als Teil der bundesdeutschen Solidaritäts- und der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung. Mit dem regionalen Fokus Lateinamerika/Karibik beschäftigen wir uns zum Beispiel mit den verschiedenen Aspekten der Globalisierung und den internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklung im Kontext des so genannten Nord-Süd-Verhältnisses. Außerdem mit Handels- und Entwicklungspolitik, Ökologie, Migration und Rassismus sowie den Beziehungen zwischen fortschrittlichen Bewegungen und politischen AkteurInnen hier und in Lateinamerika. Das Eintreten für die politisch-bürgerlichen wie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ist seit jeher ein zentrales Anliegen der Arbeit des FDCL. Für weitere Infos: www.fdcl.org



